DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 3 März 1990 E 8080 E



CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland:
Frankreich und die deutsche Einheit

Rockefellers Geschäfte mit der Mun-Sekte und dem deutschen nationalen Lager

Rudolf Heß:
Mord in Spandau

Israel:
Pläne zur Destabilisierung Jordaniens

Medien:
Banker ergreifen die Kontrolle

Gold:
Ein Goldschimmer am Horizont

David Irving:
Churchills Planung des Weltkrieges zur Vernichtung Deutschlands



Lieber Leser

CODE ist ein Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.
CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.
CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.
CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.
CODE wird in den Fragen des Antizionismus von jüdischen Persönlichkeiten beraten, die der Redaktion ausdrücklich bestätigt haben: »Wir kennen die Zeitschrift und finden darin kein Material, das seiner Natur nach anti-semitisch ist, und verstehen die Position, die Unterschiede zwischen Zionismus und Judaismus aufzuzeigen. Obwohl wir nicht mit allen vertretenen Positionen übereinstimmen mögen, unterstützen wir das Recht darauf, politische Ansichten darzustellen.« Dieser Satz wurde von sechs namhaften Rabbinern unterzeichnet.
CODE verfügt auch auf anderen Gebieten über kompetente Mitarbeiter: Victor Marchetti, Autor des bekannten Bestsellers über den CIA, war stellvertretender Direktor des CIA; Mark Lane, ein bekannter Washingtoner Rechtsanwalt, hat Prozesse wegen der Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy gegen CIA-Mitarbeiter geführt; C. Gordon Tether, der für den Finanzteil zuständig ist, arbeitet seit langem für die »Financial Times«.
CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.
CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«**

Vielen Dank
Ihr Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 72,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 72,– DM anbei (Ausland: DM 87,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

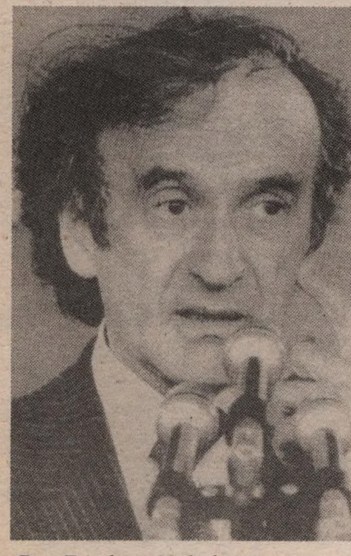
Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE
Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland



Der Friedens-Nobelpreisträger Elie Wiesel lebt in der Vergangenheit und ist nicht von dieser wegzukommen.

Finanzen



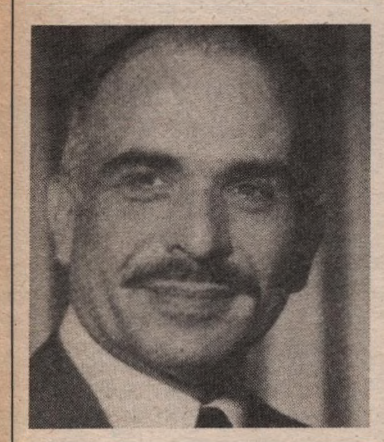
David Rockefellers Milliarden von Dollar und der entsprechende Einfluß stehen hinter dem Weltimperium der Mun-Sekte.

Internationales



Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger und heute engster Berater des Rockefeller-Clans hält seine schützende Hand über Edgar Bronfman.

Nr. 3 März 1990



König Hussein soll vom Mossad gestürzt werden und in Jordanien ein palästinensisches Regime errichtet werden.

Revisionismus



US-Präsident Franklin D. Roosevelt hatte nur ein Ziel: Amerikas Eintritt in den Zweiten Weltkrieg.

Ständige Rubriken

Deutschland

Hetze eines Friedens-Nobelpreisträgers

Klaus Berber

Von einem Friedensnobelpreisträger sollte man eigentlich erwarten, daß er der ihm zuteil gewordenen Ehre auch gerecht wird. Hierunter ist nicht blindäugiges Duckmäusertum und pseudoheiliges Gerede zu allen Problemen dieser Welt zu verstehen, aber auch nicht Hetze gegen ein Volk. Doch genau dies tut der Friedensnobelpreisträger des Jahres 1986, der Vorsitzende des »Rates der Holocaust-Gedenkstätten« in den USA und einer der einflußreichsten Sprecher der amerikanischen Juden: Elie Wiesel. Und das Ziel ist, wie sollte es auch anders sein, Deutschland.

Seine Maxime gab Wiesel im November des vergangenen Jahres in einem Fernsehinterview kund: »Die Juden in der ganzen Welt wollen keine Wiedervereinigung. Wir wollen und werden die an uns begangenen Verbrechen nie vergessen«. Hierzu paßt auch ein dem »Spiegel« gegebenes Interview, das dann auch den vielsagenden Titel trug: »Deutschland ist nicht bereit!«

Eine Kollektivschuld gibt es nicht

Zwar habe seine erste Rechnung, als er junge Menschen fröhlich auf der Berliner Mauer tanzen sah, in Freude bestanden, doch dann sagte Wiesel: »Wir Juden können eine Vereinigung Deutschlands nicht in Betracht ziehen, ohne inneren Widerstand zu empfinden. Wir müssen zweimal über die Folgen nachdenken.«

In folgenden Antworten sagt er zwar immer wieder, es gebe keine kollektive Schuld, daß »die Kinder von Mördern keine Mörder sind, sondern Kinder«, dafür aber eine kollektive Verantwortung. Ihn bedrücke »die Sorge, daß nach der Öffnung der Mauer die Deutschen versucht sein könnten, die Erinnerung hinter sich zu lassen. Unglückseligerweise wird dies eher früher oder später geschehen.«

Der Historikerstreit, die antisemitische Einstellung mancher Deutscher (in Wirklichkeit ist eine antizionistische; der Verfasser), das »relativ starke« Abschneiden der Republikaner lasse ihn zu dem Schluß kommen, »daß Deutschland noch nicht so weit ist, daß wir ihm einen Blankoscheck ausstellen und sagen können: Nun ist alles in Ordnung, dieses Kapitel ist geschlossen.«

Zweifel über die Öffnung der Mauer

Man höre und staune: In der Bundesrepublik soll es also nach Willen des Friedensnobelpreisträgers Wissenschaftlern noch nicht einmal erlaubt sein, berechtigte Fragen zu den vielen Widersprüchen des sogenannten Holocaust-Geschehens zu stellen und diese aufzuklären zu versuchen. Und den Juden (Wiesel schreibt selber fast immer von »den Juden«, »wir« usw.) paßt eine Partei nicht, also sollte sie am besten verboten werden - was ja auch Galinski schon lange fordert –.

Dann stellt der US-Jude fest, daß die Welt momentan in einer Zeit lebt, die von vielen Umwälzungen gekennzeichnet ist, und »ein einziger Satz enthält hundert Sätze, eine einzige Seite beschreibt dramatische Ereignisse. Und als Ergebnis sind wir Erschütterungen, Unruhen, Aufruhr ausgesetzt, im guten wie im schlechten. Deshalb würde Deutschland gut daran tun, einen Augenblick innezuhalten und sich zu besinnen.«

Bezeichnend für die wahre Einstellung Wiesels ist seine Antwort auf die Frage »Aber ist es nicht verständlich, daß viele Deutsche im Fall der Berliner Mauer so etwas wie eine endgültige Erlösung vom dunklen Erbe ihrer Vergangenheit sehen?«: »Ich fühle mich jetzt in einer Lage, die mir nicht gefällt. Ich wünsche mir, daß die Menschen frei sind, alle, überall auf der Welt. Und doch spüre ich jetzt ein wenig die Notwendigkeit, Zweifel über die Öffnung der Mauer zu äußern.

Ich bin für Freizügigkeit, ich bin auch für Freiheit in Berlin, aber ich hätte es gern gesehen, wenn an diesem denkwürdigen Abend in Berlin der Kanzler oder der Bürgermeister oder irgendein anderer gesagt hätte: Heute ist ein ganz besonderer Tag, in mehr als einer Hinsicht; vielleicht liegt darin eine symbolischen Bedeutung. Schließlich ist der 9. November auch das Datum der schändlichen Reichskristallnacht. Warum gab es nicht einen Augenblick des Schweigens und der Besinnung zu Ehren der Opfer? Nun, der 9. November 1938 war schon überlagert. Da frage ich mich: Was wird sonst noch alles vergessen werden?«

»Wir sind auch noch nicht bereit«

Wenig später heißt es: »Die Deutschen sollen in die Zukunft blikken, aber sie dürfen die Vergangenheit nicht vergessen. Die Folge dieser Befreiung darf nicht die Beschädigung der Erinnerung sein.«

»Einen solchen Ausbruch (der nationalen Gefühle) haben wir in den Tagen nach der Öffnung der Mauer schon gesehen, auch wenn es diesmal ein freundlicher Nationalismus war, der ein freundliches Gesicht zeigte (damals hatte es die bestellten neonazistischen Schmierereien in der DDR noch nicht gegeben; selbst die DDR-Nachrichtenagentur ADN mußte jetzt zugeben, daß einige dringend verdächtige Täter überhaupt keine Verbindung zum sogenannten Rechtsextremismus haben; der Verfasser).

Aber wir haben auch erlebt, wie früher ein anderes Deutschland zu echter Macht aufstieg und diese Macht nicht weise auszuüben verstand. Und da ich mich nicht nur mit Politik befasse, sondern mit moralischen Kategorien, möchte ich sagen: Wartet ab! Deutschland ist noch nicht bereit für einen solchen Wechsel. Und wir sind auch noch nicht bereit«. Da muß doch die Frage zu stellen erlaubt sein: Muß Deutschland etwa 45 Jahre nach der Niederlage des Zweiten Weltkriegs und nach Ende des Hitlerismus die Juden fragen, in einer Sache, die ureigenste Angelegenheit des deutschen Volkes ist?

Zu der Tatsache, daß der neue SED-Chef Gregor Gysi ebenfalls jüdischer Abstammung ist, bemerkt Wiesel folgendes: »Übrigens glaube ich, daß Gysi eine antisemitische Welle auslösen wird, weil er gegen die Wiedervereinigung ist. Viele Deutsche werden einfach sagen: Schaut euch diesen Juden an! Wir wollen die Wiedervereinigung, und er, der Jude, ist dagegen. Da bin ich natürlich ganz auf seiner Seite, nicht nur, weil ich Jude bin, sondern auch weil ich glaube, daß die Zeit dafür noch nicht reif genug ist.«

Dann antwortet Wiesel auf die Frage, warum sich soviele Juden zum Kommunismus hingezogen fühlten, wie folgt: »So sehr der Kommunismus zu Beginn für Juden attraktiv war, gehörten Juden trotzdem zu den ersten, die den Kommunismus abschworen.

Nach den Schauprozessen in den dreißiger Jahren in Rußland waren es jüdische Kommunisten, die sich enttäuscht abwandten. Sie erkannten, daß der Kommunismus nicht funktionieren konnte, kein humanes Experiment war«.

Diese Äußerung ist hochinteressant, da David Binder, dem Namen nach wohl ebenfalls Jude, im »Internationalen Herald Tribune« vom 12. Dezember des ver-

gangenen Jahres folgendes schrieb: »In Ost-Deutschland (gemeint ist Mitteldeutschland, die DDR; der Verfasser), ebenso wie in Polen, Ungarn und Rumänien waren viele Führer, die von Stalin ausgewählt wurden, in diesen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg ein sowjetähnliches Staatsgebilde zu installieren, Juden (,. . . many leaders . . . were known to be of jewish origin').« Was stimmt nun also, Wiesels oder Binders Version?

Haß entstellt die Erinnerung

Daß sein Beharren auf der Erinnerung neuen Haß hervorrufen könnte, glaubt Wiesel nicht. »Genau das Gegenteil ist der Fall. Ich bin leidenschaftlich gegen jeden Haß. Die Erinnerung ist ein Heilmittel gegen den Haß. Haß entstellt die Erinnerung. Nur durch die Erinnerung ist Versöhnung möglich.« Dann kommt jedoch direkt die Einschränkung: »Würde die Wiedervereinigung für die Deutschen bedeuten, daß sie einen Teil ihrer Geschichte einfach auslöschen könnten, wäre ich noch beunruhigter und noch nachdrücklicher dagegen.«

Die folgenden beiden letzten Antworten dieses Interviews sollen ungekürzt wiedergegeben werden. Der Leser soll selber entscheiden, ob sie einen Widerspruch zu Wiesels vohergehendem pathetischen Versöhnungsgerede und seiner ablehnenden Haltung zu einer Kollektivschuld darstellen oder nicht. So antwortet er auf die (vorletzte) Frage: »Glauben Sie an so etwas wie die dunkle, irrationale Seite des deutschen Volkscharakters?«

»Ich glaube nicht an Verallgemeinerungen. Sicher, wenn ich heute einem 70jährigen Deutschen begegnen würde, dann würde ich mich in Gedanken fragen: Wo war er damals? Aber wenn ich jemanden treffe, der nach dem Krieg geboren ist, dann empfinde ich eine echte Verbundenheit mit diesem Menschen. Der Sohn oder die Tochter eines möglichen Mörders zu sein ist vielleicht tragischer, als der Sohn oder die Tochter eines Opfers zu sein.

Als ich in Berlin war, sprach mich ein junger Student an; er weinte und erzählte mir, wie er vor einigen Jahren entdeckt hatte, daß sein Vater SS-Offizier gewesen war. An dem Tag verließ er seine Familie, und er sah sie niemals wieder. Ich verstehe diesen jungen Menschen, und ich verstehe ihr Bedürfnis nach Freude und Unschuld.« Daß also eine Familie durch die Geschichtslügen über die SS auseinandergerissen wurde, interessiert Wiesel nicht.

Der Deutsche ist der Paria der Welt

Als letztes fragte der »Spiegel«: »Auch dann, wenn viele dieser jungen Menschen einen neuen aggressiven Stolz zur Schau tragen, Deutscher zu sein?«

Die bezeichnende Antwort lautet: »Ich mag niemanden, der aggressiv ist, ob deutsch oder nicht deutsch. Bei einem Deutschen kommt mir dies natürlich besonders befremdlich vor. Was macht ihn so aggressiv? In der deutschen Geschichte hat sich immer Aggressivität gezeigt, aber wenn der jungen Generation diese Erinnerung gegenwärtig ist und sie daraus lernt, dann können wir vielleicht zuversichtlich sein. Daß Familien sich wünschen, beieinander zu sein, ist nur natürlich. Aber aus beiden deutschen Staaten darf nicht einer werden. Noch nicht.«

Israel hat einen Bonus

Quintessenz: Der Deutsche ist eben der Parier der Welt. Geht es aber um Israel, um die mehr als nur aggressive 40jährige Geschichte des Judenstaates – der sich sogar nicht scheute, Anfang dieses Jahres mit brutaler Gewalt eine Demonstration von Frauen aufzulösen und dem selbst Amnesty International vorwarf, israelische Behörden »duldeten oder unterstützten sogar die ungesetzliche Exekution« arabischer Extremisten in den besetzten Gebieten und daß unbewaffnete Palästinenser durch israelische Soldaten oder Geheimdienstangehörige in Zivil erschossen worden seien –, dann setzt Wiesel aber auf einmal nicht mehr die selben Maßstäbe an. □

Bonn
Druck wegen polnischer Westgrenze

Alfred König

Der alte Spruch »Jedes Ding hat zwei Seiten« bestätigt sich leider auch wieder bei der Öffnung der Grenze zwischen Mittel- und Westdeutschland. Gemeint sind nicht die bestellten neonazistischen Schmierereien in Teilen der DDR, auch nicht die in Teilen skandalöse Vertuschungspolitik der SED, sondern der international immer stärker werdende Druck auf die Bundesrepublik zur Anerkennung der sogenannten polnischen Westgrenze.

Erstaunlich ist, wie sehr sich Bundeskanzler Helmut Kohl diesem Druck zumindest bisher widersetzt, und dies obwohl immer mehr aus seiner Partei und der Regierungskoalition, allen voran Süßmuth, von Weizäcker und Genscher ihn zu einer Erklärung drängen. Selbst auf einer kürzlich stattgefundenen EG-Konferenz betonte Kohl, nur ein Friedensvertrag könne dies regeln. Doch die Internationalisten, nicht untätig, glauben eine andere Lösung gefunden zu haben.

Den Weg hierzu hatte, nahezu von allen unbemerkt, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog, geebnet. Auf den ersten Blick erschienen seine Äußerungen als Wiederholung der seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von Juli 1975 geltenden Auffassung, daß das Deutsche Reich mit der militärischen Kapitulation vom 8. Mai 1945 nicht untergegangen sei, sondern vielmehr fortbestehe. Die Wirklichkeit sieht bei genauer Analyse aber ganz anders aus.

So sagte Herzog in Anspielung auf die Präambel des Grundgesetzes: »Es gibt keine Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts dazu, daß die Wiedervereinigung, noch dazu 45 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, sich unbedingt auf das Deutsche Reich von 1937 erstrecken muß.«
Hierzu gehöre auch die Berücksichtigung der Entwicklungen, die sich inzwischen in den Gebieten östlich von Oder und Neiße vollzogen hätten.

Besonders interessant ist, daß Herzog erstmals von der Auffassung abrückte, erst durch einen Friedensvertrag könne die Grenzfrage endgültig vereinbart werden und seien den Regierungen der Bundesrepublik und der DDR bis dahin völkerrechtlich die Hände gebunden. Vielmehr sprach der oberste Verfassungsschützer davon, daß das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 auch von »vergleichbaren Instrumenten« aufgelöst werden könne. Herzog wörtlich: »Das muß nicht unbedingt ein Friedensvertrag sein.«

Auch in anderer Form könnte dies geschehen. Anstatt einer Konferenz der ehemaligen 50 Kriegsgegner des Deutschen Reichs plädierte Herzog für eine »Ersatzkonferenz der unmittelbar Interessierten«. Ebenfalls sei die KSZE, die auch bislang schon Vereinbarungen über die Unverletzlichkeit von Grenzen getroffen habe, als Gremium für derartige Vereinbarungen durchaus geeignet.

Dabei – und dies soll an dieser Stelle einmal ganz klar ausgesprochen werden – geht es bei den deutsch-polnischen Grenzstreitereien in erster Linie doch gar nicht um die Frage der Rückgabe der deutschen Gebiete. Daran glauben ernsthaft nur noch Utopisten. Der Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen, Koschyk, brachte es auf den Kern der Sache. Ziel von Verhandlungen müsse es sein, in der Grenzfrage einen Ausgleich zu suchen. Sein Verband gehe davon aus, »daß auf der Grundlage des Willens zu einem für beide Seiten tragbaren Ausgleich und unter Absage an Maximalforderungen in dieser Frage ein Kompromiß notwendig und möglich ist«.

Gerade der völkerrechtlich gegebene Anspruch auf einen von Polen in irgendeiner Art zu gewährenden Ausgleich wird aber durch die Bestrebungen von Süßmuth, Genscher und Konsorten, die urdeutschen Ostgebiete quasi an Polen zu verschenken, aufgegeben. Damit beweisen diese Politiker wieder einmal, daß sie keine deutsche, sondern eine rein internationalistische Politik betreiben. □

Deutschland

Frankreich und die deutsche Einheit

Alfred König

Wer es bisher nicht wußte, dem muß es spätestens in den vergangenen Wochen klar geworden sein: die angebliche deutsch-französische Freundschaft entpuppt sich als leeres Wortgehülse ohne jeden Inhalt. Die Franzosen offenbaren dabei einen Januskupf. Nach vorne wird gelächelt und den Deutschen ihr Recht auf Selbstbestimmung zugesprochen – und die im Hintergrund verborgene Dämonenfratze versucht alles, dies zu verhindern.

Die Franzosen verhalten sich heute genau so, wie es auch bereits ihr Historiker Jacques Bainville in seinem 1915 erschienenen und in 97 Auflagen verbreiteten aufschlußreichen Buch »Geschichte zweier Völker« erläutert. In diesem Buch beschreibt Bainville die seit Jahrhunderten geltende französische Politik, die immer wieder das Ziel verfolgt habe, »zu verhindern, daß Deutschland seine Einheit vollzieht, wie Frankreich die seinige vollzogen hatte«. Das Erstaunliche dieser Politik ist nach Ansicht des französischen Historikers, daß sie »nie im Irrtum beharrte, aber auch nie die Grundsätze wechselte, noch das Ziel aus den Augen verlor«.

Vorbehalte in der politischen Führung

Wie sehr diese Worte Bainvilles auch heute noch gelten, läßt sich leicht aus einem Mitte Dezember 1989 von der deutschen Botschaft in Paris erstellten Bericht erkennen. Um jedes Mißverständnis von vorneherein auszuschließen, soll hierzu kurz aus der sicherlich nicht franzosenfeindlichen »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ) zitiert werden:

»Die Vorbehalte in der politischen Führung Frankreichs gegenüber einem vereinigten Deutschland sind nach Einschätzung der Bonner Diplomatie umfassender und tiefgreifender, als von der Bundesregierung, aber auch von französischer Seite bisher offenbart. Diese Vorbehalte haben sich im Verlauf des letzten halben Jahres offenbar verstärkt, bedingt durch die rasche Entwicklung in der DDR und den anderen Staaten Mittel- und Osteuropas ... Es erscheint der deutschen Botschaft als offen, ob sich Frankreich dazu durchringen wird, eine Entwicklung, die auf die Stärkung der deutschen Position hinausläuft, konstruktiv zu begleiten, oder ob es versuchen wird, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen.«

Mittel eines verdeckten Druckes

Wie in dem Bericht weiter steht, ist in den Äußerungen der französischen politischen Führung »insgesamt« die Tendenz erkennbar, einen gewissen Mitwirkungsanspruch bei der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts nicht nur den vier Siegermächten, sondern der gesamten Gemeinschaft der europäischen Völker zuzuschreiben. So habe Außenminister Dumas am 12. Dezember 1989 vor der Nationalversammlung die Ansicht vertreten, »daß die freie Entscheidung der Deutschen über ihre Zukunft von den ›übrigen europäischen Staaten‹ akzeptiert werden müsse, insbesondere von denen, die den beiden deutschen Staaten am nächsten sind«. Wenig später wird Dumas zitiert, wie er auf historische Reminiszenzen anspielte, »die die unselige historische Rolle deutscher Macht in Europa anklingen lassen«.

Den französischen Verteidigungsminister Chevènement zitiert der Bericht wie folgt: »Die Deutschen sind der Auffassung, daß das deutsche Volk das Recht auf Selbstbestimmung hat. Sie müssen verstehen, daß ein solcher Prozeß sich nur mit Zustimmung aller europäischen Staaten vollziehen kann.«

»Als Mittel eines verdeckten Drucks sei es möglich, daß die französische Regierung versuchen könnte, die nächsten Etappen des KSZE-Prozesses, vor allem eine vorgezogene Konferenz auf hoher Ebene, wie sie von Gorbatschow vorgeschlagen worden sei, als Mittel zu benutzen, auf die deutsche Entwicklung verzögernd einzuwirken. Die ›Neuentdeckung‹ der KSZE-Möglichkeiten in Frankreich scheine auch aus der Erkenntnis zu resultieren, daß die Mitwirkungsansprüche der vier Großmächte in der deutschen Frage bei den Deutschen auf abnehmende Akzeptanz stoßen und man daher nach einem Ersatzrahmen suchen muß.«

Und es gibt noch viele Äußerungen führender französischer Politiker, die ganz klar die wahre Absicht dieser Führungsclique aufzeigen – nicht vergessen werden darf jedoch, daß das französische Volk in seiner großen Mehrheit die deutsche Wiedervereinigung positiv beurteilt.

Was Mitterrand in Leipzig nicht sagte

So sagte Mitterrand bereits im Oktober des vergangenen Jahres: »Voraussetzung für eine Wiedervereinigung wäre eine demokratische Befragung und die Zustimmung der Schutzmächte, die der letzte Krieg im Lager der Sieger bezeichnet hat, um Deutschland, ich möchte fast sagen: den beiden Deutschlands, die notwendige internationale Unterstützung zu sichern.«

Anfang Dezember erklärte Mitterrand während seines Besuches in der Sowjetunion, daß es sich kein europäischer Staat leisten könne, ohne Rücksicht auf die anderen, auf das Gleichgewicht und auf die historische Situation zu handeln. Dringendstes Problem sei die Stärkung der Europäischen Gemeinschaft. »Wir sollten Abstand von allem nehmen, was eine äußerst komplizierte Lage vergiften würde. Ich habe Vertrauen in die deutschen Staatsmänner. Es wäre verfrüht, daran zu denken, die Grenzen in Europa neu zu ziehen.«

Besonders bezeichnend sind die Äußerungen Mitterrands während seines Besuchs in der DDR kurz vor Weihnachten. Im Hörsaal der Leipziger Universität sagte der französische Präsident vor rund 400 Studenten folgendes: »Wenn das deutsche Volk es so will, wird sich Frankreich nicht widersetzen.« Dann kommt aber direkt das »Ja, aber«: »Aber die Deutschen können nicht einfach die Realität (von zwei souveränen Staaten in zwei Machtblökken) mit Füßen treten.« Der Wunsch der Deutschen und die Ansichten der Nachbarn wirkten da fast wie These und Antithese. »Aber die Synthese ist möglich, wenn Sie bei ihrer Wahl beachten, daß es um die deutsche und die europäische Einheit geht. Wenn Sie sich so entscheiden, wird Frankreich Sie verstehen und die Partei der Freiheit ergreifen.«

Frankreichs Sehnsucht nach Jalta

Interessant ist aber, was Mitterrand nicht sagte, nämlich wie sein Land sich verhalten wird, wenn die bösen Deutschen es wagen und sich so entscheiden würden, wie es unserem westlichen Nachbarstaat jenseits des Rheines nicht paßt! Diese Antwort ließ der Franzose jedoch lieber offen!

Einen hervorragenden Eindruck über das Denken der politischen Führung Frankreichs hat der Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger des Jahres 1988, Maurice Allais, in einem im »Le Figaro« erschienenen Aufsatz gegeben. darin behauptete Allais, die gegenwärtige französische Regierung habe eine sowjetische Intervention in Rumänien nur deswegen empfohlen, weil sie damit das Abkommen von Jalta, das Rumänien der sowjetischen Einflußzone anschloß, bestätigt sehen wollte. Das Weiterbestehen des Jalta-Abkommens, so Allais, könne dann die ebenso

durch Jalta entstandene »Viermächte Verantwortung über die beiden Deutschlands« gegen die deutsche Wiedervereinigung aktualisieren.

Wie deutschfeindlich die französische Regierung eingestellt ist, beweist auch folgender Sachverhalt. Anfang Januar wurde von deutscher Seite bekanntgegeben, daß alleine an der deutsch-französischen Grenze im Elsaß mehr als 700 Bewohnern der DDR die Einreise nach Frankreich verweigert wurde. Man berief sich dabei auf den Visa–Zwang. Auch Tagesvisas könnten nicht ausgestellt werden, da dies nach den französischen Gesetzen nur in der französischen Botschaft im jeweiligen Heimatland geschehen könne.

Wie es auch geht beweisen die Dänen und Schweden, die trotz ebenfalls vorhandenen Visa–Zwangs den Mitteldeutschen unbürokratisch Tagesvisas ausstellten beziehungsweise diese teilweise auch einfach so ihre Länder besuchen ließen.

Von daher war es ganz verständlich und ausnahmsweise auch einmal von »unserer« Bundesregierung richtig, Mitte Dezember die Unterzeichnung des sogenannten Schengener Abkommens zu verweigern, da die vier anderen Staaten dieses Abkommens (Frankreich und die Benelux-Staaten) bei der Frage der Öffnung der Grenzen dieser Länder die Mitteldeutschen hiervon ausgenommen wissen wollten und auf dem Visazwang beharrten.

Bonn als Belastung für Europa

Folge war eine neuerliche Verstimmung zwischen Frankreich und der Bundesrepublik, woraufhin die französische Europaministerin Cresson kurz vor Jahreswechsel die Ansicht vertrat, die Bundesrepublik sei durch die jüngste Entwicklung in Osteuropa und die bevorstehenden Bundestagswahlen zu einer belastenden Kraft für die europäische Zukunft geworden.

Neben den traditionellen antideutschen Ressentiments der Franzosen liegt ein weiterer Grund für das Verhalten der Politiker unseres Nachbarstaates in deren Sorge verborgen, die Bundesrepublik engagiere sich mehr im Osten als innerhalb der EG. Wie zu erfahren war, verfolgt die französische Regierung irritiert die Distanz und Zurückhaltung Bonns zum zügigen Ausbau der Währungsunion. Während Kohl Mitte des Jahres Mitterrand noch versprochen habe, diese zügig vorantreiben zu wollen, habe den französischen Staatschef Anfang Dezember ein Schreiben des Bundeskanzlers sehr verärgert, in dem dieser keine voreilige Regierungskonferenz vorschlug, sondern vielmehr erst Prüfung der Erfahrungen mit der ersten Stufe der Währungsunion, eingehende Vorbereitung und eine Stärkung der Rechte des Europa-Parlaments in Straßburg.

Was ist der Hintergrund: Der französische Franc ist eine marode Währung, spielt heutzutage in der Welt kaum noch eine Rolle – im Gegensatz zur DM, die sich nach dem Dollar zur zweiten Leitwährung der Welt entwickelt hat – die Entwicklung des jugoslawischen Dinars ist sogar an die DM gekoppelt –. Überhaupt ist die französische Wirtschaft als alles andere als in einem guten Zustand zu bezeichnen. Dagegen boomt die bundesdeutsche Wirtschaft nach wie vor. Im achten Jahr des Wirtschaftsaufschwungs ist kein Ende der Aufwärtsentwicklung zu sehen. Ganz im Gegenteil, durch die sich mehr und mehr abzeichnende enge Wirtschaftskooperation mit der DDR ist im Ausland sogar schon von einem »zweiten deutschen Wirtschaftswunder« die Rede.

Kommt es aber im Rahmen einer Währungsunion zum Wegfall der nationalen Währungen und zur Einführung der Europawährung Ecu, dann wird der marode französische Franc durch die DM subventioniert. Alle anderen EG-Wirtschaften, besonders aber die Frankreichs und der südeuropäischen Staaten, partizipieren dann ohne eigenes Zutun am deutschen Wirtschaftsboom. Außerdem ist die Bundesrepublik heute schon der größte Einzahler in die EG – und erhält dafür in der Relation am wenigsten heraus. Und daß die EG nicht unbedingt exportfördernd ist, kann man auch daran erkennen, daß in den vergangenen 50 Jahren die Ausfuhren in die heutigen EG-Staaten nur um wenige Prozentpunkte gestiegen sind – was auch ohne die EG geschehen wäre. □



Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 72,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.
Vertrieb Handel im In- und Ausland; Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Gesamtherstellung: Greiserdruck, Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR**, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11 **ISSN 0932-3473**

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 28. März 1990 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

Deutschland

Januskopfige französische Politik

Alfred König

Wie berechtigt eine Warnung vor der januskopfigen Deutschland-Politik der Franzosen ist, zeigt eine 49seitige, noch unter Verschluß gehaltene Studie, die die französische Botschaft in Bonn erstellt hat. Darin heißt es, das Gerede von der bevorstehenden deutschen Einheit sei »ein großer Bluff, eine Mystifikation, um ein ganz anderes Ziel zu verdecken«. Vielmehr gehe es der Bundesrepublik darum, mit der Wiedervereinigung mehr politisches Gewicht zu erlangen.

Vordergründig werde aber von den Deutschen, so die Studie weiter, nur vorgegeben, die patriotische Gemeinsamkeit zu suchen. Die Pariser Botschaft stellt dann die Frage, ob es so abwegig wäre, zu überlegen, ob Bonn dieses Ziel weiterverfolgen würde, wenn der Bundesrepublik mehr Einfluß und Selbständigkeit auch ohne deutsche Einheit in den Schoß falle? Wörtlich heißt es: »Denn was fehlt der Bundesrepublik zur perfekten Souveränität, die sie Frankreich oder Großbritannien gleichstellen würde? Doch nur die volle Unabhängigkeit im Bereich der Sicherheit und Verteidigung. Dieses Verlangen wird eine immer größere Rolle im Kalkül der Bonner Politiker spielen.

Ein unkontrollierbares Abenteuer

Es bleibt eine andere, viel unmittelbarere Gefahr: Der Bluff Bonns und das gegenseitige Überbieten der Parteien könnten – ungewollt – die nationale Bewegung beschleunigen. Hier darf man nicht den Zauberlehrling mimen ... Das könnte ein unkontrollierbares Abenteuer bei den Deutschen auslösen.«

Von daher solle Frankreich sich behutsam und diskret an die Fersen der Deutschen heften und alle Windungen der nächsten Zeit geschmeidig mitvollziehen, so daß nicht der Eindruck entstehen könne, die Deutschen stünden alleine da. Man solle den Deutschen auch keinen Vorwand liefern, der sie gegen Frankreich aufbrächte.

Im weiteren Verlauf stellen die Franzosen dann die ihrer Ansicht nach vier möglichen Szenarien einer deutsch–deutschen Annäherung vor: Neben der »Wiedervereinigung als Folge einer militärischen Katastrophe in Europa«, die Bildung »Deutschlands« nach internationalen Verhandlungen, die Idee eines Bundesstaates – wobei beide Teile NATO und Warschauer Pakt verlassen, aber Mitglieder der EG und des Comecon bleiben –, und als letztes eine Konföderation, wobei jedes Teilgebiet im Einflußbereich der Großmächte verbleibt. Dabei werde dann mit anderen Staaten eine entmilitarisierte Zone gebildet. Obwohl alle vier Möglichkeiten von der Pariser Botschaft in Bonn als unbefriedigend angesehen werden, hätte die vierte immerhin den Vorteil, daß Deutschland zwar in der »Summierung der Teilsouveränitäten mehr Einfluß« gewinne, ohne gleichzeitig jedoch zur Gefahr für die Nachbarn zu werden.

Die Argumente der Deutschen

Die Studie vermißt eine objektive Analyse der Lage. Vielmehr werde eine vermeintliche deutsche Gefahr an die Wand gemalt, um somit leichter die eigene Furcht zu belegen, die nicht nur Frankreich, sondern auch die anderen Staaten Europas vor einem zu starken Deutschland hätten. Denn es gebe derzeit vier Argumente, die von den Deutschen derzeit zur Begründung, warum eine Wiedervereinigung kommen müsse, vorgebracht würden.

Dies seien zum einen »patriotische Gründe«, etwa, daß eine Teilung eines Volkes unnormal sei und was für andere Staaten gelte, für Deutschland nicht abgelehnt werden dürfe. Zweitens werde ein geeintes Deutschland eher in der Lage sein, die Herausforderungen des Binnenmarktes zu meistern. Der dritte Grund sei die territoriale Lage, die dazu führe, daß beide Teile Deutschlands sowohl im Falle eines dritten Weltkriegs als auch bei einer auf Europa begrenzten kriegerischen Konfrontation Hauptkampfplatz seien. Durch ein wiedervereinigtes Deutschland könne aber mehr Abstand zu den Großmächten gewonnen werden. Viertens sei in einem geeinten Europa kein Platz für die Teilung eines Staates.

Während die ersten beiden Punkte nach Einschätzung der Franzosen die Hauptgründe für das Streben Bonns nach einer Wiedervereinigung seien, würden doch die Punkte drei und vier am meisten herausgestellt – aus dem einfachen Grunde, weil es für die Nachbarn kaum gute Gründe gebe, dagegen zu sein.

Daneben regten sich in der Bundesrepublik derzeit Zweifel, warum es in anderen Staaten starke nationale Kräfte gebe, diese aber in der Bundesrepublik noch 45 Jahre nach Kriegsende verteufelt würden. Dies sei auch der Grund für das Erstarken nationaler Bewegungen sowie des zunehmenden Zweifels, ob ein geeintes Europa nicht einer Wiedervereinigung der Bundesrepublik und der DDR entgegenstehen würde.

Kein Grund für koloniale Abhängigkeit

Die Studie stellt die Frage, welchen politischen Rahmen die Deutschen wirklich hätten, nachdem sie bis heute von den Siegermächten unter Kuratel gestellt worden seien? Sehr ausführlich führt der Bericht auf, daß bisher die Souveränität des Handelns den Deutschen mit der Begründung vorenthalten wurde, es diene dem Frieden. Seit den Befreiungsbewegungen im Osten gebe es jedoch weder einen politischen noch einen moralischen Grund, dieses Volk länger in einer »quasi kolonialen Abhängigkeit« zu halten, den Deutschen das Selbstbestimmungsrecht zu verweigern sowie auf vermeintlichen Siegerrechten zu bestehen und den Deutschen ständig einzutrichtern zu versuchen, ihr habt damals Unrecht begangen, der verlorene Krieg war die verdiente Konsequenz.

Zum Schluß fordert die Studie, den Deutschen das Recht zurückzugeben, sich mit ihrem Vaterland zu identifizieren. Das gehe aber nur, wenn die deutsche Einheit wiederhergestellt werde. Dagegen wären nur die, die Vorteile zu verlieren hätten. Also neben den vier Siegermächten so ziemlich alle europäischen Staaten, »aber auch die meisten deutschen Politiker, die hüben und drüben ihren Einfluß und ihre Positionen gefährdet sehen«. Das gleiche gelte für viele Funktionäre, da durch eine Wiedervereinigung für sie ebenfalls ein Machtverlust drohe. Dagegen seien die meisten wichtigen außereuropäischen Staaten für ein wiedervereintes Deutschland.

Den Schlüssel zur Wiedervereinigung habe jedoch Gorbatschow in seiner Tasche. Ein neutrales Deutschland wäre ein idealer Partner. Aber in Verkennung der wahren Absichten Gorbatschows kommt der Bericht zu dem Resultat: »Die Westdeutschen müßten verrückt sein, ihren komfortablen Stuhl im Kreis der westlichen Gemeinschaft gegen eine Leibeigenschaft im kommunistischen Lager einzutauschen.«

So deutschfreundlich gerade einige der ersten und letzten Passagen dieser Studie klingen, so sind sie in Wirklichkeit aber nichts anderes als eine Analyse, mit dem erklärten Ziel, aufbauend auf den Analyseergebnissen einen Weg zu finden, Deutschland die längstmögliche Leine zu gewähren, gleichzeitig es aber weiter unter Kontrolle zu halten – nur so geschickt, daß es die Deutschen nicht merken. □

NEU:

DIE WELTNEUHEIT: OHNE WASSER – OHNE REINIGUNGSMITTEL IN SEKUNDEN GLASKLARE FENSTER

elektrischer Fensterreiniger

Machen Sie Schluß mit dem unangenehmen und lästigen Fensterputzen. Jetzt können Sie auf einfache und problemlose Art alle glatten Flächen (Fenster, Spiegel, Glastüren, Fliesen usw.) reinigen. Hygienisch und keimfrei. Ohne Streifen.

Die Funktionsweise

Der neue **elektrische Fensterreiniger Blitz-Blank-Meister** funktioniert ohne großen Aufwand: ohne Wasser, ohne Reinigungsmittel!

Sie fahren nach Aufheizen des Gerätes leicht über die zu säubernde Fläche. Eine leichte Dampfschicht zwischen der zu reinigenden Fläche und dem Gerät löst jeden Schmutz sorgfältig und sauber auf. Ideal auch für Wintergärten und Büro/Ladengeschäfte mit großen Schaufenstern.



Ein faires Angebot: 14 Tage zur Probe

Wir möchten, daß auch Sie, liebe Leser von CODE, sich von den Vorteilen des Blitz-Blank-Meisters überzeugen. Deshalb bieten wir Ihnen an, das Gerät 14 Tage lang zu testen.

Fordern Sie den elektrischen Fensterreiniger ohne Vorauszahlung und Verpflichtung mit dem untenstehenden Coupon oder einfach per Telefon an. Sie haben dann die Möglichkeit, das Gerät auszuprobieren. Sollten Sie, entgegen unserer Erwartung, nicht mit dem Blitz-Blank-Meister zufrieden sein, so können Sie diesen gegen eine Gebühr von DM 15 wieder an uns zurückschicken. Sie zahlen diese Gebühr nur im Fall der Rücksendung. Wir sind jedoch sicher, daß Sie den tollen Fensterreiniger behalten werden. In diesem Fall überweisen Sie nur den Kaufpreis in Höhe von DM 198.

Einige Auszüge aus den zahlreichen Erfahrungsberichten unserer Kunden:

Eheleute Staps aus Wiggensbach sind begeistert und schreiben:
Schon bei unserer Bestellung waren wir mehr als skeptisch. Wie wird das „Ding" wohl funktionieren? Aber schon nach drei „Übungsfenstern" waren wir hellauf begeistert. Eine tolle Idee!

Dr. Petri aus Vechta ist auch vom Blitz-Blank-Meister überzeugt und berichtet:
Als Skeptiker glaubte ich nicht so recht an die Wirksamkeit Ihres angebotenen Gerätes. Ich entschloß mich jedoch zum Kauf. Meine bisherigen „Fensterputzverrenkungen" hinterließen nur ein „schlampiges" Ergebnis, so daß meine Frau erst richtig „ran" mußte. Heute habe ich die Fakultät gewechselt und bin zum Fensterputz-Meister aufgestiegen; beim dritten Arbeitsgang waren die Scheiben kristallklar dank des Blitz-Blank-Meisters. Ich freue mich schon jetzt auf die großen Augen meiner Frau beim Anblick der glasklar zu erkennenden Umwelt.

Frau Küchle aus Albstadt schreibt:
Ihren Blitz-Blank-Meister habe ich jetzt ausgiebig verwendet und bin sehr begeistert. Fensterputzen war lange Zeit ein großes Problem für mich, da ich nicht mehr auf Leitern steigen kann. Der Reiniger erspart mir dies, und so bereitet es mir jetzt gar keine Probleme mehr. Fensterputzen könnte direkt ein neues Hobby von mir werden...

Frau Gierß aus Stuttgart 1 ist ebenfalls begeistert:
Ich habe den Blitz-Blank-Meister erhalten und sofort in Betrieb genommen. Ich bin sehr angetan, konnte ich doch auf zweimal meine gesamten Fenster sauber machen (15 Fenster – große!) Die Handhabung ist einfach, das Gerät ist nicht zu schwer, die Verlängerung auch auf größere Höhen mit Besenstiel sehr gut.

UNSER GESCHENK:

Alle Leser von CODE, die einen BLITZ-BLANK-MEISTER bestellen, erhalten 10 Reinigungstücher GRATIS.

Wenn auch Sie in Zukunft ohne Reinigungsmittel und ohne Wasser Ihre Fenster, Spiegel, Glastüren, Fliesen usw. einfach und ohne Kraftaufwand säubern wollen, so sollten Sie noch heute den Coupon ausschneiden und senden an: VITAL-Versand Tien GmbH, Bentheimer Str. 11, 4460 Nordhorn, oder schnell telefonisch (05921) 4074.

CODE

BESTELL-COUPON

Ja, auch ich möchte demnächst auf moderne und begeisternde Art Fenster reinigen und bestelle:

- ☐ weitere ausführliche Gratis-Infos
- ☐ Zustellung des Blitz-Blank-Meisters – komplett mit 10 Tüchern
- ☐ auf Rechnung/zur Probe
- ☐ per Nachnahme

Name ____________

Vorname ____________

Straße ____________

PLZ/Ort ____________

Unterschrift ____________

VITAL-Versand Tien GmbH, Bentheimer Str. 11, 4460 Nordhorn

Deutschland-Journal

Neuer Rekord an Asylanträgen

Insgesamt 121.318 Personen haben im vergangenen Jahr in der Bundesrepublik politisches Asyl beantragt. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung um fast 20.000 Bewerber. Die meisten Asylsuchenden kamen erneut aus Polen (rund 25.000 Anträge) und der Türkei (etwa 20.000 Anträge). Insgesamt kam fast die Hälfte der Asylbewerber aus Osteuropa und Jugoslawien.

Die Anerkennungsquote sank gegenüber dem Vorjahr weiter von 8,6 Prozent auf nunmehr nur noch fünf Prozent. In Zahlen ausgedrückt bedeutet dies, daß von den mehr als 120.600 vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge bearbeiteten Anträgen nur genau 5.991 positiv beschieden wurden.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) nannte als Grund für den ungebrochenen Asylantenstrom, daß angesichts des wirtschaftlichen Gefälles zwischen der Bundesrepublik und den Herkunftsländern der Reiz zunehme, sich durch einen Asylantrag einen längeren Aufenthalt in der Bundesrepublik zu verschaffen. Schäuble äußerte aber die Erwartung, daß sich die geplante Beschleunigung der Asylverfahren verbunden mit einer »konsequenten Durchsetzung der Ausreiseverpflichtung« im Ablehnungsfall in Zukunft auch auf den Asylbewerberzugang auswirken werde. □

Tierschutz anno 1990

Trotz angeblich in der Bundesrepublik herrschender strenger Tierschutzbestimmungen dürfen Tiere in Ausnahmefällen auch ohne vorherige Betäubung geschlachtet werden. Mit dieser Regelung über das sogenannte Schächten soll den Angehörigen bestimmter Religionsgemeinschaften, also in erster Linie Juden und Moslems, entsprochen werden, denen »zwingende Vorschriften den Genuß von Fleisch nicht geschächteter Tiere untersagen«. Dies teilte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium, Wolfgang von Geldern (CDU), auf eine entsprechende Bundestagsanfrage mit.

Grundsätzlich, so von Geldern, sei das Schlachten warmblütiger Tiere ohne vorherige Betäubung zwar verboten. Der Tierschutz sei aber gegenüber dem Rechtsgut der freien Religionsausübung nicht höherrangig und könne deshalb dieses im Grundgesetz verankerte Recht nicht einschränken.

Wer einmal das barbarische Schauspiel des Schächtens original oder im Film gesehen hat, weiß welche Schmerzen die gequälten Tiere erleiden müssen und wie sie zum Teil minutenlang leiden. □

»Hymne an die Freiheit«- neue National hymne?

Beethovens »Hymne an die Freude« soll die neue Nationalhymne eines wiedervereinigten Deutschlands werden – jedenfalls wenn es nach dem Willen einiger einflußreicher Linker in der Bundesrepublik geht. Auf diese Idee kamen die Gegner des »Deutschlandlieds» bei einem Konzert von Leonard Bernstein in West- und Ost-Berlin, als er den von Friedrich Schiller gedichteten Schlußchor der 9. Sinfonie Beethovens leicht statt »Freude schöner Götterfunken« in »Freiheit ...« umänderte. Die »Hymne an die Freude« ist bereits die Hymne des Europarats. □

Mischnick Deutschland-politischer Beauftragter des Parlaments?

Wolfgang Mischnick will aus Altersgründen nicht mehr für den Bundestag kandidieren. Damit beendete der 68jährige, der dem Bundestag seit 1957 angehört und seit 1968 Vorsitzender der FDP-Fraktion ist, vorläufig alle diesbezüglichen Spekulationen.

Gerüchte wollen aber wissen, daß Mischnick sehr an dem Amt des »Deutschlandpolitischen Beauftragten des Parlaments« interessiert ist. Insider wollen wissen, daß das bundesdeutsche und DDR-Parlament eine Kommission einsetzen wollen, die sich mit dem Fortgang der Entwicklung »beider deutscher Staaten« beschäftigen soll. Dieses Gremium soll auch von einem Mann oder einer Frau »außerhalb des Parlaments« geführt werden können. Wenn die Bundesregierung aber doch eine Mitgliedschaft im Bundestag für das Amt des »Deutschlandpolitischen Beauftragten« voraussetzen sollte, wird nicht ausgeschlossen, daß Mischnick seine Entscheidung doch noch einmal überdenken könnte.

Die größten Chancen für die Nachfolge Mischnicks im Amt des Fraktionsvorsitzenden werden Genschers Staatsministerin Adam-Schwaetzer und FDP-Schatzmeister Solms, der jetzt schon Mischnick häufig vertritt, eingeräumt. Sollte die FDP nach der kommenden Bundestagswahl jedoch in die Opposition gedrängt werden, ist der Bundesratsvorsitzende der freien Demokraten, Graf Lambsdorff, Hauptfavorit für diesen Posten. □

BdB fordert besseren Schutz der Bankkunden

Verbesserte Gesetze »zum Schutz von arglosen Bankkunden« hat der Bund der Bankkunden (BdB) gefordert. »Die Banken haben noch immer das Privileg, Schulden mit Zinsen und Zinseszinsen erheben zu können und sich so zu bereichern«, erklärte BdB-Vorsitzende Maria Frank in einem Interview. Da die Gefahr bestünde, daß Bankkunden »ihr Leben lang zu Sklaven ihres Zinsen Schuldturmes gemacht werden« könnten, will der BdB Verbandsklage gegen die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) der Banken erheben. Eine Änderung der AGB sei auch wegen der »zahlreichen für den Kunden kaum durchschaubaren Fußangeln« erforderlich. Frau Frank warnte davor, den Banken »blind zu vertrauen«. □

Daimler-Chef für Lockerung der Cocom-Liste

Nach Außenminister Hans-Dietrich Genscher hat sich jetzt der Vorstandsvorsitzende des Daimler-Konzerns, Edzard Reuter, für eine Lockerung der Cocom-Liste ausgesprochen, die bislang den Export von sicherheitsrelevanten Technologieprodukten in Ostblockstaaten verbietet. Des weiteren lobte der der SPD angehörende Reuter die SED/PDS-DDR-Regierung und deren angebliche Reformabsichten in den höchsten Worten. □

Neue Chance für Ex-DKP-Lehrer

Vier Lehrer, die wegen ihrer Kandidatur für die DKP und der Bekleidung von DKP-Parteiämtern vom niedersächsischen Schuldienst suspendiert wurden, sind von der Bezirksregierung Weser-Ems in Oldenburg zu erneuten Anhörungen geladen worden. Grund sei der Austritt der Männer aus der DKP beziehungsweise die Niederlegung der Parteiämter. Die Anhörungen sollen klären, ob die Dienstenthebungen weiterhin bestehen bleiben müssen oder ob die Lehrkräfte bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung in den noch anhängenden Gerichtsverfahren ihren Dienst wieder versehen können. □

Sicherheitsrisiko wegen einer gestohlenen Unterhose

Der Datenschutz in der Bundesrepublik hat die Angewohnheit, dort, wo er praktiziert werden

sollte, zu lasch und dort, wo er unnütz ist, zu streng angewandt zu werden. Am besten wurde dies durch den jüngst vorgelegten baden-württembergischen Datenschutzbericht dokumentiert. Nach Auskunft der Landes-Datenschutzbeauftragten Ruth Leuze sind dort in zunehmendem Maße »eine Vielzahl von schlichtweg unverständlichen Verstößen und Mängeln« enthalten.

So ließ beispielsweise das Innenministerium Baden-Württembergs alle Mitarbeiter einer Firma, die Umbauten an dem Amtssitz von Dietmar Schlee (CDU) vornehmen sollte, vom Polizeicomputer überprüfen und schaltete sogar den Verfassungsschutz ein. Wurde der Computer fündig, was 19mal der Fall war, mußte die Firma andere Mitarbeiter schicken.

Ein Möbelpacker wurde vom Innenministerium abgelehnt, weil er vor neun Jahren bei einer Fahrt mit einem Lastwagen einem anderen LKW-Fahrer den Vogel gezeigt hatte. Einen anderen traf der Bannstrahl des Ministeriums, weil er vor 16 Jahren angeblich Unterhosen aus seiner damaligen Firma gestohlen haben sollte. Das Verfahren war damals übrigens wegen Geringfügigkeit eingestellt worden. □

Eishockeybund sieht DDR als Ausland an

Das Sportgericht des Deutschen Eishockey-Bundes (DEB) hat den Zweitligisten EC Ratingen in zweiter Instanz zu einem Bußgeld von 22.500 DM verurteilt, weil mit dem DDR-Spieler Dieter Frenzel neben den Amerikanern Dave Morrison und Richard Costello ein dritter transferkartenpflichtiger Spieler in zwei Bundesligaspielen eingesetzt worden war. Zulässig sind nach den Verbandsregeln aber nur zwei Spieler mit diesem Status.

Als transferkartenpflichtiger Spieler wird Frenzel genauso behandelt wie ein Ausländer. Das Spielgericht hatte den Ratinger Club sogar zu einer Strafe von 30.000 DM verurteilt gehabt. □

Jüdische Gemeinden in Niedersachsen erhalten mehr Geld

Fast 80 Prozent mehr staatliche Zuschüsse erhalten die jüdischen Gemeinden in Niedersachsen in diesem Jahr. Die von 280.000 auf 500.000 DM aufgestockten Mittel dienten dazu, den jüdischen Mitbürgern in Niedersachsen das Überleben als eigenständige religiöse Gruppe zu ermöglichen, sagte ein Regierungssprecher. □

Roeder vorzeitig aus der Haft entlassen

Der 1982 vom Oberlandesgericht Stuttgart wegen angeblicher rechtsextremistischer Terrorakte zu 13 Jahren Freiheitsstrafe verurteilte Rechtsanwalt Manfred Roeder ist vorzeitig aus der Haft entlassen worden. Der Bundesgerichtshof entschied jetzt, daß das restliche Drittel der Strafe zur Bewährung ausgesetzt wird. Nach Ansicht der Bundesrichter »kann es verantwortet werden zu erproben, ob der Verurteilte außerhalb des Strafvollzugs keine Straftaten mehr begehen wird«. Die vorhergehenden Instanzen hatten eine vorzeitige Entlassung noch abgelehnt gehabt. Roeder war wegen verschiedener Sprengstoffanschläge, wegen versuchter Anstiftung zum Mord und wegen Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung als Rädelsführer verurteilt worden. □

Schnoor will Sonderregelung für Zigeuner

Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor (SPD) will eine Sonderregelung für die im Bundesgebiet von der Ausweisung bedrohten Zigeuner erreichen. Hintergrund dessen war ein sogenannter »Bettelmarsch« von rund 1.500 Zigeunern zuerst von Köln nach Düsseldorf und dann weiter durch das Ruhrgebiet. Alleine die zwölf Tage Aufenthalt in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt haben der ohnehin hoch verschuldeten Stadt mindestens weitere 200.000 DM gekostet.

Die Zigeuner, die sich heute »Sinti & Roma« nennen, und hauptsächlich aus Jugoslawien kommen, haben gegen die ihnen drohende Ausweisung protestiert. Die Entwicklung in Jugoslawien mit der Gründung eigener Interessenvertretungen der Zigeuner lassen erkennen, daß diese dort nicht mehr politisch verfolgt würden, lautete der Ausweisungsgrund der Behörden. Dagegen hatten die Zigeuner protestiert und unter Hinweis auf die angebliche Verfolgung und Ermordung von einer halben Million Zigeunern während des Dritten Reichs ein Bleiberecht gefordert. □

Moskaus Haltung zur Direktwahl der Berliner Bundestagsabgeordneten

Eine direkte Beteiligung der Bevölkerung West-Berlins an den im Dezember dieses Jahres stattfindenden Bundestagswahlen ist nach Ansicht des Berliner Senats auch ohne sowjetische Zustimmung möglich. Vielmehr reiche es aus, das Bundestagswahlgesetz und eine Note der drei Westalliierten zum »Genehmigungsschreiben der Militärgouverneure zum Grundgesetz« vom Mai 1949 zu ändern. Damals hatten die drei Siegermächte bestimmt, daß Berlin nicht vom Bund regiert werden dürfe, jedoch stimmrechtslose Abgeordnete für den Bundestag benannt werden dürften.

Da dieses Genehmigungsschreiben damals nur von den Militärgouverneuren der drei Westmächte unterzeichnet wurde, sind nach Auffassung des Berliner Senats auch nur die Westalliierten für eine völkerrechtlich verbindliche Note zur Änderung dieser Vorbehalte zuständig. Auch eine Änderung des Vier-Mächte-Status Berlins sei nicht nötig. Zwar stünde darin ebenfalls der Passus, daß Berlin nicht vom Bund regiert werden dürfe, die Wahl zum Bundestag oder zum Abstimmungsverfahren der West-Berliner Abgeordneten regele das Abkommen jedoch nicht. □

Taten folgen manchmal den Worten nicht

Manfred Such (46) war in der Vergangenheit ins Licht der Öffentlichkeit geraten, als der Kriminalbeamte – mittlerweile a.D. – mit meist polemischen Worten angebliche Mißstände in der Polizei aufdeckte. Der Vorsitzende des »Vereins der kritischen Polizisten« und Bundestagsabgeordnete der Grünen war und ist ein gern gesehener Gast in den überwiegend linksgerichteten Talkshows quer durch alle Fernsehsender. Dort präsentierte er sich dann mutig als Vorkämpfer für eine sich streng an die Gesetze haltende Polizei.

Daß zwischen Worten und Taten aber oftmals ein großer Unterschied besteht, geht aus einem Bericht der »Bild am Sonntag« hervor. Nach Angaben seiner Frau Margret betrügt der für Recht und Ordnung kämpfende Grüne sie seit vielen Jahren, fährt mit der Geliebten in Urlaub, zahlt ihr aber trotz eines Verdienstes von monatlich 9.221 DM – zu dem noch eine steuerfreie Pauschale von 5.274 DM hinzukomme – lediglich 580 DM Unterhalt im Monat. Der Rechtsanwalt von Frau Such hat nun ein Unterhaltsverfahren gegen den Manfred Such eingeleitet, in dem zusätzlich 2.722,22 DM eingeklagt werden sollen.

Der streitbare Ex-Kripomann lehnte mit der Begründung ab, er müsse einen Teil der Abgeordnetenbezüge an die Parteikasse der Grünen – die sonst doch immer die angebliche Unterdrückung der Frau in der bundesdeutschen Gesellschaft beklagen und höhere Unterhaltszahlungen verlangen – abführen. Nach einer Auseinandersetzung mit seiner Noch-Gattin hat Such ihr jetzt sogar die Versicherung für den zehn Jahre alten Audi abgemeldet, mit dem sie zu ihrer 20 Kilometer entfernten Arbeitsstelle fuhr. □

Das Volk soll Kirchensteuer zahlen

Beat Christoph Baeschlin

Das Volk soll Kirchensteuer zahlen, die Pfarrer sollen fromm reden oder wenigstens christlich tönende Ideologie predigen und über diesem Gewimmel, hoch oben irgendwo thronen wie Götter irgendwelche Kirchenstrategen, die von alledem kaum Notiz nehmen.

Diese Führungskaste schaltet und waltet mit dem Kirchengut und mit dem guten Namen der Kirchen, wie es ihr beliebt. Der vom deutschen Kirchensteueraufkommen zu einem Drittel finanzierte Ökumenische Rat in Genf leistet Beihilfe zur Finanzierung von Terroristenbanden, die den Vormarsch des Gottlosentums in Afrika freikämpfen.



Die Kirchenoberen kümmert nichts

Das Volk empört sich, zehntausende treten jährlich aus den Kirchen aus, ein schwelendes Protestfeuer mottet in allen Kirchengemeinden, aber die Kirchenoberen kümmern sich überhaupt nicht darum. Unbeirrt gehen sie ihren Weg, Hand in Hand mit dem ihnen wesensverwandten Weltkirchenrat. Was das Volk davon denkt, ist den Führungsleuten schnuppe. Die Pfarrherren sollen das mit dem Volk bereinigen. Vom eingeschlagenen Weg wird auf keinen Fall abgewichen.

Da stand die Frage zur Diskussion, inwieweit die Abtreibungspraxis »liberalisiert« werden sollte. Eine leidenschaftliche Diskussion entbrannte. Ich erinnere mich an die prophetischen Worte, die Dr. med. Siegfried Ernst aus Ulm den Kirchenoberen zurief und zwar mit feuriger Glaubensüberzeugung. Er ist nicht durchgedrungen.

Dann hat er an führende Persönlichkeiten des Kirchen-Establishments eindringliche Briefe geschrieben und alle denkbaren biblischen Argumente aufgezählt. Auch das war umsonst. Dr. Ernst wurde mit läppischen Scheinargumenten abgewimmelt.

Biblische Gebote und Verbote scheinen im Olymp der Kirchenmeinungsmache nicht als verbindliche Weisungen zu gelten. In diesen hohen kirchlichen Gremien ist Gott offenbar nur noch eine feierliche Leerformel.

Wo und wie fallen Entscheidungen

Es wäre falsch anzunehmen, diese Führungsgruppe bestünde aus harten Persönlichkeiten, die sich durch ungewöhnliche Standfestigkeit auswiesen. Das Gegenteil ist der Fall. Es handelt sich um Leute, die ganz vom Zeitgeist durchdrungen sind. Die bilden sich ein, Kirche sei eine moralische Anstalt, der es aufgetragen sei, der Menschheit auf den Weg zu nebelhaften Gefilden des »Fortschritts« zu verhelfen, und der wahre Fortschritt sei im Sozialismus verkörpert. Deshalb könne eine gute, das heißt eine moderne und fortschrittliche Kirche nur mit sozialistischen Rezepten auskommen.

Weil sie so klare und simple Gedanken haben, sind diese Leute auserkoren worden, um als oberste Lenker der »Volkskirchen« zu walten. Sie sind umgeben von einem Schwarm von Theologen und Universitätsprofessoren, die ihnen den Rücken stärken.

Dann aber gibt es auch viele Politiker und Heldentenöre des Meinungswesens, die lauten Beifall spenden, wenn »veraltete und reaktionäre« Ansichten des religiösen Sektors endlich revidiert und à jour gebracht werden. Und in der Partei oder in der Loge oder im Rotary-Club klopft man diesen »Kirchenfürsten« freundschaftlich auf die Schultern und sagt: »So, nun ist dank Dir die Kirche doch etwas fortschrittlicher geworden. Nur weiter so, mein Freund!«

Da wird auch eine harte Natur weich und rührselig, vor allem aber überzeugt, daß es sich gelohnt hat, den ewiggestrigen Pastoren die Stirne geboten und dem öden Geschwätz von der Bibel und der christlichen Moral entschlossenen Widersstand geleistet zu haben. So etwa rumort es in den Köpfen solcher Führungsleute.

Die Pflicht der Landeskirchen

Zwar kann kein Zweifel bestehen, daß die hochgestellten Kirchenleute in der Abtreibungsfrage sowie in anderen wichtigen Fachfragen hartem Druck von Seiten der Hintergrundmächte ausgesetzt sind. Aber die Erpressung war keine Überraschung, denn die planenden und wirkenden Hintergrundmächte hatten bereits bei der Wahl dieser Kirchenleute die Hand im Spiel. Sie sorgten dafür, daß möglichst erpreßbare Figuren an die entscheidenden Posten gestellt wurden. Die von Demokratie-Parolen überquellenden Hintergrundmächte hatten natürlich auch vorgesorgt, daß alle wichtigen Stellungnahmen erfolgten, ohne daß irgendwelche störenden Volksentscheide etwas behindern könnten.

In Polen war die katholische Kirche dem Volk in schwerer Zeit eine geistliche und moralische Zuversicht und Stütze. Aber in der westlichen Welt haben die evangelischen Landeskirchen in dieser Hinsicht keine Lorbeeren erworben und vielerorts eher die Entmutigung gefördert. Zudem haben sie sich an allen zersetzenden und die moralische Dekadenz fördernden Bestrebungen unterwürfig und würdelos beteiligt.

Anstatt dem eigenen Volk Helfer und Freund zu sein, wurde das Hauptaugenmerk auf die Entwicklungsländer gerichtet. So konnte man ungehindert mit den Launen des Zeitgeistes fraternisieren.

Das Seltsamste und Schockierendste an unserem angeblich so demokratischen Zeitalter ist der Umstand, daß der offensichtlich planmäßig vorangetriebenen Zersetzung kein Volksbeschluß zur Seite steht. Weder im staatlichen noch im kirchlichen Bereich ist irgendwo irgendein Volksentscheid erfolgt betreffend Abwertung der Ehe, der Familie, der Sexualmoral oder betreffend Einwanderungspolitik.

Es muß folglich angenommen werden, daß es neben oder sogar über allem Demokratie-Rummel den großen Bereich der Sittlichkeit und der Lebensrechte des Volkes gibt, worüber anonyme, geheime Mächte allein und souverän bestimmen. Diese planenden und generalstabsmäßig wirkenden Mächte sind weder blinde Naturkräfte – wie man uns glauben machen möchte – noch überirdische Wesen, sondern Organisationen, die für das unbewaffnete Auge nicht erkennbar sind. Handle es sieh dabei um die sogenannten »Trilateralen« oder die »Bilderberger«, um den freimaurerischen »Großorient« oder den Weltkirchenrat – das ist nicht entscheidend. Was zählt ist, daß unsere Amtskirchen diesen Hintergrundmächten mehr gehorchen als Gott.

Wenn wir nicht erkennen und nicht merken, daß da mit frevler Hand Schicksal gespielt wird, dann gehen wir blind und »tumb« durch diese Welt. □

Satanismus

Der Untergang für die Jugend

Dirk Namskey

Was im folgenden berichtet wird, ist schockierend und pervers. Satanismus und Todeskult entsprechen einem gewaltigen Kulturkrieg gegen die Zivilisation. Wie wirkt sich dieser Kulturkrieg aus?

In Europa, so schätzt man, glauben 20 Millionen Menschen an übersinnliche Phänomene, in der Bundesrepublik Deutschland gibt es allein 85.000 Wahrsager. Der Wicca–Kult, einer der großen Hexenbünde, hat seinen deutschen Sitz in Worms aufgeschlagen. Die Kirche Satans, die sich Thelema nennt, wechselte von Berlin in die Lüneburger Heide und ist ein Ableger des alten Crowleyschen Ordo Templi Orientis (OTO), in dem degradierende Riten in Verbindung mit sexuellen Perversionen vollzogen werden.

Kommandozentrale ist der Lucis Trust

Der Todeskult mit seiner unverhohlenen Gewalttätigkeit muß im Zusammenhang mit der raschen Verbreitung von Rauschgift gesehen werden, sowie der satanischen Rockmusik. Dem Satanismus besonders offen huldigen die Rockgruppen Led Zeppelin sowie die Roling Stones und Alice Cooper. Mick Jagger hält sich selber für eine Reinkarnation – Wiederverkörperung von Gestorbenen – Luzifers (Name des Satans).

Ziel dieses Rockkultes ist es, Jugendliche an Rauschgift, Schwarze Magie und Homosexualität zu gewöhnen. Damit soll auf gar keinen Fall die gesamte Rockmusik abgewertet werden.

Die erste Phase des New Age, in der wirklich Massen rekrutiert wurden, fiel in die Zeit der Studentenbewegung, als Thimothy Leary durch die amerikanischen Universitäten tingelte und gratis LSD zur »Bewußtseinserweiterung« verteilte.

Ende der siebziger Jahre wird auf dem futurologischen Weltkongreß in Toronto das Buch »The Aquarian Conspiracy« von Marilyn Ferguson vorgestellt. Die Autorin, Mitarbeiterin des Stanford Research Institute, setzt damit die zweite große Welle der Massenrekrutierung in Gang.

Mrs. Ferguson plädiert für »bewußtseinserweiternde« Drogen, alternatives Leben und empfiehlt sich spirituell zu betätigen. Ihr Rezept besteht auch aus orientalischen Religionen. Seither überfluten Geheimlehren den Büchermarkt.

Was ist die heutige Kommandozentrale des New Age und der Satanskulte? Er ist der Lucis Trust, der 1924 von Alice und Foster Bailey als Luzifers Trust gegründet wurde. Foster gehörte dem 33. Grad der Schottischen Freimaurerei an. Zu den bekannteren Unterstützern des ehemaligen Luzifer Trust gehören Robert McNamara (ehemaliger Präsident der Weltbank) und John D. Rockefeller, Henry Clausen (ebenfalls ehemaliger Präsident der Weltbank und Freimaurer), Thomas Watson (IBM–Manager und ehemaliger Botschafter der USA in Moskau), Eleanore Roosevelt von der Theosophischen Loge in New York, der anglikanische Bischof Cannon West und der UN–Sekretär Robert Muller.

Der Temple of Understanding ist eine Unterorganisation des Lucis Trust in den Räumen der Vereinten Nationen. Vor einem Jahr zog er in den Keller der Kathedrale St. John the Divine in New York ein.

Kinder werden gehirngewaschen

Der Ordo Templi Orientis (OTO) hat seinen amerikanischen Hauptsitz im kalifornischen Berkeley und übt die perversesten Praktiken der Schwarzen Magie aus.

Dann gibt es noch den Wicca Kult, eine radikale feminisitische Bewegung, die sich als Hexengruppe ansieht.

Zu den Praktiken zählt unter anderem: Kinder, im Alter von drei Jahren anal zu vergewaltigen; die menschliche Exkremente essen mußten; die Urin trinken mußten und mehrfach vergewaltigt werden. »Ein Dreijähriger wurde um Mitternacht im Wald an einem Baum gefesselt und bis fünf Uhr morgens dort alleine gelassen.«

»Ein Mädchen wurde von kleinauf satanisch mißbraucht, bis sie 15 wurde. Als sie geschlechtsreif war, wurde sie achtmal geschwängert. Im vierten Monat wurde der Fötus abgetrieben. Die Föten wurden tiefgefroren und später bei einem satantischen ›letzten Abendmahl‹ verzehrt, an dem das Mädchen teilnehmen mußte.« Das noch zu kommentieren dürfte überflüssig sein.

Ziel dieser Kulte ist, die Jugendlichen sexuell und emotional auszubeuten. Mit ihren abgefeimten Methoden wollen die Teufelsanbeter ihre Opfer auch politisch manipulieren. Die Ergebnisse werden schon sichtbar: Kinder, die sich von fürsorgenden Familien abwenden, abweichendes und gewalttätiges Verhalten, vielfache Persönlichkeitsstörungen, Alkoholismus, Rauschgiftsucht, psychiatrische Krankheiten. Die Kinder werden gehirngewaschen.

Den Satanisten hat man gesagt, sie sollten Kinder Gehirnwäschen unterziehen, ihren Körper und Geist in einer Weise mißbrauchen, die jede Vorstellung sprengt. Die Erniedrigung, die sie herbeiführen, die Pein, die sie zufügen, und die Angst, die sie einflößen, kennt keine Grenzen. Wir befinden uns in einem geistigen Krieg, in dem die satanischen Waffen auf unsere Jugend gerichtet sind. Es gibt Rekrutierungsprogramme für die Schule.

Satanisten nisten sich in Schulen ein und halten Unterrichtsstunden über Hexenkunst. Oft wird die natürliche Neugierde der Kinder ausgenutzt, um sie in die satanische Falle zu locken. Sind sie erst einmal drin, kommen sie nur schwer wieder heraus. Sie werden durch Morddrohungen gegen sich und ihre Familie bei der Stange gehalten, Satan wird ihrem verwundbaren Geist als allmächtiger Meister dargestellt, der alle Anhänger tötet, die ihm nicht gehorchen. Perverse aller Art lieben diese Umgebung von Macht, sie schwelgen darin und benutzen Einschüchterung und verbreiten Furcht, um Kinder sexuell auszubeuten.

Wir als Gesellschaft müssen Satanisten unschädlich machen. Es gibt einen sehr großen Trend auf dem Markt, der die Beschäftigung Jugendlicher mit Spiritismus und Okkultismus schürt. Selbst das Gerichtswesen ist verseucht. Wenn Satanisten vor Gericht kommen, sind die Strafen in der Regel sehr gering. Moncini, ein einflußreicher Industrieller aus Triest, sagt, er will fünf– und zehnjährige Mädchen zum Sex haben und sie hinterher umbringen. Dieser Mann wurde in den USA zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und wurde bereits nach zehn Wochen entlassen.
Schüler befassen sich täglich mit dem Okkulten, benutzen das Okkulte im täglichen Leben. Die Kinder werden von skrupellosen Satanisten in das Okkulte gezogen. Sie werden unter Drogen gesetzt und schließlich an andere Satanisten als Prostituierte verkauft.
Satanismus ist eine große Gefahr für die Menschheit und die Familie. Er untergräbt alles Liebevolle, Fürsorgende und Teilnahmsvolle in unserer Gesellschaft.
Ein alter persischer Gelehrter sagte: »Wenn Ihr die Wahrheit herausfinden wollt, so seht Euch an, wer Euch angreift, wer das Rauschgift steuert, wer hinter den Teufelskulten steckt. Dann findet ihr den Feind, denjenigen, der die Vernunft ausrotten will.« □

Medien

Banken ergreifen die Kontrolle

Michel Collins Piper

Eine Handvoll internationaler Banker wird bald über ein ständig wachsendes, weiter expandierendes Medienmonopol die Nachrichten- und Unterhaltungsindustrien der Welt in ihrer Gewalt haben. Wird man dann noch sicher sein, die Nachrichten zu bekommen, sowie sie wirklich sind, oder werden wir die »Nachrichten« so bekommen, wie sie die Medienbarone diktiert haben?

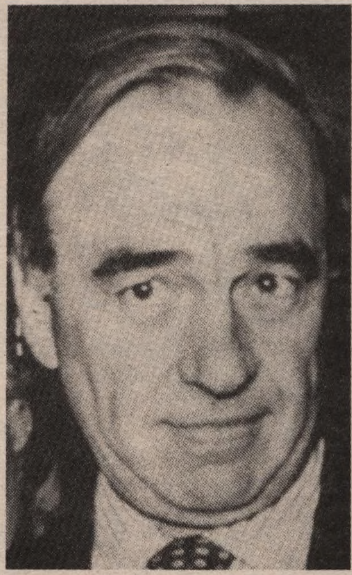
Innerhalb von fünf Jahren wird die Medien- und Unterhaltungsindustrie aus einer Handvoll weltweiter Giganten bestehen, zu denen sowohl ausländische als auch inländische Firmen gehören werden. Dies verlautet aus einer sehr zuverlässigen Quelle, einer die sich innerhalb des Massenmedien-Establishments befindet: N. J. Nicholas jun., der ehemalige Präsident und Generaldirektor der Time Inc.

Das Monopol wird immer größer

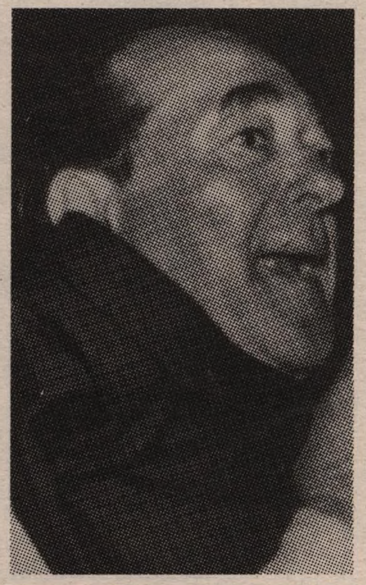
Nach Nicholas bestimmen fortlaufend stattfindende Fusionen, Erwerbungen und Joint-Ventures das Tempo für das Entstehen dessen was Kritiker mit Recht als das Medien-Monopol bezeichnen. Und es wird Tag für Tag immer mehr zu einem Monopol, in jeder Bedeutung des Wortes.

Nach Robert Maxwell, dem britischen Medienbaron - der zwar nicht so bekannt ist, der aber dem zu einem Amerikaner gewordenen Australier Rupert Murdoch an Macht und Einfluß nicht nachsteht - ist das »Nachrichtenwesen dort, wo sich vor zehn Jahren Öl befand«. Schließlich, so meint Maxwell, »wird es sieben bis zehn große weltweite Nachrichtengesellschaften geben«.

David Rothkopf, Vorsitzender und Generaldirektor von International Media Partners, ein anderer Medien-Riese, faßt die Situation geschickt zusammen: »Es ist irgendwie beängstigend, wie wenig Medienbesitzer es gibt«.



Der Medienbaron Rupert Murdoch gehört mit seinen Zeitungen und dem Fernsehnetz zu den Mächtigen der internationalen Presseszene.



Für den Briten Robert Maxwell ist das Pressewesen heute dort, wo sich im Hinblick auf die Profite vor zehn Jahren das Öl befand.

Einer der wesentlichen Faktoren des Wachstums des weltweiten Medienmonopols ist zweifellos die bevorstehende Einigung Europas und jetzt das Wachstum der Medienmärkte in Asien und im Pazifik.

Die Medien beherrschen auch die Regierungen

Die Medienherren zählen auf den Strom westlicher Dollars in den Osten, bei wachsendem Handel und Industrie-Export, um Werbeeinkommen anzuleiern, die eingestrichen werden sollen, wenn sich die Massen des Orients an ihre Rundfunk- und Fernsehnetze wenden und sie mit Angeboten für Imbisse, schnelle Wagen und Schnellheilmittel der großen Drugstore-Gesellschaften bombardieren. Wie heißen diese internationalen Konglomerate, die entscheiden, welche Nachrichten Sie lesen oder hören, welche politischen Philosophien verkündet werden sollten, und was »Kultur«, wie von den Herren der Medienmonopole definiert, darstellt?

Einige der Namen werden vertraut sein, viele nicht. Aber dies sind die Namen der Handvoll von großen Medienimperien, die buchstäblich bestimmen, was Sache ist, und die in sehr ernsthaftem Sinne die Zukunft der Welt planen.

Wie die Tatsachen beweisen, ist es eine große Frage, ob es in der Medienindustrie wirklich einen »freien Markt« gibt, wenn eine kleine Gruppe von Menschen praktisch alle größeren Zeitungen, Depeschendienste, Zeitschriften und Rundfunkgesellschaften beherrschen. In totalitären Ländern beherrscht die Regierung die Medien. Aber in der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten – und überall in der Welt - würden viele mit gutem Grund sagen, daß die Beherrscher, der sich im Privatbesitz befindlichen Medien, auch die Regierungen beherrschen, um ihren eigenen Sonderinteressen zu dienen.

Nachstehend laut Auskunft der Experten von »Media Business«, der maßgebenden Vierteljahreszeitschrift, die die Medienindustrie überwacht, die elf bedeutenden Medien-Riesen, die als die mächtigsten Namen im weltweiten Medienmonopol auftauchen:

Die Mächtigen im Medienmonopol

Time Warner Inc.: Seit dem 24. Juli 1989 ist dieser Medienverband die größte Medienfirma der Welt.

Bertelsmann AG.: Nr. 2 in der Medienszene der Welt. In der Bundesrepublik Deutschland ansäßig, gehören Doubleday Books und RCA Music in den Vereinigten Staaten zu ihren Holdings.

News Corp. Ltd.: Das Medien-Lehngut von Rupert Murdoch, dessen Fernsehnetz Fox mit ABC, CBS und NBC ringt, um zu einem der drei »großen« Netze zu werden.

Maxwell Communications: Man sagt, daß Robert Maxwells Medien-Konglomerat geldmäßig sogar noch vor dem Murdoch-Konglomerat rangiert.

Hatchette S. A.: Wenige Deutsche haben von diesem französischen Konzern gehört, der der größte Publizist der Welt sowohl für Nachschlagewerke als auch für Zeitschriftern ist – 74 Veröffentlichungen in zehn Ländern –. Steigt jetzt auch ins Fernseh- und Rundfunkgeschäft ein.

Walt Disney Corporation: Von Mickey Mouse zum Medienmonopol, steigt Disney, einst das Geistesprodukt eines populistischen Filmemachers mit Familiensinn, zu einer bedeutenden internationalen Geschäftsmacht auf.

Turner Broadcasting Corporation: Fünfundsiebzig Länder um die Welt herum haben Zugang zu Turners beliebtem Cable News Network. Und darüber hinaus beherrscht Turner jetzt die Filmbibliotheken MGM und RKO, angesichts des Anstiegs in der Zahl der Heimvideorekorder um den Erdball herum eine bedeutende Erwerbung.

General Electric: Eigentümer von NBC, Amerikas Netz Nr. 1. Beherrscht größere Finanzdienste wie GE Capital und Kidder Peabody Inc.

Sony Corporation of Japan: Erwarb kürzlich CBS Records und

geht nach Hollywood. Spielt auch in der Elektronik-Industrie eine große Rolle.
Tele-Communications/United Artists Entertainment: Der größte und aggressivste Kabeldienst, steigt in die Kabelprogrammierung ein. Ist bereits das größte Kinounternehmen der Welt. Besitzt die populäre Film/Video-Ladenkette Blockbuster.
Viacom Inc.: Errichtet Münzkabelnetze in Europa, am Stillen Ozean und in den Vereinigten Staaten. Ein aufsteigender Mitspieler im weltweiten Medienmonopol.

Wer entscheidet was »Nachrichten« sind

Was haben Arnaud de Borchgrave, Chefredakteur der »konservativen« Washington »Times« und Max Frankel, Boß der liberalen »New Yorker Times« miteinander gemein?
Zumindest auf jedenfall eines: Beide sind Mitglieder des privaten und geheimen internationalistischen Interessensverbandes der Familie Rockefeller, die als Council on Foreign Relations (CFR) bekannt ist.
De Borchgrave und Frankel stehen auf einer langen Liste von mächtigen Medien-Persönlichkeiten, die Mitglieder des CFR oder der Trilateralen Kommission (TK) sind, einer anderen Frontgruppe der Familie Rockefeller, die bei der Gestaltung der amerikanischen Außenpolitik eine große Rolle spielt.
Der Einfluß der Rockefeller auf die Medien, vor allem auf die größeren Fernsehnetze, ist ungeheuerlich. Nach den Untersuchungsergebnissen des Forschers Peter Borsnan gehören die Chase Manhattan Bank der Familie Rockefeller und die anderen Rockefeller-Institutionen zu den größten Inhabern von Netz-Aktien, mit beträchtlichen Anteilen an allen drei Netzen.
Chase Manhattan herrscht völlig über 14 Prozent der CBS-Aktien. Aktienexperten stellen fest, daß Institutionen mit unter den Aktionären weit verstreuten Aktien mit fünf Prozent, manchmal auch nur mit ein oder zwei Prozent Ei-

Beherrschung des täglichen Weltbildes

genkapital, Einfluß oder direkte Macht ausüben können.

Der Aufstieg des Medienmonopols – hier und im Ausland – hat sich in den letzten Jahren mit hoher Geschwindigkeit beschleunigt. Die Wirtschaftsseiten – manchmal sogar die Titelseiten – der großen Zeitungen haben über das Wachstum dieses gigantischen Kartells berichtet.
Aber die Kritiker sind da. Professor Ben H. Bagdikian sagt: »Wenn 50 Männer und Frauen, Chefs ihrer Firmen, mehr als die Hälfte der Informationen und Gedanken beherrschen, die 249 Millionen Amerikaner erreichen, dann wird es für die Amerikaner Zeit die Institutionen, von denen sie ihr tägliches Weltbild erhalten, einmal unter die Lupe zu nehmen.«
»Die Vereinigten Staaten«, stellt er fest, »haben eine eindrucksvolle Reihe von Massenkommunikationen. Es gibt 1.700 Tageszeitungen, 11.000 Zeitschriften, 9.000 Rundfunk- und 1.000 Fernsehstationen, 2.500 Buchherausgeber und sieben Filmstudios.«
»Wenn sie alle von einem anderen Eigentümer betrieben würden, dann gäbe es 25.000 einzelne Medienstimmen im Lande. Eine derart große Anzahl würde fast ein volles Spektrum von politischen und gesellschaftlichen Gedanken gewährleisten, das an die Bevölkerung weitergegeben wird. Dies würde die Konzentration der Macht begrenzen, da jeder Eigentümer sich den Einfluß auf die Gedanken des Volkes mit 24.999 anderen Eigentümern teilen müßte. Die Aufteilung des Marktes in so viele Firmen würde bedeuten, daß die Firmen kleiner wären; das würde es Neuankömmlingen erleichtern, die Medienbühne mit neuen Ideen zu betreten.«
»Jedoch«, stellt Bagdikian fest, »es gibt keine 25.000 verschiedene Eigentümer.

Fünfzig Leute beherrschen die US-Medien

Heute besitzen 29 Firmen einen Großteil des Ausstoßes an Tageszeitungen und die meisten Verkaufsrechte und das größte Publikum von Zeitschriften, Rundfund. Büchern und Filmen.
Die 50 Männer und Frauen, die diese Firmen leiten, passen in einen großen Raum hinein. Sie stellen ein neues privates Ministery of Information and Culture (Ministerium für Nachrichtenwesen und Kultur) dar.« □

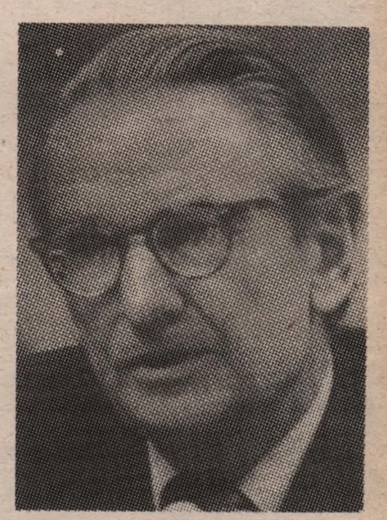
Rockefeller-Clan

Das Familien-Banken-Kartell

Martin Mann

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kaufte das Rockefeller-Familienkonsortium große Beteiligungen in Japan, der Bundesrepublik Deutschland und anderen vom Krieg verwüsteten Länder auf und besitzt sie vermutlich heute noch.

Die Erwerbungen des Rockefeller-Konzerns gegen Ende der vierziger Jahre, als die ehemaligen Achsenmächte am Boden lagen und, wie eine Informationsquelle es formulierte: »Der Dollar buchstäblich allmächtig war«, sind vier Jahrzehnte lang ein streng gehütetes Geheimnis geblieben. Und dies trotz immer wieder umlaufender Gerüchte in Wall-Street-Kreisen, die besagen:»Die größte Killing-Aktion im Zweiten Weltkrieg wurde durch die Chase Manhatten Bank«, dem Finanz-Flaggschiff der Rockefeller-Dynastie, durchgeführt.



Laurence Rockefeller schreckt vor nichts zurück, um das zu bekommen, was er will.

Gewinne und Eigentum wurden zusammengerafft

Obwohl diese Gerüchte weit davon entfernt sind falsch zu sein, ergab eine jahrelange Recherche, daß ein wesentlicher Punkt darin fehlt: Die Gebrüder Rockefeller und Chase Manhatten rafften unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg riesiges Eigentum und Gewinne zusammen, weil sie die eigentliche Aufgabe, dieses »Abschießen« durchzuführen, Mittelsmännern – Finanzmaklern, die die von den Gebrüdern Rockefeller bei deren Transaktionen gespielte strategische Rolle verdeckten – überließen.
Von Anfang der vierziger Jahre bis Ende der sechziger Jahre war der führende Agent des Rockefeller-Konzerns André Meyer, seinerzeit als einer der geheimnisvollsten und mächtigsten Finanziers der Welt bekannt, wie aus unseren Quellen hervorgeht. Als Leiter von Lazard Frères, der internationalen Investmentbank, wurde der in Frankreich geborene Meyer als kosmopolitischer Spekulant betrachtet, der sein Leben in Hotelzimmerfluchten verbrachte und dessen persönliche Ergebenheit – ebenso wie Millionen an Spenden – nur Israel galten.

Macht war seine größte Freude

»Als Meyer 1979 starb, pries David Rockefeller ihn als »das kreativste Finanzgenie unserer Zeit«, berichtet ein New Yorker Ge-

Rockefeller-Clan

Das Familien-Banken-Kartell

schäftsmann, der in seiner Jugend für beide Männer gearbeitet hat. »Aber, wie ich mich erinnere, war Meyer ein Intrigant und ein herrischer, rücksichtsloser Kerl. Er schreckte vor nichts zurück, um das zu bekommen, was er wollte.«

Andrew Wilson, der in den sechziger Jahren für Meyer als Sekretär und Wertpapierexperte arbeitete, beschreibt jetzt den verstorbenen Finanzier als »brutal –, ich glaube er genoß es brutal zu sein«.

Andere Charakterisierungen, die wir im Verlauf von Interviews mit ehemaligen Geschäftsfreunden Meyers bekamen, stellen ihn als sadistisch, rachsüchtig und unersättlich gierig dar.

»Alles in allem, war er ideal dazu geeignet, Spitzenagent von Chase zu werden«, sagt Aristide Mereschkowsky, der angesehene französische Wirtschaftsexperte. »Ich kannte André schon als er für David Rockefeller dunkle Geschäfte machte; das Machtgefühl, das er dadurch bekam, war seine größte Freude, aber André wußte auch ein Geheimnis zu hüten.«

Meyer gab sich sowohl in seinen geschäftlichen als auch persönlichen Angelegenheiten geheimnisvoll, sagen ehemalige Gesellschafter. »Als André starb, waren seine Vermögenswerte in der ganzen Welt so gut versteckt, daß sich niemand vorstellen konnte, wie hoch sein Vermögen in Wirklichkeit war«, sagt ein angesehener New Yorker Anwalt, der in den fünfziger Jahren für Meyer gearbeitet hatte, später zu einer bekannten politischen Persönlichkeit erhoben wurde und jetzt auf Long Island im Ruhestand lebt.

Zur Geheimhaltung verpflichtet

Wie andere in Meyers Umgebung mußte sich dieser Anwalt vertraglich zur Geheimhaltung über alles, was den undurchsichtigen Finanzier betraf, verpflichten. Dies zielte darauf ab, jeden, der jemals vertrauliche Angelegenheiten für André erledigte, bis zehn Jahre nach dessen Tod zum Schweigen zu bringen«, verlautet aus dieser gutinformierten Quelle. »Das war deshalb so, weil André glaubte, seine Witwe Bella könne ihn nicht länger als zehn Jahre überleben. Sie starb tatsächlich innerhalb von Monaten nach seinem Tode.«

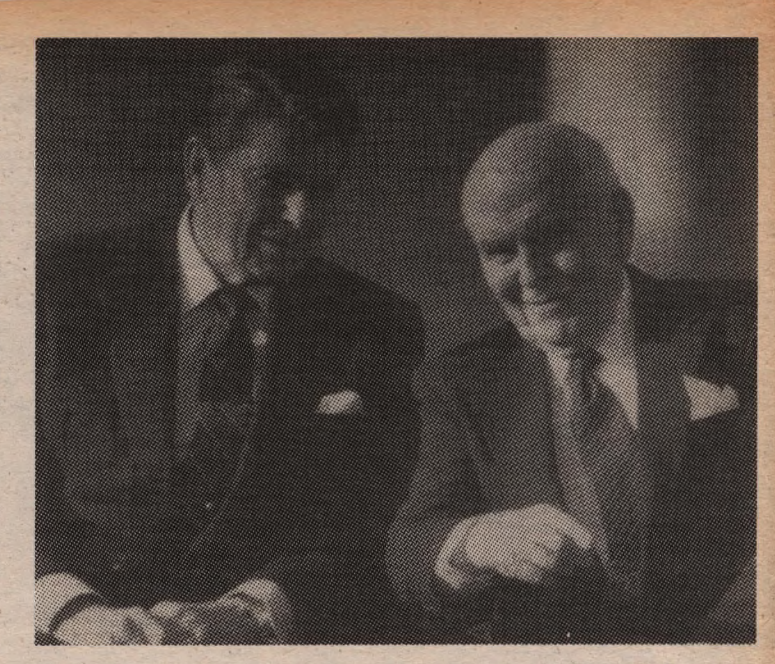
Jetzt sind die zehn Jahre vorüber, und einige der Vertrauten des verstorbenen Finanziers beginnen sich daran zu erinnern, was sie über seine Heldentaten wissen.

»Ich habe niemals jemanden von den Rockefellers getroffen, aber ich kannte André Meyer im Iran«, sagt Age Berksma, ein niederländischer Erdölmakler, der nach Jahrzehnten am Persischen Golf jetzt in den Vereinigten Staaten lebt. »Er war der Mann im Vordergrund für Chase Manhatten bei einer Reihe von Geschäften, die typisch waren für die Art und Weise, in der David und André ihre Pläne schmiedeten«. Wie der altgediente internationale Handelsmann berichtete, mußten Verträge, die mit großen Devisenzahlungen verbunden waren, über die Iran Development Bank abgewickelt werden. »Sie fungierte als unabhängige Agentur der iranischen Regierung«, erklärte Berksma. »Niemand argwöhnte, daß sich Meyer durch Beziehungen zu höheren Kreisen und deftige Schmiergelder einen beherrschenden Anteil an der Iran Development Bank erschlichen hatte.«

Für Chase, die als führende Privatbank der iranischen Regierung auftrat, war es die ideale Konstellation. »Theoretisch hatte die Iran Development Bank die Befugnis, die Geschäftsabschlüsse der Chase Manhattan Bank zu überwachen«, erinnerte sich Berksma.

Ein gefundenes Fressen für Rockefeller

»Aber da hinter den Kulissen Meyer, ein Gesellschafter Rockefellers, die Iran Development Bank steuerte und Rockefeller seine Bedingungen selbst festlegen und seine Angebote selbst genehmigen konnte, war dies für die beiden internationalen Banker ein gefundenes Fressen. Aber natürlich mußte das iranische Finanzministerium Einbußen in Höhe von einer Milliarde Dollar hinnehmen.«



John McCloy (rechts) war Rockefellers Mann im Nachkriegsdeutschland; hier mit dem ehemaligen US-Präsidenten Ronald Reagan.

Eine ähnliche Konstellation ebnete den Weg für das Eindringen des Rockefeller-Konsortiums in das Nachkriegs-Japan und Deutschland, sagte ein in Deutschland geborener ehemaliger Rockefeller-Gehilfe, der jetzt selbst Chef eines US-Konglomerats ist.

»Der Vorsitzende von Chase Manhatten, John J. McCloy, wurde zum amerikanischen Hochkommissar für das besetzte Deutschland ernannt. David Rockefeller kehrte nach seiner Dienstzeit als höherer Geheimdienstoffizier beim Stab des General Douglas MacArthur in Tokio nach New York zurück, um das Kommando über die Überseegeschäfte bei Chase zu übernehmen. An seiner Stelle wurde Alden Whitworth, ein hochstehender Wirtschaftsfachmann bei Chase zum Berater MacArthurs für den Wiederaufbau nach dem Kriege ernannt.«

Was gehört alles den Rockefellers?

Keiner dieser Männer hat offen etwas unternommen, um sich in Besitz der verlockenden Vermögenswerte der geschlagenen Nationen zu bringen, die seinerzeit für einen Penny pro Dollar käuflich zu erwerben waren; Meyer tat das für sie, verlautet aus diesen Kreisen.

»David und seine Leute gaben Meyer den Zugang, den Schutz, die Einrichtungen und den Einfluß zur Übernahme von auserlesenen deutschen und japanischen Vermögenswerten für fast ohne Anzahlung«, sagt Meyers ehemaliger New Yorker Anwalt. »Heute würden wir so etwas ein Vertuschungs- und Betrugsmanöver nennen, weil Meyer selbst oft Mittelsleute und Aussteiger – ortsansässige Edelleute die nach dem Kriege buchstäblich am Hungertuch nagten und zerlumpt umherliefen – benutzte, um seine Spuren bei wichtigen Aufkäufen zu verwischen.«

Nach Ansicht der kenntnisreichsten Kreise hat diese verworrene Verschwörung dazu geführt, daß heute niemand genau weiß, wieviel von den wiederauflebenden Wirtschaftsimperien in Deutschland und Japan hinter den Kulissen von Rockefeller-Anteilen beherrscht werden.

»Um diese tief verborgenen Vereinbarungen ans Tageslicht zu fördern, ist allerhand Ausgrabungsarbeit erforderlich«, warnte Berksma. □

Praktische Produktideen für »CODE«-Leser – vorgestellt vom *VITAL*-Versand Tien:

neues – bewährtes – besonderes

NEU: Elektrischer Fensterreiniger

ohne Wasser-ohne Reinigungsmittel-in Sekunden glasklare Fenster

Endlich können Sie einfach und problemlos ohne Wasser, ohne Reinigungsmittel, ohne Kraftanstrengung Fenster und alle glatten Flächen reinigen. **Keine Streifenbildung**. Keine Schlieren. Der **Blitz-Blank-Meister** hat eine Reinigungsfläche von 20 x 8 cm und ist sehr handlich (nur 800 g schwer). Preis DM 198,00.

Einfachste Handhabung

Der neue elektrische Fensterreiniger Blitz-Blank-Meister funktioniert ohne großen Aufwand. Nach Aufheizen des Gerätes fährt man leicht über die zu säubernde Fläche. Eine leichte Dampfschicht zwischen der zu reinigenden Fläche und dem Gerät löst jeden Schmutz sorgfältig und sauber auf.

Wenn auch Sie in Zukunft auf moderne und einfache Weise Fenster putzen wollen, so fordern Sie Gratisprospekte des elektrischen Fensterreinigers telefonisch oder mit dem Coupon an. Bestellung des Gerätes auf Rechnung möglich.



elektronische Taschenübersetzer



Der erste Übersetzungscomputer der Welt **Hexaglot** hat insgesamt **6 Sprachen** zur Verfügung. Hexaglot verfügt über einen **Wortschatz von 40.800** Wörtern insgesamt. In jeder der Sprachen **Englisch, Französisch, Deutsch, Italienisch, Spanisch und Portugiesisch 6.800 Wörter**. Zusätzlich pro Sprache **50 Redewendungen**, die es Ihnen ermöglichen, sich immer und überall verständlich zu machen.

Per Knopfdruck kann von jeder in jede Sprache übersetzt werden. Preis DM 398,00. **Hexaglot** kann **14 Tage zur Probe** angefordert werden. Verwenden Sie den Coupon oder rufen Sie einfach bei uns an (Telefon 0 59 21 - 40 74).

Auch bei uns erhältlich:

Langenscheidt alpha 40, der "Englisch-Profi" mit 40.000 Wörtern für Deutsch-Englisch. Mit unregelmäßigen Verben, persönlicher Datenbank und Taschenrechner. Preis DM 298,00.

Endlich Schluß mit Tabakqualm, Schmutzstoffen und Staub

Wohlbefinden durch "reine" Raumluft

Die Atemluft in **Wohn- und Schlafräumen, an Büro- und Arbeitsplätzen** wird mit dem patentierten und von der Universität in Bern empfohlenen **Raumluftreiniger und Ionisator VITAR** wirksam und sicher gereinigt; **ohne Wasser** und ganz **ohne Geräusche**! Lungengängige Schwebepartikel (wichtig **bei Zigarettenrauch**-Teerteilchen), **Schmutzstoffe, Bakterien, Ruß und sogar Viren, Pollen und Allergiestoffe** werden mit den VITAR-Ionen verbunden und am Gerät gesammelt. Dadurch effektive Beseitigung der Giftstoffe und keine tägliche Wartung und Pflege notwendig. Kein Luftzug. Geringer Stromverbrauch (nur 1 Watt). Preiswert (nur DM 478,00).



Für VITAR bieten wir Ihnen sogar einen 4-Wochen-Test ohne Vorauszahlung an, damit Sie sehen, was Sie ohne VITAR alles eingeatmet hätten.

Fordern Sie daher umgehend VITAR oder die Gratisprospekte an, um bald "reine" und somit gesunde Luft einatmen zu können.

Wählen Sie aus dem reichhaltigen Sortiment unseres Hauses sinnvolle und besondere Geschenke zu Weihnachten oder zu anderen Gelegenheiten aus. Auch für den Eigengebrauch eignen sich die Produkte bestens.

Anforderungen der Geräte oder Gratisinformationen können Sie schnell und einfach telefonisch oder mit dem Coupon vornehmen beim: Spezialversandhaus *VITAL*-Versand Tien GmbH, Bentheimer Str. 7-11/3, 4460 Nordhorn, Telefon (0 59 21) 40 74 (0-24 h)

☐ Bitte senden Sie mir schnellstmöglich über alle Artikel kostenloses Informationsmaterial.

Die Produkte haben auch mich begeistert und überzeugt. Ich fordere daher zur sofortigen Lieferung folgende Geräte an:

. . Stück **elektrische Fensterreiniger** DM 198,00
. . Stück **Hexaglot** 6 Sprachen DM 398,00
. . Stück **alpha 40** Dt./Engl. DM 298,00
. . Stück **VITAR** Raumluftreiniger DM 478,00

☐ zur Probe, zahlbar erst nach 14 Tagen oder Rücksendung des Gerätes
☐ auf Rechnung, +Versandspesen (ca. DM 5,00)
☐ per Nachnahme, ohne Versandkosten

Vorname Name

Straße und Hausnummer Telefon

PLZ und Ort

Datum und Unterschrift

VITAL-Versand Tien GmbH, 4460 Nordhorn

CODE

Japanisch-amerikanisches Abkommen für Preisstabilität

Laut Mitteilung westeuropäischer Goldexperten ist ein stillschweigendes Abkommen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten zur Erhöhung der Welt-Goldpreise getroffen worden, um dazu beizutragen, die sowjetische Perestroika zu stabilisieren. Die geheime Vereinbarung zwischen dem amerikanischen Federal Reserve System, Japans Finanzministerium und großen Versicherungsgesellschaften soll den Weltpreis des Goldes in den kommenden Monaten beträchtlich nach oben drücken, um indirekt den sowjetischen Einkünften in harter Währung Auftrieb zu geben, und um dazu beizutragen, die Perestroika zu festigen, ohne Moskau neue Bankkredite anbieten zu müssen.

Aber Schätzungen lauten dahingehend, daß ein Goldpreis von 450 Dollar pro Unze das mindeste wäre, das erforderlich ist, um den sowjetischen Bedürfnissen entgegenzukommen. Der Goldpreis hatte sich auf einem seit kurzem bestehenden Stand von etwa 380 bis 400 Dollar pro Unze in der Schwebe gehalten, und zwar weitgehend wegen außergewöhnliche Beträge von sowjetischen Verkäufen an den Westen, um in den Besitz von harter Währung zu kommen.

Das japanische Finanzministerium hat, wie berichtet, damit begonnen, die neue Politik in die Tat umzusetzen, indem es die Regel revidierte, die den Betrag von großen Vermögenswerten begrenzt, die große japanische Rückversicherungsunternehmen in Gold besitzen dürfen, und zwar von derzeit ein Prozent auf bis zu drei Prozent.

Auf der Basis der Bewertung ihrer derzeitigen Vermögenswerte würde allein diese Verschiebung es den japanischen Rückversicherungsgesellschaften ermöglichen, etwa 25 Prozent des gesamten jährlichen Weltbestandes aufzukaufen.

Unsere Informanten verweisen auch auf die Rede des Mitglieds des amerikanischen Federal Reserve Systems, Wayne Angell, vor dem USA-Canada Institute in Moskau, in der er von einem Handelsartikel-»Anker« sprach, um die Konvertierbarkeit des Rubels durch Bindung seines Wertes an Gold vorzubereiten. □

Für Brasilien Hyperinflation gefordert

Das Londoner Magazin »Economist« rief in einem Leitartikel Brasilien dazu auf, seine Wirtschaft mit einer übermäßig hohen Inflation zu belasten. »Übermäßig hohe Inflation in Brasilien: Es ist die einzige Möglichkeit, die den Brasilianern möglicherweise die furchtbare Regierung von den Schultern nimmt«, lautete die Schlagzeile. Der »Economist« schreibt, daß immer mehr »gedankenvolle Brasilianer mit wildem Argwohn auf den Nachbarn Argentinien schauen, wo die Inflation 6000 Prozent pro Jahr ausmacht«.

Der »Economist« lobt den argentinischen Präsidenten Carlos Menem dafür, daß er »genau richtig gestartet sei, die Inflation gedrückt, ein Privatisierungsprogramm, das über die Träume eines bloßen Thatcheriten hinausreicht, begonnen und seinen Wirtschaftsminister aus der größten multinationalen Firma Lateinamerikas angeworben habe«.

Der Leitartikel kommt zu dem Schluß: »Argentinien und früher Bolivien erteilten ganz Lateinamerika eine Lektion: nämlich, daß nur der Schock einer übermäßig hohen Inflation die für eine vernünftige Wirtschaft erforderlichen Bedingungen hervorrufen kann. Diese Lektion trifft sogar noch eher auf Brasiliens unbekümmerte Oligarchen als auf die seiner Nachbarn zu. Ein Wahlwunsch für Brasilianer ist ein schneller Start in eine Hyperinflation, um die Macht der Politiker, die das Land so schlecht regiert haben, zu zerschmettern.« □

Weltbank lobt Chinas Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung

Peter Harrold, ein rangälterer Volkswirt, der bei der in der Volksrepublik China ansässigen Mission der Weltbank tätig ist, sagte laut Meldung der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua, seine Bank garantiere China dafür, daß es »drastische Maßnahmen« getroffen habe, um das Inflationsproblem zu lösen. In einer Ansprache auf einem Seminar über Weltentwicklung in Peking sagte Harrold:

»China kann mit Recht stolz auf seinen Einsatz der Zinssatzpolitik sein, um die Bankkrise zu beseitigen, die sich im letzten Jahr zur Zeit des Ansturms auf die Banken im August und Anfang September entwickelte. Das Problem liegt darin, dafür Sorge zu tragen, daß jene drastischen Maßnahmen, die kurzfristig getroffen wurden, nicht die langfristig angelegte Wirtschaftsreform unterbrechen.«

Harrold schlug vor, daß die kommunistische Regierung Chinas die Wirtschaftsreform intensivieren sollte, da die Inflation »sehr schnell« sinkt. Er warnte: »Das engere Sparprogramm könnte eine Wirtschaftsflaute herbeiführen.«

Harrold fügte hinzu: »Jetzt ist die Zeit dafür gekommen, daß die Regierung ernsthaft darangehen müßte die Reform zu vertiefen, um die Inflation zu verhindern, die sonst wieder kommen könnte.« □

OAU-Sekretär greift Weltbank und IWF an

Der Generalsekretär der Organization of African Unity (OAU), Salim Ahmed Salim, griff in Nairobi in einer Rede vor der östlichen und südlichen beratenden Versammlung über das Bildungswesen die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds (IWF) an, weil sie den Zweck der provinziellen Erziehung für alle zunichte gemacht hätten.

Nach Pressemeldungen sagte Salim, daß die Anpassungs- und Umstrukturierungsprogramme der Bank, die afrikanischen Ländern auferlegt werden, sich nachteilig auf das Bildungswesen und andere Sozialleistungen ausgewirkt und zur wirtschaftlichen und sozialen Destabilisierung geführt haben.

Salim rief zu einer engen Zusammenarbeit unter den afrikanischen Staaten in Bildungsfragen wie die Ausbildung und den Austausch von Fachleuten auf. □

Weltbank erhöht Programm-Finanzierung

Der Präsident der Weltbank, Barber B. Conable, stellte fest, daß die Bank ihre Ausgaben für Bevölkerungsbegrenzung von durchschnittlich 100 Millionen Dollar pro Jahr in den vergangenen Jahren auf durchschnittlich 266 Millionen Dollar pro Jahr über die kommenden drei Jahre hinweg verdreifachen wird. Er verpflichtete sich dazu, daß er »unsere Leistung sowohl in der Qualität als auch in der Quantität persönlich überwachen werde«.

In seiner Ansprache vor der International Planned Parenthood Federation im kanadischen Ottawa, sagte Conable, daß die Bank mit privaten Gruppen zusammenarbeiten würde, um die Familienplanung »bis zum Jahr 2000 für mindestens die Hälfte der Paare der unterentwickelten Welt zu einer akzeptierten Gewohnheit zu machen«.

Einige Befürworter der Bevölkerungsbeschränkung verurteilten die vorgeschlagene Bevölkerungspolitik der Weltbank immer noch als nicht streng genug. Sharon L. Camp vom Population Crisis Committee sagte nach Conables Ansprache in Ottawa der Presse: »Es besteht eine Notwendigkeit dafür, sich härtere Ziele zu setzen.« □

Metalle

Ein Goldschimmer am Horizont

C. Gordon Tether

Nach mehreren Jahren in der Wildnis, ist Gold auf dramatische Weise wieder auf die internationalen Finanzbühnen zurückgekehrt. Gold war ein Dreiviertel des Jahres 1989 weitgehend lahmgelegt. Nachdem es bequem auf der richtigen Seite des Standes von 400 Dollar pro Unze ins Jahr 1989 hineingerutscht war, trat der Preis für Goldbarren einen langsamen Rutsch an, der Ende September des vergangenen Jahres drohte unter die 350-Dollar-Barriere zu fallen.

Es sah langsam so aus, als ob jene düsteren Fachgelehrten, die eine neue Erosion der Popularität des Goldes voraussagten, die in der Lage wäre es in den Bereich von 200 bis 300 Dollar herunter zu drücken, Recht behalten sollten.

Das Aschenputtel der Aktienmarktszene

Es trat sogar eine noch spektakulärere Änderung auf dem Markt für Goldminenaktien ein. Er stellte von 1989 bis heute das Aschenputtel der Aktienmarktszene der Welt dar. Dies war so sehr auf dem alles bedeutenden südafrikanischen Sektor der Fall, daß der tiefste Stand aller Zeiten verzeichnet wurde, wobei die meisten Aktien nicht mehr als ein Fünftel dessen holten, was sie 1983 eingebracht hatten.

Jetzt stand Erholung auf der ganzen Linie auf der Tagesordnung. Sie war höchst eindrucksvoll auf dem südafrikanischen Sektor. Der Index der führenden Aktien war nämlich doppelt so hoch, wie das neun Monate vorher erreichte Tief aller Zeiten, bevor ein plötzlicher Spurt der Gewinnmitnahme in den Schlußwochen des Jahres die Bremse zog.

Aber sowohl die anderen beiden Hauptkategorien – nordamerikanische und australische Aktien – verzeichneten Gewinne, die sie in die Lage versetzten, auf das Jahr bezogene Fortschritte zu machen, die jene auf anderen Sektoren der Aktienmärkte erlebten weit in den Schatten stellten.

Wie war eine derartige Umwandlung zustandegekommen? Die plausibelste Erklärung besteht darin, daß sie das Produkt eines plötzlichen Wiedererwachens, in weltweitem Ausmaß, von Unsicherheit über die internationalen Finanzaussichten ist. Die Ebbe und Flut der Hortungstätigkeit hat bei der Gestaltung des Verhaltens des Goldpreises in der ganzen Zeit nach dem zweiten Weltkrieg schon immer eine große Rolle gespielt.

Das Metall begann zu welken

Es war nämlich weitgehend darauf zurückzuführen, daß die diesbezügliche Nachfrage mit der Verlangsamung der inflationären Erosion der Devisenwerte abzuflauen begann, daß das Metall eine chronische Tendenz zum Verwelken aufwies.

Zwei Entwicklungen scheinen hauptsächlich verantwortlich zu sein für die Tatsache, daß dieser Prozeß jetzt umgekehrt worden ist. Eine ist die wachsende Besorgnis über die Fähigkeit der Regierungen in den schrittmachenden Ländern mit den Bugwellen der desorientierenden Kräfte fertigzuwerden, die als Folge des weltweiten Wiederauflebens von inflationären Zwängen und der fortwährenden weltweiten Kreditexplosion ins internationale Finanzbild getreten sind.

Eine Offenbarung dafür, daß diese unwillkommene Erscheinung eingetreten ist, wird in der politischen Umwälzung in Großbritannien gesehen, die kürzlich zur Entthronung des Chancellor of the Exchequer Nigel Lawson führte. Eine weitere wird in der Kontroverse ausfindig gemacht, die in den Vereinigten Staaten über die Gefahr ausgebrochen ist, die der finanziellen Gesundheit des Landes durch Fusions- und »junk bond«-Exzesse droht. Das sind Anleihen, die zwar hohe Renditen abwerfen, die aber von schwach im Kurs stehenden Unternehmen ausgegeben werden.

Ein weiterer wesentlicher Faktor hinter dem Wiederaufleben der Popularität des Goldes als Investitionsmedium findet sich in der politisch-wirtschaftlichen Umwälzung, von der die europäischen Satelliten des Sowjetblocks im Kielwasser der Entscheidung der sowjetischen Hierarchie, einen völlig neuen Lebensstil zu pflegen, betroffen worden sind. Auf längere Sicht, so sollte man meinen, müßte dies zu einem massiven Nachlassen der internationalen Spannungen in jeder Hinsicht führen und somit das Wirtschaftsleben der Welt wesentlich angenehmer gestalten.

Aber neue Probleme kommen hinzu

Aber die Dinge sind zunächst klar darauf abgestimmt, den vorhandenen Problemen neue hinzuzufügen.

Ein Grund dafür ist darin zu sehen, daß der Gedanke allgemein akzeptiert zu werden scheint, daß die kürzlich befreiten Länder Osteuropas sehr viel Hilfe von außen benötigen, wenn sie die Lockerung ihrer Bindungen an Moskau und die traumatischen Auswirkungen, die dies anfänglich auf sie haben wird, überleben sollen.

Dies muß Besorgnisse über westliche Währungen auslösen, so lautet das Argument, weil der Westen tief in die Tasche greifen muß, um das Loch zu stopfen, da das sowjetische Kernland nicht in der Lage ist, dies zu tun, selbst wenn es wollte.

Es gibt noch eine Art und Weise wie die osteuropäische Explosion die Basis zu einer Flucht von Papiergeld ins Gold sein könnte. So ist es durchaus denkbar, daß die weitergehende Verschiebung der Wirtschafts- und Finanzsysteme der osteuropäischen Länder, die zumindest eine vorübergehende Folge der Krise sein muß von der die Region betroffen ist, auch in einer Flucht von Devisen ins Gold – eine Flucht bei der die Bewohner dieser Länder selbst das Rennen machen würden – zum Ausdruck kommen könnte.

Was ich gesagt hab, ist eine lange Erklärung dafür, warum Gold und auf Gold bezogene Investitionen nach mehreren Jahren in der Wildnis wieder aus der Kälte herausgekommen sind. Was sich nicht von sich aus erklärt, ist, warum südafrikanische Goldaktien eine anhaltende Glücksperiode erlebt haben, die ihnen Gewinne einbrachten, die weit über die hinausgehen, die andere Sektoren der Goldfamilie genießen.

Die Erholung wird nicht zerbröckeln

Die Lösung dieses Rätsels muß sicherlich in der veränderten Rolle gesucht werden, die der Faktor der Apartheid-Krise bei der Gestaltung ihres Glücks nach Übernahme der Regierung durch F. W. De Klerk spielt. Die Möglichkeit der Lösung der Rassenprobleme Südafrikas, ohne eine gewaltige Umwälzung, die der Bergbauindustrie großen Schaden zufügen könnte, wird jetzt viel höher eingeschätzt als das bislang der Fall war.

Wie weit dieser Optimismus berechtigt ist, muß natürlich abgewartet werden. Was aber ziemlich gewiß zu sein scheint, ist daß die Erholung die der Goldsektor erfahren hat in voraussehbarer Zukunft nicht zerbröckeln wird.

»Wir sehen voraus, daß Gold sich bis zum Frühjahr 1990 auf eine neue grundlegende Handelsspanne zwischen 440 und 460 Dollar festigen wird«, schreibt die angesehene Lynch International Survey unter der Rubrik »1990 Gold Forcast«. In Anbetracht der Umstände scheint dies eine angemessen vorsichtige Einschätzung zu sein. □

Internationalisten

Hinter Mun steht Rockefeller

Martin Mann und James Harrer

Konservative nehmt zur Kenntnis: Der sonderbare Kauz, der viele konservative Politiker und ihre Parteien finanziert, der koreanische Sektengründer Sun Myung Mun, wird hinter den Kulissen von dem weltweiten Firmenimperium der Familie Rockefeller finanziert.

Man sollte sich nicht zum Narren halten lassen. Mun ist kein »Antikommunist« wie viele seiner Verteidiger glauben. Mun ist die Fassade in den Reihen der Konservativen – das sprichwörtliche »Trojanische Pferd« – für die Familie Rockefeller.

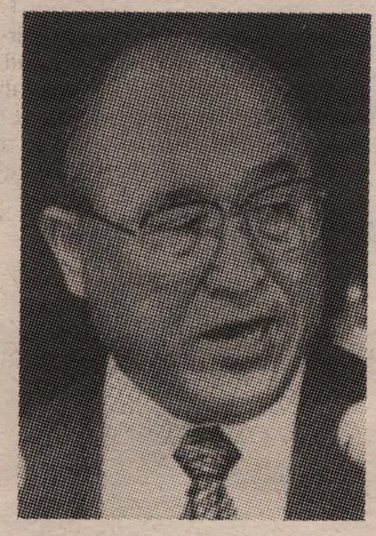
Ein weltumspannendes Netzwerk

So sind konservative Politiker, die sich von Mun einspannen lassen – indem sie für seine Zeitungen schreiben, in den USA zum Beispiel die »Washington Times«, bei seinen Forumgesprächen mitwirken und sein Geld annehmen – indirekt zu Handlangern ihrer langjährigen Feinde geworden: die liberalen, internationalistischen amerikanischen Republikaner des Establishments, die sich im Einflußbereich der Rockefeller bewegen.

Die Rockefelller konnten die Konservativen bisher nicht besiegen, daher heckten sie einen Plan aus, um die konservative Bewegung zu übernehmen. Und die benutzten das eigenartige und unwahrscheinliche Vehikel des koreanischen Sektenführers Mun und dessen weltumspannendes Netzwerk, um dieses Ziel endgültig zu erreichen.

Sie werden verkauft und verraten

Muns Netzwerk wurde im letzten Jahr als Trichter benutzt, durch den die Rockefeller-Interessengruppen sich die Herrschaft über die konservative Bewegung buchstäblich mit Haut und Haar erkauft haben.



Sun Myung Mun wird hinter den Kulissen von dem weltweiten Finanzimperium des Rockefeller-Clans finanziert.

Der koreanische Sektenführer ist, kurz gesagt, »Rockefellers Rache«. Die Rockefellers konnten die Konservativen nicht schlagen, daher kauften sie diese auf. Und sie benutzen Mun als Almosenpfleger.

Aber die große Frage lautet, ob es den Konservativen überhaupt bewußt ist, daß sie verraten und verkauft worden sind.

Wenn ihnen das bislang noch nicht bewußt war, dann kann man sie vielleicht noch entschuldigen, weil sie es eben nicht gewußt haben. Ein koreanischer Sektenführer scheint ein unwahrscheinlicher Frontmann für eine welterfahrene, superreiche Baptistenfamilie der alten Schule zu sein. Aber ob die Konservativen von Muns Rockefeller-Ursprung wußten oder nicht, ihr Urteilsvermögen muß dennoch in Frage gestellt werden. Schließlich läuft Muns Tagesordnung allem, woran konservative Politiker vorgeblich glauben, in Sachfragen von der Familienpolitik bis zur Außenpolitik, durch und durch zuwider.

Um zu begreifen, warum die Rockefellers so eine bizarre Figur wie Mun als Aushängeschild benutzen, ist ein Rückblick auf die Familie Rockefeller und deren Beziehungen zum konservativen Flügel der Republican Party in den USA in den letzten 50 Jahren angebracht.

Jahrzehntelang haben die konservativen Elemente innerhalb der Republikanischen Partei, die sogenannten Rockefeller-Republikaner – sogar Nelson Rockefeller selbst – daran gehindert, die volle Herrschaft über die große alte Partei zu erringen.

Nelson Rockefellers häufige Bewerbungen zum amerikanischen Präsidentschaftskandidaten für die Republikaner ernannt zu werden, hatten niemals Erfolg. Und Nelson Rockefeller als Einzelperson wurde ein für alle Mal von der Kandidatur ausgeschlossen.

Riesige Profite und Macht

Die Rockefeller-Kräfte mit Milliarden von Dollar und dem entsprechenden Einfluß zu ihrer Verfügung – besonders durch die Ägide der Medien – waren dennoch in der Lage, bei der Gestaltung oder Korrumpierung der beiden großen Parteien und beim Lauf der Dinge in der Welt eine bedeutende Rolle zu spielen. Die Rockefellers mußten aber immer noch die Herrschaft über die konservative Führung gewinnen, die sich damals noch nicht verkauft hatte.

Die traditionellen konservativen Führungspersönlichkeiten standen praktisch zu allen von den Rockefellers und ihren Verbündeten in der Bilderberg-Gruppe, dem Council on Foreign Relations (CFR) und der Trilaralen Kommision, um nur einige von den zahlreichen von Rockefeller finanzierten Interessengruppen zu nennen, ausgespähten internationalistischen Maßnahmen in Opposition. Traditionelle Konservative – Nationalisten – stellten sich gegen die Auslandshilfeschenkungen, die weltweiten Einmischungen auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet, die Freihandelspolitik mit der amerikanische Arbeitsplätze und Industrie exportiert werden und andere Souveränität zerstörenden Maßnahmen, die ein wesentlicher Bestandteil der Tagesordnung der Rockefellers sind und derem Imperium riesige Profite und zusätzliche Macht einbringen.

Die traditionellen Konservativen waren die letzte verbleibende Kraft – zumindest innerhalb der Republican Party –, die den Bemühungen der Rockefellers, die Herrschaft über die Grand Old Party zu gewinnen, im Wege standen.

Das Aufkaufen der Konservativen

Daher entschieden sich die Rokkefellers für eine neue Strategie: »Wenn sie sie nicht schlagen können, kaufen sie sie auf.« Und das taten sie auch. Die Rockefellers adoptierten den seltsamen koreanischen Sektenführer und sein Netzwerk und stellten Mun als »Mr. Moneybags« für die oft unter Geldmangel leidende konservative Bewegung auf. Daß sie den Führer einer Bewegung auswählen würden, die auf die Menschen im Westen – und was das betrifft auch auf die des Ostens – einen so bizarren Eindruck macht, ist eigentlich garnicht so seltsam, denn gerade das Unheimliche an Mun dient als Ablenkung für jene, die andernfalls die Charade der Rolle der Rockefellers bei der Förderung Muns und deren Endziel, der Zerstörung der konservativen Bewegung, durchschauen würden.

Konservative begannen sich um Geld an Mun zu wenden und verloren in der Folge allmählich ihre traditionellen Standpunkte zu vielen Schlüsselfragen, vor allem zum Freihandel. Und hochrangige konservative Führungspersönlichkeiten, die damit begannen den Internationalismus – die Mun-Rockefeller-Linie – zu unterstützen erhielten bald selbst freundliche Unterstützung in den von Rockefeller beeinflußten Medien.

Die einflußreiche Zeitung des Establishments, die »Washington Post«, wird wahrscheinlich eines Tages merken, daß sie auf dem Washingtoner Medienmarkt einen echten Konkurrenten hat. Bis heute neigt die Zeitung dazu die »Washington Times« völlig zu übersehen und es stimmt auch, daß deren Auflage und Zahl der Anzeigenseiten zu diesem Zeitpunkt noch keine ernsthafte Konkurrenz für die »Washington Post« darstellen.

Aber die »Times« ist derzeit nicht hinter Abonnenten her. Der Bekanntheitsgrad erzeugt letztenendes die Akzeptanz, und selbst wenn die Zeitung zwischen 25 und 35 Millionen Dollar pro Jahr verliert – was der Fall ist –, dann ist dies kein zu hoher Preis für Legitimität. Und nach der Art der japanischen Industrie, die eher hinter dem Marktanteil als hinter schnellen Gewinnen her ist, erobert sich die »Washington Times« langsam eine Nische in der Hauptstadt der Vereinigten Staaten.

Der Vater einer neuen Rasse

Die Vorstandsvorsitzende der »Washington Post« wird eines Tages feststellen, daß die Rockefellers eine eigene lebensfähige Zeitung in »ihrer« Stadt besitzen.

Heute hat sich die konservative Tagesordnung verzerrt und weicht bei den großen weltweiten Sachfragen etwas von den, von den liberalen Internationalisten vertretenen Standpunkten, ab.

Die konservative Bewegung ist jetzt nur noch eine Fassade für die Rockefellers und ihrer angeheuerten Kanone Sun Myung Mun.

In der Geschichte des späten 20. Jahrhunderts schwebt keine Figur geheimnisvoller über der amerikanischen politischen Landschaft als der Pastor Sun Myung Mun, ein koreanischer Sektenführer. Mun lehrt, daß er der zurückgekehrte Christus und buchstäblich der Vater einer neuen Rasse vollkommener menschlicher Wesen sei. Sein Einfluß reicht in fast alle Länder der Welt, aber er ist besonders mächtig in Südkorea, Japan, einigen der lateinamerikanischen Ländern – ungeachtet dessen, daß er schon einmal wegen Steuerhinterziehung in einem amerikanischen Gefängnis saß.
In verschiedenen Prozessen wurde Mun und seine Kirche wiederholt als der Entführung junger Leute und deren Umwandlung in Zombies, um Geld für den größeren Ruhm ihres »vollkommenen Vaters« zu erbetteln, für schuldig erklärt. Auf der anderen Seite ist er jedoch der vollendete Washingtoner Insider, der freigiebig mit Geld um sich wirft und Einfluß einkauft, während er eine landesweit erscheinende Tageszeitung der Hauptstadt betreibt die US-Präsident Ronald Reagan einst als die »einzige« Zeitung, die er lese, bezeichnete.

In einer anderen Verkörperung ist Mun ein internationaler Industriebaron, ein Kapitän von so unterschiedlichen Industrien wie Immobilien, Gesundheitsnahrungsmittel, Elektronik, Pharmazeutik und Schwerindustrie.

Wer ist diese bizarre Figur? Wo ist seine scheinbar endlose Finanzquelle? Nimmt sein Einfluß zu oder ab? □



Internationalisten

Die Allianz des Kult-Zaren Mun

Martin Mann und James Harrer

Die Bonner »Privat-Depesche« sorgte mit einer zwölf Zeilen langen Nachricht für einige Sensation. Unter der Überschrift »Republikaner: Mit Money von Mun?« hieß es dort: »Bei den Republikanern gärt es. Der Vorsitzende Franz Schönhuber nahm indirekte Kontakte zur finanzstarken Mun-Sekte auf. Dr. Ursula Sanlewski von der Causa, einem Ableger der Sekte, wurde persönliche Referentin des Republikaner-Chefs. Aus finanziellen Gründen? Die CSU ist dabei, diese Frage zu klären. Immerhin übernahm die Mun-Sekte vor einiger Zeit die Maschinen-Firmen Heyligenstadt (Gießen), Hornsberg (Remscheid) und Wanderer (Haar/München) mit 230 Millionen Mark Jahresumsatz. Beachten Sie: Laut Oberlandesgericht Frankfurt darf von der Mun-Sekte behauptet werden, daß sie Psychoterror ausübe, faschistisch und kriminell sei.«

Daß es Ähnlichkeiten zwischen den Zielen des Rockefeller-Imperiums und der von Sun Myung Mun geleiteten Unification Church gibt, ist kein Zufall. In »Rockefeller Internationalist« schreibt Emmanuel M. Josephon: »Das Ziel in den Hintergedanken von Frederick T. Gates und Rockefeller bei der Eröffnung dieser ›Menschenliebe‹ wurde von Gates in der ersten Veröffentlichung des General Education Board, des ›Occasional Paper No. 1‹, im Jahr 1904 ganz wie folgt zum Ausdruck gebracht.

Eine Million zur Erforschung der Machenschaften

In unseren Träumen haben wir begrenzte Hilfsmittel und die Menschen geben sich mit vollkommener Gefügigkeit unseren formenden Händen hin. Die gegenwärtige Bildungskonventionen verschwinden langsam aus unseren Gedanken und ungehindert von Traditionen lassen wir unseren eigenen guten Willen auf ein dankbares und zugängliches Landvolk einwirken.

Die Aufgabe, die wir uns gestellt haben, ist die sehr einfache und sehr schöne Aufgabe, diese Menschen, so wie wir sie antreffen und dort wo sie sind, für ein vollkommen ideales Leben auszubilden. So werden wir unsere Kinder zu einer Gemeinde organisieren und sie lehren, auf vollkommene Weise die Dinge zu tun, die ihre Väter und Mütter in den Häusern, im Laden und auf dem Bauernhof auf unvollkommene Weise tun.«

Josephon gab für seine lebenslängliche Erforschung der Rockefeller-Familie und deren Machenschaften eine Million Dollar aus. Das Buch »Rockefeller Internationalist«, aus dem das obige Zitat entnommen wurde, ist völlig vergriffen. Jedoch wurde in einem persönlichen Versteck mehrere Exemplare von zwei anderen Büchern von Josephson nach dessen Tod aufgefunden: »The Truth About Rockefeller: Public Enemy No. 1« und »The Federal' Reserve Conspiracy and the Rokkefellers«.

Geld für den Feldzug der Weltbeherrschung

Der Aufstieg des weltumspannenden politischen, kommerziellen und Medien-Imperiums des koreanischen Sektenführers Sun Myung Mun ließ bei Beobachtern eine verwirrende Frage of-

Internationalisten

Die Allianz der Kult-Zaren Mun

fen: Woher hat er die Gelder für seine weitverstreuten Unternehmen?

Die Antwort: Seit den frühen sechziger Jahren hat Muns Feldzug zur Weltbeherrschung geheime Unterstützung und größere Kredite vom Rockefeller Konsortium und desssen Finanz-Flaggschiff, der Chase Manhattan Bank, bekommen.

»Wenn man erst einmal den Unterbau aufgespürt hat, dann wird die Struktur dieser Allianz offensichtlich«, sagt ein wohlbekannter New Yorker Anwalt, der bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand vor zehn Jahren bei mehreren Rockefeller-Unternehmen als Hausanwalt diente. Wie andere Informanten, die einst dem inneren Kreis der Chase Manhattan Bank angehörten, war dieser Kenner der Szene damit einverstanden, über seine Erinnerungen zu sprechen.
»David und Nelson Rockefeller waren fanatische Globalisten, und Mun ist das auch«, erklärte der Anwalt. »Seine Unification Church zielt darauf ab, das Christentum unter die gleiche internationalistische Herrschaft zu bringen, die die Rockefellers den Staaten dieser Welt aufzwingen wollen. Außerdem, um dieses Ziel zu erreichen, mußten die Chase Manhattan-Leute die patriotischen Kräfte des sogenannten rechten Flügels der Republikaner durchdringen und neutralisieren. Wenn man genau hinschaut, stellt man fest, daß Mun genau das in den USA bewerkstelligt hat.«

Der Schlüsselagent der Rockefellers

Sogar die skeptischsten Kritiker Muns räumen ein, daß er in diesen Punkten der Rockefeller-Linie gefolgt ist und seine Ziele so vorangetrieben hat, wie nur ein vertrauenswürdiger Erfüllungsgehilfe es zu tun pflegt. In Wirklichkeit war Mun bereits ein Agent – ein Schlüsselagent in Südkoreas neuorganisiertem Geheimdienst – als er 1962 zum ersten Mal mit Nelson und David Rockefeller zusammentraf. Die ganze Szenerie blieb über ein Vierteljahrhundert lang verborgen.

»Um die Ereignisse zu verstehen, muß man sich ins Gedächtnis zurückrufen, daß die Republik Südkorea kurz nach dem Zweiten Weltkrieg entstand«, berichtete Dr. Lee Han Won, der angesehene koreanische Politwissenschaftler, der in den Vereinigten Staaten lehrt. »Nachdem sie Korea 45 Jahre lang beherrscht hatten, wurden die geschlagenen Japaner hinausgeworfen. Amerikanische Streitkräfte besetzten die südliche Hälfte des Landes, während die Sowjetunion die nördliche Region übernahm, wo sie eine kommunistische Regierung einsetzte.«

Die amerikanische Besatzungszone trat später unter Präsident Syngman Rhee, der von John J. McCloy, ein lebenslanger Getreuer der Republikaner und seinerzeit einflußreicher Berater des US-Außenministeriums, ausgelesen wurde, als Republik Südkorea hervor.

McCloy diente später als amerikanischer Hochkommissar im besetzten Westdeutschland und als Präsident der Chase Manhattan Bank, bevor er im vergangenen Jahr im Alter von 89 Jahren verstarb.
Rhee, der die längste Zeit seines Lebens in den Vereinigten Staaten verbracht hatte, verwandelte sich schnell in einen tölpelhaften

Ein ungeschickter und ungeliebter Diktator

und unbeliebten Diktator und wurde nach dem Korea-Krieg von 1950 bis 1953 von amerikanischen Truppen und Washingtoner Politik-Managern, die vom Council on Foreign Relations (CFR) geleitet wurden, in das vom Krieg verwüstete Land zurückgebracht.

Nach einer Aufeinanderfolge von farblosen Günstlingen, die von der amerikanischen Militärregierung auf Grundlage des von Beratern der Chase Manhattan Bank in sie gesetzte Vertrauen in Südkorea als Regierungschefs eingesetzt wurden, brachte ein Militärputsch eine Gruppe jüngerer Obristen an die Macht.

Der hauptsächliche Ränkeschmied unter den rebellischen Offizieren war Oberst Kim John Pil, dessen Namen jetzt den meisten Asiaten vertraut sein dürfte, der aber Amerika völlig unbekannt blieb. Unter seiner Leitung wurde ein zäher Brigadegeneral namens Park Chung Hee als Koreas Militärherrscher eingesetzt, während Kim den ersten modernen Geheimdienst aufbaute, ihn die Korean Central Intelligence Agency (KCIA) nannte, und deren erster Direktor er wurde.
»Als sie erst einmal daheim die Macht in Händen hielten, konzentrierten Kim und Park ihre ganze Aufmerksamkeit auf Washington«, berichtete Lee. »Denken Sie daran, diese Männer hatten kurz vor dem Zweiten Weltkrieg ihre militärische Ausbildung in Japan erhalten. Sie begannen ihre Laufbahn als Leutnants in der japanischen Armee. Als es auf Organisation, Leistung und Technologie ankam, dachten sie wie die Japaner. Doch wußten sie, daß der Schlüssel zu ihrem Überleben und schließlichem Erfolg in Washington lag.«
Um die Bindungen der neuen koreanischen Militärjunta an die damalige amerikanische Regierung – der Regierung John F. Kennedys – zu festigen, traf der KCIA-Chef Kim im Oktober 1962 in Washington ein. In seiner Begleitung befand sich ein aufsteigender junger Schützling, der die Fähigkeit unter Beweis gestellt hatte, religiöse Überzeugungen und viel antikommunistische Rhetorik anzuwenden, um Stützgruppen für die KCIA anzuwerben. Es war niemand anders als Mun selbst.



Der Name »Rockefeller« ist zum Synonym geworden für Reichtum und Macht. Dieses Foto wurde am 26. Mai 1937 aufgenommen, von links nach rechts: John D. Rockefeller und seine Söhne, David, Nelson, Winthrop, Laurence und John D. III.

Mun hielt sich für eine Gottheit

In Washington traf der Chef des koreanischen Geheimdienstes mit den seinerzeitigen amerikanischen Gegenstücken zusammen. Es fanden Konferenzen mit dem CIA-Direktor John McCone und Generalleutnant John E. Caroll, damals Leiter der Defense Intelligence Agency (Abwehrdienst), statt. Aber die wichtigsten Zusammenkünfte auf dieser Reise



David (links) und Laurence Rockefeller leiten zusammen eines der größten politischen Finanzimperien der Welt.

fanden in New York statt, wo Kim und Mun mit Nelson und David Rockefeller konferierten.

Der bezahlte Ausflug schloß mit einem formellen Abendessen im Hotel Waldorf Astoria ab, das Nelson Rockefeller, der seinerzeit seine erste Amtszeit als Gouverneur von New York absolvierte, zu Ehren der koreanischen Gäste gab.

»Es muß ein seltsames Zusammentreffen gewesen sein«, erzählte Lee. »Mun hielt sich für eine Gottheit, ein göttliches Wesen dessen Bestimmung es sei ›die von Christus begonnene Aufgabe zu Ende zuführen‹ und das Weltchristentum unter seinem eigenen Banner zu vereinigen. Privat hatte Nelson Rockefeller eine ähnlich erhabene Ansicht über seine eigene Bestimmung: Sie bestand darin, die Völker der Welt unter die Herrschaft einer weltweiten Regierung zu bringen. Die beiden Männer verstanden sich auf Anhieb.«

Muns Bündnis mit Rockefeller

Andere Informationsquellen haben festgestellt, daß bei der Festigung des Bündnisses zwischen Muns Lager und der Rockefeller-Gruppe noch weitere Faktoren eine Rolle spielten.

»Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die Rockefellers insgeheim beträchtliche Anteilsbesitze in Japan erworben und wollten diese weiterentwickelt sehen«, sagt Dr. Gunnar Borglid, der schwedische Volkswirt, der Berater der Vereinten Nationen für asiatische Angelegenheiten ist.

»Um dies zu erreichen, wollten sie, daß die Vereinigten Staaten ihre dominierende Freihandelspolitik beibehalten und erweitern sollten. Diese Ziele wurden von den Koreanern aus voller Seele unterstützt. Sie wußten sehr wohl, daß ein ungehinderter Zugang zum riesigen amerikanischen Markt für ihre Industrien Wachstum und Wohlstand bedeutete.«

Beide Strategien erwiesen sich als erfolgreich, erklärte Borglid. »1961, das Jahr, in dem Kim und die Obristen die Macht ergriffen, betrug das Bruttosozialprodukt (BSP) Südkoreas 2,2 Milliarden Dollar«, erklärte der Volkswirt der Vereinten Nationen. »Bis spätestens 1970 hatte das BSP sich verdreifacht, auf etwa sieben Milliarden Dollar. In den darauffolgenden fünf Jahren verdreifachte es sich noch einmal und erreichte 1975 24,9 Milliarden Dollar.

Indem es sich von einem kleinen rückständigen, vom Krieg heimgesuchten Land in einen Industrie-Giganten verwandelte, erhöhte Südkorea in diesen Jahren seine Ausfuhren um mehr als 3.000 Prozent.«

Chase Manhattan, die zum führenden Banker der südkoreanischen Regierung ernannt wurde und das Bankgeschäft der Mun-Bewegung erwarb, heimste auch riesige Profite ein, während der geheime Anteilbesitz des Rockefeller Konsortium im Orient in die Höhe schoß.

Mun erntete auch reichhaltige Vergünstigungen durch seine heimliche Allianz mit dem Rokkefeller-Establishment. Seine Sekte wuchs ungeachtet ihrer bizarren Ideologie und ihres diktatorischen Regimes zu einer internationalen Bewegung mit Verbindungen zu den Führern mehrerer Regierungen, darunter Israel und einige lateinamerikanische Staaten.

Mitglieder der Mun-Sekte müssen bereit sein, zwölf Stunden pro Tag mit geringer oder gar keiner Bezahlung zu arbeiten, und Ehepartner gewöhnlich von einer anderen Rasse heiraten, die von ihrem »Meister« für sie ausgewählt werden.

Sprecher für die Unification Church – offizielle Bezeichnung des Mun-Lagers – neigen dazu, ihre Stärke zu übertreiben und behaupten, mehr als drei Millionen Anhänger in aller Welt zu haben, unter anderem 500.000 in Südkorea und 200.000 in den Vereinigten Staaten. Unabhängige Schätzungen über Muns Mitgliederschaft liegen viel niedriger und drücken die Gesamtzahl weit unter eine Million, davon vielleicht 20.000 bis 30.000 amerikanische Anhänger.

Aber es ist unbestreitbar, daß der faßförmige verschlossene koreanische Promotor so etwas wie eine internationale Figur geworden ist. Seine Herrschaft über mehr als zwei Dutzend Druckerzeugnisse in größeren amerikanischen und asiatischen Städten, darunter die »Washington Times«, hat Mun, der anscheinend nur wenige Führungseigenschaften besitzt und die englische Sprache so gut wie gar nicht beherrscht, in einer Reihe von Machtzentren, einschließlich der Hauptstadt der USA, beträchtlichen Einfluß verliehen.

Der Einfluß ist für Mun bedeutsam, weil es die einzige Vergünstigung ist, die er aus seinem Verlagsimperium erhält. Alle Medien und Nachrichten Organisationen, die er beherrscht, sollen mit Verlust arbeiten; die Bewegung muß 35 Millionen Dollar pro Jahr aufbringen, um die geschätzten Defizite der »Times« zu decken.

Aber ehemalige Mitglieder der Unification-Sekte sagen, daß Mun weiß, wie er solche anscheinenden Verluste zu seinem Vorteil wenden kann. Die wirklichen Verlierer in der Kampagne der Zusammenarbeit zwischen dem Rockefeller-Konsortium und dem Mun-Lager sind westliche Arbeiter und Verbraucher, sagen unabhängige Beobachter.

Die eigentlichen Verlierer

»Mun war die Speerspitze des Vorstoßes zum sogenannten Freihandel, unbegrenzte Einfuhren und Schuldenfinanzierungen – Gedankengänge, die zur offiziellen Wirtschaftsdoktrin der Reagen-Ära wurden«, erklärte Borglid.

»Die Sache lief so aus, daß amerikanische Märkte mit billigen Einfuhrgütern aus Korea und Japan überflutet wurden – deren Herstellung von amerikanischen Banken finanziert wurden –. Während jene Länder ihren Wohlstand vervielfachten, verarmte Amerika. Den in Asien für Millionen von Facharbeitern geschaffenen neuen Arbeitsplätzen entsprach der Verlust von gutbezahlten Arbeitsplätzen in der Industrie in den USA.«

Zur gegenwärtigen Zeit sind sich die meisten Amerikaner der in diesen Trends implizierten katastrophalen Folgen noch nicht bewußt.

»Indem sie amerikanische Frauen davon überzeugen, daß ›Befreiung‹ eine Vollzeitbeschäftigung bedeutet – gewöhnlich schlecht bezahlte Dienstleistungen ohne Aussicht auf Beförderungen –, und indem sie sich immer mehr verschulden, um den nationalen Verbrauch zu finanzieren, haben die Vereinigten Staaten den Tag der Abrechnung hinausgeschoben«, warnt Professor Samuel Peurifoy, ein ehemaliger Volkswirt aus dem amerikanischen Handelsministerium.

»Aber in den letzten acht Wochen des vergangenen Jahres erhielten mehr als 100.000 Facharbeiter in größeren amerikanischen Firmen von Avtex, General Motors, IBM, Merrill Lynch, bis zu Wang Laboratories ihre rosaroten Entlassungszettel. Ich befürchte die Rechnung für die demagogischen Verwüstungen der Mun-Sekte und den Wirtschaftsverrat des Rockefeller-Konsortiums wird bald fällig sein.« □

Internationalisten

Muns gefilterte und gewaschene Gelder

Martin Mann und James Harrer

Während er in der Öffentlichkeit als »Konservativer« und als christliche Führungspersönlichkeit fungiert, wurde der koreanische Sekten-Zar Myung Mun in den vertraulichen Berichten von amerikanischen Fahndungsbeamten als »Frontman (Fassade) für subversive fremde Interessen« bezeichnet.

Amerikanische Fahndungsbeamte und Anwälte des US-Justizministeriums unternahmen schon 1972 wiederholt Versuche, Mun wegen Bestechung, Verschwörung und kriminellem Betrug vor Gericht zu bringen. Aber der koreanische Promotor wurde nur wegen eines Steuerbetrugs angeklagt und verurteilt, weil er »unter dem mächtigen Schutz von Henry Kissinger« stand, verlautet aus Kreisen des amerikanischen Kongresses.

Die heimlichen Beziehungen zu Kissinger

Die heimlichen Beziehungen zwischen Kissinger, Mun und seinen koreanischen und japanischen Verbündeten »sind niemals untersucht worden«, versicherte ein altgedienter Fahnder des amerikanischen Repräsentantenhauses.

»Tatsache ist, daß sehr viel Geld – Hunderte von Millionen Dollar – aus Japan und Korea ins Land strömte, um Einfluß und Medienunterstützung einzukaufen«, erinnert sich dieser Experte. »Sehr viel davon wurde durch die Chase Manhatten Bank, wo Mun zum Beispiel seine Konten unterhält, gefiltert und gewaschen.«

Aus Ermittlungsakten, die dem US-Kongreß aus Kreisen des FBI und der Security Exchange Commission (SEC) zugänglich gemacht wurden, gehen riesige Bargeldüberweisungen aus Japan und Korea auf Muns Konten bei der Chase Manhatten hervor.

Kissinger verhinderte Strafverfolgungen

»Mun und Chase waren in Geldwäsche-Operationen in Höhe von mehreren Millionen Dollar verwickelt«, sagt ein ehemaliger SEC-Anwalt, der jetzt eine private Anwaltspraxis in New York betreibt. »Um nur ein Beispiel zu zitieren: 1975 kaufte Mun mit Geldern der Chase Manhatten Bank in Washington eine eigene Bank. Es war die Diplomat Bank, ein mittelgroßes Geldzentrum. Muns Herrschaft darüber wurde durch verwirrende und betrügerische Taktiken getarnt, sowie dadurch, daß wohlbekannte Washingtoner Insider in den Vorstand der Mun-Bank berufen wurden, darunter der Klatschspaltenschreiber Jack Anderson.«

Mun hatte das Zeug eines tüchtigen Geldwäschers: Aus Korea überwies eine von Muns Interessensgruppen Gelder zur Chase in Washington oder in New York. Chase bewegte das Geld, das ja jetzt einem amerikanischen Konto gutgeschrieben war, an die Diplomat Bank weiter.

»Natürlich war etwas faul an der ganzen Sache, und Mun zog sich zusammen mit seinem langjährigen Gesellschafter Bo Hi Pak, ein koreanischer Nachrichtendienstoffizier, Anklagen wegen Betrugs durch die SEC zu«, erinnerte sich der ehemalige Anwalt der Agentur. »Man regelte die Angelegenheit mit einem sogenannten Zustimmungserlaß, was bedeutet, daß sich niemand wegen irgendwelcher Vergehen für schuldig erklärt, aber er verspricht es nicht wieder zu tun.«

Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger ist heute der engste Berater des Rockefeller-Clans und Vertrauter Muns.

Aus Kreisen der amerikanischen Gesetzesvollstreckung verlautet in Privatgesprächen, daß Mun mehrmals so gut weggekommen sei, immer am Rand der Strafverfolgung vorbei, weil Kissinger »jeden Versuch blockierte, koreanische Fixer strafrechtlich zu verfolgen mit dem Argument, daß der Ausgang solcher Prozesse die koreanische Regierung in peinliche Verlegenheit bringen könnte, und daß Korea strategisch zu wichtig sei für das, was er ›gerichtliche Belästigung‹ nannte«, sagte der ehemalige SEC-Anwalt.

Außerdem hatte Kissinger in den späten Sechziger Jahren und Anfang der Siebziger Jahre einen beherrschenden Einfluß auf die Entscheidungen der US-Regierung von Präsident Nixon, in der er sowohl als Außenminister wie als nationaler Sicherheitsberater des Weißen Hauses diente.

Verborgene Beziehungen zu Rockefeller

Die meisten der befragten Personen bestätigten, daß Kissingers schützende Hand über der Mun-Organisation auf ein verborgenes Verhältnis zwischen dem koreanischen Sekten-Organisator und dem Rokkefeller-Konsortium hinweist, dessen Finanz-Flaggschiff, Chase Manhatten, der führende Banker der Mun-Bewegung wurde.

»Wenn es sich lediglich um Finanzen und erfolgreiche Geldwäsche handelte, würde ich das verstehen«, sagt Carlos Alberto Pinto, ein argentinischer Wirtschaftsautor, der die Tätigkeit der Unification Sekte in Lateinamerika untersucht hat. »Aber Mun verwendete den ihm von den Rockefeller-Interessensgruppen eingeräumten Kredit und die ihm gewährten Erleichterungen, um eine internationale Organisation aufzubauen, die Hunderte von Wissenschaftlern, Journalisten, Politiker und Militärs unter seinen Einfluß brachte. Es ist wahrscheinlich das gefährlichste von privater Hand gesteuerte Netzwerk der heutigen Welt.«

Niemand weiß genau, wieviele Gruppen, Verbände, Ausschüsse und andere Stellen sich in Muns weltweitem Netz befinden. Ihre Anzahl war schon vor Jahren weit über hundert«, sagt der ehemalige Direktor des Bundessicherheitsdienstes Richard Clement, ein alter Fachman des Abwehrdienstes. »Heute zieht Mun an den Strippen von buchstäblich Hunderten von harmlosen und respektabel klingenden Organisationen.«

In Kreisen der US-Nachrichtendienste wurde folgendes Strickmuster von Aushängeschildern der Mun-Sekte zusammengestellt:

Ein Strickmuster von Aushängeschildern

The International Cultural Foundation, ICF, (Internationale Kultur-Stiftung), die 1986 von Mun zu dem vorgeblichen Zweck der »Schaffung einer friedlichen Welt« gechartert wurde, wie im Prospekt behauptet wird. Die ICF hat Dutzende von kostspieligen internationalen Konferenzen, Seminaren und Symposien gefördert; Gelehrte aus aller Welt werden eingeladen daran teilzunehmen und Mun trägt alle Kosten. »Einige bekommen sogar ein Honorar«, sagt ein ehemaliger »Munie«, der in den Siebziger Jahren in der Gefolgschaft der ICF mitarbeitete.

»Das Ziel ist es, Listen von hervorragenden Wissenschaftlern auf solchen Gebieten wie Kernphysik oder Verhaltenswissenschaft aufzustellen, und die besten von ihnen für Muns inneren Kreise anzuwerben.«

International Conferences on the Unity of the Sciences hat schon Millionen Dollar für verschwenderische Jahresversammlungen für Akademiker an Orten wie Tokio, London, New York und Miami Beach ausgegeben. »Das Schlüsselthema bei diesen Lustbarkeiten ist der Vereinigungsgedanke«, erklärt Clement, »und dieser Begriff, was viele der teilnehmenden Professoren nicht wissen mögen, bedeutet ›Munie-Herrschaft‹«.

CAUSA ist eine weltweite Organisation für die Anwerbung von politischen und militäri schen Führungspersönlichkeiten, hauptächlich in Lateinamerika. Wie berichtet wird, pflegt CAUSA Verbindungen zu höheren Kommandeuren, die mit Sondereinsätzen, Aufstandsbekämpfung oder Kampfeinheiten gegen den Terrorismus zu tun haben.

Macht genug für einen Staatsstreich

»Mun ist heute vielleicht die einzige Privatperson in den Vereinigten Staaten, der genug Commandos, Scharfschützen und Schlagmannschaften aus Dutzenden von Ländern rekrutieren könnte, um direkt hier in Amerika einen coup d'état (Staatsstreich) durchzuführen, wenn er wollte«, sagte Clement. »Hinter dieser lächelnden, frommen Fassade verbirgt sich ein sehr gefährlicher Mann.«

Die »Washingtoner Times« ist das Juwel in Muns Medienimperium, zudem wie berichtet, mindestens zwei Dutzend Tageszeitungen, Fernseh- und Filmstudios und andere Propagandaeinrichtungen gehören. Aber die »Times« soll für Mun besonders wertvoll sein. Als eine von nur zwei Tageszeitungen in Washington verleiht sie der Unification-Führung Einfluß auf Capitol Hill und im Weißen Haus.

Nach den guten Schätzungen gibt Mun jährlich 35 Millionen Dollar aus, um die Betriebsverluste dieser unwirtschaftlichen Zeitung zu decken.

»Aber es lohnt sich für ihn«, erklärte ein ehemaliger leitender Angestellter der »Times«-Redaktion, der jetzt für die Gannet-Kette arbeitet. »Daß er seinen Spendern in Japan und Korea – unter ihnen einige der einflußreichsten Firmen der Welt – sagen kann, daß ihm ein derart mächtiges Lobby-Werkzeug wie eine Tageszeitung in Washington gehört, versetzt Mun in die Lage, Hunderte von Millionen Dollar von fernöstlichen Geschäftsleuten aufzutreiben, die darauf drängen, ihren Einfluß in den Vereinigten Staaten fühlbar zu machen.«

Die Volkswirtschaften Japans und Koreas haben von dieser Sachlage mit beträchtlichem Auftrieb im Exportgeschäft und Wirtschaftswachstum profitiert. Der amerikanische Markt, der von ausländischen Billigprodukten überschwemmt wird, bekam die Folgen zu spüren. Ebenso der amerikanische Arbeitsmarkt.

»Selbst wenn dies schon die ganze Geschichte wäre, würde es Mun – ein Fixer und Einflußschinder in der Maske eines Religionsführers – als Betrüger entlarven«, sagt der ehemalige Fahnder des US-Repräsentantenhauses. »Aber das ist noch nicht alles. Mun ist ein gefährlicher Mann, den man gründlich unter die Lupe nehmen sollte.« □

Nikolai Tolstoy

Die Schuldigen bestrafen

P. Samuel Foner

Großbritannien tut sich schwer damit zuzugeben, daß eine seiner militärischen oder politischen Führungspersönlichkeiten des Zweiten Weltkrieges sich irgendwelcher Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben könnte. Auch angesichts des überwältigenden Beweismaterials für solche Verbrechen, erachten britische Gerichte Anklagen gegen britische Kriegsverbrecher wegen Kriegsverbrechen als unerlaubte Handlung. Ein diesbezüglicher Fall ist der Prozeß des Grafen Nikolai Tolstoy gegen Toby Low alias Lord Aldington.

Aber jetzt kommt ein Lord Jakobovits – wirklicher Namen unbekannt –, Oberrabbiner von Großbritannien, Mitglied des House of Lords und Peer of the Realm by Order of the Queen. Und hier ist der springende Punkt: Nur solche Personen, die im Zweiten Weltkrieg auf der Seite der Verlierer standen, kommen als Kriegsverbrecher in Frage.

Alte Männer sollen vor Gericht

Mit dem Scheinargument, daß Kriegsverbrecherprozesse zukünftigen Völkermord verhindern, sagte Jakobovits, er »möchte gerne wissen, wieviele Tausende von Menschenleben hätten gerettet werden können, wenn Idi Amin und Pol Pot gewußt hätten, daß die kultivierte Welt es nicht zulassen würde, daß sie mit ihren Verbrechen davonkommen«.

Idi Amin verlor seinen Job ohne Hilfe von der »kultivierten Welt«, und das Pol Pot Regime in Kambodscha wurde von Großbritannien unterstützt, obwohl die Verwicklung der Vereinigten Staaten in den Südostasien Konflikt verurteilt wurde. Die US-Regierung unterstützt jetzt offiziell das Pol Pot Regime als legitime Regierung von Kambodscha.

Lord Mishcon – wirklicher Name auch hier unbekannt –, der jüdischer Abstammung ist, sagte, er glaube, daß das Parlament »schnellstens eine entsprechende Gesetzgebung verabschieden sollte, so daß Strafverfolgungen in die Wege geleitet werden können«. Er sagte, er spreche in eigener Sache.

Der ehemalige Premierminister Lord Home gab hingegen eine vernünftige Stellungnahme ab. Er meinte: »Meine Sorge, nach dieser langen Zeit, besteht darin, ob der Gerechtigkeit möglicherweise Genüge getan werde, oder ob wir das erleben werden, sollten wir uns dazu entschließen strafrechtliche Schritte einzuleiten. Von Zeugen würde dann verlangt werden, den Nachweis über Ereignisse zu liefern, die vor über vierzig Jahren geschahen.«

Lord Walson äußerte: »Es ist sicherlich unmenschlich alte Männer, was sie auch immer vor 50 Jahren getan haben mögen, der langen, mühsamen und schmerzvollen Qual einer Untersuchung, Prozeß und möglicher Gefängnishaft zu unterziehen.

Dies sind Menschen, die soweit ich weiß, seit damals ein anständiges, geachtetes, sinnvolles und tadelloses Leben geführt haben. Meiner Meinung nach gewinnen die Argumente zugunsten der Humanität über die der Gerechtigkeit die Oberhand.«

Brutalität der Briten bei Kriegsende beschrieben

»Die Brutalität, mit der die britischen Truppen die Rückführung der Kosaken erzwangen und das Schicksal der den Bolschewisten ausgelieferten Kosaken und titofeindlichen Jugoslawen, wurden

Nikolai Tolstoy

Die Schuldigen bestrafen

in Eingeständnissen beschrieben, die im Namen von Lord Aldington gemacht wurden«, schrieb Colin Randall in einem Exklusivbericht im Londoner »Daily Telegraph«.

Toby Low – alias Lord Aldington – gewann einen Verleumdungsprozeß gegen den Historiker Graf Nikolai Tolstoy und Nigel Watts nach deren Veröffentlichung und Verbreitung einer Schrift, in der Lord Aldington beschuldigt wird, direkt in die Zwangsrückführung antikommunistischer Kriegsgefangener an Josef Stalin und Josip Broz Tito nach Ende des Zweiten Weltkriegs verwickelt gewesen zu sein. Die Kriegsgefangenen wurden gefoltert und ermordet.

Die bekannten Tatsachen sind grausam genug

Ohne zuzugeben, daß was auch immer geschah, die ihm gegenüber erhobenen Behauptungen es jedoch untermauern, erkannte der britische Lord an, daß:

Zwischen dem 19. Mai und dem 4. Juni 1945 35.000 Jugoslawen an die Tito-Banden ausgeliefert wurden; daß eine beträchtliche Anzahl von ihnen gefoltert, brutal behandelt und massakriert wurden, daß die »überwältigende Mehrheit von ihnen« getötet wurde.

Bis zu 58.000 Kosaken – darunter Kusachistanis, Kaukasier und Männer des 15. Kosaken-Kavallerie-Korps – sich den britischen Streitkräften in Südösterreich ergeben haben. Sie wurden von britischen Soldaten unter Anwendung »beträchtlicher Gewalt und Brutalität« repatriiert, wobei mehrere Hunderte von ihnen getötet wurden.

Nach Ankunft in der Sowjetunion wurden alle oder eine beträchtliche Anzahl von ihnen gefoltert beziehungsweise zu langen Freiheitsstrafen in Arbeitslagern verurteilt oder hingerichtet.

Diese Zugeständnisse, die Graf Tolstoy als »abgeschwächt« bezeichnete, beschreiben im Einzelnen die Gewalttätigkeit von Soldaten, die den Befehl hatten, Kosaken aus den von den Briten geleiteten Lagern zu evakuieren. Nach Aussagen verschiedener Augenzeugen wurden die Kosaken aus ihrem »Käfig« herausgeschleppt und auf Lastkraftwagen verladen. Wenn sie sich wehrten, schlugen britische Soldaten mit Gewehrkolben, Axtstielen und Seitengewehren auf sie ein und starteten einen »wütenden Angriff« auf die unbewaffneten Männer.



Der britische revisionistische Historiker Graf Nikolai Tolstoy (links) mit dem Mitangeklagten Nigel Watts.

Ein Lager wurde gewaltsam geräumt, wobei es Verluste, darunter drei Tote und zwei Schwerverletzte gab. Stiele von Schanzwerkzeugen wurden verwendet, um einen Ring von Kosaken zu durchbrechen und Leute aus dem Haufen herauszuholen.

Unvorstellbare Gewalt noch nach Kriegsende

Als eine Gruppe einen Sprung in den Wald wagte, starben zwei von ihnen als die Briten das Feuer eröffneten. Die Royal Inniskilling Fuseliers benutzten aufgepflanzte Seitengewehre um eine Gruppe aufzubrechen, die Arm in Arm untergehakt auf dem Boden saß und sich weigerte die Stelle zu verlassen.

»Es wurde zehn Minuten lang mit Stöcken und Karabinern auf sie eingeschlagen und sogar Seitengewehrspitzen wurden nicht gerade sanft gegen sie verwendet.«

Die Soldaten eröffneten das Feuer mit Bren-(Maschinen-)Pistolen als 200 Kosaken mit »den sich daraus ergebenen Verlusten« einen Fluchtversuch unternahmen. Bemühungen einen Rädelsführer der Kosaken zu bändigen, führten dazu, daß er blutend weggeschleppt wurde, wobei »seine Lederjacke, die von sehr guter Qualität war ebenso wie die Jacke und das Hemd, die er daruntertrug, zerfetzt wurden«. Im Kriegstagebuch der Argyll und Sutherland Highlanders wird berichtet: »Fünf Tote, drei mit Schußwunden evakuiert, sieben Kopfverletzungen, zusammengebrochen zwei, Frauen und Kinder zwei«.

Soldaten feuerten ständig auf einige wenige Ausbrecher. Ein Kosake wurde auf der Flucht erschossen, und eine Frau, die sich im Unterholz versteckt hatte, wurde durch Maschinengewehrfeuer getötet. Wenn Einzelpersonen aus der Menge herausgerissen wurden, preßten die übrigen sich zu einer festgeschlossenen Gruppe zusammen.

Soldaten verprügelten sie mit Gewehrkolben und Axtstielen, um sie auseinanderzutreiben. Sie warfen Kosaken »wie Kartoffelsäcke« auf die Lastwagen. Ein Mädchen wurde halsüberkopf zu Boden gestoßen; ein Priester wurde an seinem Gewand ergriffen und ein Knabe von etwa fünf Jahren wurde von einem Soldaten zu einem Wagen getragen. Ein anderes Kind wurde gegen die Seite eines Lastwagens geschleudert als ein Soldat versuchte, es seiner Mutter zu entreißen, die in die entgegengesetzte Richtung zog.

Die britischen Soldaten versuchten sich zu weigern

Schläge hagelten wahllos auf die Menge hernieder. Männer, die das Bewußtsein verloren, wurden aufgehoben und auf die Wagen geworfen. Wer heraussprang wurde geschnappt, geschlagen und wieder hineingeworfen. Sobald ein Wagen voll war, wurde dieser zum Schienenstrang gefahren und die Insassen in Eisenbahnwaggons geworfen. Die Beine eines Mädchens wurden durch ein zerbrochenes Fenster »in Streifen zerschnitten«. Der Stabsarzt des 8. Bataillons der Argyll and Sutherland Highlanders behandelte etwa ein Dutzend Verletzte mittleren Alters und vernähte Wunden an Ort und Stelle.

»Niemand wollte auf die Lastwagen, und so wurde zur Demonstration der Stärke ein Flammenwerfer auf eine Bren-Lafette montiert und auf den Gang zwischen den Zelten der Kosaken gerichtet – ein gigantischer Feuerstoß einer Ölflamme schoß aus einem Lauf im Turm der Lafette heraus.«

Nachdem man den Kosaken gesagt hatte, daß sie falls nötwendig zwangsweise gefesselt auf die Wagen verbracht würden, marschierte eine Reihe von Soldaten auf, von denen jeder in einer Hand einen Gummiknüppel und in der anderen Hand ein elektrisches Kabel trug.

Die Briten taten das Falsche

Das Gericht erfuhr auch, daß britische Soldaten wiederholt ihre Abscheu, manchmal bis zur Meuterei, zum Ausdruck brachten, wegen der Taten, zu denen sie gezwungen wurden.

Deutsche Soldaten wurden nach dem Kriege hingerichtet, verurteilt wegen weit geringerer Vergehen, unter anderem weil sie bei der angeblichen Begehung von Kriegsverbrechen »zugegen waren«. □

Nikolai Tolstoy

Historiker kämpfte um das Prinzip

Samuel P. Foner

»Ich kann nicht zahlen. Wir haben kein Geld. Was wir hatten, ging bei der Durchfechtung dieses Prozesses drauf, aber ich kämpfte um die Sache des Prinzips«, sagte Graf Nikolai Tolstoy nach dem Re kordurteil von 1,5 Millionen Pfund, das in dem von Toby Low – alias Lord Aldington – angestrengten Verleumdungsprozeß gegen ihn verhängt wurde.

»Das Establishment hat sein Ziel erreicht und kann jetzt die Vietnamesen auf die gleiche Weise aus Hongkong repatriieren«, sagte Tolstoy. »Sie wollten mich zum Schweigen bringen. Es hat nichts mit Geld zu tun, sondern damit, den Bericht ebenso zu verscharren wie die Kosaken und Jugoslawen verscharrt wurden«, sagte der Historiker der revisionistischen Schule.

Die Mafia des britischen Establishments

Graf Tolstoy schrieb teilweise und Nigel Watts, ein Grundstücksentwickler aus Kent, vertrieb eine Schrift, in der die Rolle von Lord Aldington als Brigadegeneral Toby Low, Stabschef im fünften Corps der britischen Armee, bei der Rückführung von Soldaten und sie begleitende Zivilisten aus Südösterreich zu Stalins Rote Armee und Josip Broz Titos Partisanen unter Beschuß genommen wurde.

Das Urteil spricht jeder Vorstellungskraft Hohn

In der Broschüre wird das Mitglied des Oberhauses eines Verhaltens bezichtet, das einen Vergleich mit »den schlimmsten Schergen Nazi-Deutschlands standhält«, und behauptet, Aldington habe seine Vorgesetzten getäuscht, um die Repatriierung in die Wege zu leiten, obwohl ihm sehr wohl bekannt war, daß die Betroffenen seitens ihrer bolschewistischen Feinde ein furchtbares Schicksal erwartete.

Graf Tolstoy griff die Urteilsbegründung des Richters Michael Davies wütend als »grotesk« an und sagte: »So wie er unsere Verteidigung ausschaltete kamen die Geschworenen zu dem einzigen Urteil, das sie fällen konnten.« Tolstoy bezog sich dabei auf verschiedene Gerichtsentscheidungen gegen die Verteidigung, unter anderem die Nichtzulassung der Zeugenaussage von Überlebenden des Völkermords an den antikommunistischen Kriegsgefangenen, den die Bolschewisten in Zusammenarbeit mit den Briten begingen.

Gefragt, ob er schockiert sei, antwortete er: »Nach dem Verhalten des Richters hat mich nichts mehr erschüttert. Es war völlig klar, daß es nur einen Schuldspruch geben konnte. In der Urteilsbegründung durch den Richter war unsere Verteidigung einfach nicht vorhanden.«

Er bezog sich dabei auf Richter Davies' Beschreibung von ihm, Tolstoy, als »selbststilisierter Historiker« und auf die Frage des Richters, ob ein Brief an Watts bezüglich Aldington das Werk eines ausgewogenen Historikers »oder eines Fanatikers« sei.

»Vermutlich werden sie mir mein Haus und meine Bibliothek und alles andere wegnehmen«, sagte Tolstoy. Als er von den Aldington zugesprochenen 1.5 Millionen Pfund erfuhr, sagte Watts: »Das spricht jeder Vorstellungskraft Hohn.« Er machte die »Mafia des britischen Establishment« für dieses Urteil verantwortlich.

Graf Tolstoy sagte, er glaube, daß der Forced Repatriation Defense Fund (Fonds zur Verteidigung gegen Zwangsrepatriierung) etwa 500.000 Pfund aufgebracht hat, um ihm zu helfen, seine Gerichtskosten zu bezahlen, die auf eine Million Pfund geschätzt werden. Zu den Gründungsmäzenen des Fonds gehören der verstorbene Fürst von Liechtenstein; Sir Bernard Braine, ein Parlamentsmitglied der Conservative Party, und Sir Nicholas Cheetham, ein im Ruhestand lebender Diplomat. Sir James Goldsmith, ein wohlbekannter britischer Geschäftsmann, steuerte 10.000 Pfund bei, sagte Tolstoy.

Befragt, ob er sich unklug verhalten habe, sagte der Autor: »Im Nachhinein muß ich sagen, es wäre vielleicht besser gewesen alle in ihren Gräbern zu lassen und über die Sache zu schweigen. Es wird eine Menge Leute hierzulande geben, denen es lieber gewesen wäre, wenn ich genau das getan hätte, aber ich mußte das tun, was ich für richtig hielt. Wenn etwas Gutes dabei herausgekommen ist, dann ist es die Tatsache, daß die Leidensgeschichte ans Tageslicht gekommen ist.«

Der Aufruf zu einer Untersuchung

Nigel Nicolson, der Autor, Publizist und Geheimdienstoffizier während des Krieges, der als Zeuge für die Verteidigung aufgetreten war, rief zu einer Untersuchung durch das britische Verteidigungsministerium auf, um herauszufinden, welche Rolle die Armee als Ganzes bei den Zwangsrückführungen gespielt hat.

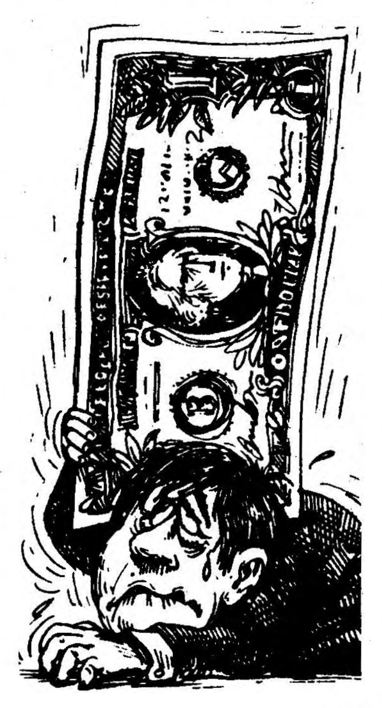
»Ich denke an die Art von Untersuchung, die sich kürzlich mit der Affäre des österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim befaßt hat«, sagte er. Waldheim war bezüglich der Kriegsverbrechen gegen Angehörige britischer Commandos (Sondereinheiten) während seiner Dienstzeit in der deutschen Wehrmacht für unschuldig erklärt worden.

Tolstoy sagte: »Dieser Prozeß war die einzige Untersuchung, die stattgefunden hat und die dem Establishment aufgezwungen wurde. Das Establishment hat die Angelegenheit auf seine Weise geregelt und wird es weiterhin tun. Es wird keine Untersuchung geben. Das Gewissen Großbritanniens bleibt unbeschwert, aber meines wäre es nicht geblieben, wenn ich geschwiegen hätte.«

Aldington hatte in einem außergerichtlichen Vergleich mit Century Hurchingson, dem Verlag, der Tolstoys Buch über die Zwangsrückführungen »The Minister and the Massacres« herausgebracht hat, 30.000 Pfund kassiert. Century Hutchinson war damit einverstanden, keine weiteren Exemplare des Buches, das nur in Hardback zu erhalten war, herauszubringen. Tolstoy sagte jedoch, ein anderer Verleger sei dabei das Buch in Jugoslawien herauszubringen.

Watts, der wütend den Gerichtssaal verließ, bevor das Urteil gesprochen wurde und der die Urteilsbegründung des Richters »befangen und voller Vorurteile« nannte, sagte, der Ausgang sei so gewesen, wie er es erwartet habe.

»Ich nehme an, es ist in gewisser Hinsicht besser, daß sich die Zuerkennung auf 1.5 Millionen statt auf 50.000 beläuft«, sagte er, »weil ich glaube, das dies den Skandal dieser Situation offenlegt. Der Richter sprang bei jedem Anklagepunkt für den Kläger in die Bresche. Es war alles völlig voraussehbar.« □



Briten fördern angelsächsi schen Rassismus

Die Reformbewegungen in Osteuropa stellen nicht den Triumph westlicher Werte sondern angelsächsischer Werte dar, verkündet der »Lombard«-Kolumnist der Londoner »Financial Times« Martin Wolf. Indem er eine kulturell-ideologische Flanke in dem britischen Feldzug gegen das kontinentale Europa einleitete, versicherte Wolf, es sei ein »Mythos« zu glauben, daß die Konzepte der parlamentarischen Demokratie, Marktwirtschaft und »einer Regierung von Gesetzen, nicht Menschen« universale westliche Werte seien. Vielmehr »sind diese über Jahrhunderte hinweg vor allem angelsächsischer Werte gewesen. Ihr Triumph in diesem Jahrhundert ist einer angelsächsischen Macht, den Vereinigten Staaten zu verdanken ... Die Europäer sollten ihren Dank denjenigen erstatten, denen dieser Dank gebührt.

Es sieht so aus, als ob die Hälfte des von Angloamerikanern beherrschten Globus jetzt einen zweiten großen Sieg errungen hätte. Diesmal ist der Sieg, ein friedvoller Sieg, gegen Rußland, ein Rußland, das gefangengehalten wird von der europäischen totalen Ideologie, als Folge jener Katastrophe der europäischen Zivilisation, des Ersten Weltkrieges, errungen worden. Die Europäer sollten niemals den Unterschied zwischen der ersten und zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts vergessen, zwischen der Welt, die sie sich selbst bereiteten und der Welt, die sie unter amerikanischer Vormundschaft gestaltet haben.«

In dieser Sache, der »europäischen totalitären Ideologie«, behauptet Wolf, daß sowohl der Marxismus als auch der Nationalsozialismus »auf Plato zurückgehen«.

Wolf beschließt seinen Artikel mit der »Ironie«, daß für »die angelsächsischen Mächte harte Zeiten angebrochen sind«, am deutlichsten für das Vereinigte Königreich, aber auch für die Vereinigten Staaten. »Die Vereinigten Staaten bleiben zwar die einzige wahre Weltmacht, aber wenn der Triumph der angelsächsischen Werte bis ins nächste Jahrhundert anhält, dann nur wenn deren Einpflanzung in ehemalige Feinde so erfolgreich war, wie wir alle hoffen.« □

Sowjetische Exporte von Rohstoffen gehen zurück

Die Sowjetunion strebt danach, die Ausfuhr von Rohstoffen auf den Stand von 1985 einzufrieren und die Ausfuhr von hergestellten und verarbeiteten Gütern bis zum Jahr 2000 zu verdoppeln, äußerte Iwan Iwanow, stellvertretender Leiter der sowjetischen Außenhandelskommission.

Iwanow sprach am Ende einer zweitägigen Konferenz darüber, wie die Leistung der sowjetischen Ausfuhren verbessert werden könnten. »Bis zur Jahrhundertwende muß die Hälfte der sowjetischen Exporte aus verarbeiteten Gütern bestehen, der derzeitige Stand liegt zwischen 25 und 30 Prozent.«

Igor Faminsky von der Außenhandelskommission fügte hinzu, daß dieses Ziel eine »verworren schwierige Angelegenheit sei. Einer der Gründe dafür, daß wir keine Güter exportieren ist darin zu sehen, daß diese von geringer wettbewerbsfähiger Qualität sind.«

Europäische Ölhändler berichten auch, daß sowjetische Ausfuhren von Heizöl nach Rotterdam und andere europäische Städte seit August um rund 30 Prozent gesunken seien. Sowjetische Ausfuhren von Heizöl, die sich normalerweise auf durchschnittlich 230.000 Barrels pro Tag belaufen, seien in den letzten 3 Monaten im Schnitt um mindestens 30 Prozent, wenn nicht sogar um 50 Prozent gefallen. Es wird angenommen, daß Bergarbeiterstreiks und Zusammenbrüche der Infrastruktur die eigentlichen Gründe für die Exportrückgänge sind. □

London will englisch-russiche Allianz

»Es ist nicht nur Mrs. Thatcher, die die Gründung eines europäischen Super-Bundesstaates fürchtet, auch Michail Gorbatschow fürchtet ihn«, kommentiert der Londoner »Sunday Telegraph« in einem Leitartikel, in dem für eine englisch-russische Allianz plädiert wird.

»Für Rußland«, so heißt es in dem Leitartikel, »würde ein vereinigtes föderatives Europa, in dem ein vereinigtes Deutschland integriert ist, ein ganz und gar unannehmbares Übergewicht der potentiellen Macht darstellen.«

Im gleichen Zusammenhang macht sich der »Glasgow Herald« zum Echo anderer Zeitungen bei dem Versuch, alle Deutschen als rassisch minderwertig darzustellen. Laut »Herald« gab es zwei Arten von Deutschen: der nordische Typ, kriegerisch aussehend, granatköpfig und zur Herrenrasse bestimmt, und der südliche Typ, der an ein Bierfaß erinnert, bullenköpfig, Bier aus Dreiliter-Krügen saufend. Diese beiden Rassentypen, so lautet die Zeitungsgeschichte weiter, verwandelten sich in eine Schweinehund-Rasse, als Bismarck in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die ganze Bande zu einem Staat zusammenfügte. □

KGB und Briten legen Nachrichtendienste zusammen

Großbritanniens geheimer Nachrichtendienst MI-6 hat »einen bisher noch nie dagewesenen Zusammenschluß mit dem KGB« in der afghanischen Kriegszone entwickelt, schrieb »Mail on Sunday«. Dazu gehört, daß MI-6 Informationen über noch lebende sowjetische Kriegsgefangene im Gewahrsam der afghanischen Freiheitskämpfer an die Russen weitergibt.

Ein wichtiger Mitspieler in diesem Spiel ist Lord Bethell, der kürzlich eine »Begnadigungs«-Mission für Kriegsgefangene durchführte und dabei zwischen Moskau, Kabul und dem Hauptsitz der afghanischen Regierung im Exil in Peshawar, Pakistan, hin- und herpendelte. Bei einer privaten Zusammenkunft in Islamabad sagte der sowjetische Botschafter für Pakistan, Wladimir Jakunin, zu Bethell: »Wir sind unseren Freunden in den britischen Nachrichtendiensten sehr dankbar für die äußerst genauen Informationen über unsere vermißten Kriegsgefangenen.« □

»Schickt Mrs. Thatcher in die Wüste!«

Die Briten machen derzeit »eine gewaltige Veränderung« in ihrer Haltung zu einem weiteren Verbleiben von Mrs. Thatcher im Amt des britischen Premierministers durch, und viele Konservative glauben, daß sie ein Hindernis für weitere Wahlerfolge sein wird, je länger sie im Amt bleibt, schreibt das Parlamentsmitglied der Conservative Party Richard Shepherd im Londoner »Guardian«.

»Umfragen scheinen darauf hinzudeuten, daß das Ansehen des Premierministers bei der Wählerschaft beträchtlich geringer ist, als das der Regierung oder der Partei.« Shephard meint, daß eine neue Nach-Thatcher-Regierung »leichter auf dem Ruf nach Investitionen in die landesweite Infrastruktur, in das Bildungs- und Ausbildungswesen und in die Produktion – Bereiche, die auch für die nationale Regenerierung von wesentlicher Bedeutung sind – reagieren könnte«.

Der »Independent« berichtet, daß Thatcher in einem Wettbewerb um die Führung im Moment von weniger als 60 Prozent der konservativen Parlamentsmitglieder unterstützt werden würde, falls sich jemand hergibt, um ihre Führung in Frage zu stellen. Dies könnte ihrer Glaubwürdigkeit dermaßen schaden, schreibt die Zeitung, daß »man

sie aus der Downing Street Nummer 10 verdrängen könnte«.

Der »Independent« hob hervor, daß sogar Parlamentarier, die sie unterstützen, dies nur auf der Basis einer »Probezeit« tun würden, um ihr zwölf Monate Zeit zu geben, während der sie beobachten können, was mit der britischen Wirtschaft geschieht.

»Thatcher ist nicht mehr unbesiegbar«, sagte ein Vertreter des amerikanischen Ostküsten-Establishments, Robert Bowie. Westeuropa, sagt er, angeführt von einer französisch-deutschen Kombination, würde in solchen Fragen wie Europäische Wirtschaftsunion, die Entwicklung einer Politik gegenüber Osteuropa und die deutsche Wiedervereinigung einen Alleingang unternehmen. »Thatcher«, sagte er, »befindet sich auf dem Rutsch nach unten. Entweder wird Labour unter Kinnock die nächste Wahl gewinnnen, oder die Tories werden sich von ihr trennen und Heseltine, Lawson oder möglicherweise Howe in den Vordergrund schieben.« □

Italienische Kommunisten ändern Etikett

Achille Occhetto, Generalsekretär der italienischen Kommunistischen Partei, hat vorgeschlagen, einen »konstituierenden« Kongreß einzuberufen, um Statuten, Perspektiven, Programme und sogar den Namen der Partei zu ändern, da es nicht mehr modisch sei »Kommunisten« genannt zu werden.

Mit einem Abstimmungsergebnis von 219 zu 73 bei 34 Enthaltungen billigte das Zentralkomitee im November 1989 Occhettos Vorschlag. Opposition kommt von den »Oldies« der Partei wie der ehemalige Sekretär Natta, dem »linken« Führer Ingrao, und dem »sowjetorientierten« Cossutta, Pajetta, Tortorella und Chiarante.

In Turin und Rom wurden von Parteimitgliedern Gruppen gebildet, um die Tradition und den Namen der Partei zu verteidigen. Der konstituierende Kongreß der neuen Partei wird noch vor den nächsten Gemeindewahlen, die für den kommenden Mai geplant sind, abgehalten. □

»Machen Sie reinen Tisch« fordert Agca von Gorbatschow

In einem veröffentlichten Interview sagte Mehmet Ali Agca, der Türke, der wegen seines Mordversuches an Papst Johannes Paul II. eine lebenslängliche Haftstrafe absitzt, daß der »sowjetische KGB die bulgarischen Geheimdienste ersucht habe nach jemanden zu forschen, der bereit wäre« den Papst zu erschießen.

Agca, 30, wurde in einem streng bewachten Gefängnis in Ascoli Piceno, nordöstlich von Rom, von der Zeitung »Corriere Della Sera« interviewt. »Jetzt kommt Gorbatschow nach Rom, um den Papst zu besuchen. Er, der Champion von Glasnost kann enthüllen, ob sein Vorgänger Juri Andropow die Entscheidung getroffen hat, den polnischen Papst zu beseitigen, weil er die Fähigkeit besitzt, Unruhen in Osteuropa hervorzurufen«, sagte er. »Es ist Zeit, die Untaten des vergangenen Regimes zu entlarven.«

Gorbatschow traf am 1. Dezember 1989 im Vatikan mit dem Papst zusammen. Es war das erste Zusammentreffen, das jemals zwischen einem Pontifex und einem Kreml-Chef stattfand.

Agca stellte vor einem Gericht in Rom im Jahre 1986 ähnliche Behauptungen auf, wo er in dem Prozeß gegen drei Türken und drei Bulgarier, die sich mit ihm verschworen haben sollen, um zu versuchen den Papst zu töten, aussagte. Alle sechs wurden mangels Beweise frei gesprochen. Die Anklage bei diesem Prozeß hatte ausgeführt, Moskau habe die Bulgaren angeworben, um den Papst wegen dessen Eintreten für die Solidarnosc in seinem Heimatland Polen zu töten.

Andropow, der später Führer der Kommunistischen Partei der UdSSR wurde, war Leiter des Sicherheitsdienstes KGB als Agca am 13. Mai 1981 den Papst auf dem Petersplatz in Rom anschoß und verwundete. □

Europäer stützen das Regime in Kambodscha

Das Europäische Parlament stimmte im November 1989 ab, um die von Vietnam unterstützte Heng Semrin-Regierung in Kambodscha anzuerkennen und die Bemühungen zur Beseitigung der Delgation der Roten Khmer, die Kambodschas Sitz bei den Vereinten Nationen einnimmt, zu unterstützen. Australien gab bekannt, es werde jeder Übergangsregierung die Unterstützung entziehen, die Mitglieder der völkermordenden Roten Khmer enthält.

Der ehemalige kambodschanische Führer Prinz Sihanuk äußerte dazu, daß er einer von den Vereinten Nationen überwachten Übergangsregierung in Kambodscha zustimmen würde und erkannte an, daß es eine internationale Weigerung gibt zuzulassen, daß die aus vier Mitgliedern bestehende kambodschanische Koalition – deren mächtigster Bestandteil die Roten Khmer sind – Kambodscha übernimmt. Sihanuk, der von seiner Residenz in Peking aus sprach, sagt, er habe die Angelegenheit noch nicht mit China oder den Roten Khmer besprochen.

Indessen bereiteten von den USA unterstützte Guerillas mit Hilfe der Roten Khmer die Belagerung einer kambodschanischen Provinzhauptstadt vor. Kommandeure der nicht-kommunistischen Khmer People's Liberation Front, der KPNLF, haben wie berichtet damit begonnen, östlich, westlich und nördlich auf Sisophon vorzudringen. Die Roten Khmer sollen die Route 5 und die parallel dazu verlaufende Eisenbahnlinie abschneiden.

»Wir haben erfahren, daß die KPNLF auf die Roten Khmer zählt sie abzuschneiden«, sagt ein Diplomat, der die Bewegung des Widerstandes genau verfolgt.
Nach monatelangen Versuchen behauptete die KPNLF, sie habe Svay Cghek, die letzte größere Garnison der Regierungstruppen nördlich von Sisophon, der Hauptstadt der nordwestlichen Provinz Banteay Meanchey, überrannt. □

Andreotti schlägt Lebensmittel-Luftbrücke vor

»Im Osten Europas wird der Winter hart, extrem hart sein. Daher schlage ich eine Luftbrücke von der Art wie diejenige vor, die Berlin rettete«, erklärte der italienische Premierminister Giulio Andreotti in einem Interview im »Corriere Della Sera«.

Die Luftbrücke ist notwendig, sagte Andreotti, »besonders für Verbrauchsgüter, da wenn die Leute frieren und die Leute nichts zu essen haben, dieses Problem nicht vertagt werden kann. Ich dachte an eine Luftbrücke aus den USA nach Polen. Aber dann tauchte die Schwierigkeit auf, daß, um diese Art von Hilfe zu bekommen, eine komplizierte Organisation erforderlich ist, daher kann dies nicht durchgeführt werden. Wir Italiener haben Eisenbahnzüge vorbereitet, aber sie können noch nicht abfahren, weil die Polen nicht in der Lage sind, sie zu empfangen. Ich erwähne dieses Problem, weil im Osten immer noch jemand ist, der dem Erneuerungsprozeß Steine in den Weg legen will, und es ist klar, daß, wenn der Lebensstandard sich im Verhältnis zu vergangenen Jahren weiter verschlechtert, diese Leute in der Lage sein werden auf Perestroika, auf Solidarnosc und auf alle Bewegungen einzudreschen, die dabei sind alle Überbleibsel des Konservatismus in den Ruhestand zu schicken.«
Im gleichen Interview stellte Andreotti fest, er sehe nur zwei Gefahren für den laufenden Reformprozeß im Osten: »Eine könnte von den Militärs kommen, wenn sie sehen, daß Fragen der Sicherheit jetzt außerhalb des normalen Forums des Dialogs zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt angegangen werden. Das andere Risiko wäre die Frage der Grenzen in Europa, die nicht geändert werden sollen. □

Edgar Bronfman

Die Geschichte einer Familie

Vierter Teil und Schluß

John Springfield

Edgar Bronfman ist Präsident des Jüdischen Weltkongresses (JWK). Das Familien-Vermögen des Bronfman-Clans ist durch Alkoholschmuggel und Prostitution in den Zwanziger Jahren entstanden. Heute verbindet Bronfman seine Geschäfte vor allem mit der Sowjetunion mit seinen zionistischen Interessen.

Seitdem Michail Gorbatschow 1985 in der Sowjetunion die Zügel der Macht in die Hand nahm, hat Edgar Bronfman Reden gehalten, Pressemitteilungen herausgegeben, die Schirmherrschaft von Konferenzen übernommen und Bücher geschrieben, in denen er dazu aufrief, der Sowjetunion den Handelsstatus der meist begünstigten Nation einzuräumen und ihr über die Export-Import-Bank von der amerikanischen Regierung geförderte Kredite zu gewähren. Bronfman, der ursprünglich forderte, daß eine solche Vorzugsbehandlung mit der Ausreise von sowjetisch-jüdischen »Refuseniks« durch die Sowjetunion direkt nach Israel und nirgendwo anders hin verknüpft sein müsse, tritt nun für die Aufhebung der Jackson-Gesetzänderung durch Washington ein, wonach die Einräumung eines solchen Status von fühlbaren Verbesserungen in Moskaus abgrundtiefem Ruf in bezug auf Menschenrechte abhängig gemacht wird. Dies geschieht auf der Grundlage eines »Wohlverhaltens« der Sowjets von wenigen Monaten, indem Moskau mehr Juden auswandern läßt, anstatt die Sowjets zu zwingen ein Auswanderungsgesetz zu erlassen.



Hinter dem Rücken von US-Präsident Bush (von links), dem sowjetischen Außenminister Schewardnadze und US-Außenminister Baker bestimmt Bronfman die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion.

Bronfmans rosarote Empfehlungen

Auf diese Weise fordert Bronfman den amerikanischen Kongreß sozusagen auf, die immer länger werdende Liste von sowjetischen Verletzungen der Menschenrechte, wie die Bekämpfung von Demonstranten mit Gas in Georgien, einfach zu ignorieren und sowjetische Versicherungen, daß sie niemals die Annektion der baltischen Staaten unter dem geheimen Zusatzprotokoll des Hitler-Stalin-Pakts rückgängig machen werden, schmackhaft zu machen.

In seiner Eigenschaft als Präsident des Jüdischen Weltkongreß schrieb Bronfman folgende rosarote Empfehlung in der »Washington Post«: »Die Sowjets haben gesagt, daß sie sich der Weltwirtschaft anschließen – nicht sie zerstören wollen. Der Präsident hat das gehört; er glaubt, wir sollten sie ernst nehmen. Es ist jetzt möglich, daß die Außenwirtschaftspolitik nicht mehr als Handlanger des politischen Expansionismus betrachtet werden muß. Der Präsident will dieser Betrachtungsweise eine Chance geben. Er verdient unsere Unterstützung . . .

Globales Management der Supermächte

Als Präsident des Jüdischen Weltkongreß glaube ich, daß die Zeit dazu gekommen ist, dies zu tun. Außerdem ist es nicht zu früh, sich mit den Bedingungen des Handelsabkommens mit der UdSSR zu befassen, die der Kongreß genehmigen muß, so daß den Sowjets tatsächlich der Zollstatus der meistbegünstigten Nation eingeräumt werden kann... Die Jackson-Vanik-Bestimmungen mit ihren Beschränkungen auf Krediten und Garantien der Export-Import-Bank maskieren jetzt die Bestimmungen der Stephenson Amendment, wonach den Krediten der Ex-Im an die Sowjetunion eine spezifische Höchstgrenze von 300 Millionen Dollar gesetzt wird. Ein Verzicht auf Jackson-Vanik würde Stephenson effectiv wirksam machen. Eine derart pointierte gesetzgeberische Diskriminierung gegenüber der UdSSR ist aber mit der neuen Annäherung des Präsidenten unvereinbar. Der Präsident sollte ihre Aufhebung anstreben.«

Bronfmans Aufsatz ist lediglich die wirtschaftliche Dimension einer strategischen Forderung nach dem, was unter den Supermächten als »weltweites Gemeinwesen« bezeichnet wird, das bei regionalen Konflikten überall in der Welt die Souveränität geringer Staaten umstürzen würde.

Bronfmans Ost-West-Forum

Als er vor drei Jahren die Einführung zu dem ersten Buch seines Ost-West-Forums mit dem Titel »Gorbachov's Russia and American Foreign Policy« schrieb, vertrat Bronfman öffentlich diesen Gedanken und sagte: »Es ist nicht zu schwierig eine immer friedlosere Welt vorauszusehen, die eines Systems des globalen Managements bedarf, das nur unter der Bedingung der Zusammenarbeit zwischen den Supermächten gewährleistet werden kann.«

Bronfmans Ost-West-Forum, das von der Samuel-Bronfman-Stiftung finanziert wird, plant bereits über den unmittelbar bevorstehenden Verzicht auf die amerikanischen Gesetzesänderungen von Jackson-Vanik und Stephenson hinaus ein spezielles Handelsabkommen mit der UdSSR. Im Einklang mit US-Präsident Bushs Rede vom 12. Mai 1989 in der US-Naval Academy (Marine-Akademie) in Annapolis, Bundesstaat Maryland, über den »Frieden in unserer Zeit«, der ersten politischen Aussage der Bush-Regierung über Ost-West-



Auch unter Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow betreibt der sowjetische KGB ungehindert Wirtschaftsspionage.

Beziehungen, forderte Bronfman westliche Geschäftsunternehmen, Geldanleger, Stiftungen und Finanzinstitutionen auf, mit ihren jeweiligen Regierungen zusammenzuarbeiten und zu »zeigen, daß wir bereit sind, die Sowjets in der modernen Wirtschaft willkommen zu heißen«, bis hin zur vollen Mitgliedschaft im Internationalen Währungsfonds (IWF) und Beteiligung am General Agreement on Trade and Tariffs (GATT).

James Montgomery, Bronfmans Vorstandsmitglied im Forum, hob in einem kürzlich stattgefundenen Interview hervor, der grundlegende Zweck des Ost-West-Forums sei »politische Wirtschaft« und nicht einfach Schritte zur Erweiterung des Handels und der Kredite, um Gorbatschows in Schwierigkeit geratene Perestroika-Politik durch Sicherheitsleistungen aus diesen herauszubekommen.
Erweiterte Handelsbeziehungen war das Thema während der ersten Runde der von Henry Kissinger in den siebziger Jahren eingeleiteten Entspannung. Jetzt hat sich die Lage über jene Phase hinausbewegt, in Richtung auf eine solche, zu dem von Bush in seiner Rede in Annapolis erklärten Ziel, »über die Eindämmung hinaus« auf »die Eingliederung der Sowjetunion in die Weltwirtschaftsstrukturen« hinzuarbeiten. Mit »politischer Wirtschaft«, sagte Montgomery, meint er Änderungen in der Struktur die eine solche Eingliederung der Sowjetunion in GATT und IWF ermöglichen würde.

Dieser durch Bronfman über das Ost-West-Forum vertretene Standpunkt fand beachtliche Unterstützung, nicht nur weil der Vorsitzende des Forums Serwyn Bialer ist, der dem hoch angesehenen Averell Harriman Institute an der Columbia University nahesteht, sondern weil seine Arbeit von solchen führenden Persönlichkeiten des liberalen Establishments wie McGeorge Bundy, Henry Kissinger, Zbigniew Brzezinski, William Hyland und Joseph Nye gepriesen wurde.

Wie profitiert man davon ein Salon-Sozialist zu sein?

Man sollte nicht in die falsche Denkweise verfallen, Bronfman gehöre zu der unzähligen Masse von Narren mit Grundsätzen, die von der sowjetischen Propaganda über den Aufbau von Vertrauen und Frieden mit dem »liberalen« Michail Gorbatschow hinters Licht geführt wurden, und die auch den Wunsch hegen mögen, ihrem sowjetischen »Kumpel« durch Finanzierung der Perestroika aus seinen Schwierigkeiten herauszuhelfen. Joseph P. Seagrams Ltd. macht mit dem Verkauf und dem Vertrieb von alkoholischen Getränken lebhafte Geschäfte mit der Sowjetunion, während die Firma E. I. du Pont de Nemours and Co., in der die Bronfmans einen Mehrheitsanteil erwerben, schon seit der Zeit der bolschewistischen Revolution und der Neuen Wirtschaftspolitik (NWP) Lenins von 1920, dessen Behauptungen über einen »Rückzug vom Sozialismus« den Sirenenklängen der Glasnost- und Perestroika-Politik Gorbatschows von heute ähneln, Handelsbeziehungen unterhält.

Die Familie du Pont war im Vorstand der American International Corp., im Hause 120 Broadway in New York City ansässig, vertreten. In den Zwanziger Jahren handelten leitende Angestellte der AIC, wie William Franklin Sands, im Namen des US-Außenministeriums geheime Verträge mit den Bolschewiken aus und planten alle größeren Industrieprojekte für den Ersten Fünfjahresplan lange bevor Stalin seine Macht gefestigt hatte.

Heute, wo Bronfman die Firma E.I. du Pont übernommen hat, engagiert sich letztere bei zahlreichen Vereinbarungen zur Vergabe von Technologien auf dem Gebiet von industriellen Chemieverfahren, die einen »doppelten Zweck« zur Erhöhung der derzeitigen bereits entscheidenden strategischen Überlegenheit der Sowjetunion verfolgen.

Keine Illusionen über Frieden

Diejenigen, die in der heraufkommenden Zeit zu Illusionen über Frieden neigen, sollten sich daran erinnern, daß die Rote Armee, angeführt durch die Parteiung um Marschall Nikolai Ogarkow herum, Gorbatschows Perestroika-Politik eigentlich ins Rollen gebracht hat, beginnend mit dem Aufstieg von Gorbatschows Mentor, KGB-Chef Juri Andropow, zur Macht. Perestroika war niemals eine Politik, die als Spiegelbild westlicher Finanzinstitutionen gedacht war, sondern zielt darauf ab, eine modernisierte sowjetische Wirtschaft mit einem »mageren und gemeineren« Angriffswaffensystem, das auf »neuen physikalischen Prinzipien«, wie Hochfrequenzwaffen und einer Vielfalt von Laser, Teilchenstrahlen und anderen in der Sowjetunion anzuwendenden Methoden beruhen, die der Strategic Defense Initiative (SDI) gleichwertig sind, aufzubauen.

Unter Bronfmans Leitung hat E. I. du Pont Geschäftsabkommen ausgehandelt, die Gorbatschow helfen werden, den neuen Zyklus der Waffenproduktion bereitzustellen, den er der Roten Armee versprochen hat. Und der Whiskybaron Edgar Bronfman wird schon dafür sorgen, daß er dabei nicht zu kurz kommt, wenn er die Früchte westlicher Technologie an die Sowjetunion ausliefert.

KGB-General Pitowranow tritt auf den Plan

Edgar Bronfman sitzt im Exekutivausschuß des Vorstandes des USA-UdSSR Trade and Economic Council (Handels- und Wirtschaftsrat), USTEC, eine Einrichtung, die von den wichtigsten der technologischen Spionagetätigkeiten des KGB durchdrungen wird. Durch seine Mitgliedschaft in USTEC, hatte die Firma E.I. du Pont zum Beispiel sowjetische Agenten zu Gast, die dabei waren neue chemische und petrochemische Verfahren zu erforschen, die den doppelten Zweck verfolgen: Das sowjetische Militärpotential, speziell auf dem Gebiet der chemischen Kriegsführung, zu erhöhen.

USTEC war ein Produkt von Henry Kissingers Entspannungspolitik der siebziger Jahre, zu der Zeit als Kissinger eine Hand dabei im Spiele hatte, die Sowjetunion durch den SALT-Vertrag nahe daran zu bringen, die Überlegenheit des Erstschlags zu erreichen. Dieser von Kissinger und seinen Freunden begonnene Prozeß führte dazu, daß die Vereinigten Staaten ihr Verteidigungsprogramm mit ballistischen Raketen unter dem ABM-Vertrag aufhoben, als bekannt wurde, daß die Sowjets sich geradezu überstürzten, um die BMD (Verteidigung mit ballistischen Raketen) auf der Grundlage der »neuen physikalischen Prinzipien« des späteren SDI-Programms von US-Präsident Ronald Reagan zu entwickeln

Nach dem Buch des Autoren an der Harvard University Joseph Finder mit dem Titel »Red Carpet« kam die Idee für USTEC von dem damaligen sowjetischen Herrscher Leonid Breschnew und Donald Kendall von Pepsico, als Kendall mit den Sowjets verhandelte. Später im Jahre 1972 konferierte Kendall über den USTEC-Gedanken mit David Rockefeller, dessen Chase Manhattan Bank als private Export-Import Bank fungiert und den Handel mit der UdSSR schon seit den Tagen der Neuen Wirtschaftspolitik (NWP) Lenins finanziert. Auf jener Sitzung war auch Helmut Sonnenfeldt zugegen, den Kissinger als Sondergesandten für Entspannungsabkommen im National Security Council eingesetzt hatte, und dem später wegen angeblicher Spionage für die Sowjetunion ein Posten im Finanzministerium verweigert wurde.

Fassade für sowjetische Spionage

US-Präsident Nixon griff den Gedanken auf als Substanz für das Gipfeltreffen von 1973, basierend auf einer Denkschrift von Kendall, und wählte die 25 amerikanischen Mitglieder des Gründungsausschusses, während Bre-

Edgar Bronfman

Die Geschichte einer Familie

schnew 25 sowjetische Mitglieder auswählte. In dem ursprünglichen Gremium befand sich Armand Hammer, ein Freund Wladimir Lenins und des Chefs der Geheimpolizei Tscheka während der Zeit des ursprünglichen NWP, Felix Dzerzhinsky, von dem es in den Unterlagen des US-Außenministeriums im Staatlichen Archiv (National Archives) in Washington heißt, er habe »im Namen der sowjetischen Regierung geheime Aufträge ausgeführt«.

Hammer sitzt heute immer noch im Exekutivausschuß des USTEC mit Edgar Bronfman, mit dem er in vielfältiger Weise zu tun hat. Kurz nach seiner Gründung, so der Autor Finder, verstießen die Sowjets gegen eine Vereinbarung, indem sie den USTEC zu einer Fassade für sowjetische Spionage machten, und der damalige US-Außenminister George Shultz wies die amerikanische Spionageabwehr an, nicht länger zu versuchen, diese illegale Tätigkeit der Sowjets zu unterbinden.

Die Durchdringung des USTEC durch sowjetische Geheimdienststellen war so unermeßlich, daß noch bis vor ganz kurzer Zeit Bronfman nicht nur zusammen mit Armand Hammer Mitglied des Vorstands war, sondern auch mit dem Generalleutnant des KGB Jewgeny Petrowitsch Pitowranow, ein ehemaliger persönlicher Günstling Joseph Stalins während der blutigen Säuberungen, der seine Positionen beim USA-UdSSR Trade and Economic Council und der sowjetischen Chamber of Commerce and Industry dazu mißbrauchte, die ultrageheime »Special Reserve« des KGB ins Leben zu rufen.

Wie der Experte für den sowjetischen Geheimdienst John Barron in »The KGB's Deepest Secret« in der November-Ausgabe 1988 der Zeitschrift »Reader' Digest« vorschrieb: »In verschiedenen Tarnungen sind Offiziere der Special Reserve derzeit in Ost- und Westeuropa, Nordamerika



Der damalige US-Präsident Nixon und Kissinger als US-Sondergesandter schufen die Grundlagen für die Geschäfte mit dem Kreml.

und Asien, in Moskaus Banken, Handelsbüros und Regierungsministerien verborgen. Und doch ist außer dem Oberkommando des KGB und einem kleinen Klüngel, der den sowjetischen Herrscher Michail Gorbatschow umgibt, die bloße Existenz der Spezialreserve so gut wie unbekannt...

Pitowranows selbstständige Operationen, die über die sowjetische Handelskammer und andere Handelsfassaden abgewickelt werden, waren die erfolgreichsten von allen. Bis spätestens 1970 hatte der KGB eine Abteilung P (für Pitowranow) geschaffen, nur um ihn zu unterstützen und die Fülle von Nachrichten, die er lieferte, zu verarbeiten. Und um den Umfang seiner Operationen zu erweitern, ernannte der KGB ihn schließlich zum Vorsitzenden der sowjetischen Kammer für Handel und Industrie ... Der bedeutenste Außenposten der sowjetischen Kammer ist nach wie vor USTEC in New York. Diese Organisation ermutigt amerikanische Firmen dazu, mit den Sowjets Handel zu treiben und arrangiert Besuche von leitenden Angestellten nach Moskau, wo sie den entsprechenden sowjetischen Beamten zugeführt werden, von denen viele Pitowranows Spione sind.«
Als Pitowranow nach diesem Exposé den Vorstand des USTEC verließ, war der Handelsrat immer noch nicht von der schweren Hand der sowjetischen Spionage befreit, heißt es in der gemeinsam von dem US-Außenminsterium und dem Directorate of Intelligence of the Central Intelligence Agency ausgearbeiteten Papier mit dem Titel: »Intelligence Collection in the U. S. S. R. Chamber of Commerce and Industry« (»Nachrichtensammlung in der Kammer für Handel und Industrie in der Sowjetunion«), das Barrons Aussage voll bestätigt. Der derzeitige sowjetische Zweitvorsitzende des USTEC, der auch zusammen mit Edgar Bronfman Mitglied des Exekutivausschusses ist, ist Wladislaw L. Malkewitsch, der auch der neue Vorsitzende der Kammer für Handel und Wirtschaft der UdSSR ist.

Der KGB und die Handelskammern

In dem gleichen Papier heißt es weiter: »Von den annähernd 140 Beamten, die identifiziert wurden, sind rund ein Drittel als Geheimdienstoffiziere bekannt oder werden als solche verdächtigt, von denen wiederum einige dem GRU (militärischer Geheimdienst) und die übrigen dem KGB angehören ... Die Benutzung von Kammern durch den KGB zur Tarnung scheint weitverbreitet zu sein. Stabsoffiziere besetzen etwa die Hälfte der höchsten Stellen im Moskauer Apparat der Kammer und befinden sich daher in einer Position mit beträchtlichen Befugnissen in der Politikmache ... Einige dieser höheren Angestellten verfügen über eine ausgedehnte Erfahrung in der Untergrundtätigkeit. KGB-Offiziere finden sich in fast jedem Teilbereich der Kammern ... Die Kammer übt sowohl im Inland als auch in Übersee Geheimdiensttätigkeiten aus...

»Firmen deren Produkte für die UdSSR von technologischem Interesse sind werden wegen Informationen über Herstellungsverfahren und technischen Spezifikationen kontaktiert. Sowjetische Außenhandelsvertreter können diese Ansätze dann mit Angeboten zur Entwicklung eines Marktes für die Produkte der betreffenden Firma in der Sowjetunion oder einfach mit Bargeldangeboten weiter ausarbeiten.«
Zu den Gebieten, von denen bekannt ist, daß die KGB-Offiziere der Kammer versucht haben sie auszukundschaften, gehören: »Roboter-Technologie«; »Marine-Technologie, einschließlich derjenige die sich mit U-Booten befaßt die Tiefseeforschungen betreiben«, und »Industrie-Chemikalien« wie diejenigen, die Edgar Bronfman jetzt durch die Firma E. I. du Pont unter Lizenzvereinbarungen den Sowjets übergeben läßt.

KGB-Schwerpunkt ist Industriespionage

USTEC neuestes »Schwarzbuch« oder »Operationsplan«, für Edgar Bronfman und andere Vorstandsmitgliedern erstellt, deckt auf, daß im Mai 1989, »während der elften Jahrestagung des Rates eine Sitzung über Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem und industriellem Gebiet in Form von Gesprächen am runden Tisch über Chemikalien, Werkzeugmaschinenbau und Medizin abgehalten wurde. Mehr als 50 Vorschläge von sowjetischen Organisationen zur wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit mit amerikanischen Mitgliedsfirmen des Council wurden der amerikanischen Seite unterbreitet.«
Unglaublich, trotz des öffentlichen Eingeständnisses seitens des US-Außenministeriums, daß die oberste sowjetische Körperschaft im USTEC mit KGB- und GRU-Agenten durchsetzt ist, war sein amerikanisches Vorstandsmitglied sieben Jahre lang C. William Verity, der der letzte Handelsminister in der Reagan-Regierung wurde und der zugab, daß er den amerikanischen Geheimdienst nicht ein einziges Mal bei dessen Abwehr der über USTEC laufenden sowjetischen Spionage unterstützt hat.

Wie es in dem »Schwarzbuch« des USTEC weiter heißt, wurden

durch das ganze Jahr 1988 hindurch »regelmäßige und laufende Kontakte« zum National Security Council, zum US-Außenministerium und zum Handelsministerium unterhalten. Der Handelsminister C. William Verity nahm an der Spitze einer großen Delegation von Regierungsbeamten, darunter der Staatssekretär Allan Wallis, an der elften Jahrestagung des Rates in Moskau teil.

Die gute Gesellschaft von Bronfman

Das »Schwarzbuch« stellt weiter fest: Verbindungen wurden aufrechterhalten mit Stabsmitgliedern der Unterausschüsse »House Ways and Means Trade« und »House Foreign Affairs«, des House Agricultural Committee, Senate Banking Committee, Senate Commerce Committee und Senate Foreign Relations Committee. Anscheinend war Edgar Bronfman durch seine besonderen Verbindungen zu KGB und GRU, die er durch seine Position im USTEC unterhalten konnte, in guter Gesellschaft.

Es gibt eine Sache, die den amerikanischen Geschäftsleuten des USTEC und ihren sowjetischen Partnern wie Malkewitsch von der sowjetisch gesteuerten Kammer besonders am Herzen liegt und die auch Edgar Bronfman vertritt, nämlich der frühestmögliche Verzicht auf die Gesetzesänderungen von Jackson-Vanik und Stephenson.

Die letzte Verhandlungsrunde wurde in einer in mehreren Zeitungen erschienenen Kolumne von Rowland Evans und Robert Novak mit der Überschrift: »Swap Sowjet Jews for U.S. Trade« (»Tauscht sowjetische Juden gegen Handel mit Amerika aus«) aufgedeckt. Sie enthüllten, daß der Schnapsbaron in seiner Wohnung in New York City eine Geheimsitzung abgehalten hat, auf der er wieder einmal den Verzicht auf die Jackson-Vanik-Bestimmungen vorschlug, falls die Sowjets dazu bereit wären, Tausende von Juden als Kanonenfutter in die besetzten Gebiete an der West Bank in Israel zu verfrachten.

Was gerade diese Sitzung so bedeutsam machte, war die Teilnahme von Dwayne Andreas, der sowohl Vorsitzender des USTEC als auch von Archer-Daniels-Midland – einer Firma, die kürzlich dazu beitrug, die sowjetischen Getreidespeicher mit vom amerikanischen Steuerzahler subventioniertem Getreide zu füllen – zusammen mit James Giffen, dem Präsidenten des USTEC.

Die Karten lagen auf dem Tisch

Giffen, von dem allgemein bekannt ist, daß er die Sowjetunion gerne zu einer »Wirtschafts-Supermacht« machen würde, trat später aus dem Rat aus und gründete eine kleine Handelsbank, Mercator Corp., die zur Lünse des American Trade Consortium – eines Konsortiums zu dem Chevron Oil und andere große Firmen gehören – wurde, das Pläne bekanntgegeben hat, über das kommende Jahrzehnt hinweg zehn Milliarden Dollar in Joint-Ventures (Arbeitsgemeinschaften) in der UdSSR stecken zu wollen.

In einem am 26. Februar 1986 auf der Titelseite des »Wall Street Journal« abgedruckten Artikels mit der Überschrift: »Gorbachov's Pal: Dwayne Andreas gains an Apparent Position as Kremlin Favorite« (»Gorbatschows Kumpel: Dwayne bekommt als Günstling des Kreml Scheinposten«) wird die Frage aufgeworfen, »ob Mr. Andreas langsam Armand Hammer, den Vorsitzenden der Occidental Petroleum Co., als Moskaus bevorzugten amerikanischen Geschäftsman verdrängen will«.

Der einzige Stolperstein für diesen Plan

Evans und Novak berichten: »Die Karten lagen auf dem Tisch. Andreas, Gorbatschows intimster amerikanischer Geschäftsfreund, sollte den sowjetischen Präsidenten dazu überreden, mit Direktflügen nach Israel für Juden, von denen die meisten aber lieber nach hierher in die USA kommen möchten, zu beginnen, während die Pro-Israel-Lobby ihren beträchtlichen Einfluß geltend machen sollte, um die Jackson-Vanik-Gesetzesänderung aufzuheben oder darauf zu verzichten.« »Ein übler Handel« sagte ein ehemaliger Beamter zu uns. »Jackson-Vanik ist ein Statut mit speziellen Bestimmungen. Darin steht nichts über Juden und nichts über Israel.«

Dieser »üble Handel« erhielt beträchtliche Unterstützung. Morris Abrams, der als Leiter der Conference of Presidents of Major Jewish Organizations ausscheidet und einen Posten in der Bush-Regierung übernimmt, wurde nach der Sitzung in der israelischen Zeitung »Yediot Aharonot« dahingehend zitiert, daß die Sache »keine Frage der Menschenrechte sondern die Erlösung von Juden als Juden ist. Sie sollten nach Israel gehen«.

Der einzige Stolperstein für diesen Plan bestand darin, daß sogar in US-Präsident Bushs Rede am 12. Mai 1989 über »Frieden in unserer Zeit« dieser darauf bestand, wie Sprecher für seine Regierung es seitdem auch immer wieder getan haben, daß der Verzicht auf die Jackson-Vanik-Bestimmungen so lange warten müsse, bis die Sowjets ein Gesetz erlassen, das allen Einwohnern in dem sowjetischen »Völkergefängnis«, gestattet, falls sie das wollen, im Einklang mit dem Abkommen von Helsinki auszuwandern.

Aber als USTEC vom 15. bis 17. Mai 1989 in McLean, Virginia, die zwölfte Jahrestagung abhielt verkündete Dwayne Andreas, anscheinend von Bronfman unterstützt, daß der Handelsrat für einen sofortigen Verzicht auf die Gesetzesänderungen sei, und zwar ganz einfach auf der Grundlage des sowjetischen »Wohlverhaltens« hinsichtlich der verstärkten Auswanderung von jüdischen »Refuseniks« allein im laufenden Jahr.

Obwohl Andreas behauptete, daß der USTEC nicht gegen seinen Status der Steuerbefreiung verstoßen würde, indem er für den Verzicht wirbt, wird dieser Punkt in USTECs »Schwarzbuch« klar und deutlich durch Pläne für erweiterte Kontakte über solche Fragen mit Institutionen sowohl in der Exekutive als auch in der Legislative der US-Regierung widerlegt.

Scharfe Kritik von Jitzhak Shamir

Und dann ergibt sich noch die Frage, ob Israel ein solches Abkommen der Supermächte über seinen Kopf hinweg überhaupt akzeptieren wird. Schon 1985 versuchte Bronfman, Israel in seine Geheimdiplomatie mit der UdSSR hineinzuziehen, aber seine Handlungsweise als »privater ausländischer Abgesandter« wurde von dem damaligen israelischen Außenminister Jitzhak Shamir, dem heutigen Premierminister, scharf kritisiert.

Im Verfolg eines Alternativvorschlags aus Moskau, nach dem die Auslieferung der Refuseniks an Israel statt an die Vereinigten Staaten, wo die meisten von ihnen lieber leben möchten, gewährleistet werden sollte, reiste Bronfman in die UdSSR, nach Israel, Polen, Rumänien, in die DDR und anderswo hin, um so etwas wie einen »versiegelten Transit« nach Israel für sie zu erreichen. Und es wurde davon gesprochen, daß der eigentliche Grund, weshalb der Jüdische Weltkongreß seine grob verzerrten und wütenden Angriffe auf den österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim vom Stapel ließ, darin besteht, daß Österreich weiterhin die Menschenrechte der jüdischen Refuseniks achtet, indem es ihnen die Durchreise zu der neuen Heimatstätte ihrer Wahl durch Österreich gestattet.

Durch diesen ganzen Vorgang hindurch hat der Jüdische Weltkongreß unter Bronfmans Führung ebenso wie USTEC das Lockmittel der Aufhebung der Jackson-Vanik-Bestimmungen beibehalten, wenn solch eine einzigartige Durchreise in die Wege geleitet wird, wie die »Jerusalem Post« 1987 berichtete, nach einem Zusammentreffen zwischen Bronfman und dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadze.

Das Manöver des Austausches jüdischer Sklaven gegen lukrative Geschäftsabschlüsse wurde von prominenten jüdischen Refuseniks sowohl als auch von vielen anderen Persönlichkeiten des Weltjudentums verurteilt. Nach Zusammentreffen zwischen Morris Abrams, Edgar Bronfman und sowjetischen Beamten im Jahre 1987 sagte der russische Dissident und Refusenik Wladimir Slepak: Beide »sind in unserer Gemeinde ganz entschieden unerwünschte Personen«. Slepak sagte zur »Jerusalem Post«: »Abrams Verhalten ist furchtbar, aber es kann sein, daß er von den Sowjets hereingelegt worden ist. Schließlich ist er Geschäftsmann und macht mit den Sowjets gute Geschäfte.« □

Großbritannien

Mrs. Thatchers Juden

Helen Davis

Margaret Thatcher, der am längsten dienende britische Premierminister dieses Jahrhunderts, feierte am 4. Mai 1989 den zehnten Jahrestag ihrer Machtübernahme. Dieser außergewöhnliche Meilenstein in einer außergewöhnlichen Karriere bot, wie vorauszusehen war, Anlaß für eine phantastische Berichterstattung in Büchern, Zeitungsartikeln und Fernseh-Dokumentationen über die »Eiserne Lady«.

Weniger vorauszusehen in diesem Medienfest war jedoch die Aufmerksamkeit, die auf eine besondere Erscheinung ihrer Regierungszeit gerichtet wurde: »Thatchers Juden«. Der jüdische Beitrag zur Thatcher-Revolution verdient nämlich mehr als eine Fußnote in britischen Geschichtsbüchern.

Die Tränen, die sie vergießt, sind echt

Es ist nicht allzu überraschend, daß Großbritanniens zäher und ungeheuer erfolgreicher Premierminister enge Beziehungen zur jüdischen Gemeinde unterhält. Ihr Wahlkreis ist der Londoner Stadtteil Finchley, wo sehr viele Juden leben, und der politische gesunde Menschenverstand schreibt vor, daß sie Freundschaft zu Israel demonstriert und hart für das sowjetische Judentum arbeiten sollte.

Aber Margaret Thatchers geistige Verwandtschaft mit den Juden geht über politische Zweckmäßigkeit hinaus. Wenn sie über das sowjetische Judentum spricht, dann sind die Tränen, die sie vergießt, echt. Und was noch wichtiger ist, wenn sie wirtschaftliche und politische Fragen anschneidet, dann stimmen ihre Instinkte und Philosophien fast genau mit den Instinkten und der Philosophie überein, die bei einem Großteil der britischen Judenheit vorherrschen.

»Es handelt sich nicht so sehr darum, daß Thatcher führt und die Juden ihr folgen«, sagte ein jüdischer Bankier diese Woche zu mir in London. »Im Gegenteil, die Juden bestimmen das Tempo für Thatcher«.

Die Juden bestimmen das Tempo

Was die britischen Medien in Erstaunen versetzte war, daß der Vorsitzende der Conservative Party, von der der britische Kolumnenschreiber Ian Aitken meint, sie haben »eine überdurchschnittliche Anzahl von Antisemiten« in ihren Reihen, Margaret Thatchers geistige Verwandtschaft mit Juden so stark öffentlich zum Ausdruck gebracht hat.

Thatcher war nicht zufrieden damit, wie ihre Vorgänger, ihr Gefolge von »Hofjuden« in den Think Tanks und politischen Ausschüssen der Regierung sorgfältig vor den Augen der Öffentlichkeit zu verbergen.

Thatcher brachte »ihre Juden« aus dem Versteck heraus. Nicht weniger als fünf ihrer höchsten Minister – und engsten Berater – waren Juden: Education Secretary (Bildungsminister) Keith Joseph, Home Secretary (Innenminister) Leon Brittan, Trade Secretary (Handelsminister) Lord Young, Chancellor of the Exchequer (Finanzminister) Nigel Lawson und Scottish Secretary (Minister für Schottland) Malcolm Rifkind.

Es war eine Erscheinung, die einen ehemaligen britischen Premierminister dazu veranlaßte zu bemerken, es gebe mehr Alt-Esten (Old Estonians) in Thatchers Kabinett als Alt-Etonier – ein Hinweis auf die alte britische Schule der Aristokratie (Eton College), die traditionsgemäß die zukünftigen Führer Großbritanniens ausbildete.

Von Thatchers Juden blieben nur Lawson, Young und Rifkind auf ihren Posten, die übrigen wurden in noch höhere, sogar mächtigere Stellungen gehievt.

Brittan, jetzt Sir Leon, wurde British Commissioner at the European Community (Britischer Beauftragter bei der Europäischen Gemeinschaft); Joseph, jetzt Lord Joseph und weiterhin anerkannt als der Architekt der Thatcher-Revolution gewesen zu sein, ist nach wie vor Thatchers »Guru«, während Lord Young für den ungeheuer mächtigen Job des Vorsitzenden der Conservative Party vorbereitet wird.

Thatcher's »geistiger Berater«

Außerdem, wie aus »One of Us«, der vielbewunderten, vielzitierten Biographie der Eisernen Lady des Journalisten Hugo Young hervorgeht, hat Großbritanniens Oberrabbiner Immanuel Jakobovitz den Erzbischof von Canterbury – Kopf der Anglikanischen Kirche – als »geistigen Führer von Thatchers Großbritannien« verdrängt.
Thatcher hat kein Geheimnis aus ihrer Bewunderung für die Ethik der Selbsthilfe, der fleißigen Arbeit, des Dienstes für die Gemeinde und der Hingabe zur Familie die den Oberrabbiner auszeichnet, gemacht. Im Jahr 1988 verlieh sie ihrer hohen Einschätzung dadurch Ausdruck, daß sie den jüdischen Führer in den Adelsstand erhob. Er rühmt sich nun mit dem Titel Lord Jakobovitz – ein für einen Oberrabbiner einzigartigen Titel.

»Der unternehmerisch erfolgreiche Jude ist nämlich auf vielfache Weise das Modell der Errungenschaften Thatchers«, sagt der jüdische Dramatiker Jonathan Miller. »Die Conservative Party unterstreicht jetzt die Werte der jüdischen unternehmerischen Initiative, Sparsam- und Wirtschaftlichkeit sowie Findigkeit«.

Dies ist und war nicht immer der Fall. Historisch gesehen wurden die britischen Juden stark mit der mild-sozialistischen Labour-Party identifiziert. Sie war eine natürliche Heimat für Einwanderer aus der Arbeiterklasse, die nicht nur fühlten, daß die Politik der Labour-Party ihre eigenen Interessen widerspiegelte, sondern die auch glaubten, daß die Forderung des Judentums nach sozialer Gerechtigkeit am besten durch die von Labour vertretenen sozialdemokratischen Werte zum Ausdruck gebracht wurden.

Eine natürliche politische Heimat

Es half natürlich, daß die meisten der führenden Persönlichkeiten der Labour Party auch unerschütterlich und warmherzig, israelfreundlich und der jüdischen Gemeinde gegenüber wohlgesinnt eingestellt waren. Juden und die Labour Party. Sie war eine natürliche politische Heimat, denn die Staaten der Arbeiterklasse in den Vereinigten Staaten fanden eine natürliche Heimt in der Democratic Party.

Die Zeit und Thatcher sprengten die Form. Die eingewanderten Schneider und Ladeninhaber in Londons verarmtem East End gebaren eine Generation von Ärzten, Rechtsanwälten, Buchhaltern und Bankiers. Und in den letzten 20 Jahren haben sie sich und ihren Lebensstil mühelos in die wohlhabenden nichtjüdischen Vororte Nordlondons eingeordnet.

Für sie sind die Prioritäten nicht Wohlfahrtvergünstigungen, sozialisierte Gesundheit und Staatserziehung, sondern Wohlstandsbildung.

Daß sie voll und ganz in Margaret Thatchers Arme getrieben wurden, ist auch durch die kreischende israelfeindliche Rhetorik, mit dem Beigeschmack des Antisemitismus, der neomarxistischen »wahnsinnigen Linken« der Labour Party mit herbeigeführt worden. Labours derzeitiger »Schatten«-Außenminister Gerald Kaufman, der jüdischer Herkunft ist, besuchte kürzlich den PLO-Vorsitzenden Jassir Arafat in seinem Hauptquartier in Tunis und bot ihm seine Unterstützung für die Intifada an.
Jüdische Namen wiegen in den

Medien, den Künsten, dem Schaugeschäft, in den akademischen Kreisen, in der Industrie und in den höheren Berufen vor. Eine Aufstellung von Großbritanniens 200 wohlhabendsten Bürgern, die in der hoch angesehenen Londoner »Sunday Times« veröffentlicht wurde, enthielt nicht weniger als 30 Prozent Namen von Personen die nachweislich jüdischer Abstammung sind.

Die wohlhabendsten Bürger

Der hohe Anteil von Juden auf einer solchen Liste ist umso bemerkenswerter wegen der Tatsache, daß soviel von Großbritanniens wirklich großem Geld altes Geld ist. Die meisten der nichtjüdischen Superreichen – von Queen Elizabeth bis nach unten – gehören zu Englands Landaristokratie und haben ihre ungeheuren Reichtümer geerbt.

Dem groß aufgemachten Artikel über Großbritanniens 200 wohlhabendste Bürger folgte eine Woche später in dem gleichen Blatt ein sechseitiger Artikel über »Die Juden in Großbritannien«, basierend auf Auszügen aus einem größeren Werk über dieses Thema – »The Club« – von Stephen Brook, herausgegeben von Constable, London –.

Sie dachten, es sei New York

Laut Brook, der selbst Jude ist, waren jene jüdischen Einwanderer, die an die britische Küsten gespült wurden, wahrscheinlich nicht so helle wie diejenigen, die es bis nach New York schafften. Er zitierte den jüdischen Publizisten Anthony Blond um seine These zu untermauern.

»Die Juden die nach hierher kamen waren dümmer«, sagte Blond. »Es wurden ihnen Fahrkarten nach New York verkauft und – mein Großvater war auch einer von ihnen – sie gingen in Hull an Land und dachten, es sei New York.«
Dümmer oder nicht, die Einwanderer nach Großbritannien fanden eine ganz andere Gesellschaft als die vor, die ihre Brüder in der Neuen Welt antrafen.

Die Vereinigten Staaten bescherten ihnen eine Gesellschaft, die sowohl in ihrer Zusammensetzung als auch in ihrer Hautfarbe vorwiegend aus Einwanderern bestand. »Die Juden«, schrieb Brook, waren ebenso willkommen wie jeder andere.

Jene, die in Großbritannien ankamen, hatten es jedoch bald mit dem zu tun, was Brook als »eine Kette von bürgerlichem Unvermögen« (a string of civic disabilities) bezeichnet.

Nicht nur beruhte das Gastgeberland stark auf Gesellschaftsklassen, einer Abneigung gegen Ausländer und einer noch größeren Abneigung gegen irgendeine Art von »Gerissenheit«, sondern das bereits vorhandene jüdische Establishment stand den neu eingewanderten Gruppen ebenfalls weitgehend unsympatisch gegenüber.

Brook bedauert die Tatsache, daß britische Juden sich auch nicht annähernd mit der künstlerischen und intellektuellen Energie und den Errungenschaften der amerikanischen Judenheit messen können. Im wesentlichen beschuldigt er die britische Gemeinde spießbürgerlicher und insularer Einstellungen, die sicherstellen, daß sie niemals mehr tun wird, »als eine beträchtliche zeitlang an den Nebenlinien des britischen Lebens zu warten«.

Seine Ansicht wird von den meisten Mitgliedern der 330.000 Personen starken jüdischen Gemeinde, die den jüdischen Beitrag zum britischen Leben als eindrucksvolle Errungenschaft betrachten, nicht geteilt.

Lord Goodman, ein führender »Hofjude« in der Regierung des Labour Premierministers Harold Wilson in den sechziger Jahren, ein wohlhabender Anwalt, Vorsitzender des Press Council (Presserat) und derzeit Leiter eines Kollegiums an der Oxford University, drückt die Dinge ziemlich unverblümt aus.

»Die verhältnismäßig hohe Anzahl von Juden im öffentlichen Leben« sagt er, »ist weitgehend auf die Tatsache zurückzuführen, daß sie von überlegener Qualität sind.« □

Den vorstehenden Beitrag von Helen Davis haben wir der amerikanischen Zeitschrift »The Los Angeles Jewish Journal« entnommen.

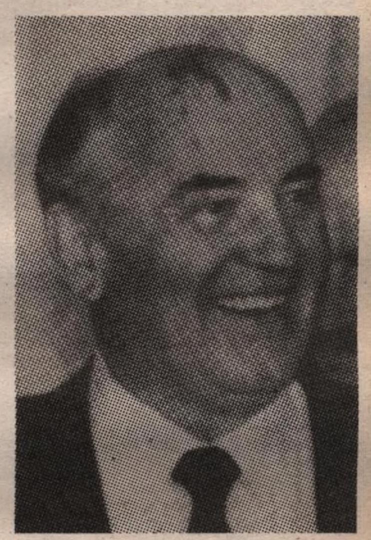
Rudolf Heß

Mord in Spandau

Vivian Bird

Die Umstände, um den gewaltsamen Tod von Rudolf Heß im August 1987, bleiben offenbar von Geheimnissen umwittert. Aber wenn die von verschiedenen Stellen in Deutschland und anderswo aufgestellten Behauptungen den Tatsachen entsprechen, dann ist sein Tod kein Geheimnis mehr. Was behauptet wird ist, daß der ehemalige Stellvertreter des Führers vorsätzlich und kaltblütig zu einem bestimmten Zweck ermordet wurde.

Professor A. J. P. Taylor, einer von Großbritanniens hoch angesehenen Historikern, der sich seit vielen Jahren für die Freilassung von Heß eingesetzt hatte, stellte im August 1987 kategorisch fest, daß Heß ermordet wurde, obwohl er nicht sagte, von wem und warum. Die Substanz der Beschuldigungen, die in diesem Artikel zusammengefaßt ist, wird nun wesentlich erweitert durch die Veröffentlichung des Buches von Wolf Rüdiger Heß »Mord an Rudolf Heß? Der geheimnisvolle Tod meines Vaters in Spandau«, dem einzigen Sohn der verstorbenen deutschen Führungspersönlichkeit. In dem Buch wird versichert, daß von Anfang an völlig klar war, daß Heß keinen Selbstmord begangen hatte, wie das Establishment behauptet.



Michail Gorbatschow wollte Rudolf Heß als Geste des guten Willens gegenüber Bonn freilassen.

Die Schnur verschwand im Verlauf der Obduktion

In erster Linie, wie wäre es möglich, daß jemand, vor allem ein 93jähriger kranker Mann, sich mit einem Stück Schnur das Leben nimmt, indem er sich diese um den Hals wickelt und solange stramm hält, bis der Tod eintritt? Die Tatwaffe, nämlich dieses Stück Schnur mit dem Heß angeblich Selbstmord beging, wurde nicht vorgelegt, sondern verschwand im Verlauf der amtlichen Obduktion auf geheimnisvolle Weise.

Diese Obduktion wurde von dem offiziellen britischen Pathologen eiligst durchgeführt, der seitdem schweigt und für Anträge seitens der Familie Heß unerreichbar ist. Dies bestärkt die umlaufenden Gerüchte, nach denen die Wahrheit vorsätzlich verborgen wird.

Heß, so behauptet sein Sohn, wurde auf Anweisung des British Home Office (Innenministerium) ermordet. Der Mord wurde von zwei Angehörigen des British Special Air Service (SAS), die dem 2. SAS-Regiment, SAS Depot Bradbury Lines, Hereford, England, ausgeführt. Dies ist angeblich von besonderer Bedeutung, weil, obwohl der SAS eine militärische Einheit ist, er nicht dem Verteidigungsminister, sondern dem obenerwähnten Innenministerium untersteht.

Es wird weiterhin behauptet, daß die verantwortliche Planung und Leitung dieser Aktion von MI-5 übernommen

Rudolf Heß

Mord in Spandau

wurde, der auch dem Innenministerium untersteht und der normalerweise für die innere Sicherheit in Großbritannien verantwortlich ist.

Die Aktion wurde in aller Eile geplant

Tätigkeiten außerhalb Großbritanniens werden gewöhnlich vom MI-6 durchgeführt. Die Aktion gegen Heß wurde in solcher Eile geplant, daß nicht einmal Zeit verblieb, um der Affäre einen Decknamen zu geben, was äußerst ungewöhnlich ist. Nur die amerikanischen, die französischen und die israelischen Geheimdienste wurden schnellstens unterrichtet.

Die Briten sollen eigentlich alle ihre Aktivitäten dem CIA melden, der gelegentlich die eine oder andere Aktion »verboten« hat, wie das zum Beispiel bei dem beabsichtigten Mord an Oberst Muammar el-Gadaffi vor einigen Jahren der Fall war, als eine Gruppe von britischen MI-5- und französischen SDECE-Agenten bereits in Brindisi, Italien, in Bereitschaft lagen und dann halsüberkopf fliehen mußten, weil der CIA damit drohte, sie bei der italienischen Polizei zu verpfeifen, was einen Skandal hervorgerufen hätte.

Sowjets nicht in Kenntnis gesetzt

Die Franzosen arbeiten gewöhnlich unabhängig von anderen Geheimdiensten, während die Israelis andererseits im allgemeinen alles wissen, weil sie ihre eigenen Leute in alle anderen Agenturen eingeschleust haben. Daß die Israelis über den beabsichtigten Mord an Heß unterrichtet werden sollten, war lediglich eine Formalität. Die Sowjets wurden über die bevorstehende Operation im Dunklen gelassen, ebenso wie die bundesdeutschen Sicherheitsdienste, weil letztere von anderen westlichen Sicherheitsdiensten als nicht im geringsten zuverlässig angesehen werden.

Die Sowjets wurden nämlich aus einem sehr guten Grund nicht unterrichtet: Der vorgeschlagene Mord an Heß wurde, wie behauptet wird, absichtlich motiviert durch den Wunsch der britischen Regierung, jeden Versuch von Michail Gorbatschow, die ehemalige deutsche Führungspersönlichkeit als Geste des guten Willens gegenüber der Bundesrepublik freizulassen, zu durchkreuzen.

Dies wäre ein meisterhafter Propagandacoup gewesen. Gorbatschows Vorhaben war dem Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker schon 1987, vor dessen Besuch in Moskau im gleichen Jahr, über diplomatische Kanäle mitgeteilt worden.

Von Weizsäcker hat daraufhin – sehr unklugerweise wie sich herausstellen sollte – nur den britischen, weder den amerikanischen noch andere beteiligte westliche Sicherheitsdienste unterrichtet, woraus klar hervorgeht, daß von Weizsäcker wußte, wer möglicherweise am meisten von allen daran interessiert war, nämlich die britische Regierung. Die Briten reagierten natürlich negativ auf diese Meldung, was von Weizsäcker Gorbatschow genau berichtete. Gorbatschow soll dann vergeblich versucht haben, von Weizsäckers Meinung über diese Sache zu ändern. Man muß dabei im Auge behalten, daß die Sowjets im Juli 1987 in Spandau den Wachdienst durchführten.

Gorbatschow wartete auf die Weihnachts-Amnestie

Trotz allem war Gorbatschow nun dazu bereit, die Angelegenheit zeitweilig zu den Akten zu legen; und als den Briten gemeldet wurde, daß Gorbatschow im November 1987 anläßlich einer »Weihnachts-Amnestie« Heß im Alleingang freilassen wollte, mußten sie schnell handeln. Es wäre zu spät gewesen, wenn irgendetwas über diese geplante Weihnachts-Amnestie, vor dem Tod von Heß und Gorbatschows mögliche Reaktion auf durchgesickerte Pläne, ihrerseits in der Öffentlichkeit bekannt geworden wäre.

Es wird weiterhin behauptet, daß die beiden SAS-Leute in der Nacht von Samstag, den 15., und Sonntag, den 16. August, in Spandau eingetroffen waren. Am Montag erteilte der CIA seine Zustimmung. Während seines Nachmittagsspaziergangs auf dem Gelände von Spandau überfielen die beiden SAS-Männer den Ahnungslosen im Bereich des Sommerhauses aus dem Hinterhalt und versuchten ihn mit einer 1,50 Meter langen elektrischen Schnur zu erdrosseln. Es war beabsichtigt, Heß anschließend im Sommerhaus aufzuhängen, um so einen Selbstmord vorzutäuschen.

rufen und Heß darin abtransportiert. In diesem Krankenwagen wurde dann das Mordwerk vollendet.

Heß sollte nie lebend Spandau verlassen

Wie hastig diese Aktion durchgeführt wurde, geht auch, wie berichtet wird, aus der Tatsache hervor, daß CIA-Agenten zwar keine Angehörigen der amerikanischen Wache ausgetauscht hatten, daß aber einige »vertrauenswürdige« wichtige Wachtposten in diese Sache verwickelt waren.



Der Stellvertreter von Adolf Hitler, Rudolf Heß mit seinem Sekretär Martin Bormann bei der Ankunft im Führerhauptquartier.

Ein amerikanischer Soldat berichtete später, Heß habe versucht, sich zu verteidigen und laut um Hilfe gerufen. Nichtsdestoweniger war Heß nach diesem Überfall noch nicht tot und mit Hilfe eines amerikanischen Wachoffiziers, der in den Mord eingeweiht war, wurde der Krankenwagen des britischen Lazaretts herbeige-

Unter den Wachen in Spandau, darunter denen der Sowjets, hatte Heß sehr viele Sympathisanten, aber diejenigen unter den amerikanischen Wachsoldaten, die nicht in dem Mordkomplott eingeweiht waren, weil sie als »unzuverlässig« galten, wurden bald auf abgelegene Stützpunkte im pazifischen Raum versetzt. Während die britische Regierung



Das Spandauer »Kriegsverbrecher«-Gefängnis in Berlin, in dem Heß bis zu seinem Tod im 93. Lebensjahr einsitzen mußte

ein mehr als fest begründetes Interesse daran hatte, daß Heß Spandau niemals lebend verlassen sollte, oder daß ihm gestattet würde, frei zu reden, braucht kaum näher erklärt zu werden.

Es wurde gewünscht, jeden geplanten »Propagandacoup« seitens Gorbatschow zu vereiteln, aber auch den Deutschen für immer zum Schweigen zu bringen, der wesentlich an dem Versuch beteiligt war, Frieden zwischen Großbritannien und Deutschland herbeizuführen, und der zu viel über jene in Großbritannien im Jahre 1941 wußte, die den Plänen des Kriegshetzers Churchill entgegenstanden und die eine Art ausgehandelten Frieden herbeiführen wollten; dazu gehörten der ehemalige König, der verstorbene Herzog von Windsor, und andere einflußreiche Persönlichkeiten.

Weil der Mord an Heß nicht auf die beabsichtigte Weise vonstatten ging, kam es zu den entschieden widersprüchlichen und zweifelhaften ersten Bekanntmachungen der britischen Behörden, über die in allen Einzelheiten in der Presse berichtet wurde.

Es ist auch überdeutlich klar, warum die Sowjets sich weigerten, irgendwelche Erklärungen bezüglich des Todes von Heß gemeinsam zu unterzeichnen; im Kreml war man nämlich mehr als verärgert. Wenn die Sowjets nicht von der übereilten und improvisierten Art, in der der Mord begangen wurde, überrascht worden wären, dann hätte Gorbatschow die Entlassung von Heß veranlaßt und der sowjetische Staatspräsident wäre sicherlich sogar in den Augen der letzten Zweifler als Friedenstaube, als freundlicher und humanitär gesinnter Mensch erschienen. Und er hätte die Briten und Amerikaner in dieser Hinsicht aus dem Rennen geworfen.

Das Vorspiel zu den Ereignissen

Als Vorspiel zu diesen Ereignissen hatte Heß' Sohn im Frühjahr 1987 ein Gespräch mit einem hohen sowjetischen Beamten, der das Treffen auf direkte Anweisung von Generalsekretär Gorbatschow in die Wege geleitet hatte. In diesem Gespräch wurde angedeutet, daß Gorbatschow bereit war, der Entlassung von Heß zuzustimmen. Diese Kontaktaufnahme wurde in einem Antwortschreiben – in deutscher Sprache – von Radio Moskau an R. Leiber, einen Freund der Familie Heß, bestätigt. Während eines späteren Treffens zwischen Gorbatschow und Mrs. Thatcher wies letztere die Entlassung von Heß mit aller Entschiedenheit und Festigkeit zurück. Wußte sie zu diesem Zeitpunkt schon von dem beabsichtigten Mord an Heß durch britische Sondereinheiten?

Ihre Haltung gegenüber Heß unterschied sich grundsätzlich von der früherer britischer Premierminister, die allgemein ihre Unterstützung für seine Entlassung erklärt und den Sowjets schlechte Zensuren erteilt hatten, weil sie der Entlassung entgegenstanden. Die Tatsache, daß die Briten bis weit in das kommende Jahrhundert hinein jeden Zugang zu den amtlichen Dokumenten bezüglich Heß verweigern wollen, heizt jedoch die Spekulation darüber an, daß die britischen Behörden eine Menge zu verbergen haben.

In seinem Buch, in dem auch behauptet wird, daß sein Vater vorsätzlich ermordet wurde, erwähnt Wolf Rüdiger Heß einige wichtige Punkte, die es wert sind zusammengefaßt zu werden:

Profesor Spann, der nach Freigabe der Leiche von Heß im Auftrag der Familie eine private Obduktion durchführte, legte den Beweis dafür vor, daß die Merkmale am Hals des Toten von ihrer Natur her darauf hindeuten, daß Heß erwürgt wurde und sich nicht erhängt hat.



Der Sohn Wolf Rüdiger Heß beschuldigt die Briten, seinen Vater ermordet zu haben.

Krankenpfleger bleibt fest

Ein Videofilm der BBC, der unter anderem ein Interview mit dem tunesischen Krankenpfleger von Heß zeigt, verstärkt die Behauptung, daß Heß viel zu schwach und durch Gicht verkrüppelt war, um das Stück Schnur um seinen Hals festzurren zu können. Der tunesische Krankenpfleger blieb standhaft bei seiner Aussage und wies alle Vermutungen, Heß habe Selbstmord begangen, entrüstet zurück.

Wie sollte Heß dazu in der Lage gewesen sein, sich mit einer elektrischen Schnur zu erdrosseln, deren Druck wegen ihrer weichen Isolierung automatisch nachgelassen hätte sobald Bewußtlosigkeit eingetreten wäre?

Heß' sogenannter Abschiedsbrief war eine ungeschickte Fälschung wie aus seinem Stil, den darin enthaltenen Gedanken und dem falschen Datum zu schließen ist.

Die in München durch eine Gruppe von Experten durchgeführte Obduktion bestätigte, daß wichtige Körperteile wie der Kehlkopf fehlten, daß sie dadurch einer objektiven medizinischen Untersuchung entzogen wurde, so daß der Beweis für die Todesursache nicht mit endgültiger Gewißheit festgestellt werden konnte. Das »Selbstmordmittel«, das Stück Schnur, ist auch auf geheimnisvolle Weise verschwunden. Ersuchen seitens der Familie von Heß diese äußerst wichtigen Beweisstücke zurückzugeben, wurden hartnäckig abgelehnt.

Dies alles zusammengenommen ergibt weit mehr als nur einen bloßen Verdacht und stärkt Behauptungen, daß Heß, ein schwächlicher alter Herr, aus politischen Erwägungen heraus und um ihn für immer zum Schweigen zu bringen brutal ermordet wurde. Ob seine mutmaßlichen Mörder und ihre amerikanischen Komplizen mit diesem feigen Mord auf ihrem Gewissen leben können, bleibt abzuwarten. »Endlich kommt die Wahrheit heraus«, sagt Shakespeare.

Nachdem er für kurze Zeit an einem geheimen Ort aufbewahrt worden war, wurde der Leichnam von Heß zu dem kleinen und friedlichen Dorf Wunsiedel überführt, wo er seine letzte Ruhestätte fand. □

Kurt Waldheim

Keiner Kriegsverbrechen schuldig

Peter Blackwood

Wird der österreichische Bundespräsident Kurt Waldheim britische Journalisten und Politiker verklagen, weil sie »Falschaussagen« gegen ihn gemacht haben in bezug auf angebliche »Kriegsverbrechen«? Diese Frage wurde in Großbritannien und Österreich nach dem Urteil des britischen High Court (Oberstes Gericht) im Prozeß gegen Nikolai Tolstoy und durch einen Sonderbericht, in dem Waldheim entlastet wird, aufgeworfen.

Graf Nikolai Tolstoy und ein Geschäftsfreund wurden schuldig gesprochen, in Zusammenhang mit der Auslieferung antikommunistischer Kriegsgefangener an Josef Stalin und Josip Bronz Tito, die dann gefoltert und ermordet wurden, »Falschaussagen« gegen ein Mitglied des britischen Oberhauses, Lord Aldington, gemacht zu haben.

Keine Vertuschungsversuche um Waldheim

Wie es scheint, hat sich Waldheim ebensowenig irgendwelcher Kriegsverbrechen schuldig gemacht wie Aldington. Und im Falle des österreichischen Bundespräsidenten liegt ein Sonderbericht vor, der dessen Aussagen untermauert.

Waldheim war nicht verantwortlich für die Tötung oder Folterung irgendeines der mehr als 80 britischen Kommandoangehörigen und anderer Soldaten, die von den Deutschen in Griechenland 1943 und 1944 gefangen genommen wurden, heißt es in einem Mitte Oktober herausgegebenen Bericht.

Der Bericht des britischen Verteidigungsministeriums weist auch Behauptungen zurück, daß die britischen Behörden nach 1945 einen Vertuschungsversuch gemacht haben sollen, um Waldheim, der später Generalsekretär der Vereinten Nationen wurde, zu decken.

Der Bericht wurde im Februar 1988 von der britischen Premierministerin Margaret Thatcher als Reaktion auf Forderungen von Verwandten der betreffenden Soldaten in Auftrag gegeben.

Ein einwandfreier Freispruch

Dieser Schritt wurde im Unterhaus durch alle Parteien hindurch, an der Spitze das Parlamentsmitglied der Conservative Party Robert Rhodes James, ehemaliger Assistent Waldheims bei den Vereinten Nationen, stark unterstützt.

Als er die Ergebnisse der fast zweijährigen Forschungen durch eine große Mannschaft des Verteidigungsministeriums unter der Oberaufsicht des Direktors der Army Legal Services bekanntgab, sagte Archie Hamilton, Staatsminister für die bewaffneten Streitkräfte, vor dem House of Commons: »Es gibt keine Beweise aus denen Rückschlüsse auf irgendeine Schuld in bezug auf Kriegsverbrechen abgeleitet werden könnten.«

Hamilton sagte, obwohl Dokumente, die von dem damaligen Oberleutnant Waldheim unterzeichnet wurden, beweisen, daß er von der Gefangennahme und dem »möglichen Schicksal« der britischen Kommandos – Abteilung mit besonderem Auftrag – gewußt hat, gibt es »keine Beweise dafür, daß er als Stabsoffizier mit niedrigem Dienstgrad die Befugnis hätte, jenes Schicksal entweder anzuordnen oder zu verhindern oder den Ausgang der Angelegenheit in irgendeiner Weise zu beeinflussen.«

Österreichs Bundespräsident Kurt Waldheim wurde von aller Schuld in bezug auf irgendwelche Kriegsverbrechen freigesprochen.

Der Minister fuhr fort: »Behauptungen, daß Unterlagen geändert, vernichtet oder zurückgehalten wurden, um den Präsidenten Waldheim zu decken, entbehren jeder Grundlage. Er wird vom Vereinigten Königreich weder als ›hochstehender Nazi‹ noch als Kriegsverbrecher gesucht.«

Hamilton lehnte es ab, zu separaten Behauptungen Stellung zu nehmen, wonach Waldheim vor oder während seiner Amtszeit als Generalsekretär der UN erpreßt worden sein soll für die Sowjetunion zu arbeiten.

Nach Untersuchung der schlimmsten Anklagen kommt der Bericht zu der Schlußfolgerung, daß Waldheim – damals junger Ordonanzoffizier im Stabe der deutschen Heeresgruppe E – rangmäßig nicht hoch genug stand, um das Schicksal von sechs Kommandos, die nach einem Einsatz auf der ägäischen Insel Alimia hingerichtet wurden, in irgendeiner Weise beeinflussen zu können.

Angebliche Beweise kamen aus Jugoslawien

»Es liegen uns keine Beweise für irgendwelche verbrecherischen Tätigkeiten des Oberleutnants Waldheim vor«, heißt es in dem Bericht. »Es gibt keine Beweise dafür, daß Waldheims persönliche Verwicklung in dieser Sache etwas anderes als sehr begrenzt war, oder daß er an der Behandlung der Betroffenen und auf deren endgültigem Schicksal irgendeinen persönlichen Anteil hatte.«

In dem Bericht werden Behauptungen der Londoner »Times« und anderer Zeitungen, Waldheim sei gedeckt worden, zurückgewiesen, und es heißt darin weiter: »Es gab zu keiner Zeit eine Politik der systematischen Vernichtung von britischem Material in bezug auf diesen Fall, in der Absicht irgendjemanden davor zu schützen für seine Taten zur Verantwortung gezogen zu werden.«

Zu den gegen Waldheim erhobenen Anklagen, die in dem Bericht in Betracht gezogen wurden, gehört die Aufführung seines Namens auf drei Listen von Kriegsverbrechern, die von der UN War Crimes Commission (UNWCC), das Anglo-American Central Registry for War Criminals and Security Suspects (CROWCASS) und einer »Liste der Alliierten aus der Kriegszeit, auf der die Namen von hochstehenden Nazis aufgeführt sind«, die aber, wie der Bericht feststellt, niemals vorhanden war. Der Bericht kommt zu der Schlußfolgerung, daß die UNWCC-Liste lediglich auf Beweismaterial beruht, das von den jugoslawischen Behörden vorgelegt wurde. Dieses enthalte eine Reihe von Unrichtigkeiten, und andere höher stehende deutsche Offiziere in Waldheims Einheit seien darin überhaupt nicht aufgeführt. Die CROWCASS-Liste basiere auf der UN-Liste, und kein weiteres Beweismaterial sei überprüft worden bevor diese Liste aufgestellt wurde.

Pearl Harbor

Der fehlgeschlagene US-Trick

James P. Tucker

Wie sich die Zeiten ändern. Jetzt geben sogar die Hofhistoriker des Establishments die Wahrheit zu: Nicht nur stachelte der amerikanische Präsident Franklin Delano Roosevelt die Japaner dazu auf, am 7. Dezember 1941 Pearl Harbor anzugreifen, sondern er wußte auch schon im voraus von dem unmittelbar bevorstehenden japanischen Angriff.

US-Präsident Roosevelt ließ ihn geschehen, weil er wußte, daß dies eine lebenswichtige Lüge sein würde, auf Grund derer er den amerikanischen Kongreß auffordern konnte, den Krieg zu erklären.

Es war eine schwierige Frage

»Das bedeutet Krieg!« sagte Roosevelt am 6. Dezember 1941 bei bester Laune zu seinem Berater Harry Hopkins.

Roosevelt hatte sich schon Sorgen gemacht. Auf das, was der US-Präsident selbst am vorangegangenen 26. November als »Kriegsultimatum« bezeichnet hatte, war nämlich keine Reaktion erfolgt.

Roosevelt hatte den amerikanischen Kriegsminister Henry Stimson gefragt, ob es notwendig wäre, »wieder einmal etwas in der Art eines Ultimatums vorzunehmen«, um Japan zum Angriff zu zwingen.

»Die Frage war, wie wir die Japaner dazu bringen könnten, den ersten Schuß abzufeuern, ohne daß uns dabei allzu großer Schaden entstehen würde.« Stimson hatte am 25. November, dem Tag vor dem Ultimatum, gesagt: »Es war eine schwierige Frage«.

Roosevelt hatte versucht Deutschland zum Angriff herauszufordern, indem er trotz Amerikas selbstverkündeter Neutralität die Briten mit Kriegsmaterial versorgte, jedoch ohne Erfolg. Daher konzentrierte er sich nun darauf, Japan zum Handeln zu zwingen. Der Pakt zwischen Deutschland und Japan würde die Vereinigten Staaten schon mit beiden Ländern in den Kriegszustand bringen.

Roosevelt war ein Jahr zuvor wiedergewählt worden, weil er »immer und immer wieder« versprochen hatte, niemals Amerikaner hinauszuschicken, um in ausländischen Kriegen zu kämpfen.

Zunächst hob Roosevelt den Handelsvertrag mit Japan von 1911 auf, dann ließ er durch präsidentialen Erlaß vom 26. Juli 1941 alle japanischen Vermögenswerte in den Vereinigten Staaten einfrieren. Er belegte für Japan lebenswichtige Materialien mit Embargos; die Insel in der Größenordnung von Kalifornien war nämlich völlig von Einfuhren abhängig.

Abgesehen davon, daß es nun unmöglich wurde, die notwendigen Lieferungen aus den Vereinigten Staaten zu bekommen, wurde in dem Roosevelt-Ultimatum auch noch die Forderung gestellt, daß Japan sich aus China und Indochina zurückziehen sollte, ein Ansinnen das seine Lieferquellen für Öl und Reis beseitigt hätte.

Der von Roosevelt erwartete Angriff der Japaner auf Pearl Harbor war ein idealer Anlaß in den bestehenden Krieg einzugreifen und ihn zum Zweiten Weltkrieg auszuweiten.

Immer und immer wieder versprochen

Aber jetzt an diesem Sonntag vor 49 Jahren, nachdem der japanische Geheimschlüssel »geknackt« war, war Roosevelt sich dessen sicher, daß ein japanischer Angriff auf Pearl Harbor unmittelbar bevorstand.

Endlich war das Ziel, um das er und Winston Churchill gerungen hatten, so gut wie erreicht: Amerika würde in den eurasischen Konflikt, der als Zweiter Weltkrieg bekannt werden sollte, hineingezogen.

Jetzt sagen die Historiker des Establishments unter Anerkennung dieser Fakten: »Ja, es ist wahr, daß Roosevelt die Japaner zum Angriff zwang, aber es war notwendig, weil uns dies in einen Krieg hineinbrachte, der geführt werden mußte, und in den das insular denkende, unwissende und naive amerikanische Volk strampelnd und schreiend hineingezerrt werden mußte.«

Wir sind dort, wo wir begannen

Ironischerweise tritt die britische Premierministerin Margaret Thatcher heute bei Präsident Bush als Lobbyist auf, in dem Bemühen, Deutschland geteilt zu halten. England wollte schon immer Europa durch Zerschlagung Deutschlands beherrschen. Letzteres gelang auch schließlich mit Hilfe der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.

Die Briten halten schon seit langer Zeit die Fiktion aufrecht, sie seien immer noch eine Weltmacht, indem sie die Rolle des Gegengewichts zur Sowjetmacht spielen. Dabei gingen sie bankrott, und die Sowjetunion ist ebenfalls bankrott.

Jetzt können weder die Sowjets noch die Briten die Wiedervereinigung Deutschlands aufhalten, die zweifellos kommen wird. Bundeskanzler Helmut Kohl hat sein Ziel, eine Konföderation mit dem anderen Teil Deutschlands, als ersten Schritt zur Wiedervereinigung erklärt. Wie die Ironie des Schicksals es so will, sind wir heute nach zwei Weltkriegen und Millionen von Dahingeschlachteten genau wieder dort, wo wir begannen. Und die Tausende von toten Soldaten bei Pearl Harbor werden in die Geschichte eingehen als Folge eines fehlgeschlagenen Tricks Roosevelts und seiner alten internationalistischen Kumpanen, eine neue Weltordnung zustandezubringen. □

Heimliche Pläne

Zweiter Teil und Schluß

Ivor Benson

»Konservative Führer« haben den Eine-Welt-Gedanken als letzte große Hoffnung für diese Welt. Das Thema »gegenseitige Abhängigkeit« klingt mit schöner Regelmässigkeit in den Finanz- und Leitartikelseiten der Zeitungen an, und die jüngsten Reformen in der Sowjetunion und den östlichen Satelliten-Staaten werden als Beweis für die Unvermeidbarkeit der Eine-Welt-Regierung angeführt.

In den Universitäten lernen wir etwas von Formen der Macht – zum Beispiel elektrische, hydraulische, mechanische und sogar nukleare –, aber es gibt keine Wissenschaft, die es uns ermöglicht genau festzulegen, wer in einer gegebenen Situation die wirklichen Entscheidungen trifft. Mit anderen Worten: Wie und von wem Macht ausgeübt wird. Und wenn es eine Stelle gibt, wo wir sicher sein können, daß wir niemals das Wissen und die Fachkenntnis bekommen, nach denen wir suchen, dann sind das Lehrbücher über Staatswissenschaft.



Die Banker der USA haben Trotzky und seine Revolutionäre in die UdSSR geschickt und finanziert. Damit waren die USA bei der Schaffung der Sowjetunion der wichtigste Helfer.

Die Dinge ins Rollen bringen

Wissen auf diesem Gebiet ist eine Art Zauberei, die vom Vater an den Sohn weiter gegeben und auf den inneren Klüngel derjenigen beschränkt wird, die nach den Worten von Dr. Nicholas Murray Butler, ehemaliger Präsident der amerikanischen Columbia University, »die Dinge ins Rollen bringen«.

Quigley gibt uns einen Großteil der Information, die wir bei unseren Bemühungen benötigen, um herauszufinden, welche Änderungen sich in einem Netzwerk ergeben haben, das bereits mächtige Persönlichkeiten in seinen Reihen zählte, die eine Mischung von Motiven und Gegenströmungen von Absichten repräsentieren, die nicht immer miteinander in Einklang standen.

Quigley sagt, daß das Ostküsten-Establishment, das die amerikanische Seite des anglo-amerikanischen Netzwerkes bildete »von den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bis zu den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts« völlig von J. P. Morgan und Co. beherrscht wurde, und daß es »anglophil, internationalistisch, Ivy League – und Ostküsten-orientiert, hochbischöflich und europäisch kulturbewußt« war. Er fügt hinzu, daß noch in den dreißiger Jahren J. P. Morgan und seine Gesellschafter die bedeutendsten Persönlichkeiten bei der Festlegung der Politik an den Universitäten Harvard und Columbia und in einem geringeren Ausmaß an der Yale University waren, während die Whitneys an der Yale University bedeutsamen Einfluß hatten, und die Prudential Insurance Co. beherrschte durch Edward D. Duffield die Princeton University.

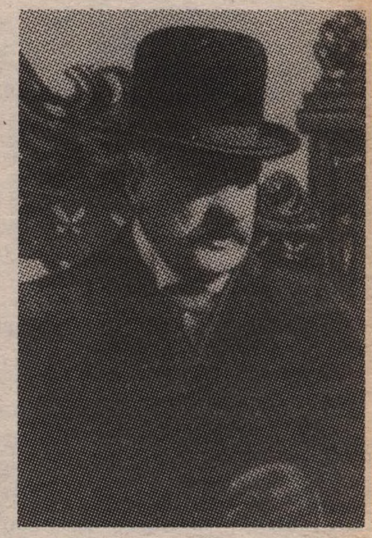
Quigley berichtet auch über »den Niedergang der Firma J. P. Morgan selbst, von ihrem anonymen Status als Partnerschaft (gegründet 1861) bis zu ihrer Umwandlung in eine eingetragene öffentliche Gesellschaft im Jahre 1940 sowie ihr schließliches Verschwinden durch Aufsaugung in ihre Haupt-Bankfiliale, The Guaranty Trust Co., im Jahre 1959«.

Eine hochbischöfliche Machtelite

Er fügt hinzu: »Die weniger offensichtlichen stillschweigenden Folgerungen aus dieser Veränderung kamen in einer Geschichte zum Ausdruck, die man sich 1948 in Kreisen der Ivy League (Efeu-Liga) im Zusammenhang mit der Wahl eines neuen Präsidenten für die Columbia University erzählte. Ausgerechnet diese Universität war diejenige, die J. P. Morgan am nächsten stand, und ihr Präsident, Nicholas Murray Butler, war Morgans Hauptsprecher in den efeubedeckten Hallen.

Er war unter Morgans Einfluß gewählt worden, aber die Ereignisse von 1930 bis 1948, die Morgan in der Wirtschaft so schwächten, verringerten auch seinen Einfluß im Kuratorium von Columbia, bis es offensichtlich wurde, daß Morgan nicht über die Stimmen verfügte einen Nachfolger zu wählen«.

Ein Ereignis von enormer historischer Bedeutung war eingetreten: Der Untergang einer reichen Machtelite, die Quigley »hochbischöflich« nennt und die andere als »White Anglo-Saxon Protestant« (WASP) bezeichneten. Als die WASP ihre Spitzenposition an der Wall Street verloren, ging natürlich auch ihre Macht verloren zu entscheiden, wer die führenden Bildungseinrichtungen, wie die Universität Columbia, leiten sollte.



Der Banker J. P. Morgan beherrschte in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts das Netzwerk der Internationalisten.

So wurde ein »Bündnis zwischen Geld und Verstand« heimlich durch ein anderes ersetzt. Und die Tatsache, daß ein solches Bündnis zwischen Geld und Verstand sich weitgehend auf gleiche Weise verhält, ungeachtet dessen, wer es an der Spitze beherrscht, machte es sogar noch schwieriger die Veränderung zu entdecken.

Die Wall Street Story

»Erbarmungsloser Zynismus«, was die Methoden betrifft, war ebenso ein Merkmal des Netzwerkes vor der Veränderung in den Eigentumsverhältnissen und der Macht wie nachher Rhodes und Milner, nicht weniger als die Gesichtslosen, die das Netzwerk seitdem beherrschen, erkannten im marxistischen Sozialismus ein Mittel, finanzielle und politische Macht in ihren Händen zu konzentrieren, mit dem Ziel eine »neue Weltordnung« zu schaffen, die dann ebenfalls von ihnen beherrscht wird.
Kurz gesagt: Es gibt augenscheinlich keinen großen Unterschied zwischen einer Konstellation von Leuten, die totalitäre Macht anstreben, oder einer anderen, aber im Laufe der Zeit können die dar-

aus entstehenden Folgen auffallend unterschiedlich sein.
Diese hoch dramatischen aber totgeschwiegenen Ereignisse jener Tage können Butler sehr wohl im Kopf herumgespukt haben, als er bemerkte, daß die Menschen in drei Klassen eingeteilt werden können: Eine winzige Minderheit, die die Dinge ins Rollen bringt, eine etwas größere Gruppe, die beobachtet wie diese Dinge vor sich gehen, und die große Masse der Menschheit, die nicht die leiseste Ahnung davon hat was geschehen ist.

Wenn wir auch immer noch nicht die Einzelheiten darüber kennen, was um die Zeit herum geschah, als Morgan entdeckte, daß er nicht mehr die Macht hatte den Präsidenten der Columbia University zu erennenen, so besteht zumindest kein Geheimnis über Folgen, die sich aus jenen Ereignissen ergeben haben. Die Tatsachen sind überall in den Vereinigten Staaten zu erkennen und wurden schriftlich niedergelegt und gut dokumentiert von Wilmot Robertson in seinem Buch »The Dispossessed Majority«. Niemand kann heute mehr vorgeben, die Herren Amerikas seien die WASP.

Das Geheimnis der englischen Idee

Keine Geschichtsforschung ist heute gefährlicher als diejenige, die mit den Bemühungen zu tun hat, festzustellen, wie und durch wen die Macht auf den höchsten Ebenen ausgeübt wird. Einem Historiker, der sich in dieses Gebiet der Untersuchung hineinwagt, wird sehr bald zu verstehen gegeben, daß er dies auf eigene Gefahr tut.

Die Probleme mit dem deutschen Vetter

Die neue Weltordnung in ihrer ursprünglichen Verpackung wird in den Vereinigten Staaten immer noch gehandelt. Es gibt immer noch einigen Spielraum in dem Geheimnis der »englischen Idee«. Sie bietet immer nch jenen, die nirgendwo ihr Heil finden können jene letzte »Hoffnung«, die Hoffnung die Quigley dazu anregte sein Buch »Tragedy and Hope« zu schreiben.



Westlichen Luxus gibt es gegen harte Währung nur in besonderen Geschäften, deren Schaufenster blind sind.



Die Sowjetunion hofft heute auf westliche Unternehmen, die der Bevölkerung die Veränderung im System signalisieren sollen.

Wie zu erwarten war, gingen Veränderungen innerhalb des amerikanischen östlichen Establishments mit Veränderungen in der englischen etablierten Macht jenseits des Atlantik einher.

Hier stehen wir wiederum sehr in Quigleys Schuld, der Zugang zu den »Papieren und Geheimaufzeichnungen« des Netzwerks hatte, weil er uns eine Vielfalt von nützlichen und den Tatsachen entsprechenden Informationen zugänglich gemacht hat. Am bedeutsamsten ist, was er uns über die »Spaltung im Zeitraum 1939-40« sagt, als die Erben des Rhodes-Milner-Apparats ihren letzten Kampf um die Kontrolle in der britischen Politik ausfochten.

Bis dato war der Haupteinfluß von seiner ursprünglichen Quelle aus nach Westen geflossen; von nun an floß er in die entgegengesetzte Richtung, und wir brauchen keinen Zweifel darüber zu hegen, daß ein starker Einfluß des östlichen Establishments eine Menge damit zu tun hatte, die Spaltung herbeizuführen von der Quigley schreibt.

Das britische politische Szenario der dreißiger Jahre beginnt mit einem englischen Establishment, das in seiner Opposition gegen einen Krieg mit Deutschland fest vereinigt ist, wenn auch aus leicht unterschiedlichen Gründen.

Quigley identifiziert vier Gruppen, aber die Einstufung in Kategorien ist irgendwie willkürlich, da einige Personen fröhlich zwei Gruppen angehören und alle Gruppen trotz ihrer Unterschiede einige Jahre lang zusammenarbeiten. Eine Spaltung zwischen den beiden Hauptgruppen erfolgte laut Quigley in den Jahren 1939-40, »als Leute wie Amery, Lord Halifax und Lord Lothian immer deutsch-freundlicher wurden während die bolschewikenfeindliche Gruppe Chamberlain, Horace Wilson und John Simon versuchte, eine Politik einzuschlagen auf der Grundlage eines erklärten aber unausgefochtenen Krieges gegen Deutschland und eines nicht erklärten aber ausgefochtenen Krieges gegen die Sowjetunion«.

Zwei radikal unterschiedliche »Weltanschauungen«, zwei radikal verschiedene weltweite Ambitionen waren hier beteiligt. Erstens: Die ursprüngliche »englische Idee«, in der ein Platz gefunden werden sollte für den traditionellen Vetter des Engländers, den Deutschen. Und zweitens: Eine Ambition die in den Gehirnen der neuen kosmopolitischen Herren Wurzeln geschlagen hatte, die teilweise durch die bolschewistische Revolution erfüllt wurde, die jetzt äußerst dringend die Vernichtung eines wiederauflebenden Deutschlands erforderlich machte.

In dem Rauch und erstickenden Nebel der damals vorherrschenden Propaganda und Streitigkeiten wären nur wenige in der Lage gewesen, sich von den betreffenden Kräften und anstehenden Fragen ein klares Bild zu machen.

Die Sowjetunion als neues Modell

Mit dem Sturz derjenigen, die immer noch der urspünglichen »englischen Idee« nachhingen, war niemand mehr bereit oder fähig dazu, die Auflösung des britischen Weltreichs, das doch das Fundament des erträumten Himmel auf Erden sein sollte, zu verhindern. Was in jenen Tagen unbemerkt und kommentarlos vorüberging, ist jetzt im Nachhinein klarer zu erkennen: Das britische Empire als Modell und Blaupause für die geplante Weltregierung wurde durch die Sowjetunion abgelöst.

An dieser Stelle in der Geschichte hatte man erwarten sol-

Eine Welt-Regierung

Heimliche Pläne

len, daß der Rhodes Scholarship Trust und jene anderen Organisationen, die von Rhodes und seinen Jüngern ins Leben gerufen wurden, wie das Royal Institute of International Affairs und der United Kingdom Carnegie Trust, sich freiwillig auflösen würden, da es offensichtlich nicht mehr möglich war, die Ziele deretwegen sie gegründet und finanziert worden waren, in die Tat umzusetzen.

Aber wie wir wissen, wurden sie keineswegs aufgelöst. Sie wurden mit Haut und Haaren übernommen, zusammen mit ihrem angesammelten »guten Willen«, ihrem Image von der Achtbarkeit als Establishment, ihrer Geschichte, Idealismus und Mystik – und natürlich ihren Geldern.

Drei Stadien des Kapitalismus

Nachstehender Absatz auf Seite 50 von »Tragedy and Hope« deutet darauf hin, daß Quigley voll und ganz begriffen hatte was geschehen war. Er schreibt:

»Das dritte Stadium des Kapitalismus ist von derart überwältigender Bedeutung in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, und seine Verzweigungen und Einflüsse sind so unterirdisch und sogar geheimnisvoll, daß wir um Verzeihung bitten, wenn wir seiner Organisation und seinen Methoden beträchtliche Aufmerksamkeit widmen.«

Es ist das »unterirdische und sogar geheimnisvolle« dritte Stadium des Kapitalismus, das erforscht werden muß. Was geschah, kann mit wenigen Worten gesagt werden:

Was wir unsere moderne Zivilisation nennen, ist jetzt wenig mehr als ein gigantischer Produktions- und Marketingmechanismus – ein Produkt der durch die Wissenschaft zur Verfügung gestellten Werkzeuge.

Der Steuermechanismus für dies alles ist Geld.



Zum Alltag des Sozialismus gehören Schlangen vor den Geschäften, um die wichtigsten Dinge für das tägliche Leben zu ergattern.

Im ersten Stadium des Kapitalismus ist Geld ganz einfach ein Austauschmedium, ein Mittel zur Vermeidung der Unbequemlichkeit des Tauschhandels. Geld ist dann manchmal selbst ein Handelsartikel von Wert – Eisen, Kupfer, Silber, Gold.

Im zweiten Stadium des Kapialismus, das bis ziemlich früh in diesem Jahrhundert vorherrschte, waren die Eigentümer von Geschäftsunternehmen, auf hervorstechendste Weise repräsentiert durch Namen wie Rockefeller, Carnegie, Krupp, Ford, Astor, Morris, auch die Besitzer des mit der Führung ihrer Geschäfte verbundenen Geldes; das Bankwesen gehörte ihnen ebenfalls.

Im dritten Stadium wird der Kapitalismus der Eigentümer von Geschäftsunternehmen aus der Pionierzeit übergangen und verdrängt von dem Kapitalismus derjenigen, die ausschließlich mit Geld handeln. Die Gewinne, die aus dem Geldhandel zu machen sind, beginnen in großem Ausmaß die durch die Produktion und den Vertrieb von Waren zu machenden Gewinne zu überflügeln.

Die Allianz von Geld und Verstand

Der Kapitalismus in seinem »dritten Stadium« ist jedoch nur einer der beiden Gesichtspunkte bei der angestrebten modernen Weltregierung. Der andere ist der Gesichtspunkt des Verstandes – was in den Köpfen derjenigen vorgeht, auf die man sich verlassen muß, die Pläne und Absichten derjenigen in die Tat umzusetzen, die das Geld besitzen.

Es kann somit gesagt werden, daß die großen Veränderungen die im 20. Jahrhundert eingetreten sind – die viel früher begonnen haben – das Produkt einer Allianz zwischen Geld und Verstand sind; denn nur mit der Einwilligung und Kooperation einer gebildeten Klasse kann Geld in Macht verwandelt werden.
Was in den Köpfen der Völker des Westens während dieses Jahrhunderts vorgegangen ist, hat daher ebensoviel zur Macht derer die herrschen beigetragen wie der Besitz und die Kontrolle über das meiste Geld. Dies ist keine Situation von der irgendjemand behaupten könnte, er habe sie geplant. Es war etwas was einfach so geschah, eine der gänzlich unvermeidlichen Konsequenzen der Revolution in der Technik, die im Westen fast alles verändert hat.



Eine Statue von Cecil Rhodes, dem Salon-Sozialisten und Gründer Rhodesiens, mit der Aufschrift »Zu vermieten«.

Politische Entmachtung im Westen kann unter drei Gesichtspunkten betrachtet werden. Erstens: Die neue Technik zog viele der fähigsten Köpfe in ihre Dienste und bot ihnen kreative Betätigungsfelder, die ihre Energien und Aufmerksamkeit monopolisierten. Mit anderen Worten, die besten Köpfe wurden von dem Studium und dem Nachdenken über politische Angelegenheiten abgezogen und ließen das Feld weit offen für geringere Geister.

Zweitens: Die Massen als Verbraucher der Produkte des großen Marktmechanismus wurden eines Großteils ihrer natürlichen Empfänglichkeit für politische Dinge beraubt. »Der Mensch das politische Tier« wurde auf dem Status »Mensch der Verbraucher« erniedrigt. Das Konsumdenken triumphierte über die Politik. Keine Botschaft der politischen Weisung oder Warnung kann die Köpfe derjenigen erreichen, die mit dem Erwerb der Produkte einer technologischen Zivilisation voll und ganz beschäftigt s ind. Die einzigen Botschaften die sie noch hören können, sind solche, die mit rein materiellen Bedürfnissen und Wünschen zu tun haben.

Drittens: Der Triumph der neuen Technik führte zu einer groben Überbewertung der reinen Vernunft, was mit einer entsprechenden Unterbewertung des Gefühls und des Instinkts als Quelle der Führung in menschlichen Dingen einherging.

Tokio übernimmt die Rolle von New York

Was ist die Situation von heute und wie sind die Aussichten? Was bereits geschehen ist, kann leichter umrissen werden, als das was immer noch dabei ist sich zu ereignen. Da das, was geschieht, das Produkt zahlloser Einflüsse und Kräfte ist, die sich fortwährend ändern, von denen einige menschlicher Steuerung unterworfen sind, andere nicht.
Jedoch durch Identifizierung der

Mächte und Einflüsse, die bis zur Stunde am Werke sind, haben wir eine bessere Chance die Dinge in der Gesamtsituation zu verstehen, in der sie geschehen.

Jetzt, wo wir uns dem Ende des 20. Jahrhunderts nähern, erkennen wir einen gewaltigen Veränderungsprozeß, der den Fortschritt der Weltregierungs-Ambition tief beeinflussen könnte.

Das Aus für den Glauben an den Sozialismus

Die Veränderung im Bereich des Geldes besteht aus einer Verlagerung des Schwerpunktes auf die Industrieproduktion aus dem Westen, wo sie ihren Ursprung in der Industriellen Revolution hat, in den Bereich des Stillen Ozeans. Die Vereinigten Staaten, lange Zeit der Führer der Welt auf dem Industrie- und Finanzsektor, sind jetzt ein Hauptschuldnerland. Tokio ist dabei als Finanzhauptstadt der Welt an die Stelle von New York zu treten.

Gleichzeitig mit dem Wiederaufleben im Osten erleben wir den sozialen und politischen Verfall im Westen, wobei dies zum Teil der Preis ist, der für anderthalb Jahrhundert des Imperialismus und des Kolonialismus bezahlt werden muß; aber das meiste ist die Folge einer vorsätzlichen Kampagne der kulturellen Unterwanderung und Vergiftung, die von den angehenden neuen Herren der Welt mit großem Profit betrieben wurde.

Nach allen gegenwärtigen Anzeichen könnte der Westen bald aufhören das Bollwerk des Wohlstands und des Einflusses zu sein, von dem aus es über den größten Teil dieses Jahrhunderts hinweg möglich war, einen Eine-Welt-Imperialismus zu betreiben.

Gleichermaßen bedeutsam und gänzlich unvorhergesehen war die Veränderung, die im Bereich des Verstandes eingetreten ist. Gleichzeitig überall in der Welt, auf beiden Seiten des sogenannten Eisernen Vorhangs und des Bambus-Vorhangs, ist es für die gebildeten Klassen nicht mehr möglich an den Sozialismus als persönliches Glaubensbekenntnis und Programm zur Weltverbesserung zu glauben.

Wir sehen in der Sowjetunion, in Rotchina und in fast allen kommunistischen Ländern welche Umwälzung sich ereignet, wenn eine ganze Führungsklasse, Führungspersönlichkeiten, Bürokraten, Polizei, Armee und alles andere plötzlich aufhören daran zu glauben, was sie tun.

Die Unfähigkeit des Imperialismus

Eine große Idee, die um die Jahrhundertwende von den Gebildeten lauthals als »die Welle der Zukunft« begrüßt wurde, kann jetzt von allen Seiten als Welle der Vergangenheit betrachtet werden. Der Sozialismus, der die politische und wirtschaftliche Blaupause für die ganze Menschheit sein sollte, konnte nicht funktionsfähig gemacht werden, weil er, wie das sprichwörtliche »von der Natur verabscheute Vakuum«, nicht in das Muster der unabwägbaren Realitäten der menschlichen Natur hineinpaßt.

Sogar im kapitalistischen Westen, wo er mit parlamentarischen Mitteln angewendet wird, wie in Großbritannien, mußten seine Werke demontiert werden. Alles, was den gebildeten Klassen verblieben ist, ist ein verschwommener universalistischer, Eine-Welt-Idealismus der von keinerlei Ideen unterstützt wird, wie dies möglicherweise erreicht werden könnte.

Die angestrebte Weltregierung, über die so viel gesagt und geschrieben wurde und die jetzt sogar im amerikanischen Kongreß erwähnt wird, kann vielleicht besser verstanden werden, als etwas, was wir schon seit langem haben, als etwas, was uns in der Zukunft auferlegt werden könnte, etwas, das wenn möglich zu vermeiden ist.

Was es so schwierig macht, dies als Weltregierung zu erkennen, ist die Tatsache, daß die Rolle fast ausschließlich destruktiv war; und wir neigen nicht dazu, das Zerstörerische als Regierungsform zu betrachten.

Was es auch immer ist, und wie wir es zu nennen belieben, dieser Imperialismus des 20. Jahrhunderts, der alle separaten nationalen Imperialismen des 19. Jahrhunderts und davor verschlungen hat und deren Nachfolger ist, hat eine wunderbare Kontinuität der Absicht zur Schau gestellt. Eine der auffälligsten Merkmale dieser Weltregierung, oder wie auch immer wir sie zu nennen belieben, ist ihre offensichtliche Unfähigkeit irgendetwas zu schaffen oder aufzubauen was funktioniert.

Die UdSSR, die der Welt ein Beispiel geben sollte, wird nun vom Verfall bedroht, da alle ihre gefangenen Nationen anfangen für Freiheit und Selbstbestimmung zu kämpfen.

Nur ein massiver Strom von Hilfeleistungen, sowohl in Form von Geld als auch von ausgebildetem Personal verhindert jetzt noch, daß Dutzende von neuen Staaten der dritten Welt in völlige Anarchie und Hungersnot verfallen. Hunderte von Millarden Dollar mußten bereits abgeschrieben werden, ohne daß in einem dieser Länder eine Besserung in Aussicht stünde. Wie lange kann das noch so weitergehen?

Eine Neuentdeckung der Geschichte

Für »diese weltweite Verschwörung«, wie Winston Churchill sie einmal zu nennen wagte, trat die gewaltigste Vergrößerung der Macht mit der Verarmung der amerikanischen »Mehrheit«, der Nachkommen der Menschen, die mit ihrer Energie und Intelligenz Amerika in den Status der wohlhabendsten und mächtigsten Nation der Geschichte erhoben, ein.

Jene, die verstehen möchten, was das Konzept Weltregierung bedeutet, brauchen nur zu wissen, was mit den Vereinigten Staaten von Amerika geschehen ist – wer finanziert die Politik, wer steuert die Massenmedien, wer beherrscht die Institutionen des höheren Bildungswesens und den Buchhandel.

Von fast gleichwertiger Bedeutung war der Sturz, die Verarmung und praktische Auslöschung der traditionsgemäß herrschenden Klasse im zaristischen Rußland. Dort scheint jedoch ein gewaltiges machtpolitisches Tauwetter eingesetzt zu haben; und die Lage in der heutigen Sowjetunion unterscheidet sich sehr von dem, was jene westlichen Banker, die die bolschewistische Revolution finanzierten, zuversichtlich erwarteten.

Es gibt nämlich zweifellos in der Sowjetunion von heute mehr Freiheit der Meinungsäußerung als in den meisten westlichen Ländern, wo eine unsichtbare und verborgene Zensur ebenso wirksam ist, wie irgendeine andere, die vom KGB und seinen Vorgängern auferlegt wurde.

Das Ende einer Illusion

Die Frage wird oft gestellt, wie und wieso es möglich war, daß die Menschen im Westen so wenig auf die wiederholten Warnungen vor einer Verschwörung zur bildung einer Weltregierung regiert haben, die die Welt wieder einmal in ein langes dunkles Zeitalter stürzen könnte.

Ein Teil der Antwort auf diese Frage, dessen können wir sicher sein, besteht darin, daß alle Völker des Westens sich in einer noch nie dagewesenen Fülle der Produktion und der Wohlstandsbeschaffung verfangen haben, die durch moderne Wissenschaft und Technologie ermöglicht wurde – und die neue Möglichkeiten zur Ausbeutung der Mängel in der menschlichen Natur eröffnet.

Ein weiterer und viel tiefschürfender Teil der Erklärung könnte vielleicht aus einem zeitlosen Zitat Shakespeares gewonnen werden: »By an instinct divine, men's minds mistrust ensuing danger« (»Durch göttlichen Naturtrieb mißtrauen die Gedanken des Menschen der bevorstehenden Gefahr«).

Mit anderen Worten: Wir müssen durch Erfahrung klug werden, weil Erfahrung der Tumult, manchmal sogar das Chaos ist, aus dem jede wirkliche Erneuerung und Fortschritt geboren werden. Und es bedurfte augenscheinlich der allerschmerzlichsten Erfahrung, die Millionen der Gebildeten davon zu überzeugen, das der Verstand mit seinen Kräften der Vernunft im Lebensprozeß von streng begrenzter Nützlichkeit ist.

Wir sehen in der Sowjetunion heute deutlicher als irgendwo anders, was das Lernen durch Erfahrung erreichen kann und was passiert, wenn ein beleidigter Instinkt zurückschlägt. □

Die iranische Verbindung

Mehr als drei Jahrzehnte lang haben sich die Führer Israels darum bemüht – oft heimlich – enge Beziehungen zum Iran zu entwikkeln. Ihre Hoffnung bestand darin, daß die mächtige persische Nation als strategisches Gegengewicht zu der möglichen militärischen Bedrohung, die von den grimmigsten arabischen Feinden des zionistischen Staates, Syrien und Irak, ausgeht, dienen könnte. Erstaunlicherweise waren die Israelis von dem kaiserlichen Schah bis zum fanatischen Ayatollah Khomeini und jetzt zu Irans neuem starken Mann, Präsident Hashemi-Rafsanjani, und trotz sich vertiefender religiöser und geopolitischer Differenzen mit dem Judenstaat bei ihren Bemühungen weitgehend erfolgreich.

Durch die ganzen achtziger Jahre hindurch hat der Iran mit seinem islamischen Rivalen Irak Krieg geführt, wetteifernd um militärischen Einfluß auf, wenn nicht sogar um die Beherrschung des Persischen Golfs. Damit hat Iran den Irak fast vollständig in Anspruch genommen – zum Vorteil von Israel.

Und Irans fundamentalistische Regime dienten als Bremse für die politischen Ambitionen ihres gelegentlichen Verbündeten Syrien – wiederum zum Vorteil des zionistischen Staates.

Die fortdauernde iranische Verbindung spiegelte sich kürzlich wieder, als man erfuhr, daß Israel zwei Millionen Barrel iranisches Öl für 36 Millionen Dollar in bar gekauft hatte. Israel braucht kein Öl vom Iran zu kaufen, dessen fanatische Religionsführer öffentlich gelobt haben, Israel feindliche Terroristen und die Vernichtung des Zionismus zu finanzieren. Israels täglicher Bedarf an Öl von 170.000 Barrel kann es leicht auf dem offenen Weltmarkt decken und wird auch gewöhnlich dort gedeckt.

Aber anscheinend ging es bei diesem Handel um mehr als Öl. Israels Verteidigungsspezialisten trafen mit iranischen Regierungsbeamten in der Schweiz zusammen, um über den Verkauf von Ersatzteilen für iranische Waffen, die der Schah von den USA und anderen westlichen Ländern gekauft hatte, zu verhandeln.

Wie bei vergangenen zweifelhaften Abkommen mit den iranischen Fanatikern rechtfertigen die Israelis ihre Aktion, indem sie sagten, es sei im Grund genommen nur ein weiterer Versuch zu einer Waffe-gegen-Geiseln-Vereinbarung zu kommen. Außer dem Kauf von Öl und dem Verkauf von Ersatzteilen, boten die Israelis, wie berichtet wird, den Tausch von Hunderten von libanesischen schiitischen Gefangenen und des entführten Hisbollah-Führers, Scheich Abdel Karim Obeid, gegen israelische Kriegsgefangene und andere westliche Geiseln, die sich im Gewahrsam der proiranischen Radikalen im Libanon befinden, an.

»Das Weiße Haus weiß um diese Initiative«, verlautet aus israelischen Kreisen, »und hat seinen Segen dazu erteilt«.

Das stillschweigende Einverständnis ist klar. Die Bush-Regierung, wie vorher das Weiße Haus unter US-Präsident Ronald Reagan, ist immer noch von dem Geiselproblem besessen und daher weiterhin bereit, riskante Spielchen mit den iranischen Fanatikern zu treiben – auf Betreiben der Israelis. Und die Israelis sind natürlich durchaus dazu bereit, den schwachen Punkt der Amerikaner zu ihrem eigenen Vorteil auszubeuten.

»Die Geisel-Erklärung ist ein Public Relations Manöver«. Aus Kreisen des israelischen Geheimdienstes erfuhren wir: »Der eigentliche Zweck, warum wir uns mit dem Iran befassen, zielt und zielte immer auf den Irak ab. Die israilischen Militärs betrachten den Irak als schwere und langfristige Bedrohung für das staatliche Überleben, und die Politiker sehen ihn als Haupthindernis auf dem Weg zu einem Eretz Ysrael. Wenn man das begriffen hat, versteht man auch die israelische Politik im Nahen Osten.

Nach diesen wohl unterrichteten Kreisen ist der Irak der einzige arabische Staat, der fähig ist, Israels militärische Überlegenheit in der Region herauszufordern. Die Irakis standen kurz davor, Atomwaffen zu entwickeln, als Israel im Juni 1981 ihren Reaktor in der Nähe von Bagdad bombardierte. Und erst kürzlch enthüllten die USA, daß ihre Aufklärungssatelliten der Nachrichtendienste festgestellt haben, daß Irak ballistische Mittelstreckenraketen ausprobiert hat, die gegen Israel eingesetzt werden können.

»Wer sagt denn, daß die Irakis nicht in der Lage gewesen seien, auch Atomsprengköpfe herzustellen«, fragten die israelischen Informanten. »Es ist schon acht Jahre her, daß ihr Reaktor bombardiert wurde.«

Diese Kreise glauben, daß Iraks kürzlicher Raketenversuch und seine schon früher demonstrierte Atomkapazität Anzeichen für seine Entschlossenheit sind, eine strategische gegenseitig abgesicherte Zerstörungsparität mit Israel zu erzielen. Dies wird wiederum die militärische Überlegenheit des zionistischen Staates durch Ausgleich seines Vorteils der nuklearen Abschreckung zunichte machen.

»Irak ist die einzige wirkliche Bedrohung, und Iran ist der Schlüssel, um dieser Bedrohung entgegenzuwirken«, verlautet aus diesen israelischen Kreisen. »Syrien ist nur ein geeignetes Schreckgespenst, auf das die Militärs gerne verweisen, um allgemeine Angst zu verbreiten. Aber die Politiker wissen das besser. Sie sind dabei mit den Syriern im Libanon zu verhandeln.«

Diese Kreise bedauern das Ende des Krieges zwischen Irak und Iran, der acht Jahre lang, von 1980 bis 1988, tobte. In dieser Zeit war Israel eine ständige Lieferquelle für Waffen an den Iran, indem es Ersatzteile und vertragliche Ausrüstung für das westliche Waffengerät lieferte. Die Vereinbarung bot den Israelis auch die Gelegenheit, die USA mit hineinzuziehen, indem sie die Reagan-Regierung mit Tricks zu dem verhängnisvollen und peinlichen Waffen-gegen-Geiseln-Handel im Jahr 1985 veranlaßten.

»Der Krieg verlieh Israel maximale Manövrierfähigkeit«, heißt es aus dem Mund der israelischen Informanten. »Menachem Begin hätte sich niemals von Ariel Sharon dazu überreden lassen, 1982 in den Libanon einzufallen, wenn sich der Irak nicht im Kriegszustand mit dem Iran befunden hätte.

Aber diese Manövrierfähigkeit ist jetzt weitgehend abgebaut worden, nachdem der Irak von dem iranischen Albatross befreit wurde. Deswegen setzt Sharon darauf, die jordanische Option jetzt voranzutreiben, bevor es zu spät ist. Er will das Westufer annektieren und die Palästinenser nach Jordanien verfrachten, bevor der Irak seine militärische Stärke wieder erlangt hat und sich diesem Schritt widersetzen kann.«

Im Irak gibt es jedoch Anzeichen für eine schnelle militärische und wirtschaftliche Erholung von seinem Krieg mit dem Iran. Gleichzeitig siecht Irans schlimmer angeschlagene Wirtschaft weiterhin dahin. Und die Struktur seiner militärischen Kraft, die bedeutend höhere Verluste hinnehmen mußte, bleibt weiterhin in Unordnung. Daher ist es von ausschlaggebender Bedeutung, daß Israel soviel Hilfe leistet, wie es kann, um das radikale fundamentalistische Regime in Teheran wieder aufleben zu lassen.

»Sie können auf neue israelische Initiativen gegenüber dem Iran schauen«, verlautet aus diesen Nachrichtendienstkreisen, »und Sie können damit rechnen, daß einige davon die USA involvieren.« □

Was ist wirklich zwischen Iran und Israel geschehen?

»Haben Sie sich jemals gefragt, warum die Israelis, die von Anfang an während des Krieges des Iran mit dem Irak Waffen an den Iran geliefert hatten, sich 1985 plötzlich dazu entschlossen, die USA in den Handel einzuweihen, als sie mit dem Waffen-für-Geiseln-Plan in Erscheinung traten?«, fragte ein ehemaliger Mossad-Adgent, der jetzt Waffenhändler in Lateinamerika ist.

Es war eine faszinierende Frage und die Antwort war noch faszi-

nierender. Hier ist die Antwort, so wie wir sie kürzlich erhielten: Nach den Wahlen von 1984 in Israel, die praktisch mit einer Bindung zwischen dem Arbeiter-Block und der Likud-Partei endeten, wurde die Entscheidung getroffen, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden. Nach den Bedingungen der Vereinbarung sollte der Führer der Arbeiter-Partei, Shimon Peres, in den ersten zwei Jahren als Premierminister und in den letzten beiden Jahren der Legislaturperiode als Außenminister dienen. Jitzhak Shamir von der Likud-Partei, der 1983 nach Menachem Begins Rücktritt das Amt des Premierministers übernommen hatte, sollte sich mit Peres die gleichen beiden Posten teilen und dort in umgekehrter Reihenfolge dienen. Alle anderen Regierungsposten wurden gleichmäßig und in ähnlicher Weise zwischen den beiden Parteien aufgeteilt.

Aber in Israel gibt es andere Machtteilungen, die gewöhnlich hinter den Kulissen erfolgen. Shamir, der einst höherer Offizier des Auslandsgeheimdienstes Mossad war, bestand darauf, daß die Likud-Partei die Kontrolle über diesen Dienst behalten müsse. Als Gegenleistung erhielt Peres die Verfügungsgewalt über den Shin Bet, den inländischen Geheimdienst oder Geheimpolizei.

Einer der Gründe, warum Shamir die Kontrolle über den Mossad beibehalten wollte, ist darin zu sehen, daß er wußte, daß Israel in einem ziemlich seltsamen Größenverhältnis Waffen an den Iran lieferte, obwohl dies seinerseits offiziell von der Regierung bestritten wurde. Das Ganze funktionierte so, daß private israelische Waffenhändler bei dem Erwerb von Lizenzen und dem Versand von Waffen nach dem Iran vom Mossad Hilfestellung und Schutz erhielten – als Gegenleistung für einen Prozentsatz an den Profiten.

Mit anderen Worten: Der Mossad erhielt Erlöse aus den Waffengeschäften. Ein Teil des Geldes floß in den Mossad zur Verwendung für dessen Einsätze, und ein Teil floß zur Likud-Partei.

Als Peres erfuhr, was vorging, fühlte er sich verletzt. Es gab keine Möglichkeit für den Arbeiter-Block durch den Shin Bet ebenso zu Geld zu kommen. Daher entschloß er sich 1985 dazu, sich an dem Öl-Pipeline-Plan zu beteiligen, über den die Firma Bechtel Corporation mit dem Irak und Jordanien verhandelte. Aber seine Verhandlungen in dieser Angelegenheit mit dem damaligen amerikanischen Generalstaatsanwalt Edwin Meese und E. Bob Wallach gingen nicht gut aus und die ganze Sache verlief im Sande – was bei allen Beteiligten peinliche Verlegenheit auslöste.

Zu diesem Zeitpunkt entschloß sich Peres dazu, sich und die Arbeiter-Partei mit dem Waffenhandel mit dem Iran vertraut zu machen. Indem er David Kimche und andere Verbündete im Mossad benutzte, wurde dem damaligen CIA-Direktor William Casey und dem Berater für nationale Sicherheit in den USA, Robert McFarlane, eine andere Art von Handel vorgeschlagen. Es handelte sich um Waffenlieferungen an den Iran als Gegenleistung für die amerikanischen Geiseln im Libanon und die Verwendung der Erlöse, um die Contras, die gegen die Sanistas in Micaragua kämpften, zu beliefern. Natürlich sollte für die Israelis ein prozentualer Anteil verbleiben, der zwischen der Arbeiter-Partei und deren Parteiung im Mossag aufzuteilen war.

Alles verlief eine Zeitlang gut, aber die Gruppe um Shamir war schließlich des Eindringens der Arbeiter-Partei in ihren ureigensten Bereich überdrüssig. Sie entsandten einen Mann zu Hashemi-Rafsanjani, der sich mit dem Waffen-für-Geiseln-Handel befaßte, und schreckte diesen davon ab, indem man ihm mitteilte, daß die Amerikaner den Handel früher oder später doch vermasseln würden. Er würde dann bloßgestellt und seine Rivalen im Iran würden seinen Fehlschlag ausbeuten, so daß sich der Ayatollah Khomeinei von ihm abwenden würde.

So geschah es, daß Rafsanjani es ablehnte, mit der McFarlane-Delegation zusammenzutreffen, die im Dezember heimlich nach Teheran flog, um ihm Geschenke darzubieten und mit ihm ein Abkommen bezüglich der Geiseln abzuschließen. Und so geschah es auch, daß Rafsanjani die Geschichte über das Waffen-gegen-Geiseln-Abkommen an das libanesische Nachrichtenmagazin durchsickern ließ. Und durch dieses Leck fiel das ganze Kartenhaus über der Reagan-Regierung zusammen. □

Schwierigkeiten in Jordanien

Die politische Lage in Jordanien wird ständig gespannter und unhaltbarer für König Hussein, dem bemerkenswertesten Überlebenden des Nahen Ostens. Der Kern seiner Unterstützung aus dem Volk heraus – die eingeborenen Araber Jordaniens – schwindet immer mehr dahin im Vergleich zu der schnell wachsenden palästinensischen Bevölkerung, die sich weitgehend aus Flüchtlingen vor der israelischen Besatzung zusammensetzt. Palästinenser umfassen derzeit fast 60 Prozent der Gesamtbevölkerung Jordaniens von etwa 3,5 Millionen

Darüber hinaus wächst der Einfluß des islamischen Fundamentalismus innerhalb des Königreichs. Während der kürzlich stattgefundenen Parlementswahlen wurden fast zwei Drittel der 80 Parlamentssitze von Vertretern islamischer fundamentalistischer Organisationen errungen. In steigendem Maß wetteifern diese militanten Gruppen – deren bedeutendste die fanatische Moslem-Bruderschaft ist – mit der PLO um die Ergebenheit der jordanischen Palästinenser.

Daher, so glauben gut unterrichtete arabische Kreise, heißt es für die Israelis »jetzt oder nie«, um ihre berüchtigte jordanische Auswahlmöglichkeit voranzutreiben, wenn dieser zionistische Staat das Palästinenserproblem jemals zu seinen Gunsten lösen soll.

»Aber«, sagen sie, »die Israelis müssen Hussein die Option erst aufzwingen – wahrscheinlich mit Hilfe der Vereinigten Staaten.«

Sie stellen fest, daß der König in der palästinensischen Situation immer ein zaghafter Spieler war, besonders seit dem Sechs-Tage-Krieg von 1967, als sein Land von Flüchtlingen vom Westufer überflutet wurde. Bis spätestens 1970-71 fühlte sich Hussein weitgehend durch die wachsenden Präsenz der PLO in Jordanien bedroht, um die Guerilla-Organisation gewaltsam zu zerschlagen, und deren Mitglieder des Landes zu verweisen, wodurch die PLO gezwungen wurde, sich im Libanon niederzulassen. Von dort wurde sie 1982 durch die isralische Invasion nach Tunesien vertrieben.

Obwohl Jordanien 1974 von den arabischen Ölstaaten eine jährliche Subvention zuerkannt wurde, dafür, daß es die Flüchtlinge aufgenommen hatte, fühlte sich Hussein in seiner Rolle als Hüter der Palästinenser des Westufers niemals ganz wohl.

Im vergangenen Jahr, als die Intifada einen fieberhaften Höhepunkt erreichte, was die Israelis dazu veranlaßte, die jordanische Option ernsthaft wieder zum Leben zu erwecken, versuchte Hussein sich von dem Palästinenserproblem zurückzuziehen, indem er die rechtlichen und verwaltungsmäßigen Bindungen zur besetzten West Bank durchtrennte. Aber der Versuch des Königs, sich von Israels jordanischer Option zu lösen, könnte zu spät erfolgt sein.

»Der Druck staut sich in Israel rapide auf«, verlautet aus diesen Kreisen, »um das Konzept ›Jordanien ist Palästina‹ voranzutreiben.« Sie zitieren kürzlich erfolgte öffentliche Erklärungen sowohl von Premierminister Jitzhak Shamir als auch von Außenminister Mosche Arens, die für den Gedanken eintreten, man könne die Forderung der Palästinenser nach einer Staatseigenschaft »in Jordanien« erfüllen, und daß es eine »geografische Tatsache« sei, daß Jordanien Palästina sei.

Mehr Unheil verkündend sagte der stellvertretende Außenminister Binyamin Netanyahu vor Mitgliedern der Likud-Partei in der Knesseth, daß sollte Israels derzeitige Friedensinitiative der Erfolg versagt bleiben »und es dadurch notwendig werden nach anderen Auswegen zu suchen, dann wird die Zusammengehörigkeit von Jordaniern und Palästinensern Teil einer endgültigen Lösung sein«.

Um das noch mehr zu betonen, zitierte Netanyahu den Vorsitzenden der PLO Jassir Arafat: »Ich mache zwischen Jordanien und Palästina keinen Unterschied.«

□

Israel

Die Intifada und die israelische Besetzung

Nawal A. Kawar

Der palästinensische Aufstand geht in sein drittes Jahr und kein Ende des Blutvergießens oder der Verwirklichung der palästinensischen Träume von einem Heimatland ist in Sicht. CODE hielt es für zeitgemäß die Ansichten von Nawal A. Kawar, einer amerikanisch-palästinensischen Gelehrtin, über den Ursprung und die Auswirkungen des Aufstandes auf ihr Volk vorzulegen. Ihr nachstehender Bericht beruht auf ihren Erfahrungen während eines kürzlich stattgefundenen sechswöchigen Besuch Jerusalems und des Westufers. Einige der darin enthaltenen Angaben beruhen auf Berichten, die das Database-Projekt über palästinensische Menschenrechte herausgegeben hat.

Jetzt, wo die Intifada, der Palästinenser-Aufstand, seinen zweiten Jahrestag überschreitet, steigt die Zahl der Toten immer höher. Seit dem 31. Oktober 1987 sind 793 Palästinenser durch Gewalteinwirkung umgekommen. Von diesen wurden 576 durch israelische Streitkräfte erschossen; 54 wurden zu Tode geprügelt oder sonst durch Gewalteinwirkung zu Tode gebracht; 82 Todesfälle sind auf das Einatmen von Tränengas zurückzuführen und 81 werden als »indirekte« oder noch zu untersuchende Todesfälle bezeichnet. Unter den mit Tränengas getöteten befanden sich 20 Kleinkinder.

Trotz massiver Gewalt geht die Intifada weiter

Es gab 75.000 schwere Verletzungen, die behandelt werden mußten, 35.000 bis 40.000 Festnahmen, 7100 Fälle von verwaltungsmäßiger Inhaftierung, 400 Festnahmen in der Stadt. 57.000 Bäume wurden entwurzelt und 1169 Wohnungen wurden entweder versiegelt oder in die Luft gesprengt. Trotz der massiven Gewalt und des Ungemachs, das den Palästinensern von den Israelis als Vergeltung für den Aufstand zugefügt wurde, geht die Intifada ohne Abflauen weiter, obwohl sie in gewissem Ausmaß aus den Titelseiten und Abendfernseh-Nachrichten im Westen verschwunden ist.

Was motiviert die Palästinenser dazu, trotz der großen Überlegenheit ihrer Gegner durchzuhalten? Um diese Frage zu beantworten muß zunächst einmal der Ursprung des Aufstandes wie auch sein Ziel betrachtet werden.

Natürliche Reaktion auf Enttäuschung

Die Intifada ist eine natürliche Reaktion auf Enttäuschung der staatenlosen Palästinenser nach 22jähriger Besetzung durch die Israelis und die anscheinende Akzeptanz des die ganze Zeit hindurch aufrechterhaltenen status quo durch die arabischen Staaten und die ganze Welt.

Nach den Teilnehmern am Aufstand richtet sich die Intifada einzig und allein gegen die israelische militärische Besetzung und nicht gegen Israel selbst. Ihr Hauptziel besteht darin, die Besetzung zu beenden, mit der die Israelis hoffen, die nationale Identität der Palästinenser beseitigen zu können. Ihr zweites Ziel ist die Schaffung eines palästinensischen Heimatlandes, die nach dem Rückzug der Israelis vollzogen werden kann.

Unter dem Vorwand der Aufrechterhaltung der Sicherheit, führte Israel eine ganze Welle von Unterdrückungsmaßnahmen und eine Politik durch, die Einschüchterung mit Demütigung miteinander verbindet. Wirtschaftliche Härten werden in den Gebieten durch die Israelis künstlich aufrechterhalten, die eine Vielfalt von hohen Steuern erheben und den Handel zu ihren Gunsten regulieren.

Die von den Israelis angewandte Politik der »eisernen Faust« zur Eindämmung des Aufstandes beinhaltet Demütigung und Belästigung, »Verwaltungshaft« – was ganz einfach Gefängnishaft ohne Prozeß bedeutet –, Wohnungszerstörungen und -versiegelungen, Ausgangssperren, Geldstrafen, grundlose Verhöre, Reisebeschränkungen, ungerechtfertigte Steuern, Schließung von Schulen und Universitäten, Mißhandlungen und Folterungen durch Soldaten und Polizisten, Schließung palästinensischer Organisationen und sozialer Einrichtungen, Massenzensur und Hausdurchsuchungen. Die auf breiter Grundlage beruhende Anwendungen dieser Maßnahmen ließ kaum einen Haushalt von diesen Ungerechtigkeiten unberührt.

Die Intifada ist ein Volksaufstand

In den ersten sechs Wochen des Aufstandes reagierten viele Israelis unsicher auf die Unruhen und weigerten sich, sie als das zu akzeptieren, was sie wirklich waren, nämlich nicht nur eine weitere Welle kurzfristiger Unruhen sondern ein tiefergehender, besser organisierter, unnachgiebiger Volksaufstand. Mit der Herausforderung durch die Massen konfrontiert, reagierten die israelischen Streitkräfte mit uneingeschränkter Abfeuerung von scharfer Munition in die Massen von Demonstranten, bei Beerdigungen und Versammlungen vor Krankenhäusern. Paradoxerweise war Israels anfängliche Härte ein Schlüsselfaktor dafür, daß die ersten Proteste auf einem intensiven Niveau gehalten wurden, als die Palästinenser wütend mit einer fast unaufhörlichen Runde von Demonstrationen, Beerdigungen und Gedenkmärschen reagierten.

Nach einer Reihe von taktischen Maßnahmen zur Niederschlagung des Aufstands, wandten die israelischen Behörden eine umfassende Strategie an, die darauf abzielte, den Aufstand zu zerschlagen. Der Plan beinhaltete zwei Hauptelemente: eine Razzia gegen die gesamte palästinensische Gemeinde und eine Demoralisierungskampagne.

Während die Behörden anfangs zögerten, diese Ausschreitungen zuzugeben, ganz zu schweigen davon, sie in der Öffentlichkeit gutzuheißen, zwang die negative Berichterstattung über die brutale Reaktion in den Medien die Militärbehörden dazu, diese nicht zu vertretende »Eindämmungs«-Politik zu verteidigen.

Verteidigungsminister Jitzhak Rabin proklamierte im Januar 1988 stolz die Anwendung von »Macht, Stärke und Schläge«, und ließ wenige Monate später eine Erklärung folgen, die besagte, daß die Zufügung weiterer Verluste »genau unser Ziel ist«.

Premierminister Jitzhak Shamir machte sich im März 1988 zum Echo dieser Gefühle, als er zynisch erklärte: »Die Mittel zur Niederschlagung des Aufstands sind unbedeutend, die Hauptsache ist das Ziel.«

Die Israelis haben sich angepaßt

Die Israelis haben jetzt anscheinend die Tatsache akzeptiert, daß sie den Aufstand nicht durch uneingeschränkte Anwendung von Gewalt niederschlagen können. Sie handeln derzeit unter der Annahme, daß sich die Lage zu einem Verschleißkrieg entwickelt hat.

»Wir haben uns angepaßt«, sagte Rabin in der Woche vor dem zweiten Jahrestag, als er anerkannte, daß die Intifada sich möglicherweise noch über Jahre hinziehen wird. »Wir können mit dem Abrieb besser fertigwerden als sie.«

Die Wahrheit dieser Feststellung ist jedoch zweifelhaft, da die Pa-

lästinenser ebenso entschlossen sind die Revolte fortzusetzen und die damit verbundenen Leiden zu akzeptieren, um ihre langerstrebten Ziele zu erreichen. Die israelischen Militärstreitkräfte in den besetzten Gebieten haben brutale Methoden angewandt, um die Intifada zu zerschlagen, zum Beispiel diese:

Soziale Unterdrückung: Das Leben von palästinensischen Einwohnern war auf zahllose Weise mit dem Bezirksoffizier der israelischen Zivilverwaltung verbunden. Alle erwachsenen arabischen Einwohner der besetzten Gebiete müssen eine Pilgerfahrt zu jenen Offizieren unternehmen, jedesmal wenn sie einen Aspekt des täglichen Lebens vollziehen. Jede Unterschrift, die sie auf ein Papier setzen sollen – und es gibt viele –, kostet sie Zeit, Demütigung und manchmal exorbitante Gebühren.

Zwischen Mitternacht und Morgen kommen sie

Wohnungszerstörung: Diese Politik, die 1967 eingeführt wurde, wurde während des Aufstands stark beschleunigt. Das Sprengen und Niederwalzen mit Bulldozern von Tausenden von palästinensischen Wohnungen ist die härteste der kollektiven Bestrafungsmaßnahmen der Israelis gegen die ganze Familie derjenigen, denen »Sicherheits-Verbrechen« zur Last gelegt werden. Die Zerstörungen werden plötzlich durchgeführt, um die Schockwirkung auf den Höhepunkt zu bringen, gewöhnlich durch eine Mannschaft von Hunderten von Soldaten, die häufig von jüdischen Siedlern begleitet werden, meistens zwischen der Mitternachtsstunde und der Morgendämmerung.

Über das Dorf wird eine Ausgangssperre verhängt und die einzige Warnung für die Familien, die Ziel solcher Aktionen sind, erfolgt durch Soldaten, die laut gegen die Türen klopfen und Befehle zum Verlassen des Hauses brüllen. Den Bewohnern wird nur Minuten eingeräumt, um das Haus mit dem Hausrat zu räumen, bevor die Sprengsätze eingebracht werden oder die Bulldozer mit ihrer Arbeit beginnen.

Der Inhalt der Wohnung, in der Nähe befindliche Farmgebäude und Tiere, Obstgärten, Weinlauben sowie benachbarte Häuser werden oft durch die Wucht der verwendeten Sprengstoffe, die die Israelis in stark bewohnten Bereichen verwenden, mitvernichtet. In einigen Fällen werden Haustüren oder Zimmertüren zugeschweißt anstatt den ganzen Bau zu vernichten, aber es ist nicht klar, nach welchen Kriterien die Armeekommandeure bei dieser besonderen Bestrafung vorgehen.

Palästinenser leben mit ihren Großfamilien in festen Steingebäuden, die alle über einen Zeitraum von vielen Jahren hinweg mit der Hand errichtet wurden. Mehr als 80 Prozent des Haushaltseinkommens der Einwohner der besetzten Gebiete ist für den Bau von Privathäusern bestimmt. Abgesehen davon, daß ganze Familien obdachlos werden und somit das Flüchtlingsproblem vergrößert wird, stellt die Zerstörung von Häusern eine große emotionelle Härte dar, den Verlust der Früchte von vielen Jahren harter Arbeit und eine überwältigende finanzielle Verwüstung.

Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft

Ausweisung: Seit Ende Januar 1988 wurden 60 Palästinenser mit Gewalt aus den besetzten Gebieten vertrieben. In dem vorangegangenen Zeitraum von drei Jahren gab es 45 Ausweisungen. Der Durchschnitt der 1988 ausgewiesenen Palästinenser ist 31. Fast alle sind verheiratet und haben Kinder. Unter ihnen befinden sich Ärzte, Anwälte, Journalisten, Universitätsprofessoren, Arbeiter und Studenten. Keiner wurde wegen Gewalttätigkeiten angeklagt, sie werden vielmehr einzig und allein wegen ihrer Führungsqualitäten ausgewiesen.

Israelische Geheimdienstbehörden berichteten im Mai 1988, sie hätten eine Liste von weiteren 1200 Palästinensern aufgestellt, die sie gerne ausweisen möchten. Das alles ist Teil des israelischen Plans, den Palästinensern die Staatseigenschaft zu verweigern, indem sie die palästinensische Gesellschaft zerstören.

Haben sie erst einmal die Elite ausgewiesen, eingesperrt oder getötet, fällt die Steuerung der Rebellion in die Hände von radikaleren, gewalttätigen Elementen der Gesellschaft, und harte Maßnahmen, die gegen sie getroffen werden können, werden vermeintlich vor der internationalen Kritik eher vertreten.

Tötungen: Die meisten der Opfer unter den Palästinensern entstanden durch den Gebrauch von Feuerwaffen durch die israelische Armee bei einzelnen Zwischenfällen über einen weiten Bereich, die sich im Verlauf des Aufstandes mit ziemlich konstanter Regelmäßigkeit ereignen. Die Erschießungsopfer sind sowohl jung als alt, männlich oder weiblich, Demonstranten ebenso wie zufällige Augenzeugen und Leute, die den Verletzten helfen wollen. Der jüngste Erschossene war ein dreijähriges Kind; der älteste ein 75jähriger Dorfbewohner am Westufer.

Die unvorstellbare Gewalt der Israelis

Die Zahl der Opfer unter 16 Jahren erhöhte sich in der zweiten Hälfte von 1988 dramatisch als Folge von gelockerten Einschränkungen des Schußwaffengebrauchs durch israelische Soldaten. Der intensive Gebrauch von Schußwaffen, besonders die Verwendung von Hochgeschwindigkeitskugeln, die innerhalb des Körpers explodieren, brachte 1988 8.000 bis 10.000 Menschen in die Krankenhäuser, wo ihre Schußverletzungen behandelt werden mußten. Das immer stärker werdende sichverlassen auf sogenannte »Gummikugeln«, die in Wirklichkeit mit Gummi überzogene Stahlkügelchen sind, führte ebenfalls zu zahlreichen Todesfällen und schweren Verletzungen.

Die Armee nimmt sich manchmal bestimmte Leute als Mordopfer zum Ziel, und dies geschieht am häufigsten bei »Durchsuchungen« in Dörfern. In solchen Fällen sind Jungendliche auf geheimen Verhaftungslisten als »gesuchte Verdächtige« dem Schußwaffengebrauch der Armee ausgesetzt und können nach den Vorschriften der Armee unter dem Vorwand des »Widerstands gegen Festnahme« sofort niedergeschossen werden.

Schläge: Israels Politik der Bestrafung von Palästinensern durch Schläge, die am 19. Januar 1988 von Verteidigungsminister Rabin verkündet wurde, war dazu bestimmt, die internationale Kritik an Israels weitverbreiteter Anwendung von tödlicher Gewalt zu beschwichtigen. Diese Politik des Schlagens wurde eigentlich schon im September 1987 in die Tat umgesetzt, als eine Gruppe von Jungs von 13 bis 16 Jahren auf den Ausschauposten auf einem Dach gebracht und von Soldaten mit Gummiknüppeln, Gewehrschäften und Fäusten brutal geschlagen wurden. Es wurde kein Versuch gemacht die Jungen festzunehmen, man ließ sie einfach tot liegen.

In einem Falle, am 8. Februar 1988, wurden drei junge Männer mit an Bord von Hubschraubern genommen und aus einer Höhe von 45 Metern in einen Hof abgeworfen, wo Jungendliche versammelt waren. Sie wurden dann geschlagen, an Bord eines Autobus gebracht und dann aus dem fahrenden Bus hinausgeworfen.

Frauen werden oft geschlagen, ihre Hände gebrochen und ihre Häuser verwüstet.

Es gibt keine Regeln oder Rechte

Gefängnishaft und Haftverlängerung: Militärbehörden nahmen massive und willkürliche Verhaftungen vor und unterzogen Tausende langer Haftstrafen ohne Prozeß. Die Verhaftungen werden anscheinend auf der Grundlage von politischen, statt Sicherheitsbedürfnissen vorgenommen. Für die Beschuldigten gibt es keine Regeln oder Rechte – es gibt nämlich gewöhnlich überhaupt keine Anklagen – und keine gesetzmäßig festgelegten Verfahrensweisen für Inhaftierungen auf breiter Basis.

Palästinenser wurden aus Wohnungen, Arbeitsplätzen, Straßensperren, von der Straße weg, aus Krankenhausbetten, Moscheen und Kirchen heraus – zu jeder Stunde zusammengetrieben.

Festnahmen wurden sowohl von Soldaten, als auch von zivilen jüdischen Siedlern vorgenommen. Häufig erfolgen Razzien der Armee auf Krankenhäuser, um Schußopfer unter dem Verdacht der Beteiligung am Aufstand festzunehmen.

Israel

Die Intifada und die israelische Besetzung

Die Festnahmen sind so umfassend, daß viele Dorfjugendliche monatelang in den Bergen und Höhlen in der Nähe ihrer Wohnungen kampiert haben, um den nächtlichen Razzien zu entgehen. Aber ihre Familien zahlen oft den Preis dafür, da die Soldaten nicht in der Lage sind die gesuchten Jugendlichen ausfindig zu machen und schlagen oft die Familienmitglieder, nehmen sie fest und halten sie als Geiseln in Gewahrsam.

Folterungen um Geständnisse zu erzwingen

Nach den Bestimmungen der Verwaltungshaft brauchen die israelischen Militärbehörden keine Anklagen vor einem öffentlichen Gericht zu erheben, sondern müssen lediglich einem Militärrichter in den besetzten Gebieten »geheimes« Beweismaterial vorlegen. Häftlinge können bis zu einem Jahr festghalten werden.

Verhör und Folterung: In immer stärkerem Ausmaß, jetzt wo in der Völkergemeinschaft die Kritik an der Verletzung von Häftlingsrechten in Massen, ohne Unterschied immer stärker wird, standen die israelische Regierung und vor allem die Geheimpolizei unter Druck, so viele Palästinenser wie möglich unter formalen Anklagen in den Gefängnissen zu bewahren. Somit gab es eine entsprechende Erhöhung in der Anwendung von Folterungsmethoden um Geständnisse zu erpressen.

Erziehungsmaßnahmen: Die palästinensische Bevölkerung ist demographisch jung; Schulkinder machen ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus. Junge Leute haben die führende Rolle bei Demonstrationen und beim Steinewerfen übernommen. So waren die Erziehungsinstitute in den besetzten Gebieten schweren Repressionen ausgesetzt – besonders schmerzhaft, da die Palästinenser seit jeher ein starkes Gewicht auf die Erziehung ihrer Kinder gelegt haben.
Diese Maßnahmen nahmen die Form von erzwungenen Schließungen an und machten es ungesetzlich für Kinder, Schulen gleich welcher Art, formell oder informell zu besuchen oder für Erwachsene, Gruppen von Kindern zu unterrichten. Das Militär benutzt die Schulen dann als Lager.

Vor dem Aufstand pflegten die Israelis auserwählte Schulen kurzfristig als Bestrafung für Demonstrationen zu schließen oder das Schuljahr hinauszuschieben oder Suspensionen vorzunehmen. Schulen wurden für mehr als ein Jahr ganz geschlossen, bevor Druck seitens des amerikanischen Kongresses die Israelis dazu zwang, sie wieder zu öffnen. Im letzten Jahr waren die Schulen an nur 60 von normalerweise 180 Tagen eines Schuljahres geöffnet.

Durch Hunger zur Unterwerfung

Aber die Universitäten haben am meisten gelitten. Seit Beginn der Intifada sind alle Hochschulen und Universitäten – es gibt deren 20 am Westufer, drei weitere in Jerusalem und im Gazastreifen – geschlossen. Die Israelis behaupten die Schulen wurden geschlossen, weil es Organisationsstellen für Demonstrationen und Aufstände seien, aber ihre Schließung hat, wenn überhaupt etwas, deren Anzahl nur noch erhöht, da sie der Empörung der Palästinenser weiter Nahrung gab und den Kindern und jungen Leuten lange müßige Stunden verschaffte, in denen sie ihrer Frustration freien Lauf lassen konnten.

Außer der brutalen Reaktion des Militärs auf den Palästinenser-Aufstand haben die israelischen Zivilbehörden harte Wirtschaftsmaßnahmen gegen die Palästinenser verhängt, um sie durch Hunger zur Unterwerfung zu zwingen, und um das Fundament der palästinensischen Gesellschaft weiter zu schwächen.

Steuersätze und Eintreibungsbelästigungen eskalierten bis zu einem Punkt, wo viele kleine Ladeninhaber sich dazu entschlossen einfach Schluß zu machen oder ihren Betrieb soweit einzuschränken, daß ihnen nur noch ein bloßes Existenzminimum verblieb, in der Hoffnung den Sturm zu überstehen.

Exportgenehmigungen nach Jordanien und Israel werden abgelehnt bei so wichtigen Artikeln wie Melonen, Gemüse, Weintrauben und Bauziegeln.
Das Herüberschaffen von Geldern wurde stark begrenzt, und wer aus Jordanien zum Westufer kommt darf nicht mehr als 200 jordanische Dinar pro Reisenden mitbringen. Dies hat sehr vielen Familien, die auf Unterhaltsgelder von ihren Verwandten außerhalb des Bereiches angewiesen sind, das Leben sehr erschwert.
Alle Autos mußten unter Zahlung einer zusätzlichen Gebühr – die »Intifada-Steuer« genannt – ihre Kennzeichen ändern.

Strafgelder werden den Eltern wegen Vergehen, die ihre minderjährigen Kinder begehen, auferlegt.

Die Palästinenser setzen auf Untergrundwirtschaft

In einer kürzlich stattgefundenen stichprobenartigen Untersuchung von acht Dörfern wurde der diesen zugefügte kumulative Schaden als Folge dieser Wirtschaftsrepressalien auf 6,5 Millionen Dollar geschätzt. Ironischerweise scheinen die Wirtschaftsrepressalien das Gegenteil von dem zu bewirken, was damit bezweckt werden soll. Die Palästinenser bauen ihre eigene Untergrundwirtschaft auf – völlig unabhängig von Israel –, die als Rahmen für eine staatliche Wirtschaft dienen soll, wenn erst einmal die Souveränität erreicht ist.

Der Verfasser dieses Artikels konnte persönlich nicht umhin, die äußerst gute Zusammenarbeit und Solidarität der Palästinenser in allen Lebensbereichen zu bewundern. Jeder mit einem Beruf, sei es in der Elektronik, in der Zimmerei oder irgend einer anderen Branche zögerte nicht, dem Aufruf eines Nachbarn wegen benötigter Reparaturarbeiten oder Hilfeleistungen zu folgen. Kleine selbstständige Hersteller von Grundnotwendigkeiten wie Zahnpasta oder Seife schossen wie Pilze aus dem Boden. Es gab auch eine Wiedergeburt der Hauswirtschaft. Leute in den Gebieten bauen ihre Nahrungsmittel selbst an, halten selbst Tiere und handeln mit ihnen im bescheidenen Umfang. Sie drücken auch ihre Auslagen auf jede mögliche Weise nach unten und boykottieren israelische Waren. Dies geschieht auf allen Ebenen der Gesellschaft. So hat die Intifada die Kluft zwischen den unterschiedlichen Schichten der palästinensischen Gesellschaft als Ganzes verengt und sie gegen die israelische Besetzung vereint.

Enormer Aderlaß für Israel

Indessen werden die Kosten der Israelis für die Beibehaltung einer derart starken Präsenz auf rund eine Milliarde Dollar pro Jahr geschätzt – ein enormer Aderlaß für Israels bereits in Schwierigkeiten geratene Wirtschaft.

Der Aufstand ist ganz deutlich ein Wettstreit des Willens geworden. Welche Seite wird länger durchhalten als die andere? Es scheint, daß trotz der militärischen Macht und der Hilfsmittel der Israelis die Zeit auf Seiten der Palästinenser ist. Angesichts der fortdauernden Besetzung werden sich die Palästinenser immer einiger in ihrer Entschlossenheit ihre Souveränität zu erreichen.
Aber der Aufstand verlangt in Israel sowohl wirtschaftlich als auch politisch einen hohen Preis. So wie er sich dahinschleppt, werden die Israelis in ihrer Entschlossenheit immer schwächer und sie haben es mit Meinungsunterschieden im Inland und wachsender Isolation in der Weltgemeinschaft zu tun. Druck auf Israel seitens der USA, mit den Palästinensern zu einem Abkommen zu gelangen, wächst auch ständig.
Wenn auch in naher Zukunft noch keine Lösung des Konfliktes in Aussicht steht, den Israelis stehen zwei Lösungen zur Verfügung: Eine besteht darin, die Palästinenser durch Ausrottung oder Ausweisung einfach zu beseitigen. Die andere besteht darin, über eine Einigung zu verhandeln. Die Vereinigten Staaten werden nicht unbeteiligt danebenstehen und zuschauen, wie die erste Auswahlmöglichkeit in die Tat umgesetzt wird, so daß der zweite der einzig mögliche Ausweg sein wird. □

Israel

Plan zur Destabilisierung Jordaniens

Mark Lane

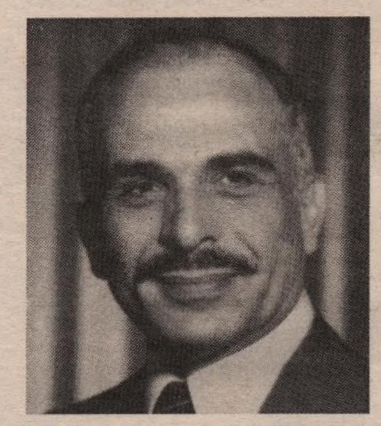
Intriganten verschwören sich um König Hussein zu entmachten. Die berüchtigte »jordanische Option« des israelischen Zionismus, wonach die Palästinenser am Westrufer des Jordans und im Gazastreifen zwangsweise aus ihrem Heimatland nach Jordanien »transferiert werden sollen«, wird insgeheim von extremistischen Mächten im jüdischen Staate wieder zum Leben erweckt, verlautet aus gut unterrichteten Kreisen innerhalb des israelischen Geheimdienstes.

Der Plan verlangt nach einer Absetzung von König Hussein und dessen Ersatz durch eine palästinensische Führung, möglicherweise unter Einschluß von Vertretern der Palästinensischen Befreiungs-Organisation (PLO) – aber ohne den PLO-Vorsitzenden Jassir Arafat. Husseins Beseitigung soll bewerkstelligt werden durch eine Kombination von interner Unterwanderung und Druck von außen, die auf einen Staatsstreich abzielen, der zu »schwerem Blutvergießen führen kann oder nicht«, verlautet aus diesen Quellen.

Die innere Unterwanderung oder Destabilisierung der Hussein-Regierung ist die Aufgabe eines Zweiges des israelischen Geheimdienstes, des Mossad. Unsere Informanten sagen: »Die schrecken vor nichts zurück.«

»Die schrecken vor nichts zurück«

Aber es wird eine »heikle« Sache sein, weil Israel nicht nur Arafat und seine Fatah-Partei – die die Masse der PLO-Mittgliedschaft darstellt – von der zukünftigen Führung Jordaniens ausschließen will, sondern auch alle radikalen Randerscheinungen der PLO, »die den terroristischen Krieg gegen Israel geführt haben«.



König Hussein soll vom Mossad gestürzt werden und in Jordanien ein palästinensisches Regime errichtet werden.

So wird der Trick darin bestehen, einheimische Führungspersönlichkeiten aus der großen palästinensischen Bevölkerung, die in Jordanien lebt, so wie auch aus den Palästinensern im Gazastreifen und Westufer herauszusuchen und in den neuen Staat zu überführen.

»Die Entmachtung Husseins kann leicht genug bewerkstelligt werden«, verlautet aus diesen Quellen. »Aber das Aussuchen und Formen der palästinensischen Führung wird eine sehr schwierige Aufgabe sein. Es kann sein, daß wir militärische Schritte unternehmen müssen um die Dinge voranzutreiben.«

Aus kürzlichen Berichten aus Israel geht hervor, daß tatsächlich über militärische Schritte nachgedacht wird, um die Überführung von Palästinensern nach Jordanien zu erzwingen. Der rechte Flügel der Likud-Partei, angeführt von dem selbsternannten israelischen Caesar Ariel Sharon, hat genau solch einen Plan entwickelt.

Der Plan von Ariel Sharon

Sharons Lager hat seit dem Beginn der Intifada – der Versuch der Palästinenser sich der israelischen militärischen Besetzung zu »entledigen« – an politischen Verbündeten und Unterstützung aus dem Volke heraus gewonnen. Sharon machte kürzlich einen Privatbesuch in den Vereinigten Staaten, um dort bei den Falken der amerikanisch-jüdischen Gemeinde moralische und finanzielle Unterstützung für seinen Plan zu gewinnen.

Dieser Plan schließt die Ausübung von Druck auf den Primierminister Jitzhak Shamir und den Verteidigungsminister von der Arbeiter-Partei Jitzhak Rabin ein, entweder zu kooperieren oder sich damit abzufinden ihre Ämter zu verlieren. Sharon und seine Verbündeten sind davon überzeugt, daß sie über die notwendigen politischen Mittel verfügen, um die derzeitige Likud-Labor-Koalition der nationalen Einheit zu Fall zu bringen.

Sie sind auch davon überzeugt, daß Neuwahlen zum Sieg für ihre extremistischen Kräfte führen werden – im Bündnis mit den religiösen Parteien des rechten Flügels und den schnell zunehmenden und immer palästinenserfeindlicher werdenden Sephardim, oder orientalische Juden, die jetzt bis zu 60 Prozent der jüdischen Bevölkerung Israels ausmachen. Um die aktive Mitarbeit der religiösen Zionisten und der Sephardim zu gewinnen, hat Sharons Clique »ihnen Judea und Samaria (das Westufer) versprochen«, verlautet aus diesen Kreisen.

Notfalls einen Krieg riskieren

Wie berichtet ruft der Sharon-Plan auch den radikalen amerikanischen Rabbi Meir Kahane und seine extremistische Kach-Bewegung dazu auf, in Abstimmung mit den religiösen Extremisten der jüdischen Siedlungen am Westufer Konfrontationen mit den Palästinensern zu erzwingen, die ein militärisches Einschreiten erforderlich machen.

Gleichzeitig wird der Shin Bet, Israels interner Sicherheitsdienst, versuchen, insgeheim zu Gewalttätigkeiten – einschließlich des Gebrauchs von Waffen – seitens der palästinensischen Demonstranten aufzustacheln, um dadurch zu weiteren militärischen Aktionen in den besetzten Gebieten herauszufordern.

Die Gewalttätigkeiten und das Blutvergießen, das die Sharon-Clique in den kommenden Monaten anzufachen hofft, soll sowohl die Leidenschaften der israelischen Öffentlichkeit anfeuern als auch jene Atmosphäre erzeugen, in der ein Überführungsprogramm durchgeführt werden kann. Um eine völlige und dauerhafte Beherrschung der West Bank und des Gazastreifens zu erreichen, muß Israel die Palästinenser von ihrem Land vertreiben und – für Hunderttausende auf diese Weise geschaffene Flüchtlinge – ein Land zur Verfügung haben, das sie aufnimmt. Aber Jordanien und König Hussein sind nicht bereit von einer neuen Welle palästinensischer Flüchtlinge überflutet zu werden, wie damals nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 als der Gazastreifen und das Westufer des Jordans von der iraelischen Armee überrannt wurden.

So glauben die Intriganten, daß sie mit ihren Aktionen auch für einen Krieg, falls notwendig, mit Jordanien vorbereitet sein müssen, um die Übersiedlung der Palästinenser zu erzwingen. Wenn der Mossad Hussein nicht stürzen und in Jordanien ein palästinensisches Regime errichten kann, »dann wird das Militär es tun«, sagen unsere Informanten.

Die Palästinenser als Nation vernichten

Wenn dies auch zur Zeit noch für einige Beobachter des Nahen Osten weit hergeholt zu sein scheint, so weisen unsere Informanten sofort darauf hin, daß Israel schon zweimal so weit gegan-

Israel

Plan zur Destabilisierung Jordaniens

gen ist, um sein Palästinenser-Problem zu lösen. 1976 stachelte der Mossad die PLO und die palästinensischen Flüchtlinge in Jordanien dazu auf, gegen Hussein zu revoltieren. Dieser reagierte mit brutaler militärischer Macht, um den Aufstand zu zerschlagen und die PLO aus seinem Land zu vertreiben.

Wie berichtet wird, trug Sharon damals wesentlich dazu bei, das verdeckte Aktionsprogramm des Mossad zu fördern. 1982 plante und führte Sharon als Verteidigungsminister – mit Wissen und Billigung der Reagan-Regierung – die Invasion in den Libanon durch, um die PLO, die sich dort nach ihrer Ausweisung aus Jordanien neu festgesetzt hatte, zu vernichten.

»Es stand stets auf der verborgenen Tagesordnung Israels, die Palästinenser als Nation zu vernichten, um Eretz Yisrael (Großisrael) für das jüdische Volk zu sichern«, sagt ein ehemaliger Offizier des Mossad. »Aber da ein direkter Völkermord niemals wirklich durchführbar war, wurde die Übersiedlung zum feststehenden politischen Ziel. Frühere Versuche dies zu erreichen hatten nur begrenzten Erfolg, aber immerhin Erfolg. Jetzt ist die Situation reif um die Mission zuendezuführen.

Hussein hängt an einem Faden. Syrien und Irak sind mit ihren eigenen Problemen vollauf beschäftigt. Ebenfalls der Iran. Die übrigen arabischen Staaten, einschließlich Ägypten, werden es nicht wagen einzugreifen. Und was die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion betrifft, so werden sie, glauben wir, die Hände ringen und laut lamentieren, aber auch sie werden es nicht riskieren, sich in einen neuen Schlamassel im Nahen Osten hineinziehen zu lassen.«

Innerhalb dieses Rahmens, verlautet aus dieser Quelle, stellte die PLO schon immer ein besonderes Problem dar, das in den letzten zwei Jahren – und besonders seitdem »Arafat ein Diplomat, ein potentieller Staatsmann geworden ist« – sehr viel schlimmer geworden ist. Da sie bei dem palästinensischen Widerstand gegen den israelischen Expansionismus die Führung stellt, ist die PLO zu einem viel größeren Dilema geworden, als sie es seinerzeit war, als sie sich noch auf verzweifelte Handlungen des Terrorismus beschränken mußte. Jetzt müssen die PLO und Arafat vom palästinensischen »Körper« »enthauptet« werden – wenn die neue jordanische Option erfolgreich sein soll. »Das wird eine weitere Aufgabe für den Mossad sein.«

Eine schwere Aufgabe für den Mossad

Der Sharon-Plan zur Umwandlung Jordaniens in einen richtigen Palästinenserstaat und Sammelplatz für rebellische Bürger am Westufer und im Gazastreifen stimmt mit Israel schon vor langer Zeit verkündeten Überzeugung überein, daß Jordanien Palästina ist. Nach dieser Ansicht würde ein Land-für-Frieden-Abkommen mit den revoltierenden Palästinensern in Judea und Samaria nicht nur einen »zweiten« Palästinenserstaat schaffen, es wäre auch eine Verleugnung des liebgewordenen Konzeptes eines Eretz Yirael.

Aber um diesen unmöglichen zionistischen Traum zu erfüllen sind zwei Bevölkerungsverschiebungen erforderlich, die alle Pläne nicht zustandebringen können. Erstens, müssen die Palästinenser zwangsweise aus ihrem Land nach Jordanien vertrieben werden, und zweitens, müssen Juden gefunden werden und angeheuert werden um das freigewordene Land zu übernehmen. Selbst wenn die Israelis einen Weg finden würden ihre Palästinenser loszuwerden, haben sie wenig Hoffnung, genug Juden zu finden um die verlassenen Gebiete neu zu bevölkern.

Somit scheint der Sharon-Plan zum Scheitern verurteilt zu sein. Der Komplott könnte in die Geschichte eingehen als lediglich ein weiterer blindwütiger zionistischer Plan, der nur deswegen gescheitert ist, weil ihnen die Hilfsmittel, nicht der Wille, fehlte, ihn auszuführen. □

Zionismus

Das fehlgeschlagene Experiment

Victor Marchetti

Um das zionostische sozialistische Experiment zu verstehen, muß man sich darüber klar sein, daß die Histadrut, Israels Gewerkschaftsföderation, ein Staat innerhalb des Staates ist, und daß sie traditionsgemäß die israelische Regierung beherrscht hat.

Aber um die Macht und den Einfluß der Histadrut voll zu verstehen, ist eine Analogie der Histadrut erforderlich. Man stelle sich folgendes vor: Die AFL-CIO hat 100 Millionen Mitglieder. Sie betreibt die Hälfte der Krankenhäuser des Landes, und 85 Prozent aller Bürger sind in ihrem Gesundheitsplan eingeschlossen. Sie hat die Aktienmehrheit von General Motors, Bechtel und anderer Giganten unter den amerikanischen Industriegesellschaften. Ihr gehört der Verlag Simons & Schuster und die »Washington Post«. Sie beherrscht und leitet aktiv etwa die Hälfte der Mannschaften der großen Baseball-Ligen und besitzt eine ebenso große Anzahl von Konzessionen der National Football League und National Basketball Association. Ihr gehört die Chase Manhattan Bank. Der Leiter der AFL-CIO, der Vorsitzende der Chase Manhattan Bank und der amerikanische Finanzminister sind gleichzeitig hochstehende Senatsmitglieder der Demokraten.

Enorme Macht und tiefe Widersprüche

Jetzt bekommmen Sie vielleicht langsam eine Vorstellung von der enormen Macht und den tiefgehenden Widersprüchen, die die Histadrut im wirtschaftlichen und politischen Leben Israels darstellt. Und vielleicht fangen Sie an zu verstehen, warum die Milliarden Dollar an jährlicher Hilfeleistung an Israel für das überleben des zionistischen Staates so wichtig sind.

Wenn bei den von der Histadrut bevorzugten Titeln wie Generalsekretär, Arbeiter-Bank und Arbeiterräte die Sowjetunion von 1920 heraufbeschworen wird, dann ist das kein Zufall. Der Histadrut wurde 1920 von der Vorgängerorganisation der modernen Arbeiter-Partei gegründet. Die Führer jener Organisation waren Mitglieder der sogenannten Zweiten Aliyah, die aus idealistischen und hoch ideologischen russischen Juden bestand, die im Kielwasser des fehlgeschlagenen sozialistischen Aufstands von 1905 das zaristische Rußland verlassen hatten und nach Palästina gegangen waren.

Eine utopische Ordnung für die Juden

Viele glaubten fest an einen orthodoxen Marxismus, verschmolzen mit dem Ideal einer jüdischen nationalen Renaissence. Für sie handelte es sich beim Zionismus nicht nur um jüdisch-nationale Identität und Freiheit von Verfolgung. Es war auch, was vielleicht noch wichtiger war, eine Chance zur Errichtung einer utopischen neuen Ordnung und zur Revolutionierung der Wirtschaftsstruktur des jüdischen Volkes.

Ihre berühmteste und charakteristischste Schöpfung war der Kibbutz, oder kollektive Siedlung. Das letzte Ziel dieser Ideologen war es nämlich, in Palästina einen riesigen nationalen Kibbutz zu schaffen. Gegner der frühen Führung wiesen diese Vision keineswegs zurück, sondern argumentierten nur dahingehend, daß

ihre Verwirklichung stufenweise erfolgen sollte, je nach Notwendigkeit und Durchführbarkeit. In diesem Geiste wurden die Histadrut und die Arbeiter-Partei ins Leben gerufen.

Obwohl die Ideologen der Zweiten Aliyah nur eine kleine Gruppe waren, führte ihr Eifer und Organisationstalent zu ihrer schnellen politischen Dominanz über die meisten Organe der Macht innerhalb des vorisraelischen Palästinas. Die fast völlige Beherrschung der politischen Szene durch die sozialistischen Zionisten endete nämlich erst, als Menachem Begin und die Likud-Partei, Erben der geheimnisvolleren revisionistischen Zionisten 1977 durch Wahl zur Macht kamen.

Die Hegemonie der Arbeiterbewegung

Aus Rußland kommend, brachten die Mitglieder der Zweiten Aliyah nicht nur die Grundsätze des revolutionären Kommunismus, sondern auch die Erfahrung des zaristischen Absolutismus mit sich. Unter dem Zar waren sowohl die Politik als auch die Wirtschaft völlig unter der zentralisierten Gewalt der Regierung. Die russische politische Kultur, selbst die der revolutionären Parteien, stellten in ihrer Struktur auch den Absolutismus zur Schau, und die Macht war an der Spitze konzentriert. Die gleiche Struktur wurde in den in Palästina von den russisch-jüdischen Zionisten gegründeten jüdischen politischen Organisationen kopiert.

Die Verwendung von Histadrut-Organisationen, so wie jene, die für Arbeitsbeschaffung und das Gesundheitswesen zuständig waren, zur Festigung der politischen Macht war das zentrale Instrument der zionistischen Strategie zur Erreichung der politischen Herrschaft. Wie der Histadrut-Führer Ben Gurion 1928 erklärte: »Ich glaube an die Hegemonie der Arbeiterbewegung im Zionismus«.

So war zum Beispiel die Landbesiedlung ein zentraler Grundsatz des Zionismus. Und die Kibbutz-Bewegung, ein bedeutender Bestandteil der Labor Economy (Arbeiter-Wirtschaft), besaß den Idealismus,die Energie und das Engagement die Besiedlungen durchzuführen. So war es nur natürlich, daß die Jewish Agency – angeführt von Ben Gurion und beherrscht von der Arbeiter-Partei – die Kibbutz-Siedlungen finanzieren würde. Und wenn die gleichen Kibbutzim in den Tagen des Anfangs Geld verloren, dann schauten sie sich natürlich nach mehr Geld von den zentralen politischen Körperschaften um, die die Kordel des Geldbeutels in den Händen hielten. Kibbutzim waren nicht darauf aus Geld zu machen. Sie hatten sich zum Aufbau des Landes verpflichtet und fanden es durchaus gerechtfertigt, daß Juden in aller Welt ihre heldenhaften Bemühungen finanziell zu unterstützen hätten.

Untüchtigkeit und Verschwendung

Unter den seinerzeitigen Umständen waren solche Unternehmen wie die Landbesiedlung, der Straßenbau und die Arbeitsbeschaffung für Neueinwanderer nicht nach Maßgabe der wirtschaftlichen Rentabilität zu beurteilen. Und doch, wenn dies auch in den zwanziger und dreißiger Jahren und sogar in den ersten Jahren des unabhängigen Israel, also 60 Jahre den Weg hinunter einen Sinn gehabt haben mag, so hat diese Tradition die Israelis mit Gewohnheiten der Beherrschung der Wirtschaft durch die Partei, des leichten Zugangs zu regierungsseitigen Subventionen und der Abschirmung der Untüchtigkeit und der Verschwendung hinter politischen Erwägungen erfüllt.

Bis 1977 war das symbolische Verhältnis zwischen der Arbeiter-Partei, dem Histadrut und der Regierung vollkommen. Sogar die sieben Jahre der Likud-Regierung von 1977 bis 1984 – vor der derzeitigen Amtszeit der Regierung der nationalen Koalition – reichten nicht aus, um die furchtbare politische Stärke, die die Histadrut ausübt, zu beseitigen.

Das tradionelle System des sozialistischen Zionismus ist in den letzten Jahren schwer angeschlagen worden als Israels Wirtschaft den Anforderungen der modernen Weltwirtschaft nicht gerecht werden konnte. Koor, Israels größtes Industrie-Konglomerat, bemühte über ein Jahr lang verzweifelt seine Gläubiger – und den drohenden Konkurs – abzuwehren. Die Kibbutzim machten in ihrer Struktur und ihrem Zweck traumatische Umwälzungen durch in dem Bemühen, mit der sich veränderten Welt Schritt zu halten. Und die Arbeiter-Partei wurde durch Wahlniederlagen und den Absprung von Wählern stark gebeutelt.

Der saure Geschmack im kollektiven Mund

Die Grundursache für den Niedergang der Arbeiter-Partei liegt im völkischen Problem Israels begründet. Nach höchst allgemeinen – aber immer noch zutreffenden – Begriffen sind Israels niedrige Schichten heute sephardischen Ursprungs, das heißt Juden, die sofort nach der Gründung des Staates im Jahre 1948 aus den arabischen Ländern nach Zion kamen. Heute machen sie 60 Prozent der jüdischen Bevölkerung Israels aus. Unter den extremen Wirtschaftbedingungen, in denen sich das Land seinerzeit befand, konnte das Labor-Establishment nicht viel mehr tun, als sie nach Israel zu bringen und sie so gut möglich war anzusiedeln. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß bei der Absorbierung dieser Leute einige schwerwiegende Fehler gemacht wurden.

Die Erfahrung hinterließ bei der sephardischen Bevölkerung einen sehr sauren Geschmack im kollektiven Mund und lieferte ihr ein offensichtliches Angriffsziel: Histadrut – Arbeiter-Partei. Diese Mitglieder der Arbeiterschaft stellten sich schließlich als Kern der Unterstützung für die Erzrivalin der Arbeiter-Partei, die Likud-Partei, heraus.

Politisch haben Israels sozialistische Standartenträger an zwei Fronten verloren: Ehemalige Anhänger fühlten keine wirtschaftliche Notwendigkeit oder gar geistige Verwandtschaft mit der Histadrut der Aschkenazim (europäische Juden), und diese angeblich »natürlichen« zukünftigen Anhänger versteiften sich später darauf, diese wegen wahrgenommener völkischer Diskriminierung zu bestrafen.

Hinzu kommen noch die schwierigen grundsätzlichen Probleme mit der israelischen Wirtschaft, für die die Arbeiter-Partei – vielleicht ungerechtfertigterweise – die Hauptschuld auf sich nehmen muß. Das Bildungswesen befindet sich in einem chaotischen Zustand, das Gesundheitswesen steht am Rande des Zusammenbruchs, das Beförderungsnetz ist schwer überlastet. Armut ist im Anstieg begriffen, ebenso wie verschwenderischer Wohlstand und Korruption.

Viele haben keine politische Hoffnung

Die Kriminalität steigt ebenfalls und Drogen werden zu einem ernsthaften Problem. Es besteht kein Zweifel darüber, daß das Leben für viele Israelis materiell besser geworden ist. Leider hat es sich jedoch für jene nicht unbeträchtliche Anzahl der Bürger fühlbar verschlechtert. Und für sie besteht heute keine wirkliche politische Hoffnung.

Die Ironie des Ganzen besteht darin, daß die Arbeiter-Partei, die Vertretung der Workers' Economy, die Arbeiter nicht mehr repräsentiert. Die aschkenasischen Juden sind die soziale Leiter hinaufgestiegen. Jetzt sind die Sephardim die Arbeiter, und ihre politische Loyalität gehört der Likud-Partei.

Aber für die israelische Gesellschaft als Ganzes wird es nicht so leicht sein, sich von einer bequemem und vertrauten Philosophie abzuwenden, die so sehr mit ihrer Geschichte verwoben ist. Das Legat der Histadrut durchdringt fast alle Aspekte der israelischen Wirtschaft, aber vor allem, die Arbeits- und Lohnstruktur.

Der Staat löst alle Probleme

Viele Israelis sind an die Bequemlichkeiten der Amtsinnehabung sowie an regelmäßige Beförderungen und automatische Gehaltserhöhungen, die auf einer nationalen politischen Ebene festgelegt werden, gewöhnt.
Vor allem sind sie auch an die Verfügbarkeit einer politischen »Behebung« von Wirtschaftsproblemem gewöhnt – wenn Firmen versagen, dann wird ihnen durch Sicherheitsleistungen aus ihren Schwierigkeiten herausgeholfen; wenn Banken zusammenbrechen, dann wird die Regierung ihre Aktien aufkaufen. □

Revisionismus

Churchill und der Zweite Weltkrieg

Zweiter Teil und Schluß

David Irving

Der britische Historiker David Irving hielt auf der neunten internationalen Konferenz des Institute for Historical Review einen Vortrag zum Thema »Churchill und der Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg«. Irving ist auch Verfasser einer sehr kritischen Biographie über Churchill.

Mitte des Jahres 1940 hatte Winston Churchill den plötzlichen Einfall, 50 Zerstörer, Schiffe aus dem Ersten Weltkrieg die völlig nutzlos waren, von den Vereinigten Staaten zu kaufen und sie gegen wertvollen Landbesitz des britischen Empire einzutauschen. Er gab den Vereinigten Staaten Teile der karibischen Inseln, die englische Kolonien waren, Teile von Neufundland und Teile von British Guinea, als Gegenleistung für 50 Zerstörer, die in der Tat so nutzlos waren, daß nicht ein einziger von ihnen im Zweiten Weltkrieg eingesetzt werden konnte. Es gab eine einzige Ausnahme: die »Campbelltown«, die sich aber nur noch dazu eignete, mit Dynamit beladen durch den Ärmelkanal geschleppt und im März 1942 in den Schleusen der französischen Werft in St. Nazaire in die Luft gesprengt zu werden.



Der britische Meisterspion Sir William Stephenson (rechts), Deckname »Intrepid«, wird von John M. Shaheen, dem Vorsitzenden des Office of Strategic Services, geehrt.

Mit anderen Worten: Es war kein gutes Geschäft. Adolf Berle, der amerikanische Staatssekretär, schrieb in sein Tagebuch: »Mit einem einzigen Schluck gelang es uns einen großen Teil des britischen Empire in unseren Besitz zu bringen – im Austausch für nichts.« Nämlich jene 50 Zerstörer. Dies war eine der Methoden, die Churchill anwendete, um zu versuchen die Vereinigten Staaten immer näher an den Rand des Krieges zu drängen.

Eine weitere Methode, die er benutzte, war weitaus zynischer. Wie er zu US-Botschafter Kennedy im Juni oder Juli 1940 sagte: »Passen Sie auf, wenn Adolf Hitler anfängt London zu bombardieren und Städte in Großbritannien, die in Boston und Lincoln ihre amerikanischen Gegenstücke haben, dann werdet Ihr Amerikaner hineinkommen müssen, nicht wahr? Ihr könntet doch nicht abseits stehen und zuschauen, wie wir leiden.«

Aber er wußte durch das Entschlüsseln, er wußte durch das Lesen der Signale der deutschen Luftwaffe, die am 26. Mai 1940 entschlüsselt wurden, daß Hitler den Befehl erteilt hatte, daß keine englische Stadt bombardiert werden dürfe. London sollte völlig ausgespart werden. Die Luftwaffe durfte Häfen und Schiffswerften bombardieren, aber keine Städte als solche.

Ein Teil des Empires für nichts

Churchill war darüber sehr betrübt. Er fragte sich, wie lange Hitler es sich noch leisten könne, einen solchen Krieg fortzusetzen.

Wie wir wissen hielt Hitler bis September 1940 durch ohne englische Städte zu bombardieren. Die Sperre blieb in Kraft, und wir können es jetzt den deutschen Archiven entnehmen, und wir wissen aus dem Entschlüsseln der deutschen Signale, daß Churchill Hitlers Befehle an die Luftwaffe las, diese Städte unter keinen Umständen zu bombardieren.

Hier bestand also keine Möglichkeit die Amerikaner auf diese Weise in den Krieg hineinzubekommen, es sei denn, wir konnten Hitler provozieren dies für uns zu tun. Dies war der Grund, warum Churchill am 25. August 1940 an die Royal Airforce den Befehl erteilte Berlin zu bombardieren. Er tat dies obwohl der Oberbefehlshaber des Bomberkorps und der Stabschef der Airforce ihn warnten, daß, falls wir Hitler bombardieren würden, dieser sehr wohl die Sperre für britische Städte aufheben könnte. Und Churchill funkelte nur mit den Augen. Denn genau das wollte er natürlich.

Churchill befahl Berlin zu bombardieren

An jenem Morgen um 9 Uhr 15 rief er persönlich den Kommandeur des Bomberkorps an und befahl ihm Berlin zu bombardieren, 100 Bombenflugzeuge starten zu lassen. Sie flogen los und bombardierten Berlin in jener Nacht, und Hitler tat immer noch nichts. Dann orderte Churchill noch einen Angriff auf Berlin an und so ging es in den darauffolgenden sieben oder zehn Tagen weiter, und schließlich, am 4. September, verlor Hitler die Geduld und hielt seine berühmte Rede im Berliner Sportpalast, in der er sagte: »Dieser Wahnsinnige hat Berlin nun siebenmal bombardiert. Wenn er jetzt Berlin noch einmal bombardiert, dann werde ich ihre Städte nicht nur angreifen. Ich werden ihre Städte ausradieren!«

Eine sehr berühmte Rede. Natürlich werden deutsche Schulkinder über die Hitler-Rede belehrt, aber nicht darüber, was ihr vorausging. Es wird ihnen nicht geschildert, wie Churchill es vorsätzlich darauf anlegte die Bombardierung seiner eigenen Hauptstadt zu provozieren.

Und am folgenden Tage befahl Churchill noch einmal, Berlin anzugreifen. Und jetzt begannen die Deutschen natürlich damit die Werften in London, das Londoner East End, schließlich die City of London und das West End am 6. und 7. November zu bombardieren. Im September 1940 wurden als Folge der vorsätzlichen Provokation durch Churchill 7000 Londoner getötet.
Die Akten liegen vor, das Archiv ist vorhanden. Kein Wunder, daß Harold Macmillan mein Buch mit diesen Tatsachen nicht veröffentlichen wollte.

Die Amerikaner traten immer noch nicht in den Krieg ein. Kennedy war immer noch der US-Botschafter. Churchill setzte Himmel und Hölle im Bewe-

gung, um ihn von seinem Posten zu entfernen und in die Vereinigten Staaten zurückrufen zu lassen. Sehen Sie, Churchill hat schon vom Ausbruch des Krieges an insgeheim mit Roosevelt zusammengearbeitet. Wir müssen nämlich sagen, daß, obwohl aus diesen Telegrammen von Oktober 1939 an hervorgeht, daß Churchill insgeheim mit Roosevelt kooperierte, wir uns fragen müssen, was zwischen diesen beiden Männern privat vor sich ging, und zwar schon vor dem Austausch von Telegrammen. Ich persönlich glaube, daß geheime Abgesandte zwischen diesen beiden Männern hin- und herreisten.

Geheime Kontakte mit Roosevelt

Wir wissen, daß Roosevelt den Richter Felix Frankfurter, einen seiner engsten Freunde und Berater, nach Großbritannien entsandte. Wir wissen, daß Frankfurter herüberkam, und wir kennen den Rat, den er Churchill gab, und das war schon vor dem Kriege. Wir wissen, daß Churchill häufig seine eigenen intimen Freunde zu Roosevelt schickte. Und was noch bedeutsamer ist, wir wissen, daß, obwohl Churchill damals nur Minister, nicht einmal Premierminister, nur der Erste Seelord, der Marineminister war, Roosevelt häufig mit ihm telefonierte.

Ehrlich gesagt, ich weiß nicht, warum Neville Chamberlain als Premierminister sich das gefallen ließ, daß der amerikanische Präsident, der Staatschef einer neutralen Macht, über den Kopf des Premierministers hinwegging, hinter seinem Rücken, hinter dem Rücken seines eigenen Kabinetts, in Telefongesprächen zur Kriegszeit mit einem Minister, einem untergeordneten Minister, einem ehrgeizigen untergeordneten Minister in der Gestalt von Winston Churchill konferierte. Vielleicht weil Chamberlain das Telefon anzapfte und einem Teufel, den er kannte, einem Teufel, den er nicht kannte, den Vorzug gab.

Leider befinden sich diese Telefongespräche zwischen Churchill und Roosevelt, die natürlich noch lange nachdem Churchill Premierminister geworden war fortgesetzt wurden, nicht im Archiv. Ich habe nichts unversucht gelassen, um die Niederschriften jener Telefongespräche zu finden, weil hier die beiden Männer mit eigenem Mund und Ohren über das Telefonnetz miteinander sprechen. Nicht über Ausschüsse, nicht über Telegramme, die von Staatssekretären aufgesetzt werden, und so weiter, sondern sie konferierten, konspirierten und kooperierten geheim miteinander.



Der britische Geheimdienst nahm auf einer deutschen Karte territoriale Veränderungen vor, die dann dem US-Präsidenten Roosevelt vorgelegt wurde.

Akten auf ewige Zeiten unter Verschluß

In den Vereinigten Staaten wurden diese Telefongespräche vom Marineministerium zensiert und abgefangen. Es war Aufgabe der Navy, die Zensur der telefonischen und telegrafischen Kommunikationen in den Vereinigten Staaten durchzuführen. Und leider befahl Harry Truman – kein großer Staatsmann, Gott segne ihn, zu seiner besten Zeit – nach Ende des Zweiten Weltkriegs, daß die Akten der Zensurstelle auf ewige Zeiten unter Verschluß gehalten werden sollen.

Wenn sich die Niederschriften jener Telefongespräche in diesen Akten befinden, dann werden wir nie erfahren, was diese beiden Männer miteinander besprochen haben. Aber wir müssen wissen, was sie zueinander gesagt haben.

In Großbritannien sind leider Gottes keine Aufzeichnungen freigegeben worden. Ich finde es unvorstellbar, daß da nicht irgendwo an jedem Ende der Telefonleitung eine Stenotypistin saß, die niederschrieb, was diese beiden Männer sagten.

Es besteht überhaupt kein Zweifel darüber, daß sie ihre Hauptarbeit am Telefon erledigten. Als Rudolf Hess 1941 seinen fehlgeleiteten Flug nach Schottland unternahm und Churchill ihn als Geheimgefangenen des britischen Secret Service hinter Schloß und Riegel verwahrte, wollte Roosevelt unbedingt erfahren, was in Großbritannien vorging und wollte einige Spezialpropagandafilme über Hess drehen lassen.

Schließlich schrieb einer aus Roosevelts privatem Mitarbeiterstab ihm eine Denkschrift, die ich für höchst bedeutungsvoll halte. In dieser Denkschrift heißt es: »Ich glaube es ist Zeit für ein Telefonat« (I think it's time for a telephone job). Ein Telefonat! Als ob dies eine Art Schlüsselbegriff – ein Erkennungswort – innerhalb des Weißen Hauses war.

Wichtig sind die Niederschriften der Telefongespräche

In der Denkschrift heißt es weiter: »Dies ist keine Arbeit die wir über die üblichen Kanäle im Außenministerium erledigen können – es muß durch ein Telefonat geschehen«. Ich glaube, dies sind die Kanäle nach denen Historiker suchen sollten, wenn sie etwas mehr über das erfahren wollen, was Pearl Harbor vorausging. Sie müssen an die Niederschriften jener Telefongespräche herankommen.

Da ist eine wichtige Kabinettssitzung am 7. November 1941, eine Kabinettssitzung auf die in Henry Stimsons Tagebuch und im Privattagebuch von Claude Wikkard, seltsamerweise des Landwirtschaftsministers, Bezug genommen wird. Man sollte nicht meinen, militärische Geheimnisse ausgerechnet im Tagebuch des Landwirtschaftsministers zu finden, aber das ist genau die Stelle, wo ich nachschaue.

Ich erinnere mich daran, daß ich im Archiv neben Arthur Schlesinger, dem berühmten Verfasser eines Buches über Roosevelt, saß, und ich machte ihn auf diese Wikkard-Tagebücher, handgeschriebene Tagebücher über Roosevelts Kabinettssitzungen, die offiziell nirgendwo anders aufgezeichnet sind, aufmerksam. Schlesinger riß vor Staunen den Mund auf und sagte: »Jeez, I didn't know there were these things« (»Jesus! Ich wußte nicht, daß es diese Dinge gibt«).

Revisionismus

Churchill und der Zweite Weltkrieg

Am 7. November 1941 hielt Roosevelt eine Kabinettssitzung ab, auf der er mitteilte, daß Churchill ihn ein paar Tage vorher angerufen und einen Präventivangriff auf Japan empfohlen habe. Sehen Sie, jetzt bekommen Sie langsam ein Bild davon wer wen drängt! England versuchte die Vereinigten Staaten irgendwie in den Krieg hineinzuzerren, so oder so! Und die Methoden, die England in den Vorkriegsjahren und in den ersten Jahren des zweiten Weltkriegs anwendeten, um die Vereinigten Staaten hineinzubringen – sind, glaube ich, Methoden, von denen Sie niemals auch nur geträumt haben.

Sanktionen gegen Japan

Zunächst einmal waren die Engländer diejenigen, dessen bin ich mir sicher – in einem Telefongespräch zwischen Churchill und Roosevelt am Abend vom 24. auf den 25. Juli 1941 – die Roosevelt dazu überredeten, den verhängnisvollen Schritt zu tun: Sanktionen gegen Japan zu verhängen, Sanktionen, wodurch Japan kein Öl, keine lebensnotwendigen Rohstoffe mehr bekommen würde, Sanktionen, mit denen Japan an die Wand gedrückt wurde, denn seine Ölvorräte gingen zu Ende.

Für einen Mord um Hilfe gebeten

Japan befand sich im Krieg mit China und hatte keine andere Möglichkeit diesen Krieg weiterzuführen. Es sei denn, Japan selbst würde einen Krieg anfangen, zum Beispiel gegen Niederländisch-Ostindien, wo es das benötigte Öl bekommen könnte. Ich glaube, es war Churchill, der nun diesen Schritt unternahm.

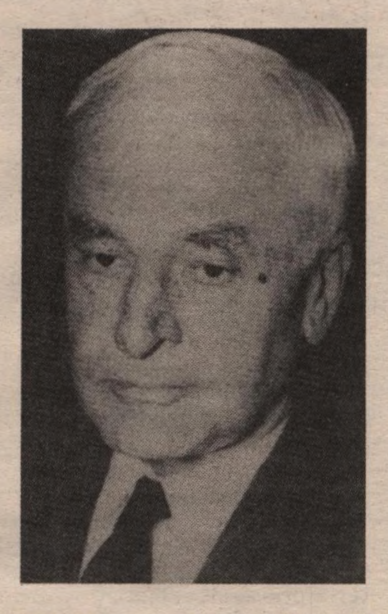
England hatte in der Zeit von 1940 bis 1941 alles getan, was man tun konnte, um die Vereinigten Staaten hineinzuzerren. Die Engländer hatten die amerikanischen Geleitzüge absichtlich den deutschen U-Booten zugeleitet.

Sir William Stephenson, der Mann der »Intrepid« genannt wurde, der Leiter des britischen Secret Service in den Vereinigten Staaten – Sir William Stephenson hatte Roosevelt falsche Dokumente zugespielt über den Nachrichtendienst des OSS, an Wiliam Donovan, Wild Bill (der wilde Willi), den Mann, den wir selbst zum Leiter des amerikanischen Geheimdienstes gemacht haben. Ein außergewöhnlicher Zufall, könnte man glauben. Wir versorgten ihn mit Dokumenten, die er an Roosevelt weiterleiten und die ihm (Roosevelt) beweisen sollten, daß Hitler drauf und dran war, in Südamerika einzufallen.

Zum Beispiel fand ein unglücklicher Major, Elias Del Monte, der bolivianische Militärattaché in Berlin, seine Unterschrift am Fuße eines Briefes, den er an seine Regierung in La Paz geschrieben hatte und in dem er deutsche Pläne zum Einmarsch in Bolivien beschrieb. Glücklicherweise wurde Del Monte sofort nach La Paz zurückberufen, wo er seinen Abschied erhielt und entlassen wurde. Bolivien erklärte Deutschland den Krieg. Und dies alles war die Folge eines Schreibens das die Engländer – der britische Secret Service – gefälscht hatten.

Das kam alles 1972 heraus. Als es herauskam, wurde Del Monte, der noch lebte, mit alle Ehren wieder in sein Amt eingeführt, zum General befördert und es fand zu seinen Ehren eine großartige Parade in La Paz statt. Eine der außergewöhnlichen Episoden des Zweiten Weltkriegs!

Ein britischer Geheimagent täuschte den Gouverneur von Niederländisch-Guyana, so daß dieser glaubte, ein deutscher Bomber treibe sich über ihren Gewässern herum. So erklärte auch dieses Land Deutschland den Krieg. Am 2. August 1941 schickte England gefälschte Dokumente nach Bogotá in denen behauptet wurde, es gebe Pläne, in Bogotá einen Aufstand herbeizuführen. Die Kolumbianer spielten aber nicht mit. 1942 ging England daher einen Schritt weiter. Dies ist nun keine schwache Erinnerung, sondern ist im Archiv des US-Außeniminsteriums verzeichnet. Im Mai 1942 schickt der amerikanische Botschafter in Bogotá ein ziemlich sorgenvolles Telegramm an das amerikanische Außenministerium. Darin heißt es, er sei von seinem britischen Kollegen angesprochen worden, der gesagt habe, daß der Leiter der SIS-Abteilung, Stagg, der zu ihrer Botschaft in Bogotá gehört, von seiner Hauptdienststelle den Befehl erhalten habe, den kolumbianischen Außenminister zu ermorden, und die amerikanische Botschaft um technische Hilfe



US-Außenminister Cordell Hull arbeitete auf das absolute Ende der Beziehungen zu Japan hin.

bei der Ausführung seiner Mission gebeten habe. Sollen wir so verfahren?

Und das US-Außenministerium schrieb sofort zurück: »Sie werden nicht so verfahren! Wir sind absolut gegen diese Art des Vorgehens und wir haben langsam die Nase voll von dem was der britische Secret Service in Südamerika im Schilde führt!«

Dies gab mir Rätsel auf. Ich dachte: War dieser unglückliche kolumbianische Außenminister vielleicht, wie man heute sagen würde, wegen neonazistischer Tätigkeiten bekannt? Glaubte er vielleicht nicht an den Holocaust? Gab es irgendeinen Grund, mit dem seine Erledigung – ich glaube, das ist der moderne Ausdruck – durch den britischen Geheimdienst gerechtfertigt werden konnte?

Die Deutschen sollten belastet werden

Ich machte mir die größte Mühe, um das herauszubekommen. Ich las alle Bücher über Diplomatie, schlug alle Staggs in den Archiven nach und fand einen Louis Stagg, der Ehrenkonsul nach der Art eines Graham Greene in Havanna, Kuba, gewesen war, und der schließlich weiter nach Südamerika versetzt wurde. Er lebte noch putzmunter in Paris. Ich suchte ihn auf, um ihn zu befragen und, ja es stimmte, er hatte die Anweisung bekommen, den kolumbianischen Außenminister zu ermorden.

Roosevelt kannte das ganze Spiel

Daher setzte ich mich mit den kolumbianischen Behörden in Verbindung und bat sie mir eine Kurzbeschreibung dieses Außenministers zu geben. War er vielleicht besonders deutschfreundlich? – »Oh nein, er war England freundlich!«, war die Antwort.

Das Komplott verdichtete sich, warum wollten die Engländer im Mai 1942 einen England freundlichen kolumbianischen Außenminister ermorden?

Die Antwort lautet: Er war ohnehin Ende des Monats fällig, in den Ruhestand zu treten! Und die Schuld für die Ausführung des Mordes sollte den Deutschen angelastet werden! Dies steht alles im Band Zwei meines Buches. Es braucht nicht erwähnt zu werden, daß Macmillan diesen wahrscheinlich auch nicht veröffentlichen wird.

Am Tag der Kriegsmarine (Navy Day), am 27. Oktober 1941, gab Roosevelt eine Erklärung über die Versenkung amerikanischer Schiffe heraus. »Die Geschichte hat verzeichnet wer den ersten Schuß abgefeuert hat«, sagte er. »Hitler hat oft unter Protest erklärt, daß seine Eroberungspläne sich nicht über den Atlantischen Ozean erstrecken. Seine U-Boote und Angriffsbomber beweisen das Gegenteil. Ebenso der gesamte Entwurf seiner neuen Weltordnung.«

»Zum Beispiel«, sagte Roosevelt, »liegt mir eine von Hitlers Regierung in Deutschland – den Planern der Neuen Weltordnung – angefertigte Geheimkarte vor«. Gedruckt von Her Majesty's Stationers Office (Königliche Buchdruckerei) in London.

»Es ist eine Karte von Südamerika und eines Teils von Mittelamerika wie Hitler es gestalten will. Heute befinden sich in diesem kleinen Bereich vierzehn separate Staaten. Die geografischen Experten in Berlin haben jedoch erbarmungslos alle bestehenden Grenzlinien beseitigt und Südamerika in fünf Vasallenstaaten aufgeteilt und damit den ganzen Kontinent unter ihre Herrschaft gebracht. Die Karte verdeutlicht, welche Pläne die Nazis nicht nur gegen Südamerika, sondern gegen die Vereinigten Staaten selbst im Schilde führen.«
Ich muß schon sagen, da ich Engländer bin – wir müssen uns den Verdienst für derartige Dinge anrechnen –, wir haben die Karte gedruckt, wir gaben sie Stephenson, dem Mann der sich »Intrepid« (der Kühne) nannte, der sie an Donovan weitergab, der sie an den OSS weiterleitete, dieser an das Weiße Haus und an den US-Präsidenten, der sie später im Roosevelt-Archiv ablegte, wo sie jetzt in der Roosevelt Library in Hyde Park, New York, zu besichtigen ist. Die echt gefälschte Nazi-Karte, die beweist, daß Hitler plante in Südamerika einzumarschieren.

Als ob Hitler noch nicht genug auf seinem Teller gehabt hätte! Zu einer Zeit, als er außerhalb von Moskau beträchtliche Schwierigkeiten hatte, plante er anscheinend mit linker Hand eine Invasion in Südamerika, um dann hinauf in die USA bis nach Washington zu marschieren.

War Roosevelt so naiv? Die Antwort ist natürlich nein. Er wußte ganz genau, daß ihm dies vom britischen Secret Service zugesteckt worden war. Er versuchte seine eigene Öffentlichkeit so zu verschrecken, daß sie den Krieg wollte.

Die anderen Leute, die bei diesem besonderen Match zu Churchill auf den Tennisplatz kamen, waren die Zionisten. Sie hatten Churchill nämlich seit Kriegsanfang eine Menge Schwierigkeiten bereitet. Sie waren ziemlich unzufrieden, weil sie alles getan hatten, um seinen Aufstieg zur Macht in den dreißiger Jahren zu finanzieren. Aber jetzt, wo er im Amt war, wollte er, wie das so oft geschieht, daß sie verschwinden. Aber das taten sie nicht. Sie gingen immer wieder zu No. 10 Downing Street und verlangten nach einer jüdischen Armee, nach einem Arsenal von Kriegsmaterial in Palästina, und drohten eine Menge Schwierigkeiten an, wenn er sich ihren Plänen nicht anschließen würde.



Zu der schrecklichen Bilanz von Pearl Harbor gehörte der amerikanische Zerstörer »Downes«.

Churchill wollte den Zionisten nicht helfen

Für Churchill gab es jedoch keine andere Möglichkeit, als sie zeitweilig zu ignorieren. Es gab eine steigende Welle judenfeindlicher Gefühle in Großbritannien die ganzen ersten Kriegsjahre hindurch. Man findet das natürlich nicht in den veröffentlichten Geschichtsbüchern, aber in den Archiven: in den Akten der Briefzensur in Großbritannien, in den Akten des Innenministeriums, des Home Secretary. Darin ist sehr viel über die Probleme zu lesen, die durch die judenfeindlichen Gefühle aufgeworfen wurden. Niemand an veranwortlicher Stelle konnte achtlos über diese Welle der judenfeindlichen Stimmung in Großbritannien hinweggehen. Ich habe darüber in Band Zwei geschrieben.

Der Stereotyp des faulen, verschlagenen, gewinnsüchtigen Juden findet sich in den privaten Aufzeichnungen vieler Regierungsbeamter, darunter Anthony Eden, wieder. Zum Teil war dies das Nachecho von Hitlers Propaganda, zum Teil die unabhängige Auffassung der einheimischen Briten selbst, die die mittellosen Einwanderer aus Europa ankommen und zu schnellem Wohlstand aufsteigen sahen.

Ich zitiere aus einem Dokument: »Das Wachstum des Antisemitismus in Großbritannien ist teilweise die Folge davon, daß jüdische Flüchtlinge in der Lage waren besser für sich selbst als für andere Flüchtlinge zu sorgen«, schrieb Robert Bruce Lockhart, der scharfsinnige Direktor der Psychologischen Kriegsführung, als er zu in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Schwarzmarkt-Fällen Stellung nahm. Er schrieb später in einer Eintragung in seinem Kriegstagebuch über die vielen »mit Juden gefüllten« Taxis, die zu den Pferderennen in Ascot fuhren. Im März 1941 erfuhr er, daß Lord Beaverbrook sich über Air Vice-Marshall John Slessor erkundigt hatte.

»Ist das ein Jude, ist das ein Defaitist?« Im Juli vermerkte Edens Sekretär in seinem Tagebuch: »Der Krieg hat die Leute nicht judenfreundlicher gemacht«, und er setzte drei Wochen später hinzu: »Die Juden sind ihre eigenen schlimmsten Feinde durch ihr Verhalten beim Hamstern von Lebensmitteln, ihr Untertauchen in den sichersten Unterkünften.«

Die heimtückische Seite der antisemitischen Stimmung war etwas, was Churchill nicht ignorieren konnte. Aber ganz gleich wie oft die Zionisten zu ihm kamen, Churchill konnte nicht einfach klein beigeben und sagen: »Nun gut, Sie können Ihren einigen jüdischen Staat haben. Ich verspreche Ihnen, daß ich in diesem Sinne eine öffentliche Erklärung abgeben werde, und wir werden bereits damit beginnen eine jüdische Armee aufzubauen.«

Es gab zwar jüdische Einheiten in der britischen Armee, sie kämpften in einigen Gebieten sehr gut, aber Churchill war zu diesem Zeitpunkt nicht dazu bereit, den Zionisten gegenüber mehr als nur Lippendienste zu leisten.

Ich hatte privaten Zugang zu Chaim Weizmanns Privatpapieren. Weizmann war der erste Präsident des Staates Israel und Kopf der Jewish Agency. Und es ist sehr interessant aus diesen Privatpapieren und aus den Aufzeichnungen über seine Zusammenkünfte mit Churchill durch die ganzen Kriegsjahre hindurch genau zu erfahren, wie dieses Handeln, Feilschen und Erpressen in Wirklichkeit vor sich ging.

Am 27. August 1941 deutete Weizmann zum erstenmal die Hebelwirkung an, die amerikanische Juden auf Präsident Roosevelt ausüben könnten. Er erinnerte Oliver Harvey, Edens Sekretär, daran, daß die Juden eine einflußreiche ethnische Lobby in den Vereinigten Staaten sind – Quoi de neuf?, würden die Franzosen sagen, was ist daran neu? –.

Der amerikanische Finanzminister Henry Morgenthau jun. war besonders versessen drauf, sagte er, daß Großbritannien mehr Ju-

Churchill und der Zweite Weltkrieg

den gestatten solle sich in Palästina niederzulassen. »Die Entourage des Präsidenten ist sehr jüdisch«, schrieb Harvey nieder, der Weizmanns Bemerkungen sorgfältig zu Papier brachte. Der zionistische Führer vermochte jedoch nicht an Mr. Churchill heranzukommen.

Demütigungen und Nackenschläge für Juden

Ich habe Churchills Terminkarten. Ich habe sie von dem Mann gemietet, der sie gestohlen hat, und wir können sehen, wie oft Weizmann nicht an Churchill herankam.

Um den 10. September 1941 herum schrieb Weizmann einen außergewöhnlich deutlichen Brief an den Premierminister Churchill, in dem er noch einmal daran erinnerte, wie die Juden der Vereinigten Staaten ihr Land schon einmal in den Krieg hineingezogen hatten, und es wieder tun könnten – vorausgesetzt, Großbritannien würde in bezug auf die Einwanderung von Juden nach Palästina in die Fußstapfen der Zionisten treten. Er erinnerte Churchill daran, daß zwei Jahre vergangen waren, seit die Jewish Agency Großbritannien die Unterstützung der Juden in Palästina und in der ganzen Welt angeboten hatte. Ein ganzes Jahr sei vorübergegangen, setzte er hinzu, seitdem der Premierminister persönlich sein Angebot, Juden in Palästina zu rekrutieren, gebilligt habe, aber seit zwei Jahren, klagte Weizmann, habe die Jewish Agency nichts als Nackenschläge und Demütigungen erlitten.

Deutsches Signal für die amerikanischen Juden

»Gefoltert von Hitler wie keine Nation in der modernen Geschichte jemals zuvor«, fuhr er fort, »und von ihm als Feind Nummer Eins gebranntmarkt, wird uns von denjenigen, die gengen ihn kämpfen, die Chance verwehrt, unseren Namen und unsere Flagge unter denen zu sehen, die gegen ihn angetreten sind.«

Indem er hinterlistig die Antizionisten mit anderen Feinden in Verbindung brachte, die in Churchills Kopf herumspukten, versicherte Weizmann ihm, er wisse sehr wohl, daß dieser Ausschluß nicht sein (Churchills) eigenes Werk sei. »Es ist das Werk der Leute, die für München und für das Weißbuch über Palästina im Jahre 1939 verantwortlich waren.«

Nach dem er seine viermonatige Rundreise durch die Vereinigten Staaten beschrieben hatte, kam Weizmann zu seinem wirklichen Verkaufsschlager. »Es gibt nur eine Volksgruppe, die bereit ist bis auf den letzten Mann für Großbritannien und eine umfassenden Unterstützung für dieses Land einzutreten: die fünf Millionen amerikanische Juden. Vom Minister Morgenthau, Gouverneur Lehman (des Staates New York), Richter Felix Frankfurter, bis hinunter zu dem einfachsten jüdischen Arbeiter oder Händler sind sie sich alle dessen bewußt, was dieser Kampf gegen Hitler stillschweigend mit sich bringt.«

Die Zionisten kämpften gegen England

»Britische Staatsmänner«, erinnerte er Churchill, haben oft selbst anerkannt, daß es jene Juden waren, die die Vereinigten Staaten 1917 effektiv in den Krieg hineingebracht haben. »Sie waren begierig darauf, es zu tun und können es wieder tun.« »Aber«, mahnte er, »Sie haben es mit Menschen zu tun, mit Fleisch und Blut. Und das elmentarste Gefühl der Selbstachtung setzt dem Dienst, wie bereitwillig er auch immer sein mag, Grenzen, wenn die Reaktion nichts als Nackenschläge und Demütigung ist.«

Alles worum er nun bitte, sei die Aufstellung einer jüdischen Streitmacht. Das wäre für die Juden in den Vereinigten Staaten ein deutliches Signal.

Mit dieser Art von Erpressung durch die Zionisten mußte sich Churchill durch den ganzen Zweiten Weltkrieg hindurch abfinden. Und natürlich, als die Erpressung nicht funktionierte, begannen sie damit, Engländer im Nahen Osten zu ermorden.

Es ist eine merkwürdige Sache, die immer wieder von den Bewunderern von Begin und Shamir und aller übrigen vergessen wird, daß zur gleichen Zeit, als die übrige Welt gegen Hitler kämpfte, die Zionisten im Nahen Osten gegen uns kämpften. Sie konnten mit ihrer Zeit wohl nichts Besseres anfangen.

Felix Frankfurter taucht nämlich auch in den abgefangenen japanischen Meldungen auf. Und natürlich fanden die Japaner am 18. November 1941 einen Mann namens Schmidt, der zu Felix Frankfurter gegangen war und mit ihm ein langes Gespräch führte. Die von der US-Navy abgefangene und entschlüsselte Meldung ist ein verschlüsseltes Telegramm aus Nomura in Washington nach Tokio über dessen Gespräche mit Schmidt, der Frankfurter am Abend des 18. November besucht hatte. Schmidt sagte, nur Hitler würde davon profitieren, wenn ein amerikanisch-japanischer Krieg ausbrechen würde. Wenn Japan den ersten Schritt tun würde dann wäre der Krieg in Amerika populär.

Frankfurter sagte jedoch: »Deutschland hat klug gehandelt, indem es beharrlich alles Mögliche getan hat, um zu verhindern, die Vereinigten Staaten aufzurüttteln. Wie sehr sich der Präsident auch darum bemüht die antideutsche Flamme anzufächern, er kommt daher in dieser Hinsicht nicht wie gewünscht weiter.«

Welch eine skandalöse Feststellung! Hier haben wir das eine Land Deutschland, das versucht einen Krieg zu vermeiden, und das andere Land – Roosevelt, neutral –, der versucht die Flammen der deutschfeindlichen Gefühle anzufachen, um den Krieg anzuheizen.

Die größeren Erfahrungen beim Entschlüsseln

Und doch sind es die Deutschen, die Verbrecher genannt werden, und die Amerikaner, die sie strafrechtlich verfolgen. Und dies alles kommt durch diese japanische Meldung über Frankfurter und einen anderen österreichischen Juden namens Schmidt ans Tageslicht.

Also dann kam das Problem Japan. Wie kann man die Vereinigten Staaten hineinzerren. Ich komme auf die Tatsache zurück, daß England wahrschienlich die japanischen Signale auf einer höheren Ebene lasen als die Amerikaner dazu in der Lage waren. Die Engländer waren schon viel länger im Entschlüsselungsgeschäft als die Amerikaner. Bis spätestens 1940 hatte England 3000 Entschlüsseler in den Anlagen in Bletchley Park an der Arbeit, und die Engländer hatten Untereinheiten in Betrieb, die sich ausschließlich mit dem Knacken der japanischen Depeschen befaßten. Sie waren in Abteilungen gegliedert, so daß eine Gruppe nicht unbedingt wußte, was die andere tat.

Zu der Zeit, als England 3000 Entschlüsseler an der Arbeit hatte, hatten die Amerikaner nur 180. Es ist keine Überraschung, daß die Engländer zu dieser Zeit bessere Arbeit leisteten als die Amerikaner. Die Engländer lasen, glaube ich, den Depeschenschlüssel der japanischen Flotte JN25. Wenn wir nun ins amerikanische Archiv gehen, finden wir JN25-Meldungen, die die Amerikaner erst mehrere Jahre später entschlüsseln konnten, Meldungen die drei oder vier Wochen vor Pearl Harbor datieren, aus denen ganz deutlich erkennbar ist, daß jeder, der diese Meldungen las, wissen mußte, daß ein Angriff auf Pearl Harbor bevorstand.

Ich glaube, es ist eine vernünftige Schlußfolgerung, die wir ziehen können – eine Schlußfolgerung, die auf der Tatsache beruht, daß wir uns zu sehr schämen irgendwelche, der sich im britischen Archiv befindlichen, abgefangenen japanischen Meldungen zu enthüllen –, daß England 1941 tatsächlich die abgefangenen japanischen JN25-Meldungen las.

Churchill, in dessen Händen alle Fäden der Nachrichtendienste zusammenliefen, Churchill, mit seinem olympischen Blick für das, was um ihn herum vor sich ging, war der Mann der darauf bestand, daß die Kriegsnachrichten ihm persönlich, unzensiert, nicht anderweitig herausgegeben und ungefiltert zugingen.

Churchill wußte bis spätestens Mitte November 1941, daß die Japaner kurz davorstanden, Amerika anzugreifen, und sehr wahrscheinlich wußte er, daß das Angriffsziel die pazifische Flotte in Hawaii sein würde. Er hatte wahrscheinlich niemals davon geträumt, daß der Angriff so erfolgreich sein würde. Aber wir wissen heute, was er über die übrigen Elemente in dem Geheimdienst-Puzzlespiel wußte, denn es gibt in den britischen und amerikanischen Archiven Hinweise auf Schritte, die er unternahm. Wir wissen, daß ihm bekannt war, daß am ersten, zweiten, dritten und vierten Dezember, in den Tagen vor Pearl Harbor, die Japaner an ihre Botschaften in London, in Washington und Hongkong sowie natürlich Singapur Signale zu ihren diplomatischen Missionen schickten, ihre Chiffriermaschinen zu zerstören.

Churchill wußte, was Japan vorhatte

Nun, wenn man einem Außenminister sagt, er soll seine Chiffriermaschinen zerstören, dann ist das ein ziemlich endgültiger Schritt. Es bedeutet, daß etwas geschehen wird – etwas sehr Häßliches. Und wenn man ihm dann sagt, spezielle Chemikalien zu benutzen, um alle Geheimakten zu zerstören, dann fällt dies in die gleiche Kategorie. Und das verdeutlicht auch, warum dann der Außenminister auf geheime Wetterberichte achtet, als Endspur in bezug auf wann und wo dieses häßliche Ereignis eintreten wird.

Die Engländer erhielten diese Botschaften. Sie fingen Tokios Anweisungen an den japanischen Botschafter in Berlin ab, zu Hitler zu gehen und ihm zu sagen, daß der Krieg früher ausbrechen würde, als sich irgendjemand erträumen mag. Die Engländer fingen die Meldung an die japanische Botschaft in London, in Washington und Hongkong sowie in Singapur ab, in denen die jeweiligen japanischen Botschafter angewiesen wurden, ihre Chiffriermaschinen zu vernichten und Chemikalien zu verwenden, um alle Geheimakten unleserlich zu machen.

Am 7. Dezember, dem Pearl-Harbor-Tag, lud Churchill den amerikanischen Botschafter, nicht mehr John Kennedy, sondern ein ziemlich sanfter, schlapper Liberaler, John G. Winant, ein, ihn zu besuchen und mit ihm in seinem Privathaus in Chequers Court, einer Bühne, auf der sich so manches dramatische Ereignis in Chruchills Leben abgespielt hatte, zu Mittag und zu Abend zu essen. Jenes Öffnen und Schließen von Fenstern, auf das er sich bezogen hatte.

Churchill wartete auf den japanischen Angriff

Das Mittagessen verlief normal. Als die Zeit des Abendessens herannahte, ließ Churchill sein kleines tragbares Rundfunkgerät amerikanischer Fertigung auf dem Abendtisch aufstellen. Es war ihm von einem ein paar Monate zuvor zu Besuch weilenden Amerikaner, Harry Hopkins, geschenkt worden, ein 20-Dollar-Gerät von der Art, wenn man den Deckel öffnete, das Gerät eingeschaltet wurde.

Aber in jenen Tagen ging das Gerät noch nicht sofort an, es dauerte ein bis zwei Minuten, um sich aufzuwärmen. Und Churchill verstand diese neumodischen Dinge, tragbare Rundfunkgeräte, nicht ganz, und er schaute auf seine Uhr wegen der Neun-Uhr-Nachrichten – in England stets die Hauptnachrichtenzeit – und klappte den Deckel auf.

Die Nachricht, die endlich durchsickerte, handelte von einem großen britischen Einsatz in der westlichen Wüste, Operation Crusader (Kreuzfahrer), eine Schlacht gegen Rommel. Die Schlacht nimmt einen guten Verlauf. Montgomery hofft, morgen weiter voranzukommen.

Es lief alles wie geplant

Und Churchill konnte nicht begreifen, was falsch gelaufen war. Schließlich schließt er ziemlich mürrisch den Deckel und bringt das Rundfunkgerät weg. Erst fünfzehn Minuten später stürzt sein Butler herein und sagt zum Premierminister: »Haben Sie die Nachrichten gehört? Die Japaner haben die amerikanische Flotte in Pearl Harbor angegriffen!«

Wenn Sie Churchills Memoiren lesen, finden Sie darin eine Beschreibung dieser kleinen Szene. Wenn Sie Winants Memoiren lesen – die ich in seinen Papieren in Manuskriptform gelesen habe –, dann sehen Sie, wie die gleiche Szene von Winants Standpunkt aus beschrieben wird. Aber erst wenn sie ins BBC-Archiv gehen und sich die Aufzeichnung der Rundfunkmeldung jener Nacht ansehen, dann erkennen Sie was geschah.

Die Nachricht über die Bombardierung von Pearl Harbor lief erst eine oder zwei Minuten vor der Nachrichtensendung beim Sender ein. Daher hatte der Ansager die erste Seite seiner Vorlage ergriffen, die alles über den triumphalen Erfolg der britischen Offensive in der westlichen Wüste in Afrika enthielt – am Kopf dieses Blattes hatte er in einer Zeile geschrieben: »Wir erhalten soeben die Meldung von einem japanischen Angriff auf die amerikanische Flotte in Pearl Harbor. Später mehr darüber.« Dann fuhr er direkt fort, zehn oder 15 Sekunden lang, und sprach über den Angriff gegen Rommel. Und ganz am Ende der Nachrichtensendung sagt er: »Nun kommen wir auf den wichtigsten Punkt der heutigen Nachrichten, der gerade hereinkommt, zurück, über den Angriff der Japaner auf Pearl Harbor.«

Und wenn Sie sich die BBC-Niederschrift – die eigentliche Maschinenschrift – ansehen, dann sehen Sie, wie dies geschah. Churchill hatte auf den ersten Punkt gewartet. Deswegen stand das Rundfunkgerät auf dem Tisch. Er bekam ihn nicht. Diese kleine Szene ist meiner Ansicht nach ein Beweis dafür, daß Churchill über Pearl Harbor vorher Bescheid wußte.

Von Pearl Harbor wußte man fünf Tage vorher

Wenn sie zur Boston University Library gehen, werden Sie einen weiteren kleinen Hinweis finden. Er befindet sich in dem privaten Tagebuch des britischen Zeitungsmannes Cecil King. Er war der Direktor und Chefredakteur englischer Boulevardzeitungen, des »Daily Mirror« und der Bildzeitungen während der Kriegszeit. Er schrieb echte Tagebücher, die zwei Koffer füllten. Kleine Taschentagebücher, mit Füllfederhalter geschrieben. Man kann immer sagen wann Tagebücher dieser Art echt sind, denn selbst, wenn Sie ein echtes Tagebuch schreiben, die Tinte ändert sich etwas von Tag zu Tag: dies sind echte Tagebücher.



US-Präsident Franklin Roosevelt hatte nur ein Ziel: Amerikas Eintritt in den Zweiten Weltkrieg.

Wenige Tage nach Pearl Harbor schreibt Cecil King in sein Tagebuch: »Hatte ein höchst interessantes Mittagessen mit Hugh Cudlip«. Hugh Cudlip war ein anderer berühmter Zeitungsbesitzer. Nicht irgendjemand, sondern jemand, der sich in höheren Kreisen bewegte, jemand, den die Großkopferten in der Downing Street nicht einfach übersehen konnten.

Cecil King schreibt also in sein Tagebuch: »Interessantes Mittagessen mit Cudlip. Er teilte mir die außergewöhnliche Tatsache mit, daß er fünf Tage im voraus über Pearl Harbor Bescheid wußte!« Dies ist ein kleiner Hinweis an einer Stelle, wo man ihn nicht erwartet hätte, daß die Engländer fünf Tage im voraus von Pearl Harbor wußten.

Churchill rief Roosevelt sofort an, als die Nachricht herüberkam, sobald er die Bestätigung des Angriffs hatte und sagte er: »Jetzt sitzen wir im gleichen Boot.«

Wenn Sie in die Papiere derer schauen, die in jenen Tagen bei Roosevelt waren, dann finden

Revisionismus

Churchill und der Zweite Weltkrieg

Sie noch mehr Beweise der Fälschung. Harry Hopkins, zum Beispiel, brachte an jenem Tage mit der Schreibmaschine eine Beschreibung seiner Sitzung mit Roosevelt zu Papier, und es ist eine feurige Beschreibung dessen, wie Roosevelt sich zu ihm wendet und sagt: »Ich habe alles getan, um Kriege zu verhindern. Mein ganzes Leben habe ich dem Ziel gewidmet, genau das zu verhindern, was heute eingetreten ist.«

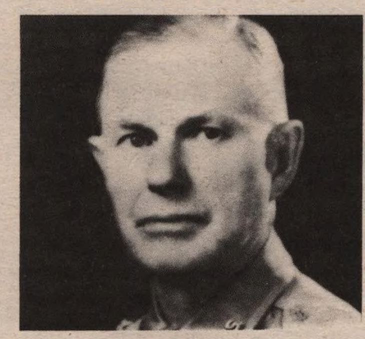


Admiral Husband E. Kimmel (Mitte) wurde zusammen mit den anderen Marine- und Heeresbefehlshabern auf Hawaii nach dem Angriff auf Pearl Harbor in den Ruhestand versetzt.

Überall Beweise für Fälschungen

Aber was Sie dort feststellen ist, daß die Zeilen neu geschrieben wurden; alle anderen Papiere von Harry Hopkins befinden sich in einem ziemlich desolaten Zustand. Es befinden sich kleine maschinegeschriebenen Texte auf einzelnen Fetzen Papier, getippt und übergetippt mit Zusätzen. Aber über Pearl Harbor ist es eine wunderschöne Maschinenschrift – sie wurde später abgeschrieben. So finden Sie wieder einen Beweis dafür, daß etwas zwischen diesen beiden Männern, Churchill und Roosevelt, vorgeht was nicht ganz koscher ist.

Frances Perkins, die Sekretärin, sagte in einem schriftlich niedergelegten Interview Jahre später, sie habe in einer Kabinettssitzung an jenem Abend im Weißen Haus einen Blick in den Augen des alten Mannes aufgefangen, einen irgendwie unruhigen Blick, den sie aus jahrelanger Arbeit mit ihm kannte, einen Widerwillen ihr in die Augen zu schauen, der ihr sagte, daß er etwas Schmutziges getan hatte.



Auch Generalleutnant Walter S. Short wurde entlassen und sollte über die Ereignisse um Pearl Harbor schweigen.

Und so war es auch mit Winston Churchill. Churchill war überzeugt davon, daß er das anständige getan hatte. Professor Donald Watt, jetzt einer unserer großen englischen Historiker, kommentierte, daß der Argwohn entstehen muß, daß Churchill sich vorsätzlich um den Krieg mit Japan bemühte, um Amerika hineinzubekommen. Dies ist wahr, er überschlug sich förmlich um Amerika auf den Krieg zuzutreiben. Ich glaube daß Churchill absichtlich den Angriff auf Pearl Harbor geschehen ließ, um die Amerikaner hineinzubekommen. Er tat alles, um zu verhindern, daß die Pacific Fleet gewarnt wurde.

Ein Gewinn für die englischsprechende Welt

In einem Kommentar hierzu schrieb Sir Richard Craigie, der britische Botschafter in Japan, der sehr bestürzt war als der Krieg ausbrach, in einer Denkschrift, daß die Engländer jenen Schritt unternommen hatten, der falsch war. England hätte einen Krieg mit Japan vermeiden können, die Engländer hätten die Japaner heraushalten können, und doch brachte alles, was getan wurde, sie hinein.

Churchill nahm 1943 wie folgt zu diesem Memorandum Stellung: »Es war ein Segen, daß Japan die Vereinigten Staaten angriff und somit Amerika vereint und mit ganzem Herzen in den Krieg hineinbrachten. Ein größeres Glück wurde dem britischen Empire selten zuteil wie dieses Ereignis, das unsere Freunde und Feinde in ihrem wahren Licht zeigte, und das durch die erbarmungslose Zerschlagung Japans zu einem neuen Verhältnis von ungeheurem Gewinn für die englischsprechenden Länder und für die ganze Welt führen könnte.«

Gemeinsam in einem Boot

Das war Churchill. Aber natürlich war der Gewinn nicht Englands Gewinn oder der des Empire. Innerhalb von sechs Monaten verloren die Engländer jedes einzelne Besitztum im fernen Osten. Singapur, Hongkong, Birma – die Japaner schienen sogar drauf und dran zu sein in Indien einzumarschieren. Es war der Anfang vom Ende des britischen Weltreiches. England bekam jene Kolonien niemals zurück.

Wieso Churchill dies alles als große Errungenschaft erachten kann, läßt sich nur damit erklären, daß Churchill Halbamerikaner war. Seine Mutter war Amerikanerin – er war also niemals ein echter Engländer.

Ich fasse zusammen: Der einzige Segen für Präsident Roosevelt war der Tag als Churchill ins Weiße Haus kam. An jenem Dezember kam Churchill ins Weiße Haus, wo er seine erste Konferenz mit Roosevelt hatte, der jetzt mit ihm im gleichen Boot saß. Churchill sagte später zu einem seiner Stabschefs, der immer noch die gleiche vorsichtige Redeweise pflegte, die in den Tagen vor Pearl Harbor verwendet wurde, über die Notwendigkeit zu vermeiden einen Krieg mit Japan vom Zaune zu brechen, ohne daß die Vereinigten Staaten auch mit von der Partie waren. Churchill sagte: »Wir können jetzt robuster sprechen. Wir mußten diese verhaltene Tonart anschlagen, als wir noch um die Amerikaner buhlten. Jetzt sitzen sie mit uns im gleichen Harem. Alle in einem Boot!«

Als Churchill in jenem Monat ins Weiße Haus ging, im Dezember 1941, verlieh er Roosevelt den gleichen »Order of the Bath, Companion of the Bath«, den er so manchem seiner Freunde verliehen hatte. Churchill ließ den US-Präsidenten zu sich in sein Zimmer kommen. Der Präsident wurde mit dem Rollstuhl hereingefahren, knarrte mit dem Stuhl als er über die Fußbodenbretter des Weißen Hauses rollte und traf Churchill splitternackt vor sich stehend an. Dadurch wurde Roosevelt ein Companion of the Bath (Badgefährte). Er war bis zu den Augäpfeln mit Winston Churchill im heißen Wasser.

Falls jene Lücken in den Archiven nicht geschlossen werden, werden wir nicht ganz genau wissen, welche schmutzigen Tricks angewendet wurden, um ihn hineinzuziehen, aber ich habe Ihnen heute einen Vorgeschmack dessen gegeben, was in Band Zwei meines Buches über »Churchill's War« steht. ☐

Der vorstehende Beitrag von David Irving ist in englischer Sprache erstmalig in der Zeitschrift »The Journal of Historical Review«, Ausgabe Herbst 1989, erschienen. Diese Zeitschrift wird vom Institute for Historical Review, P.O.Box 1306, Torrance, Kalifornien, herausgegeben.

Revisionismus

UdSSR öffnet Archive für Deutsche

Klaus Haberl

Die Glasnost- und Perestroika-Politik der Sowjetunion hat nun auch zur Öffnung der dortigen bislang unter Verschluß gehaltenen Archive geführt. Die Veröffentlichung der 47 Sterbebücher des Konzentrationslagers Auschwitz war nur der erste Schritt, dem weitere gefolgt sind und noch folgen sollen.

So konnte Ende des vergangenen Jahres von den Mitarbeitern des Internationalen Suchdienstes Arolsen (ITS) insgesamt rund 130.000 Arbeitskarten mit Angaben über Zwangsarbeiter bei der Firma IG Farben und des Arbeitsamts Ohlau bei Auschwitz mikroverfilmt und in die Bundesrepublik mitgebracht werden. Bereits vorher waren dem ITS nach ausgiebiger Suche seitens der sowjetischer Behörden in vielen hundert Archiven des Landes 200.000 Namen von Häftlingen deutscher Konzentrationslager übergeben werden. Alles in allem hat der ITS sogar Zugriff auf zusätzliche 400.000 Namen von Nazi-Opfern erhalten.

Auch Angaben über deutsche Kriegsgefangene

Wie von ITS-Leiter Charles-Claude Biedermann zu erfahren war, werden derzeit auch mehrere tausend Karteikarten mit Angaben über deutsche Kriegsgefangene kopiert. Welche bundesdeutsche Stellen diese erhalten sollen, wollte Biedermann aber nicht sagen.

Von besonderem Interesse für die Geschichtsschreibung sind aber die Totenbücher von Auschwitz, da sich Historiker hiervon Auskunft über die wahren Todeszahlen in Auschwitz erhoffen. Denn während eine in Auschwitz angebrachte Tafel nur von hunderttausend Toten spricht, wollen Historiker sogar von bis zu vier Millionen Ermordeten wissen, davon hauptsächlich Juden.

Der einzige amerikanische Gaskammerexperte Fred A. Leuchter kam in seinem Bericht aber nur auf die Zahl von »106.512 real möglichen Kremierungen«.

Und da in Auschwitz aufgrund des sehr hohen Grundwasserstandes keine Massengräber möglich sind und es keinerlei Beweise für – im übrigen technisch vollkommen unmögliche – Massenverbrennungen gibt, kann auch dies dann nur die Maximalzahl von zu Tode Gekommenen sein. Leuchter kam aber aufgrund der Untersuchungen über die noch in den Steinen der ehemaligen »Gaskammern« enthaltene Blausäure zu dem Schluß, »daß die angeblichen Gaskammern an den inspizierten Plätzen weder damals als Exekutions-Gaskammern verwendet worden sein konnten, noch daß sie heute für eine solche Funktion ernsthaft in Betracht gezogen werden können« (Gutachten vom 5. April 1988).

Biedermann weist dann auch direkt darauf hin, daß es lediglich Aufgabe des ITS sei, die Schicksale der noch bei ihnen lagernden ungeklärten Schicksale von rund 470.000 Personen zu klären, wobei Jahr für Jahr bis zu 100.000 neue Anfragen kämen. Die Erstellung von Statistiken sei dagegen nicht Aufgabe seiner Organisation.

Damit bei der Herausgabe der 47 Totenbücher des KL Auschwitz, die »lediglich« die Namen von 74.000 Toten aufweisen, niemand auf falsche Gedanken kommt, wird direkt auf folgendes hingewiesen. So sei nur der Jahrgang 1942 komplett. Aus dem Jahr 41 seien nur zwei und aus 1942 20 Bände, die zudem nur bis Oktober reichten, gefunden worden. Für die Zeit danach sei die Suche bislang ergebnislos verlaufen.

Um auch nicht den geringsten Zweifel bezüglich der (Umerziehungs-) Geschichtsschreibung aufkommen zu lassen, scheut der ITS auch nicht vor Widersprüchen zurück. So heißt es, daß die Namen der Toten sich lediglich auf die »arbeitsfähigen Häftlinge« beziehen, die »nicht arbeitsfähigen« und vor allem Alte, Frauen und Kinder seien dagegen direkt in die Gaskammern geschickt worden – ohne Registrierung.

Auf der anderen Seite spricht der ITS aber laut »Waldeckischer Landeszeitung« vom 2. November des vergangenen Jahres davon, daß das Schicksal der arbeitsfähigen Menschen fast lückenlos von der »pedantischen Nazi-Bürokratie« festgehalten worden sei – auch das Schicksal derer, die »für grausame medizinische Versuche den sadistischen Nazi-Ärzten« übergeben wurden.

Das Schicksal der »nicht arbeitsfähigen« Menschen sei dagegen – trotz der »pedantischen Nazi-Bürokratie« – nirgendwo beurkundet worden und könne nur – wenn überhaupt – aufgrund der Transportlisten nachvollzogen werden. Diese soll die »pendantische Nazi-Bürokratie« aber komischerweise wieder erstellt haben. Denn bei den Dokumenten, die dem ITS bislang von sowjetischer Seite zur Verfügung gestellt wurden, handelt es sich den Angaben zufolge zum Teil um Häftlingslisten und zum Teil um Transportlisten, »die den Transport von einem der 22 Konzentrationslager mit ihren 1000 Außenkommandos zum nächsten Lager belegen«.

Listenvergleich nicht Aufgabe in Arolsen

Auch befänden sich bei den Dokumenten Arbeitsbücher von Zwangsarbeitern sowie Übergabelisten persönlicher Habe, die KZ-Häftlingen bei ihrer Einlieferung übergeben mußten. Also alles Listen von Lebenden, im Gegensatz zu den in den Sterbebüchern registrierten.

Was wäre nun einfacher, so muß sich doch jeder auch nur halbwegs vernünftig denkende Mensch fragen, als die Häftlingslisten mit den Transportlisten zu vergleichen – und schon hätte man die Namen der Leute, die in das Gas geschickt wurden. Vor allem könnte dies aber als ein wenigstens halbwegs sicherer Beweis für die Gaskammertheorie gelten, wenn Leute in den Transportlisten stehen, dann aber plötzlich nicht mehr in den Einlieferungslisten auftauchen. Biedermann weist aber darauf hin, dieser Vergleich sei nicht Aufgabe seiner Organisation.

Wie der Leiter des sowjetischen Generalstaatsarchivs, Anatoli Prokopenko, und der stellvertretende Leiter des Suchdienstes beim sowjetischen Roten Kreuzes Alexey Kristafowitsch, mitteilten, ist in Zukunft mit der zur Verfügungstellung weiterer Dokumente zu rechnen. Insgesamt gebe es in der UdSSR 3250 Archive. Und niemand könne sagen, welche Einheit der Roten Armee nach der Niederschlagung des Deutschen Reichs und der Befreiung der Konzentrationslager welche Akten wo deponiert habe.

Aufgrund der bisherigen übergebenen Dokumente, der noch erwarteten und der wahrscheinlich zusätzlichen Zahl von Anfragen soll der ITS weiter vergrößert werden. So wurden in der Zeit von Mitte 1988 bis Mitte vergangenen Jahres bereits zusätzlich zu den bestehenden 211 Planstellen 84 befristete Stellen geschaffen. Insgesamt gebe es derzeit rund 350 Suchdienst-Mitarbeiter. Der vom Bundesinnenministerium getragene Etat des ITS beläuft sich zur Zeit auf rund 15 Millionen DM jährlich.

Angesichts der vielen Widersprüche des ITS und des unerklärlichen Verzichts auf statistische Arbeiten – gegebenenfalls könnten dies auch andere staatliche Stellen übernehmen, was jedoch nach derzeitigem Wissensstand nicht geschieht – soll hier folgender Satz von UdSSR-Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow zitiert werden: »Wir müssen die Feindbilder fallenlassen ...« Sollte dies aber nicht auch für die noch immer einseitige Geschichtsschreibung gelten? □

Leuchter-Gutachten

Landgericht entscheidet für Revisionisten

Alfred König

Der 29. November des vergangenen Jahres könnte als einer der wichtigsten Tage für den bundesdeutschen Revisionismus in die Geschichte eingehen. An diesem Tag hob nämlich das Landgericht Bielefeld einen Beschlagnahmebeschluß der Staatsanwaltschaft Bielefeld auf. Diese hatte am 5. Juli 1989 die Nummer 36 der von Udo Walendy herausgegebenen Zeitschrift »Historische Tatsachen« beschlagnahmt. Dort hatte der in Vlotho lebende Historiker den Bericht des einzigen amerikanischen Gaskammerexperten, Fred A. Leuchter, sowie die Zeugenaussagen beim in Kanada stattgefundenen Zündel-Prozeß wortgetreu ohne Kommentare veröffentlicht.

Am 12. des betreffenden Monats erhob dann die Staatsanwaltschaft Bielefeld Anklage gegen Walendy, da er durch Verbreitung der von ihm verfaßten Schrift die Bundesrepublik Deutschland beschimpft und böswillig verächtlich gemacht sowie die Gesamtheit der jüdischen Mitbürger in der Bundesrepublik Deutschland beleidigt habe.

Zur Überraschung vieler sprach das Gericht Recht

Walendy erhob – natürlich – Widerspruch gegen die in der Anklage gegen ihn erhobenen Vorwürfe. Und – sicherlich zur Überraschung vieler – gab das Landgericht Bielefeld ihm Recht; das Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig.

Zum einen, so heißt es in der fünfseitigen Urteilsbegründung, »erfüllte das Verhalten des Angeschuldigten weder den gesetzlichen Tatbestand des § 90 a Abs. 1 StGB (Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole) noch den des § 185 StGB (Beleidigung)«.

In diesem beanstandeten Vorwort war Walendy auf die geltende Rechtslage in der Bundesrepublik mit dem sogenannten »Auschwitzlügengesetz« eingegangen und hatte daran anschließend in kurzen Umrissen die Auswirkungen des Zündelprozesses auf die Geschichtsforschung dargestellt.

Zum Punkt der angeblichen Beleidung des jüdischen Volkes heißt es in dem Beschluß des Landgerichts: »Soweit dem Angeklagten hinsichtlich des weiteren Inhalts der Schrift, in der er über ein Strafverfahren in Kanada, insbesondere über in diesem Verfahren angeblich gehörte Sachverständige, die von ihnen erstatteten Gutachten und die von ihnen aufgestellten Schlußforderungen berichtet, eine Beleidigung im Sinne des § 185 StGB zur Last gelegt wird, kann dieser Vorwurf im Ergebnis ebenfalls keinen Bestand haben.

Auseinandersetzung mit Tatsachen

Die vom Angeklagten unter dem Stichwort Verteidigung wiedergegebenen gutachtlichen Stellungnahmen – insbesondere der sog. ›Leuchter-Report‹ – kommen zwar jeweils aufgrund von angeblich stichhaltigen Beweiserhebungen zu dem Schluß, daß entgegen der bisherigen Geschichtsschreibung eine systematische Vernichtung von Juden unter der Herrschaft der Nationalsozialisten an bestimmten Orten bzw. zu bestimmten Gelegenheiten zumindest in dem bisher angenommenen Ausmaß nicht stattgefunden hat bzw. haben kann.

Durch die Wiedergabe dieser Thesen, die der Angeschuldigte sich – wie sich u.a. aus dem fettgedruckten Abdruck der Schlußfolgerung des ›Leuchter-Reports‹ auf der vorletzten Seite der Schrift ergibt – offensichtlich auch zu eigen macht, wird somit versucht, beim unbefangenen Leser der Schrift Zweifel an der historisch gesicherten Wahrheit zu erwecken.«

Die drei Richter kommen zu dem Schluß: »Die wiedergegebenen Aussagen, so wenig nachvollziehbar und sogar empörend sie auch erscheinen mögen, können insgesamt gesehen jedoch noch nicht als Angriff auf Persönlichkeit und Menschenwürde der durch die Verfolgung durch die Nationalsozialisten im Dritten Reich belasteten jüdischen Mitbürger und den ihnen aufgrund ihres Schicksals gebührenden besonderen Geltungs- und Achtungsanspruch angesehen werden, sondern haben – wie dargelegt – ihrem Wortlaut und ihren Sinngehalt bei objektiver Betrachtungsweise lediglich die Auseinandersetzung mit geschichtlich gesicherten Tatsachen zum Gegenstand und nicht die Diskriminierung einer Menschengruppe.

Die Staatskasse zahlt Schadensersatz

Auch wenn der hier unternommene Versuch der Korrektur des Geschichtsbildes in moralischer und politischer Hinsicht in höchstem Maße mißbilligenswert erscheinen mag, ist nach Auffassung der Kammer somit eine Verletzung der Menschenwürde der jüdischen Mitbürger und damit in strafrechtlicher Hinsicht die Erfüllung des Tatbestandes der Beleidigung gem. § 185 StGB nicht gegeben.«

Des weiteren hob das Landgericht die Beschlagnahme der Nummer 36 der »Historischen Tatsachen« auf, so daß diese wieder öffentlich verkauft werden dürfen. Der Dumme dieses ganzen ist mal wieder der Steuerzahler, denn das Gericht ordnete an, daß der »Angeklagte für den ihm aus der Durchsuchung vom 05.07.1989 und der Beschlagnahme der dabei sichergestellten Materialien erwachsenen Schaden aus der Landeskasse zu entschädigen« ist.

Und dieser Beschluß hat sehr starke Auswirkungen auf die tägliche Arbeit der in der Bundesrepublik arbeitenden Revisionisten. Denn erstmals hat nun ein Gericht die sachliche Gaskammerforschung nicht als Beleidigung der Juden, sondern als vom Grundgesetz gedeckte wissenschaftliche Geschichtsforschung eingestuft.

Wurde bisher also jede Berichterstattung über die Forschungsergebnisse – auch der im Ausland zugestande gekommenen – der revisionistischen Historiker verboten, eben wegen der angeblichen Verletzung der Menschenwürde, stellt das Gericht nun aber klar – auch wenn es dies nicht ausdrücklich erwähnt –, daß der sachliche Revisionismus und die Berichterstattung über denselben unter den Schutz des Artikels 5 Grundgesetz (Pressefreiheit und Freiheit der Wissenschaft) fallen.

Eine andere Entscheidung wäre auch gegen jede Vernunft gewesen. Dies hätte dann nämlich nichts anderes bedeutet, als daß es in der Bundesrepublik verboten wäre, bei der Berichterstattung über einen im Ausland stattfindenden Prozeß, der die sogenannte »Auschwitz-Lüge« zum Inhalt hat, über Zeugenaussagen der Verteidigung und den Inhalt von dem Gericht vorgelegten Entlastungsgutachten zu berichten. Selbst bei weitester Auslegung wäre dies dann nichts anderes als Zensur gewesen.

Doch auch in der Bundesrepublik wird nun durch diesen Beschluß die Gaskammerforschung und Publikationen hierüber wieder möglich gemacht. Selbstverständliche Voraussetzung hierfür ist natürlich, daß es sich auch wirklich um eine sachliche Forschungsarbeit handelt und nicht das Gaskammerthema pseudowissenschaftlich in den Vordergrund geschoben wird bei gleichzeitiger Polemik und Hetze gegen das jüdische Volk. □

Vertrauliches

Libyen

Italien soll mehr Hilfe leisten

Libyens äußerst prekäre Finanzlage war der hauptsächlche Beweggrund dafür, daß das Land einen Propagandafeldzug gegen Italien vom Stapel ließ. Bei seinem Versuch Italien zu erpressen, mehr Wirtschaftshilfe zu leisten, drohte Libyen mit der Geltendmachung seines legitimen Rechts, Venedig zu annektieren, das als ehemalige libysche Stadt bezeichnet wird. Das Land schickte auch im letzten Oktober mehrere Hundert Libyer nach Italien, um gegen die Hinrichtung von libyschen Gefangenen durch das faschistische Regime während des Zweiten Weltkrieges zu demonstrieren.

Als Krönung des Ganzen verlangte Libyen »Schadensersatz« in Höhe von mehreren Hundert Millionen Dollar für die jahrzehntelange Besetzung Libyens durch Italien. Italien hat in den fünfziger Jahren tatsächlich fast zehn Millionen Dollar an Entschädigung gezahlt.

Die Krise trifft jedoch auf einen offenen Nerv, da Italien große Investitionen in Libyen hat, und Tripolis ist noch immer einer seiner Haupt Öllieferanten. Die seltsame Wende der Ereignisse in den letzten Wochen führt in der italienischen Presse zu der Spekulation, daß an dieser Kriese mehr dran ist als ein einfacher libyscher Ausfall gegen Italien, und einige Zeitungen berichten dann auch über eine mögliche Verwicklung des CIA in dieser Krise. □

Pakistan

Terroranschlag fehlgeschlagen

Ein größerer Terrorangriff schlug am 24. November 1989 an Bord einer Passagiermaschine auf dem Flug von Islamabad nach Riyadh fehl, als bei der Zwischenlandung in Karachi zwei Dynamitstangen entdeckt und zwei Pakistanis festgenommen wurden, die sich im Besitz von Zündern befanden.

Es ist unklar, ob es sich hierbei um einen geplanten Terroreinsatz oder lediglich um Erpressung handelte. Zur Entdeckung der Bombe führte ein Schreiben, in dem gewarnt wird, daß, falls die Summe von 1,5 Millionen Dollar nicht gezahlt würde, das Flugzeug in die Luft gesprengt werden würde. Aber die beiden Pakistanis mit dem Dynamit befanden sich an Bord der Maschine und es ist unwahrscheinlich, daß es sich um Mitglieder eines Selbstmordkommandos handelte.

Der Vorfall traf zeitlich mit einer neuerlichen Welle von durch den Iran gesteuerten terroristischen Angriffen gegen die Saudi-Arabier zusammen. Bomben wurden in Riyadh gezündet, darunter auch im Gebäude des Innenministeriums. □

Weltkirchenrat

Kirchengelder für SWAPO

Seit 20 Jahren hat sich die Ökumene dafür eingesetzt, in Südwestafrika-Namibia eine kommunistische Regierung an die Macht zu bringen. Seit 20 Jahren hat sie der Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) jährlich umfangreiche Spenden aus Kirchengeldern gemacht – unter anderem aus dem Sonderfonds des Antirassismus-Programms. Seit 20 Jahren hat sie die weltweite Kirchenpresse und ihre ganze geistige Vollmacht aufgeboten, um SWAPO als eine lobenswerte Macht darzustellen.

Daß es der »Weltkirche« dabei nicht um Recht und Gerechtigkeit ging, ist inzwischen erwiesen. Nun ist das Ziel erreicht. SWAPO hat durch das ethnische Übergewicht der schutzlos verängstigten Owambos die Wahl gewonnen. Der Kommunismus hält Einzug. Das Land bekommt den Namen einer Wüste (Namib). Der vermutliche Staatschef Sam Nujoma wird mit der Quinta-Bildung regieren und hat Englisch zur neuen Landessprache erklärt, weil die SWAPO-Leitung der jetzigen Landessprachen (Afrikaans und Deutsch) nicht mehr ganz mächtig ist.

Am 22. September 1989 gab der Weltkirchenrat wieder seine Spenden aus dem Sonderfonds des Antirassismus-Programms bekannt: eine Gesamtsumme von 635.000 US-Dollar (rund 1.140.000 DM). »Der Großteil des Geldes« schreibt der Weltkirchenrat, »geht an vier Gruppen, die die weissen Minderheitsregierungen in Südafrika und im benachbarten Namibia bekämpfen«. – Und zwar an: die Südwestafrikanische Volksorganisation SWAPO 165.000 Dollar; den Afrikanischen Nationalkongreß ANC 100.000 Dollar; den Panafrikanischen Kongreß PAC 67.000 Dollar; den Südafrikanischen Gewerkschaftskongreß SACTU 20.000 Dollar; im ganzen sind es 59 Gruppen.

»Die Kriterien stimmen«, sagt der Weltkirchenrat, »daß das Geld ›für humanitäre Zwecke‹ verwendet wird von Organisationen, deren Ziele sich nicht mit den allgemeinen Zielen des Weltkirchenrats streiten.« Seit 1970 hat der Weltkirchenrat 8.716.000 Dollar gezahlt, »ohne Kontrolle darüber, wie sie verwendet werden«. □

Hongkong

London verspricht China keine Reformen

Großbritannien hat der Volksrepublik China insgeheim versichert, daß es vor 1997 keine wesentlichen Reformen des politischen Systems in Hongkong geben werde. Das britische Außenministerium dementierte diese Nachricht bereits am darauffolgenden Tag.

Der Bericht, der in der Zeitung »Guardian« veröffentlicht wurde, stammte von einer »zuverlässigen Quelle«, die mitteilte, daß Großbritannien Peking gegenüber seine unveröffentlichte Verpflichtung abgab, die Selbstregierung in Hongkong vor dessen Übergabe an China nicht zu erweitern und versprach, daß Hongkong auf eine genaue Anzahl von gewählten gesetzgebenden Berater beschränkt bleiben werde.

Großbritannien hatte sich gegenüber den Forderungen der Hongkong-Chinesen, die Errichtung einer vollen Demokratie zu beschleunigen, abwartend verhalten. Beamte erklären, daß es nicht klug wäre Reformen einzuführen, die Peking doch wieder annullieren könnte.

1991 werden zum ersten Mal zehn der 56 Ratsmitglieder Hongkongs direkt gewählt. Das Grundgesetz, das nach 1997 Hongkongs Kleinverfassung sein wird, wird von Peking fertiggestellt und sieht nur irgendwann im kommenden Jahrhundert ein »allgemeinen Wahlrecht« vor. □

USA

Bischöfe rufen zur Hilfe für die dritte Welt auf

Amerikanische katholische Bischöfe nannten in einem von der »US Catholic«, dem amtlichen Organ der amerikanischen katholischen Bischöfen, herausgegebenem Bericht, die Schuldenlast der dritten Welt »wirtschaftlich ungesund, politisch gefährlich und ethisch unannehmbar«.

Der Bericht stellt in Frage, ob die Schulden der dritten Welt angesichts des menschlichen Leiden, die dies hervorruft, überhaupt zurückgezahlt werden sollten. »Es ist nicht nur eine rhetorische Frage, wieviele Kleinkinder und Kinder jeden Tag in Afrika sterben, weil die Hilfsmittel jetzt von der Rückzahlung der Schulden verschlungen werden«, heißt es in dem Papier.

Wenn auch gesagt wird, daß man allgemein voraussetzt, daß Schulden zurückgezahlt werden müssen, fügen die Bischöfe jedoch hinzu: »Wir glauben, daß in vielen Fällen die präsumtive Verpflichtung zur Rückzahlung der Schulden wegen der sozialen Belastung, die dadurch den Armen auferlegt wird, übergangen oder modifiziert werden sollte.«

Die Bischöfe begründeten ihre Analyse auf dem von Papst Johannes Paul II. hervorgehobenen Thema der »Solidarität«. Die Schuldenkrise, sagen sie, ist nicht lediglich ein technisches Problem, »sondern ein Unvermögen, Solidarität in die Praxis umzusetzen«. □

Pakistan

Programm zur Nutzung der Kernenergie

Pakistan hat zu einem Nord-Süd und Süd-Süd-Programm der Zusammenarbeit aufgerufen, um den Nutzen der Kernenergie zu den Entwicklungsländern zu bringen.

Munir Ahmed Khan, Vorsitzender der Pakistan Atomic Energy Commission, sagte, daß die weiter ausgedehnte Verwendung von Kernenergie bei der Eindämmung der Umweltverschmutzung eine große Hilfe wäre. Er meinte, die Kernenergie sei für die Entwicklungsländer die einzige Quelle für eine saubere, sichere, wettbewerbsfähige und unerschöpfliche Energie, und ihnen im Namen der Nichtweiterverarbeitung Kernkraft zu verweigern sowie sie dazu zu zwingen, fossile Treibstoffe zu verwenden, würde eine Wirtschaftskatastrophe heraufbeschwören. Er äußerte sich weiter, daß der Vorschlag zu einer Zusammenarbeit auf dem Sektor der Kernenergie nicht deswegen zurückgewiesen werden sollte, weil er von einem Land der dritten Welt kommt. □

China

Kissinger wünscht mehr Achtung für das Land

Die Vereinigten Staaten müssen einen normalen Dialog mit der Volksrepublik China wieder aufnehmen, wenn sie in Südostasien eine stabile Politik sicherstellen wollen, sagte Henry Kissinger in Hongkong vor einer Konferenz über die Zukunft der Wirtschaftsbeziehungen Asiens und des pazifischen Raumes.

»Ich stelle fest, daß die Japaner ihre militärischen Anstrengungen verstärken. Wenn sich Amerika jetzt von China löst, dann berührt dies alle unsere Beziehungen zu Asien. Wir haben nicht zu billigen was vorgefallen ist ... sondern wir müssen mit der Zukunft fertig werden, und die Zukunft erfordert die Wiederaufnahme eines auf gegenseitiger Achtung beruhenden Dialogs.«

Kissinger sagte, er sei optimistisch, daß Peking sich nach 1997 nicht zu eng in die Angelegenheiten Hongkongs einmischen werde, und daß, da Peking immer noch wünscht, daß die Wiedervereinigung mit Taiwan kommen soll, es ernsthafte Anstrengungen unternehmen werde, um sicherzugehen, daß auch das Experiment Hongkong funktioniert.

Von Hongkong reiste Kissinger ins kommunistische China, wo er mit den Mitgliedern des Politbüros, dem stellvertretenden Premierminister Yao Yilin und Li Ruihan zusammentraf. Das chinesische Staatsfernsehen beschrieb die Zusammenkunft als »freundlich« und »aufrichtig«. □

EG

Noch keine Harmonisierung der Mehrwertsteuer in Sicht

Drei Jahre vor der geplanten Vollendung des grenzenlosen Binnenmarktes sind die zwölf EG-Mitgliedstaaten von ihrem Ziel einer Harmonisierung der Mehrwertsteuer noch weit entfernt. Die Angleichung der Mehrwertsteuersätze ist eine wichtige Voraussetzung für den Abbau der Kontrollen an den EG-Binnengrenzen. Immerhin konnte der EG-Ministerrat einige Fortschritte erzielen.

Als Diskussionsgrundlage diente den Finanzministern die von der EG-Kommission vorgeschlagene Bandbreite von 14 bis 20 Prozent für den Standardsatz der Mehrwertsteuer. Die Mitgliedstaaten vereinbarten, ihre Sätze innerhalb dieser Spanne zu halten beziehungsweise nicht weiter davon abzuweichen. Derzeit reichen die einzelstaatlichen Mehrwertsteuersätze in der Europäischen Gemeinschaft von null bis 38 Prozent. □

Venezuela

Drogenbekämpfer zum Schweigen verurteilt

»El Pueblo«, die Hauptzeitung im Staat Tachira von Venezuela, berichtete, daß der Zivilrichter Milagros de Vivas einer auf Unterlassung gerichteten einstweiligen Verfügung,die von dem Politiker Walter Márquez gegen Alejandro Pena Esclusa, den ehemaligen Vorsitzenden der venezuelanischen Arbeiterpartei, angestrengt worden war, zugestimmt habe. Die einstweilige Verfügung besagt, Pena habe Márquez's verfassungsmäßige Garantie seiner Ehre und seines Rufs verletzt und ihn wegen seines Glaubens oder des Bekenntnisses seines religiösen Glaubens ungerecht behandelt.

Die Verfügung kam unmittelbar nach einem Bericht auf der Titelseite der konservativen Tageszeitung »El Católico«, die in Tachira erscheint, in dem Pena Esclusa den Kandidaten auf den Gouverneursposten, Márquez, beschuldigt, die terroristischen ELN-Guerillas zu unterstützen, die Anfang Oktober 1989 zugaben den kolumbianischen Bischof Jaramillo Gonsalve ermordet zu haben. Als die ELN später im gleichen Monat fünf Angehörige der Nationalgarde töteten, nahm Márquez die ELN in Schutz, indem er behauptete, nicht sie sondern die militärischen Streitkräfte hätten den Überfall inszeniert. Pena brachte in öffentlichen Erklärungen Márquez' Unterstützung der Terroristen mit dessen führender Rolle in der gnostischen Kirche in Zusammenhang.

Die Führer des Márquez-Wahlkampfes wiesen Penas Anklagen, ihr Kandidat unterstütze »Bischofsmörder« kategorisch zurück und behaupteten abgesehen davon, daß sie rechtliche Schritte unternehmen wollen, nicht Márquez, sondern Pena sei »Antichrist«, weil er eine derartige Kampagne führe. □

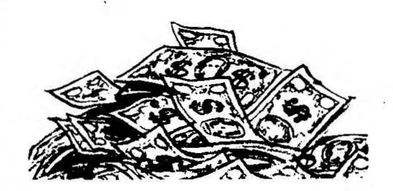
Iran

Unterstützung für syrische Terroristen

Amerikanische Regierungsbeamte berichten, daß immer mehr Flugzeuge aus dem Iran nach Syrien geflogen werden und Waffen, Nahrungsmittel und andere Güter einfliegen, die dann per Lastkraftwagen über die Grenze geschafft und an schiitische terroristische Gruppen im Libanon verteilt werden.

Die Flüge werden von amerikanischen Regierungsbeamten als sichtbarer Beweis dafür angesehen, daß die Unterstützung des Irans für den Terrorismus nicht nachgelassen hat, und daß Teheran seine Bindungen zu palästinensischen Radikalen wie die Popular Front for the Liberation of Palestine-General Command, die in Syrien stationierte Gruppe von der Beamte des Geheimdienstes glauben, sie haben den Bombenanschlag auf die Pan Am 103 über Schottland im Dezember 1988 durchgeführt, sehr weit ausgedehnt hat.

»Sie haben ihre Stellungen nicht gewechselt«, behauptet ein amerikanischer Regierungsbeamter. »Die wahre Natur des Regimes, seine überseeische Gewaltanwendung bleiben wie sie sind. Die Netzwerke sind noch vorhanden und werden immer noch unterstützt«, heißt es in einem Bericht der »New York Times«. □



Briefe

Betr.: David Irving »Wahrheit macht frei«, Nr. 12/89

Zu diesem Beitrag übernehmen wir auf Wunsch vieler Leser einen Leserbrief, der am 29. November 1989 in der »New York City Tribune« erschien.

Ich kam vor etwa sechs Wochen in die Vereinigten Staaten. Noch einen Monat zuvor studierte ich in den Archiven des Auschwitz-Museums. Der in der »New York Tribune« am 16. November veröffentliche Leserbrief von Edward J. Toner machte mich wegen seiner unbedacht zusammengezimmerten antisemitischen Fakten, verbunden mit einer Mischung aus Übertreibungen, betroffen.

Als junger, 30jähriger Pole, versichere ich Ihnen, daß nur ganz wenige Häftlinge der Lager Auschwitz und Birkenau von den Deutschen getötet wurden. Auf der anderen Seite starben viele, zuviele – etwa 100.000 – hauptsächlich an Epidemien wie Typhus, Ruhr, TB und Unterernährung.

Dieses Schicksal teilten etwa 100 von 1000 Angehörigen des Lagerpersonals. Der Einsatz als SS-Angehöriger in Auschwitz war weit gefährlicher als beispielsweise der Einsatz an der Westfront.

Niemand der im Auschwitz-Museum Beschäftigten glaubt an die von unserem Direktor K. Smolem bezifferte und von der UdSSR 1949 festgesetzte Opferzahl von 4.000.000. Auch glaubt niemand an die kürzlich von Professor Y. Bauer, Jerusalem, propagierte Zahl von 1.700.000 noch glaubt jemand an die von Professor R. Hilberg, Vermont, favorisierte Zahl von 1.500.000.

Wie auch immer, jeder Führer im Auschwitz-Museum erzählt den Menschen, wenn sie in Touristenströmen in unser an harter Währung ausgehungertes Land aus Israel und Deutschland kommen, immer das Gleiche. Geschichten von Auschwitz zu erzählen bedeutet Resultate erzielen. Und sei es nur auf einer ganz persönlichen Ebene wie beispielsweise ein 25 Cents Trinkgeld, was nicht weniger als einen Halbtagslohn in polnischen Sloty ausmacht, legt man das Einkommen eines durchschnittlich verdienenden Lagerführers zugrunde.

Im privaten Kreis reden wir von den noch vorhandenen täglichen Statusberichten des Lagerkomplexes Birkenau vom 15. Mai 1944, welche 7.000 Insassen als arbeitslos, 4.000 als krank und 3.000 als dauernd behindert auflisteten.

Zufälligerweise versuchen offizielle Historiker der Welt glauben zu machen, daß an just demselben Tag etwa 15.000 gesunde, starke und frische ungarische Juden vergast und kremiert wurden, währen die ohnehin dahinsiechenden Invaliden weiterhin wertvollen Lagerplatz belegen durften.

Wir sprechen über bis heute erhalten gebliebene medizinische Berichte im Zusammenhang mit darniederliegenden Lagerinsassen, welche ungeachtet der täglichen bzw. wöchentlichen Selektionen durch das angeblich verrückte Monster Dr. Mengele, gepflegt wurden.

Wir sprechen auch über das derzeit Furore machende Leuchter-Gutachten, welches kürzlich durch einen kanadischen Neonazi veröffentlicht wurde. Dieses Gutachten kommt zu dem Schluß, daß in den Gaskammern niemals Giftgas (Zyklon B) eingesetzt wurde. Dieses anmaßende, viele Seiten umfassende Gutachten entdeckt plötzlich neu, was ein guter polnischer Chemiestudent an einer durchschnittlichen polnischen Hochschule mit seinen bloßen Augen erkennt. Nämlich das völlige Nichtvorhandensein von Rückständen des blauen Salzes aus den Ferrocyaniden an den Gaskammerwänden. Im Gegensatz zu den blanken Gaskammerwänden ist jedermann bei den von allen Experten als Entlausungskammern ausgewiesenen Gebäuden über die Intensität des blau gefärbten Innenputzes und noch mehr über die von den Giftrückständen durch und durch durchdrungenen Backsteinwände erstaunt. Denn dort reagierte die Blausäure auf Eisenbestandteile der Backsteine (rote Farbe) und schaffte somit ein nie mehr verschwindendes und für jedermann sichtbares blaues Stein- bzw. Wandpigment.

In privaten Unterhaltungen im Museum sprechen wir auch über die vom CIA 1979 entdeckten Luftaufnahmen vom Mai 1944, welche durch Aufklärungsflugzeuge von Auschwitz gemacht und dem Museum zur Verfügung gestellt wurden. Diese exquisiten Photos lagern nunmehr seit 10 Jahren, der Öffentlichkeit vorenthalten, hinter verschlossenen Türen. Sie werden deshalb nicht gezeigt, weil die flammenden Scheiterhaufen von täglich 15.000 ungarischen Juden, wie sie von Reverend Eli Wiesel so lebhaft beschrieben wurden, nirgends zu sehen sind. Während unserer Pausen schließen wir Wetten ab, wann und ob sie überhaupt jemals der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Ich bin der Meinung, daß die chemischen Resultate aus Proben der Gaskammerwände, die Luftaufnahmen, die Gesamtzahl der ums Leben gekommenen sowie die Berichte über die medizinische Situation dieses schrecklichen Lagerkomplexes zum ersten Mal veröffentlicht werden, sobald der 800 Millionen-Kredit der Vereinigten Staaten an Polen genehmigt und der Vorsitzende des jüdischen Weltkongreß, Herr Bronfman, keine weiteren Einwände mehr erheben wird.

Interessanterweise entschlossen sich die Nonnen in Auschwitz, ungeachtet der ausstehenden Kreditgewährung sowie der politischen Unterwerfung von Papst Johannes-Paul II. und Kardinal Glemp, an Ort und Stelle zu bleiben, während sie von der Whisky-Profit-Offerte der Nissenbaums angewidert waren.

Janusz Patek, M.S. Manhattan

*

Sie betiteln Ihr Dezember-Heft damit: »Ein Engländer kämpft für die Ehre der Deutschen«. Man könnte natürlich auch dazu sagen oder fragen: Es waren auch die Engländer, die mit dieser ungeheuren Propagandalüge die Ehre der Deutschen in den Dreck gezogen haben. Vielleicht hat David Irving auch Gewissensbisse bekommen und möchte dafür die Deutschen von der Gaskammer»Legende« – wie er es ausdrückt – freiwaschen. Es stellt sich aber auch die Frage ob dies die heutigen Deutschen, nach 40 Jahren Umerziehung überhaupt noch wollen?

Eigentlich stünde diese heilige Pflicht der obersten britischen Führung, als Amtsnachfolgerin des legendären Deutschenhassers Churchill, nach 45jährigem Schweigen, zu – wie auch die Freigabe der berühmten Heß-Akten, noch vor dem Jahre 2017 – nach dem Ableben der Erlebnisgeneration.

Die sogenannte »Eiserne Lady« könnte doch damit endlich beweisen, was die vielgerühmte »feine englische Art«, die auch David Irving in seinem neuesten Vortrag zitiert, in Wirklichkeit auf sich hat – unter »Freunden« und »Waffenbrüdern« in einem Vereinigten Europa natürlich!

Robert Erlebach, Obergünzburg

Betr.: Deutschland »Wiedervereinigung als Forderung des Friedens«, Nr. 1/90

Seit dem Fall der Mauer kann man in den Zeitungen und auch im Fernsehen über diesen Vorgang völlig widersprüchliche Ansichten lesen und hören. In Presse und Fernsehen wird geredet und geschrieben, im Osten wird vom deutschen Volk gehandelt. Eine einmalige Chance tut sich für das deutsche Volk auf.

Jedoch: anstatt daß Kohl nach Moskau fliegt und sich bedankt, muß er nach Washington fliegen, um sich neue Ratschläge und Befehle zu holen. Von den deutschen Politikern – auch hier im Westen unseres geteilten Vaterlandes – ist keine Hilfe für das deutsche Volk zu erwarten. Das deutsche Volk muß auch hier die Politiker zum Handeln im deutschen Sinne zwingen. Wird es das tun? Kohl hat uns Deutsche jedenfalls schon zum »inländischen« Mitbürger herabgestuft und die Deutschen im Osten nennt er immer noch verschämt »Landsleute« und nicht etwa »deutsche Landsleute«.

Es ist an der Zeit, einmal die wahren Hintergründe der geschichtlichen Entwicklung zu beschreiben, die für uns Deutsche (in Ost und West) im Moment so vorteilhaft sind.

1. Am Anfang steht die Erkenntnis Michail Gorbatschows, daß die technologische Schere zwischen Ostindustrie und Westindustrie immer größer wird.

2. Westpolitiker reden »A« und handeln »B«. Ihr Reden hat mit ihrem Handeln nichts zu tun.

3. Gorbatschow meint aber, was er sagt, und das können die Westpolitiker nicht fassen und begreifen.

4. Für aufmerksame Hörer war folgender Satz der springende Punkt: »Wir wollen das gemeinsame europäische Haus bauen, und ich kann mir nicht vorstellen, daß darin die einzelnen Zimmer durch Stacheldraht voneinander getrennt sein können.«

5. Dann wurde als erstes Testobjekt Ungarn erkoren, das den Stacheldraht beseitigte. Die deutsche Abwanderungsflut setzte (geplant!) ein.

6. Was sind die wirklichen Gründe Gorbatschows?

7. Der europäische Binnenmarkt der EG droht. Der Ostblock würde schwerwiegend wirtschaftlich abgeschottet.

8. Zollpolitisch zählt die »DDR« immer noch zum Inland, Gottseidank!

9. Das ist der Hebel und die Brechstange, mit welcher sich Gorbatschow den Eintritt nach Westen erzwingt.

10. Zusätzlich werden die veralteten Planmechanismen beseitigt, die auf Dauer die technologische Lücke immer größer werden lassen, aber die Industrieumstellung erfordert Zeit. Da ist menschlicher Sand im Getriebe, da sind Maschinenpark-Erneuerungen notwendig, da ist die Konvertibilität der Zahlungsmittel notwendig, da sind die Staatsbetriebe in Aktiengesellschaften umzuwandeln, um harte Devisen hereinzubekommen. Das braucht Zeit – 5 bis 10 Jahre.

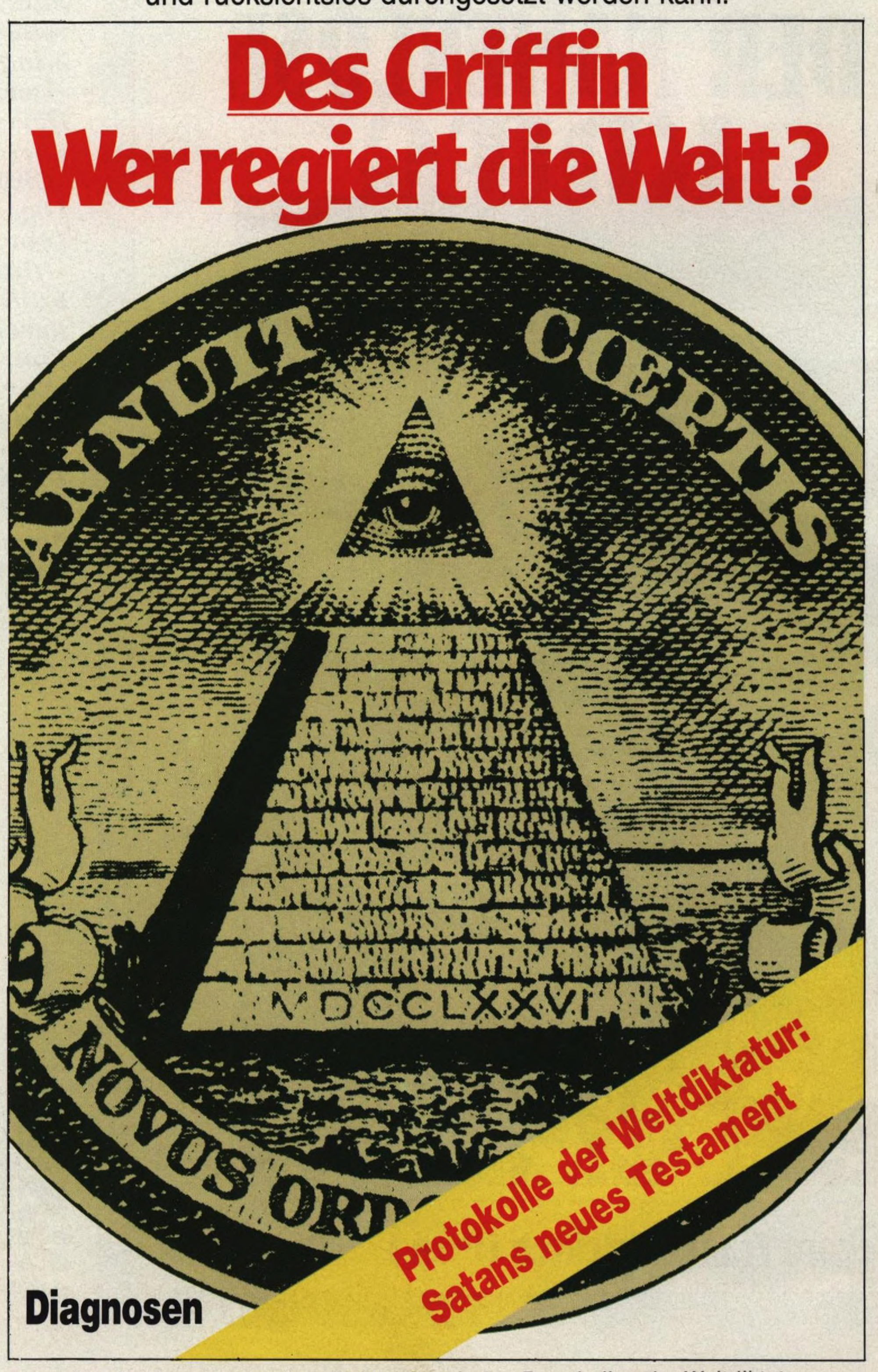
11. Das europäische Haus reicht von Spanien bis Wladiwostok, ein gewaltiger Gedanke!

12. Zwei Wirtschaftsmächte haben davor Angst und werden zu bremsen versuchen: USA und Kanada sowie Japan.

13. Japan löst das Problem dadurch, daß es sich wirtschaftlich in der DDR stark engagiert.

Gerhard Ledig, Hamburg

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli. Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.



Des Griffin: »Wer regiert die Welt?« mit den Protokollen der Weltdiktatur.
328 Seiten mit 60 Abbildungen. DM / SFR 22,– ISBN 3-923864-01-9
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg · Zu beziehen über den Buchhandel